

GENDER

**Zeitschrift für Geschlecht,
Kultur und Gesellschaft**

Heft 3

4. Jahrgang 2012

ISSN 1868-7245

GENDER**Zeitschrift für Geschlecht,
Kultur und Gesellschaft****Feminismus in Polen**

Bożena Chołuj, Sigrid Metz-Göckel	Vorwort	7
--------------------------------------	---------	---

Schwerpunkt

Ewelina Ciaputa, Justyna Struzik	Lesbians go public? Die (Un-)Sichtbarkeit von Lesben und bisexuellen Frauen in Polens öffentlichem Diskurs	9
Katarzyna Wojnicka	The Polish profeminist movement	25
Joanna Staśkiewicz	Katholische Frauenbewegung in Polen – eine (Un-)Möglichkeit?	41
Gesine Fuchs	Mobilisierung für praktische Gender-Interessen: der Fall Biedronka in Polen	58
Katarzyna Czerwonogóra	Die Wiedergeburt der jüdischen Gemeinschaft in Polen aus der Perspektive von Frauen	77

Offener Teil

Rosa Schneider, Katrin List, Susanne Höfker	Weiblich, jung, online – sind Studentinnen besonders häufig von Stalking betroffen? Ergebnisse einer Hochschulbefragung	92
Kirsten Wüst, Brigitte Burkart	Schlecht gepokert? Warum schneiden Frauen bei Gehaltsverhandlungen schlechter ab als Männer?	106

Aus Forschung, Politik & Praxis

Sławomira Walczewska	Can women in Poland speak? Diskursive Strategien polnischer Feministinnen gegen Ausgrenzung und Marginalisierung von Frauen in Polen	122
-------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Lucyna Kopciwicz	„Manifa“ („Frauendemo“) und 8. März in Polen – Medienecho und Erfahrungen verschiedener Generationen	130
Ina Freudenschuß	Vom Recht auf Stillen zur Pflicht der Mutter: Elemente eines globalen Stilldiskurses	138
Bettina Bretländer, Ulrike Schildmann	Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen. Studie und Tagung zu Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland – eine kritische Würdigung	146

Tagungsberichte

152

Japhet Johnstone	„Immer beweGENDER. Transformationen (in) der Geschlechterforschung“. Gründungskonferenz von GeStiK – Gender Studies in Köln vom 22.–23.06.2012, Universität zu Köln
------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Rezensionen

Heike Kahlert	Regula Julia Leemann, Heidi Stutz (Hrsg.), 2010: Forschungsförderung aus Geschlechterperspektive. Zugang, Bedeutung und Wirkung in wissenschaftlichen Laufbahnen	158
Sigrid Kannengießer	Tanja Thomas, Steffi Hobuß, Merle-Marie Kruse, Irina Hennig (Hrsg.), 2011: Dekonstruktion und Evidenz. Ver(un)sicherungen in Medienkulturen	161
Katharina Knüttel	Jutta Allmendinger, 2010: Verschenkte Potenziale? Lebensläufe nicht erwerbstätiger Frauen	163
Martin Seeliger	Sandra Smykalla, Dagmar Vinz (Hrsg.), 2011: Intersektionalität zwischen Gender und Diversity. Theorien, Methoden und Politiken der Chancengleichheit	166

GENDER**Journal for Gender,
Culture and Society****Feminism in Poland**

Bożena Chołuj, Sigrid Metz-Göckel	Introduction	7
--------------------------------------	--------------	---

Essays

Ewelina Ciaputa, Justyna Struzik	Lesbians go public? The (in)visibility of lesbians and bisexual women in Polish public discourse	9
Katarzyna Wojnicka	The Polish profeminist movement	25
Joanna Staśkiewicz	The Catholic women's movement in Poland – an (im)possibility?	41
Gesine Fuchs	Mobilizing for practical gender interests: the case of Biedronka in Poland	58
Katarzyna Czerwonogóra	The renaissance of the Jewish community in Poland from women's perspective	77

Essays: Open Part

Rosa Schneider, Katrin List, Susanne Höfker	Female, young, online – are female students disproportionately frequently affected by stalking? Results of a university survey	92
Kirsten Wüst, Brigitte Burkart	Playing weak cards? Why do women achieve less in salary negotiations than men?	106

From Research, Politic & Practice

Sławomira Walczevska	Can women in Poland speak? Strategies of Polish feminists against exclusion and marginalization of women in Poland	122
-------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Lucyna Kopciewicz	“Manifa” and International Women’s Day in the media and awareness of generation groups	130
Ina Freudenschuß	From a women’s right to a mother’s duty: Elements of a global breastfeeding discourse	138
Bettina Bretländer, Ulrike Schildmann	Violence against women with disabilities. Research project and conference on the life situation and pressures on women with impairments and disabilities in Germany – a critical appraisal	146

Conference Proceedings

Japhet Johnstone	“Immer beweGENDER”: Transformations in (and of) Gender Studies. Founding conference of GeStiK – Gender Studies in Cologne at the University of Cologne, 22–23 June 2012	152
------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Book Reviews

Heike Kahlert	Regula Julia Leemann, Heidi Stutz (Hrsg.), 2010: <i>Forschungsförderung aus Geschlechterperspektive. Zugang, Bedeutung und Wirkung in wissenschaftlichen Laufbahnen</i>	158
Sigrid Kannengießer	Tanja Thomas, Steffi Hobuß, Merle-Marie Kruse, Irina Hennig (Hrsg.), 2011: <i>Dekonstruktion und Evidenz. Ver(un)sicherungen in Medienkulturen</i>	161
Katharina Knüttel	Jutta Allmendinger, 2010: <i>Verschenkte Potenziale? Lebensläufe nicht erwerbstätiger Frauen</i>	163
Martin Seeliger	Sandra Smykalla, Dagmar Vinz (Hrsg.), 2011: <i>Intersektionalität zwischen Gender und Diversity. Theorien, Methoden und Politiken der Chancengleichheit</i>	166

Feminismus in Polen

Bożena Chołuj, Sigrid Metz-Göckel

Der polnische Feminismus entwickelt sich ohne jede Anknüpfung an die erste Frauenbewegung – ähnlich wie der Feminismus der Zweiten Welle in Westdeutschland. Er schöpft jedoch nicht nur aus den Erfahrungen von Frauen, die in den 1990er Jahren vor allem gegen das restriktive Abtreibungsgesetz in Polen protestierten, sondern auch aus dem westlichen feministischen Diskurs, der seit der politischen Wende von 1989 in Polen zugänglich geworden ist. Dem Aktionismus der ersten Stunde folgten Analysen der Situation von Frauen, die sich im politischen Transformationsprozess aus einer besonderen Geschlechterpolitik ergab. Diese ist eine Mischung aus der katholischen Vorkriegstradition Polens und den ungleichen Geschlechterverhältnissen, die sich im Realsozialismus herausgebildet haben. Um diese verstehen zu können, griffen die Polinnen vor allem auf englischsprachige Erklärungsmodelle zurück. Der deutsche Feminismus war ihnen lange Zeit genauso fremd wie Deutschland als Ganzes; die konsequente antideutsche Propaganda der Nachkriegsjahre in der Volksrepublik Polen hatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Heute ermöglicht die offene Grenze die Gründung deutsch-polnischer Kooperationen zwischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), und auch das gegenseitige Interesse an feministischen Ideen hat in beiden Ländern zugenommen. Diesen Austausch greifen wir mit dem vorliegenden Heft auf. Die gesammelten Beiträge können als Material für eine vergleichende feministische Forschung dienen. Sie liefern vertiefte Einblicke in ein Land, das nicht so homogen katholisch ist, wie es die gängige Vorstellung oft suggeriert.

Wenn wir uns dem polnischen bzw. dem mitteleuropäischen Feminismus zuwenden, stoßen wir auf Schwierigkeiten, die nicht nur sprachlicher Natur sind, da dieser im Kontext einer anderen Wissenschaftskultur agiert. Viele Wissenschaftlerinnen sind darüber hinaus zugleich Aktivistinnen und Politikerinnen, weshalb wir für unser Heft nicht alle gewinnen konnten, die für den polnischen Feminismus prägend sind.

Frauenrechtlich macht Polen zwar Fortschritte, aber durch die Revitalisierung der katholischen Vorkriegstradition wurden alte Denkmuster wieder aktuell, mit denen sich die Feministinnen im politischen Alltag auseinandersetzen müssen. Diesen Kampf in Polen von Deutschland aus zu verfolgen, ist schwierig, denn die offiziellen Verlautbarungen der Parteien, Gewerkschaften oder der katholischen Kirche setzen sich in der medialen Öffentlichkeit leichter durch als diejenigen der polnischen Feministinnen. Wenn man aber bedenkt, dass es Women's und Gender Studies in Polen bislang erst an vier Universitäten gibt, dann verwundert fast die Existenz einer lebendigen und optimistischen feministischen Bewegung, die sich gegen alle Widerstände für eine Verbesserung der Situation für Frauen einsetzt, mehr politische Mitwirkung und vor allem Selbstbestimmung fordert.

In den Beiträgen wird deutlich, wie sehr die Situation der Frauen in Polen mit der allgemeinen politischen Entwicklung und dem Gesellschaftsverständnis verbunden ist. Entsprechend analysieren einige von ihnen die Verfasstheit der polnischen Gesellschaft und den Raum, der in diesem Konstrukt den Frauen zugewiesen wird, andere wiederum setzen sich mit bestimmten Personengruppen auseinander.

Ewelina Ciaputa und *Justyna Struzik* analysieren die Unsichtbarkeit von Lesben in der Öffentlichkeit und die Situation von Lesben und Transsexuellen in Polen. Ihr Beitrag bezieht sich im Wesentlichen auf Quellen aus der Szene und gibt erstmals Einblick in deren Situation. *Katarzyna Wojnicka* beschreibt die profeministische Männerbewegung in Polen als Teil unterschiedlicher emanzipatorischer Bewegungen. Diese sind heute zwar noch schwer zu quantifizieren, aber ohne Zweifel als Kern eines sozialen Wandels hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit auszumachen. Bei der Einschätzung der Bedeutung der katholischen Kirche ist zwischen den offiziellen Verlautbarungen und der Praxis der Gläubigen zu unterscheiden. *Joanna Staśkiewicz* untersucht, warum eine Auflehnung der katholischen Frauen, deren Zahl in Polen beträchtlich ist, in der Kirche selbst und in der Gesellschaft kaum spürbar ist. Weit weniger passiv zeigten sich die weiblichen Beschäftigten beim Supermarkt Biedronka, wie *Gesine Fuchs* in ihrer Analyse des Arbeitskampfes dieser Frauen rekonstruiert, in dem die Bedeutung einer strategischen, von der Helsinki-Stiftung für Menschenrechte unterstützten Prozessführung deutlich wird. *Katarzyna Czerwonogóra* reflektiert die unterschiedlichen Einstellungen von jüdischen Polinnen zum Feminismus und zur Frauenproblematik im Prozess der Revitalisierung der jüdischen Kultur, die in Polen politisch beabsichtigt ist. *Slawomira Walczewska* bietet in ihrem Essay „Can women in Poland speak?“ einen Überblick über die feministischen Einwirkungsmöglichkeiten auf die polnische Gesellschaft. Das Sprechen benutzt sie als Metapher, um wichtige Stationen der Frauenbewegung in Polen zu reflektieren. In ihrer Darstellung von Demonstrationen („Manifa“) zum Frauentag zeigt *Lucyna Kopciewicz*, dass die offizielle Feier des Frauentages jahrelang einer „kommunistischen Verseuchung“ unterlag und nach der Wende durch Frauen und mittlerweile auch einige Männer uminterpretiert und zurückgewonnen wird.

Insgesamt liefert der Schwerpunkt Einblicke in den polnischen Feminismus, der nicht homogen ist, sondern viele Schattierungen im methodologischen Zugriff, in der inhaltlichen Ausführung und in der Positionierung des erzählenden Subjekts aufweist.

Neben Rezensionen und einem Tagungsbericht zur Gründungskonferenz von GeStiK umfasst der offene Teil dieser Ausgabe wieder Beiträge, die sich auf unterschiedliche Weise mit aktuellen Themen aus der Geschlechterforschung auseinandersetzen. *Rosa Schneider*, *Katrin List* und *Susanne Höfker* gehen anhand von Ergebnissen einer Hochschulbefragung in ihrem Text der Frage nach, ob Studentinnen besonders häufig von Stalking betroffen sind. *Kirsten Wüst* und *Brigitte Burkart* dagegen zeigen in ihrem Aufsatz, warum Frauen bei Gehaltsverhandlungen schlechter abschneiden als Männer. Thema des Beitrags von *Ina Freudenschuß* ist das Stillen, das sich in den letzten Jahren von einem eingeforderten Recht zu einer Pflicht der Mutter entwickelt hat, welche deren Entscheidungs- und Handlungsfähigkeiten beschneidet. Den Abschluss bildet die kritische Würdigung von *Bettina Bretländer* und *Ulrike Schildmann*, die sich unter dem Titel „Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen“ mit einer Studie und einer Tagung zu Lebenssituation und Belastung von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen befasst.

Schwerpunkt

Ewelina Ciaputa, Justyna Struzik

Lesbians go public? Die (Un-)Sichtbarkeit von Lesben und bisexuellen Frauen in Polens öffentlichem Diskurs

Zusammenfassung

1989 erwies sich als Schlüsseljahr für das zivilgesellschaftliche Engagement in Polen. Die Demokratisierung der polnischen Gesellschaft ermöglichte es den BürgerInnen, sich in vielen Bereichen der Gesellschaft zu engagieren. Eine öffentlichkeitswirksame Hauptströmung der sozialen Bewegungen ist heute die LSBT-Bewegung (Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle), die zwar keine Massenbewegung darstellt, aber das Thema der Anerkennung von Schwulen-, Lesben-, Bisexuellen- und Transgenderrechten in den öffentlichen Diskurs einbringt. Der Beitrag fragt nach dem Problem der „Unsichtbarkeit“ polnischer Lesben und bisexueller Frauen in den sozialen Bewegungen und im öffentlichen Raum. Genannt werden hierbei auch Ereignisse, die für die Entwicklung der lesbischen Identität und die Frauenemanzipation in Polen eine Schlüsselrolle spielten.

Schlüsselwörter

LSBT-Bewegung, lesbische Identität, fehlende Sichtbarkeit von Lesben, Polen, Bisexualität

Summary

Lesbians go public? The (in)visibility of lesbians and bisexual women in Polish public discourse

1989 turned out to be a key year for civil society commitment in Poland. The democratization of Polish society allowed citizens to get involved in various parts of society. Today, one main strand within the highly visible social movements is the LGBT (lesbian, gay, bisexual and transgender) movement which, despite not being a mass movement, integrates the question of the recognition of lesbian, gay, bisexual and transgender rights into the public discourse. In this article, we investigate the problem of the “invisibility” of Polish lesbians and bisexual women in social movements and in the public domain. Also, we reflect on incidents which have played a crucial role for the development of the lesbian identity and the emancipation of women in Poland.

Keywords

LGBT movement, lesbian identity, lack of visibility of lesbians, Poland, bisexual

Einführung: die Lage von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen in Polen

Die Veränderungen, die sich mit dem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systemwechsel seit 1989 in Polen vollzogen haben, ermöglichten auch die Entstehung eines zivilgesellschaftlichen Engagements im weiteren Sinne. Gleich zu Beginn der 1990er Jahre formierten sich Organisationen und Gruppen, die primär für die Anliegen homo- und bisexueller Menschen (später auch Transgender) eintraten. Die seit 1989 garantierte Versammlungsfreiheit, die zu den wichtigsten BürgerInnenrechten im demokratischen System gehört, ermöglichte es Menschen, die zuvor übergangen und an den Rand der Gesellschaft gedrängt worden waren, im öffentlichen Raum Präsenz zu

zeigen. Dieses Recht trug auch zur Entstehung und zum Ausbau vielfältiger Tätigkeitsbereiche der Organisationen bei, in denen sich LSBT¹ und deren FürsprecherInnen zusammenschlossen. Parallel zur Lesben- und Schwulenbewegung entwickelten sich weitere soziale Bewegungen; am wichtigsten für unsere Überlegungen ist hierbei die feministische Bewegung, deren Aktionsraum sich oft mit den Aktivitäten der LSBT-Organisationen deckt.

Die 1990er Jahre waren zugleich der Beginn eines bis heute geführten Kampfes um die Anerkennung der Rechte Homo- und Bisexueller wie auch Transgender.² Es hat den Anschein, als gestatteten es sozialer und politischer Wandel den LSBT, ihre Sexualität und sexuelle Identität offen zu artikulieren – im Privatleben wie in der Öffentlichkeit. Die polnischen Regierungen machten jedoch in den vergangenen Jahren keine horizontale Antidiskriminierungspolitik, ihr Handeln wurde mehr von aktivistischem Schein bestimmt. Daher herrscht in der polnischen Gesellschaft immer noch die Ansicht vor, Sexualität sei Teil der Privatsphäre und den LSBT stehe im öffentlichen Raum kein Recht auf Schutz zu. Es verwundert also kaum, wenn viele soziologische Untersuchungen belegen, dass Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender in Polen BürgerInnen zweiter Klasse sind. Die Sprache der Öffentlichkeit und der Medien ist immer noch voller Homophobie und Sexismus, was bei den LSBT zur Internalisierung des gesellschaftlich zugesprochenen Status „einer schlechten Bürgerin, eines schlechten Bürgers“ (Seidman 2002) führen kann.

Wie unter anderem Maria Szyszkowska (2008), Gayle Rubin (2004) oder Jacek Kochanowski (2008) nachgewiesen haben, bemühen sich Staaten und Gesellschaften, das Sexualverhalten bzw. die gesamte Sexualität zu regulieren, weil sie wesentlicher Bestandteil sozialer Interessen ist und zugleich eine politische Demonstration individueller und kollektiver Identität darstellt. Das „Administrieren“ der Sexualität ermöglicht es zudem, die Bevölkerungsentwicklung in hohem Maße zu kontrollieren, sie erhält dadurch oft einen heteronormativen Charakter. LSBT-Bewegungen führen mit der Politik, konservativen Personen und sozialen Gruppen nicht nur „Sexkriege“ (Streitpunkt ist die Artikulation der Identität in der Sexualität), sondern auch einen Kampf um die Grenzen sexueller Räume (etwa gegen Versuche, die Teilhabe dieser Gruppen am öffentlichen Raum zu beschneiden³). Sehr oft kommt es dabei zur Kriminalisierung von homosexuellem Verhalten mit der Aussage, dass diese Verhaltensweisen schädlich sind, weil sie das traditionelle Familienmodell gefährden und in Extremfällen sogar die nationale Sicherheit.

1 Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender.

2 In diesem Text verwenden wir die Abkürzung LSBT auch für die sozialen Bewegungen, die sich in Polen für Homosexuelle, Bisexuelle, Transsexuelle und Queers engagieren. Dabei sollte jedoch angemerkt werden, dass bereits die Verwendung der Abkürzung im polnischen Kontext problematisch ist, weil die Mehrzahl der angeführten Aktivitäten Bisexuelle und Transgender übergehen (eine Ausnahme sind hier die Aktivitäten der Stiftung Trans-Fuzja) und der Begriff „queer“ in Polen sehr viele, voneinander stark abweichende Konnotationen aufweist (Mizielirńska 2006b).

3 Es kam in Polen mehrfach zu Versuchen, die Versammlungsfreiheit zu verletzen, u. a. verbot der damalige Stadtpräsident Warschaus Lech Kaczyński 2004 und 2005 die Parade der Gleichheit. Zu einer ähnlichen Situation kam es 2005 beim Gleichheitsmarsch in Posen.

Die gesellschaftliche Aburteilung der Homosexualität führt zum öffentlichen Verschweigen der eigenen sexuellen Orientierung und sexuellen Identität bei Homosexuellen, Bisexuellen und Transgender, was diese im öffentlichen Raum unsichtbar werden lässt. Die alltägliche Erfahrung von Homophobie am Arbeitsplatz, auf der Straße, in der Schule oder im Gesundheitssystem kann nicht nur das Selbstbild zerstören, sondern auch die psychische Gesundheit und die soziale Existenz der Betroffenen stark beeinträchtigen. Berichte der LSBT-NGOs in Polen (vgl. Makuchowska 2011; Śmiszek 2011; Czarnecki 2009; Abramowicz 2007) zeigen, dass für Homo- und Bisexuelle die Erfahrung psychischer und physischer Gewalt zusammen mit einer Sprache des Hasses an der Tagesordnung ist.

Meinungsumfragen zur Akzeptanz von Homosexuellen, zu deren Teilhabe am öffentlichen Raum wie auch zu ihren Rechten in Polen belegen, dass das Verhältnis der polnischen Mehrheitsgesellschaft zu Homosexuellen negativ ist. Nach Forschungsergebnissen von 2010 äußerte die Mehrheit der erwachsenen PolInnen die Ansicht, Homosexualität sei eine Abweichung von der Norm (86 % der Befragten). Gleichzeitig sind 63 % von ihnen der Meinung, das Phänomen solle gesellschaftlich toleriert werden. Allerdings akzeptieren 64 % der erwachsenen PolInnen die öffentliche Präsenz von Schwulen und Lesben nicht. Nur ein knappes Drittel gesteht ihnen ein Anrecht darauf zu. Zugleich haben 64 % der Befragten die Auffassung, homosexuelle Paare sollten nicht das Recht besitzen, ihre Lebensform öffentlich zu manifestieren, entgegengesetzter Ansicht sind nur 29 % der PolInnen (Feliksiak 2010). Vergleichsdaten aus den Jahren 1988–2010 (vgl. Kassyk 1988; Badora 1994; Wenzel 2001; Wenzel 2002; Wenzel 2003; Wenzel 2005a/b; Wenzel 2008; Feliksiak 2010) belegen, dass die polnische Gesellschaft ihre Haltung seit 1989 nicht geändert hat. Das Öffentlich-Machen der sexuellen Orientierung oder Identität führt daher zu einer paradoxen Situation, denn das Recht dieser Personen auf Teilhabe am öffentlichen Raum wird garantiert, aber nur wenn sie auf die ihnen zustehenden Rechte und die Anerkennung ihrer spezifischen Bedürfnisse verzichten (vgl. Desperak 2006).

Zudem werden Homosexuelle stereotyp gesehen, als Männer mittleren Alters, die in Westeuropa leben und einen hohen beruflichen Status genießen (Klimczak-Ziółek 2006). Lesben sind im Grunde von der Aushandlung ihrer gesellschaftlichen Position im heutigen Polen ausgeschlossen.

Die (Un-)Sichtbarkeit von Lesben

Die sozialen Bewegungen in Polen haben eine außergewöhnlich schwierige Aufgabe zu bewältigen. Erstens prägt die heteronormative Forschung polnischer Hochschulen und Forschungszentren die Datenerhebung und -interpretation. Mit der fehlenden Differenzierung nach Geschlecht und der Nichtberücksichtigung der sexuellen Orientierung fehlen in den Analysen zentrale Diskriminierungsfaktoren. Zweitens stehen die polnische LSBT-Bewegung und die feministische Bewegung vor der Aufgabe, frauenfeindlichen

Einstellungen und der Heteronormativität sowohl innerhalb als auch außerhalb ihrer Bewegungen entgegenzuwirken – Haltungen, die zur doppelten Ausgrenzung von Lesben, bisexuellen Frauen und Transgender führen⁴ (vgl. Weseli 2011; Wojnicka/Struzik 2011).

Wie Marie-Jo Bonnet nachgewiesen hat, „hat Frauenliebe den Ruch der Hölle“ (Bonnet 1997: 11). Sie wird als Bedrohung des tradierten Familienmodells und des vom patriarchalen System kontrollierten Fortpflanzungssystems verurteilt. Das führte in der Geschichte oft dazu, dass „Frauen, die Frauen lieben“, de facto zum Nicht-Sein verurteilt waren oder der Kontrolle durch ein Unterdrückungsregularium unterworfen wurden. Die Tabuisierung der Frauenliebe im öffentlichen Diskurs bestimmen zwei wesentliche Kontexte: Der eine zeichnet sich durch einen anderen gesellschaftlichen Umgang mit männlicher Homosexualität aus, worunter wir einen anderen Typ der Unterdrückung homosexueller Männer (z. B. Rechtsakte, die den Geschlechtsverkehr zwischen Männern unter Strafe stellen) sowie andere Kontrollinstrumente der Sexualität verstehen (z. B. richteten die im 19. Jahrhundert entstehende Sexuologie und Psychologie ihr Augenmerk primär auf die Identität des Homosexuellen – unter weitgehender Ausblendung der weiblichen Erfahrung). Der zweite Kontext betrifft die Reduzierung der Frauenliebe auf den Sexualkontakt, der dem männlichen heterosexuellen Blick Lust verspricht. Die Autonomie gegenseitigen sexuellen Verlangens zwischen Frauen wird nicht nur ignoriert, sondern auch negiert (vgl. Rich 1993: 227ff.). Das Ziel ist: Frauen sollen die Ansicht internalisieren, dass sowohl Ehe als auch heterosexuelle Orientierung notwendig zu ihrem Leben gehören, auch wenn dies als unbefriedigend und unterjochend erlebt wird. Daher wird in einem solchen System der Lesbianismus als Störung der Beziehung zwischen Mann und Frau oder als lediglich kurzfristige Hinwendung zu Frauen gesehen, immer mit dem Ziel, sich auf die Erfüllung heterosexueller Rollen vorzubereiten (Gruszczyńska 2004: 235).

Daraus lässt sich die These ableiten, Unsichtbarkeit ist eine Überlebensstrategie in einer homophoben und frauenfeindlichen Gesellschaft. Die Unsichtbarkeit von Lesben in der Gesellschaft und in der sozialen Bewegung kann partiell aus dem Widerstand von Frauen entstanden sein, sich als Lesben zu definieren (Gruszczyńska 2004). Mit dem Verschweigen wird die Möglichkeit vergeben, in der Gesellschaft eine transgressive Position einzunehmen, die es gestatten würde, das vom patriarchalen System aufgezwungene und zum Objekt des männlichen Begehrens reduzierte „Ich“ abzulehnen. Gleichzeitig gibt es keinen aktiven Widerstand gegen die eigene Unterdrückung. Zudem führen die gesellschaftliche Billigung und die größere Offenheit für Äußerungsformen liebender Nähe zwischen Frauen dazu, dass das Tabu körperlicher Nähe zwischen Frauen merklich schwächer ausgeprägt ist als bei Männern. Joanna Mizielińska stellt dazu fest, die Frauenliebe werde „nur deshalb toleriert, weil die (körperliche und geistige) Liebe zwischen Frauen, die diesen Beziehungen zugrundeliegt, für die Mehrheitsgesellschaft faktisch nicht existiert und auch kein Existenzrecht besitzt“ (Mizielińska 2006a: 138).

4 Das Problem der Transgender-Unsichtbarkeit in der LSBT-Bewegung wie auch im öffentlichen Raum greift unter anderem Wiktor Dynarski in seinem Blog auf. Zugriff am 5. Mai 2012 unter <http://wworld.pl>.

Lange Zeit galt auch in der feministischen Bewegung Heterosexualität als bindende Norm, es wurde ausgeblendet, dass sie wie jedes diskursive Wissens- oder Herrschaftsprodukt ein Element der Unterjochung der Einzelnen in der Gesellschaft darstellt. Die ersten Diskussionen über die Unsichtbarkeit der Lesben in der Frauenrechtsbewegung wurden in den 1970er Jahren in den Vereinigten Staaten geführt, eine Konsequenz der Wahrnehmung lesbischer Identität wie der Heterosexualität als politischer Kategorie. Am bekanntesten für den lesbischen Feminismus wurde das Manifest „Woman identified woman“ der Gruppe Radicalesbians mit seiner Kritik an den bestehenden Verhältnissen und den heterosexuellen Strukturen in der feministischen Bewegung wie der gesamten Gesellschaft (Mizielińska 1997: 111). Weitere Texte folgten wie „Compulsory Heterosexuality and Lesbian Existence“ (1993) von Adrienne Rich, in dem diese die Ansicht vertritt, der Lesbianismus könne nicht nur der Flucht vor der Männerherrschaft dienen, sondern auch eine politische Option und einen Ausgangspunkt für den Widerstand gegen das gesamte patriarchale System bilden. Der Wandel im Denken, der sich unter anderem dank dieses Beitrags und der dazu geführten Diskussionen vollzog, führte zur Verbreitung von Begriffen wie „lesbisches Kontinuum“ oder „lesbische Existenz“:

„*Lesbian existence* suggests both the fact of the historical presence of lesbians and our continuing creation of the meaning of that existence. I mean the term *lesbian continuum* to include a range – through each woman’s life and throughout history – of woman-identified experience, not simply the fact that a woman has had or consciously desired genital sexual experience with another woman“ (Rich 1993: 239).

Nach Judith Butler ist „das feministische ‚wir‘ immer und überall ein phantasmatisches Konstrukt, das seine Ziele verfolgt, das aber die innere Komplexität und Unbestimmtheit des Begriffs negiert und sich selbst nur durch die Ausgrenzung eines Teils seiner Mitglieder erschafft, die es gleichzeitig präsentieren will“ (Butler, zitiert nach Mizielińska 2004: 203). Das Suchen nach einer gemeinsamen Unterdrückungsform, die für alle Frauen universell ist, berücksichtigt weder ihre Erfahrungsvielfalt noch ihre Binnendifferenzierung als gesellschaftliche Kategorie. Mehr noch, für Monique Wittig (1993) stellt gerade das Wort „Frau“ oder „Frau-Sein“ einen Mythos dar, den das patriarchale System aufrecht erhält, das auf der Norm der Heterosexualität basiert (Wittig, zitiert nach Mizielińska 2004: 206).

Einige Feministinnen wie Betty Friedan kritisierten die Gleichsetzung von Feminismus und Lesbianismus, da sie die Politik der feministischen Bewegung gefährde und heterosexuelle Frauen abschrecke (Friedan, zitiert nach Mizielińska 1997: 111). Der Verbleib der nichtheterosexuellen Frauen in der feministischen Bewegung setzte also die Entsexualisierung dieser Kategorie voraus, was viele Lesben als Akt der Unterdrückung empfanden und zu Versuchen führte, Koalitionen mit der Schwulenbewegung einzugehen. Lesben hofften insbesondere darauf, auf diese Weise politische Partnerinnen im Kampf um die Emanzipation zu werden (Mizielińska 2004: 153–157). Dies erwies sich als nicht besonders glücklich. Das emanzipatorische Ziel, das sich die Schwulen- und Lesbenbewegung in den 1970er und 1980er Jahren setzte, basierte primär auf der Identitätspolitik, die aus der gemeinsamen Unterdrückungserfahrung entstanden war (Ko-

chanowski 2004: 106f.). Die Schwulenbewegung, die betonte, sexuelle Orientierung sei Privatsache und ein biologisch angeborenes Merkmal, kam vor allem wegen der von ihr geforderten Assimilationsstrategien und ihrer Ausgrenzungspraktiken (in Bezug auf Frauen, Angehörige niedrigerer Schichten und Farbige) in die Kritik. Der nachfolgende Zerfall des Identitätsdiskurses wurde zum Ausgangspunkt der „Theorie der Andersartigen“, einer Theorie für alle Ausgegrenzten, wie es Teresa de Lauretis (1991) sieht, also eine Queer-Theorie, bei der Identität kein stabiles Konstrukt darstellt, sondern charakterisiert ist durch Flüchtigkeit und Schwankungen. Die Queer-Bewegung soll darauf hinwirken, selbstverständliche Kategorien (Frau, Mann, Jude), Oppositionen (normalpathologisch, Heterosexualität-Homosexualität) und Gleichsetzungen (wie Geschlecht = Gender) ins Wanken zu bringen, auf deren Grundfesten Sexualität und Identität des Menschen errichtet seien (Mizielińska 2006b: 112–116).

In Polen wurde die Queer-Theorie in den 1990er Jahren rezipiert und weckte die Hoffnung auf eine Überwindung der homophoben Einstellungen in der polnischen Gesellschaft. Sie ließ sich aber nicht auf die Situation der Schwulen und Lesben in Polen übertragen. Ursachen dafür sehen Forscherinnen wie Joanna Mizielińska oder Anna Laszuk (2010a) im Fehlen einer polnischen Entsprechung für den Begriff „queer“, in den Schwächen der polnischen LSBT-Bewegung (Fehlen von Schwulen- und Lesben- oder feministisch-lesbischen Forschungen an polnischen Universitäten bzw. mangelnde Unterstützung durch Hochschuleinrichtungen, die sich mit der Queer-Theorie befassen) und in den Gender Studies selbst als einem Exportartikel, der eine Ideologie propagiert, die nicht zur gesellschaftlichen Realität des Landes passt (Mizielińska 2006b: 124–142). Mehr noch, die Mehrzahl der polnischen Queer-TheoretikerInnen beschränkt die Anwendung der Theorie, wie Joanna Mizielińska nachweist, in erster Linie auf die Schwulen- und Lesbenforschung und übergeht dabei die Kategorie der Sexualität als einer politischen, zentralen Identitätsvariablen (Mizielińska 2005). Zum Problem wurde auch die Aneignung des Codeworts der/des „Andersartigen“ durch die Konsumgesellschaft. Queer-Sein wurde in Polen zum Element der Individualisierungs- und Konsummaschinerie und büßte seine politischen Implikationen ein, was die Unsichtbarkeit der sich als queer verstehenden Menschen steigerte (Laszuk 2010a: 5). Wie Anna Laszuk hierzu treffend schreibt, hat

„queer [...] gleich am Start seine Kraft verloren, auf kein Transparent gefunden und sich behaglich zwischen Unibibliothek und modernem Großstadtklub eingerichtet. Vor allem als Vehikel der Befreiung von tendenziell weißen, tendenziell der Mittelschicht angehörenden Intellektuellen (welch eine Ironie beim Blick auf das Original) und in der Pop-/Snob-Version als neues Modegadget, das es gestattet, der Kennzeichnung als Schwuler, Lesbe, Bisexueller/-m und welcher Nicht-Hetero auch immer in der Muttersprache zu entgehen“ (Laszuk 2010a: 4).

Gibt es in Polen Lesben?

1991 schrieb in der Zeitschrift für sexuelle Minderheiten „Inaczej“ [„Anders“], die damals de facto eine Schwulenzeitschrift war, eine anonyme Autorin in ihrem Beitrag „Czy w Polsce są lesbijki?“ [Gibt es in Polen Lesben?]: „Wenn ich mich frage, ob es in Polen Lesben gibt, fällt es mir schwer, daran zu glauben. Es genügt, eine beliebige polnische Branchenzeitschrift für Homosexuelle aufzuschlagen, um unsere Randexistenz wahrzunehmen“ („Czy w Polsce“ 1991). Auf den Appell reagierten viele Frauen, was wiederum zu zahlreichen Lesben-Kongressen führte. Eine ähnliche These zur Nicht-Präsenz der Lesben im öffentlichen Diskurs stellt Anna Gruszczyńska (2004) in ihrem Beitrag „Nieznosna niewidzialność lesbijek“ [Die unerträgliche Unsichtbarkeit der Lesben] auf, in dem sie schreibt: „Lesben gibt es in Polen nicht, gab es nie und wird es, wenn es so weiter geht, auch nie geben. Ganz sicher existieren sie nicht als Wesen aus Fleisch und Blut, die ihre Individualität haben, ihre Geschichte und Gebräuche, die für den Rest verständlich sind“ (Gruszczyńska 2004: 233). Auch Marzena Lizurej bringt die Unsichtbarkeit der Lesben zum Ausdruck: „Wenn man über Frauen spricht, nennt man Mütter, Gattinnen und Geliebte, an Lesben denkt man nicht. Wenn man über Homosexuelle spricht, nennt man Schwule, Schwuchteln und Tunten, an Lesben denkt man nicht“ (Lizurej 2004: 230). Yga Kostrzewa, die Sprecherin des Vereins Lambda, mahnte 2009 in der Tageszeitung „Dziennik“ den Gebrauch einer inklusiven und geschlechtssensiblen Sprache an, in der bisexuelle Frauen und Lesben präsent sein sollten (Kostrzewa 2009). Ihrer Ansicht nach herrscht in der Medienrealität das Bild vor, die LSBT-Bewegung sei durch und für schwule Männer geschaffen worden. 2012 lenkt Ewa Tomaszewicz in ihrem Beitrag „Jedna znana lesbijka, której nie kochamy“ [Die eine bekannte Lesbe, die wir nicht lieben], der die Reaktionen der Gesellschaft auf das *Coming out* von Katarzyna Adamik reflektiert, die Aufmerksamkeit ein weiteres Mal auf die Bedeutung der „Sichtbarkeit“ von Frauen mit nicht-normkonformer Sexualität für die Verbesserung der gesellschaftlichen Situation der LSBT (Tomaszewicz 2012). In der polnischen LSBT-Bewegung, die nach den Veränderungen des Jahres 1989 entstand⁵ und die nach Jacek Kochanowskis Meinung bislang drei Phasen durchlief⁶, werden zur Bekämpfung der Homophobie verschiedene Strategien angewendet. In die 1990er Jahre fällt die erste Phase der Bewegung, die sich damals um den Verein LAMBDA gruppierte. Die Aktivitäten beschränkten sich in hohem Maß auf die Konsolidierung der Basis und die Hilfe für Opfer homophober Diskriminierung und Gewalt. Sowohl in Krakau (die GRUPA LL) als auch in Warschau (BILITIS) entstanden Lesbengruppen. Die Organisation eigener Gruppen ausschließlich für Lesben erschien als notwendiger Schritt, denn der überwiegende Teil waren Aktionen zur Sichtbarmachung von männlichen Homosexuellen. Als sehr bedeutsam erscheint das fast völlige Fehlen von Aktivitäten für bisexuelle Frauen. In der feministischen

5 In den 1980er Jahren entstanden erste Initiativen für Nicht-Heterosexuelle.

6 Kochanowski nennt folgende Phasen: die innere und kollektive selbstbestimmte Queer-Politik, die äußere und kollektive Queer-Politik und die zerstreute und individuelle Queer-Politik (vgl. Kochanowski 2007).

Zeitschrift „Pełnym Głosem“ [Mit voller Stimme] erscheinen erste Texte zur Situation der Lesben. 2001 bis 2003 folgt die zweite Aktivitätsphase, die vor allem von der „Kampania przeciw Homofobii“ [Kampagne gegen Homophobie] getragen wird, deren gesellschaftlich-künstlerisches Aushängeschild die Ausstellung „Niech nas zobaczą“ [Sie sollen uns sehen] wird. Diese Ausstellung umfasste 30 Fotografien von 15 schwulen und 15 lesbischen Paaren und wurde in Polens Großstädten gezeigt; sie stieß, wie zu erwarten, auf den Protest zahlreicher rechter Kreise. Im Rückblick lässt sich festhalten, dass diese Kampagne auf den Prinzipien der Assimilationspolitik beruhte: Wir zeigen euch, dass wir normal sind, so wie ihr, dass wir Familien haben, ein Zuhause, Arbeitsplätze. Tomasz Sikora begegnet dieser Haltung kritisch und nennt sie „Normalitätspolitik“:

„[...] die führenden Köpfe der polnischen LSBT-Bewegung wollen sich gegenseitig darin übertreffen, der polnischen Gesellschaft zu versichern, dass Schwule und Lesben genauso lieben und dasselbe wollen, zum Beispiel das Recht auf Eheschließung (aber schon nicht mehr das auf Adoption). Wir wollen nicht ‚anders‘ sein, wir ziehen es vor, ‚genauso zu sein‘, beim gemeinsamen Familienfestmahl Platz zu nehmen und unsere Normalität zu feiern. Wir wollen mit demselben Maß gemessen werden, Arm in Arm mit den Heterosexuellen“ (Sikora 2008).

Durch diese Strategie entstehe ein normatives Ideal, dem der Durchschnittsschwule oder die Durchschnittslesbe nachstreben solle und das nach den Prinzipien der Queer-Theorie ausgrenzend und hierarchisierend sei (Sikora 2008). Die Kampagne stieß bei all ihrer konservativen Tendenz in vielen Städten Polens auf vehementen Protest und trug wesentlich zur Sichtbarkeit von Schwulen und Lesben im öffentlichen Raum bei. Die dritte Phase nennt Kochanowski die vereinzelte und individuelle, selbstbestimmte Queer-Politik, die vor allem durch die rechten Regierungen in Polen zur Politik Einzelner, von Medienleuten, KünstlerInnen usw., wurde (Kochanowski 2007: 52f.).

Die LSBT-Bewegung in Polen hat keine uniforme Gestalt. Unter den vielen Organisationen und Gruppen, die sich für Schwule, Lesben, Bisexuelle, Transgender und Queer engagieren, finden sich sowohl konservative Mainstream-Gruppen, deren wichtigste Ziele die Einflussnahme auf die Gesetzgebung zur Beseitigung diskriminierender Vorschriften und die Einführung neuer, in der Regel konservativer Regelungen sind, wie auch solche, die sich auf basisdemokratische Aktivitäten fokussieren und sich nicht auf den Aufbau eines positiven Images nichtheterosexueller Menschen konzentrieren, denen primär an der Schaffung eines Freiraums für die Artikulation ihres Verlangens, ihrer Gefühle und Bedürfnisse gelegen ist. Mit Sicherheit bietet das Internet einen solchen Raum, in dem im Laufe der vergangenen Jahre zahlreiche Portale und Foren entstanden sind, die jeglicher Form von Kommunikation zwischen nichtheterosexuellen Menschen dienen. 1996 gab es die erste Homepage für sexuelle Minderheiten www.innastrona.pl, die bis heute existiert. Von den Portalen und Webseiten, die besondere Aufmerksamkeit verdienen und sich an nichtheterosexuelle Frauen richten, können folgende hervorgehoben werden: www.lesbijka.org, die seit dem Jahr 1999 unter verschiedenen Adressen besteht, und das Portal www.kobiety-kobietom.com, das seit 2001

aktiv ist⁷. Bei der Analyse der Anzeigen, Feuilletons und Foreneinträgen auf dem Portal „Kobiety-kobietom“ weist Anna Gruszczyńska darauf hin, dass bei den von ihr untersuchten Inhalten nur sehr selten das Bewusstsein politischer Unterdrückung zur Sprache kommt (Gruszczyńska 2006). Die nichtheterosexuellen Frauen wollen oft nicht als Lesben wahrgenommen werden, ihre Unsichtbarkeit sehen sie als Überlebensstrategie. Angesichts der Heteronormativität und der Erfahrung der Homophobie werde

„besonders das Märchen von der anderen Hälfte zum Allheilmittel gegen das Böse – zu zweit lässt sich die Homophobie besser überstehen, und gleichzeitig solle frau nur zu zweit eins sein und im anderen Menschen Halt angesichts der Unterdrückung finden. Die Unterdrückung ist nichts, dem frau sich aktiv widersetzen müsste, sie wird lediglich passiv in Worte gekleidet“ (Gruszczyńska 2006: 134).

Auch im LAMBDA- und KPH-Bericht zur Lage homo- und bisexueller Menschen in den Jahren 2005–2006 zeigt sich das Problem der „Unsichtbarkeit“ von Lesben und bisexuellen Frauen (vgl. Abramowicz 2007). Die Beispiele für die Diskriminierung, auf die sich die VerfasserInnen beziehen, betreffen fast ausschließlich männliche Homosexuelle – im Bericht wird das jedoch nicht als Problem angesprochen. Das Fehlen eines Kommentars zur Les-Phobie, die im Verschweigen des Lesbianismus und weiblicher Bisexualität besteht, ist ein Beleg für die Herausbildung einer Norm, einer Regel, die davon ausgeht, dass Homophobie und Diskriminierung immer gleich aussehen und gleich ablaufen. In den Medien ist die LSBT-Bewegung vor allem durch Schwule präsent. Hier kann die für Polen von Katarzyna Bojarska-Nowaczyk (2006) beschriebene, selektiv homophile Haltung angeführt werden. Bevorzugt werden der eigenen Person ähnliche Menschen und eine Abneigung wird verspürt gegen Menschen, die z. B. einen anderen Lebensstil haben, andere Werte repräsentieren. Ein Beispiel hierfür kann die Akzeptanz verschiedener sexueller Verhaltensweisen bei gleichzeitiger Unterstützung der tradierten Geschlechterrollen sein. Hier führt das Fehlen feministischer Kritik bei der LSBT-Bewegung dazu, dass der niedrigere soziale Status der Frau und ihre Unsichtbarkeit allgemein Billigung finden. Es fehlt in Polen immer noch an Forschungen, die das Thema der Ausgrenzung innerhalb der LSBT-Bewegung aufgreifen.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre führte Joanna Mizielińska Untersuchungen zum Verhältnis von Lesben zum Feminismus durch. Das Ergebnis:

„Ich denke, der Widerwille dagegen, so bezeichnet zu werden [mithilfe des Terminus Lesbianismus], resultiert vor allem aus dem Nichtvorhandensein einer organisierten Lesbenbewegung in Polen und dem Fehlen von Versuchen, die Existenz polnischer Lesben in politischen Kategorien unter Berücksichtigung der Konsequenzen ihrer Lebensentscheidungen und ihrer Einordnung in einem breiteren soziokulturellen Kontext zu beschreiben“ (Mizielińska 1997: 118).

Auf der einen Seite hat die gesamte feministische Bewegung Angst davor, mit Lesben gleichgesetzt zu werden. Auf der anderen Seite ist das Thema Sexualität in diesem Kontext stets Privatsache geblieben. Wie es Małgorzata Marciniak zusammenfasst, wird

7 Mehr Informationen zu verschiedenen Webseiten zu sexuellen Minderheiten findet frau im Kalendarium „LEsteśmy w Polsce“ [„LES gibt uns in Polen“] unter www.porozumienie.lesbijek.org/KalendariumLestesmyPolska.htm.

„unabhängig davon, ob es die Angst vor der Andersartigkeit oder vor der Zerschlagung der Einheit der feministischen Bewegung ist, in Polen, dem anscheinend so homogenen Land, der sexuelle Unterschied nicht als Argument dafür ins Feld geführt, das Thema des Verhältnisses zwischen dem polnischen Feminismus und dem Lesbianismus aufzugreifen“ (Marciniak o. J.). Gewöhnlich wird im Rahmen der feministischen Bewegung in Polen die Unsichtbarkeit homo- und bisexueller Frauen nicht thematisiert. Die Ursachen liegen im differierenden soziokulturellen Kontext der Emanzipationsbewegungen in Polen und in den Vereinigten Staaten sowie in den gewählten Strategien des Kampfes gegen die Unterdrückung der Frau und in der Überzeugung, das Problem sei für Polen irrelevant angesichts seiner Thematisierung durch die Emanzipationsbewegungen in den USA.

Gleichzeitig sind im polnischen Wissenschaftsdiskurs Forschungen mit einer sektionsübergreifenden Perspektive eine relativ neue Erscheinung. Sie würden im Falle der sexuellen Orientierung und Genderidentität eine gekreuzte Diskriminierung thematisieren und das Geschlecht der Befragten mit einbeziehen. Ein besonderes Novum stellen hier Forschungen dar, die gegenwärtig von der Stiftung „Przestrzeń Kobiet“ [Frauenraum] im Rahmen des Projekts „(Nie)widoczne dla społeczności“ [(Un-)Sichtbar für die Gesellschaft]⁸ durchgeführt werden mit dem Ziel, die gesellschaftliche Situation von bisexuellen Frauen und Lesben zu erforschen, die außerhalb der Großstädte leben. In diese Untersuchungen werden Diskriminierungsfaktoren wie Geschlecht, sexuelle Orientierung und Wohnort einbezogen.

„Das Nichtverschweigen der eigenen Existenz ermöglicht deren Sichtbarkeit“

In der polnischen LSBT-Bewegung scheinen die Frauen in weniger formellen Organisationen viel aktiver, engagierter und sichtbarer zu sein, in denen sie selbstbestimmt und selbstständig über ihre Aktivitäten im Namen anderer Frauen entscheiden können. Das sind normalerweise Gruppen, die sich für eine nichthierarchische Struktur entscheiden. Formelle Macht und öffentliches Agieren werden mit Männlichkeit identifiziert. In hierarchischen Gruppen, an denen sich sowohl Frauen als auch Männer beteiligen, sind erstere gemeinhin weniger sichtbar, weniger aktiv und übernehmen weniger wichtige und verantwortungsvolle Ämter. Deshalb entscheiden sich viele Lesben- oder Queer-Organisationen für ein anarchistisches Strukturmodell. Beispiel dafür ist der Verein OLA-Archiwum oder „Ogólnopolskie Feministyczne Lesbijskie Archiwum“ [Allgemeinpolnisches Feministisches Lesben-Archiv], der in den Jahren 1997–2000 bestand und unlängst reaktiviert wurde. Leitwort des Vereins waren die Worte: „Das Nichtverschweigen der eigenen Existenz ermöglicht deren Sichtbarkeit“. Die vom OLA-Archiv herausgegebene politische Zeitschrift „Furia Pierwsza“ [Die erste Furie] enthielt Texte aus den *lesbians studies* und *queer studies*. Die Zeitschrift hatte sich den Kampf gegen

8 Mehr Informationen zu diesem Projekt finden sich auf der Webseite: www.przestrzenkobiet.pl.

das Verschweigen, das Übergehen und die Unsichtbarkeit der Lesben zum Ziel gesetzt. Das geben die Worte wieder, die auf der Webseite des Archivs standen:

„Furie weil: Wenn von Frauen und ihren Rechten die Rede ist, dann nie von Lesben. Wenn von Lesben die Rede ist, dann werden sie extrem stereotyp dargestellt, im besten Fall herablassend. Wenn von Lesben die Rede ist, dann auch von Empörung und Mitleid. Wenn von Lesben die Rede ist, dann nie vom Lesbianismus. Wenn vom Feminismus die Rede ist, dann nie vom lesbischen Feminismus. *Furia* wird Texte enthalten, die den Lesbianismus und die Problematik einer Frauenbeziehung ernsthaft und umfassend darstellen“ (Kostrzewa et al. 2009: 24).

Ein sehr wichtiges Ereignis für die feministische Bewegung wie auch für Lesbenkreise war 2004 die Gründung des „Porozumienie Lesbijek“ [Lesbenbündnis], das seine Aktivitäten auf Lesben, bisexuelle Frauen und Transgender konzentrierte. Ein Jahr später wurde die Warschauer Frauentagsdemonstration von Repräsentantinnen feministischer Gruppierungen und dem Lesbenbündnis organisiert. Zum ersten Mal war eine der beiden Hauptforderungen des feministischen Demonstrationzugs der offene Widerspruch gegen die Diskriminierung von Frauen wegen ihrer sexuellen Orientierung. Die Sichtbarkeit nicht-heterosexueller Frauen vor Ort, die durch die Einbindung von Lesbenforderungen in die allgemeinen Demonstrationsforderungen und durch die aktive Teilhabe an der Vorbereitung und Organisation des Protestzugs erreicht wurde, scheint das Bedürfnis nach Raum, Orten, Ereignissen zu bestätigen, bei denen Lesben, bisexuelle Frauen und Transgender offen und selbstbestimmt gegen Homophobie, Sexismus, gegen alle Arten der Ausgrenzung auftreten können, auch innerhalb der LSBT-Bewegung und der feministischen Bewegung selbst. Unter den Aktivitäten für Lesben ist auch das Kalendarium „LES gibt uns in Polen“, erstellt vom „Porozumienie Lesbijek“, das die Aktivitäten der Lesben im Rahmen der LSBT-Bewegung in Polen veranschaulicht, besonders zielführend. Dieser Versuch, *herstory* über den Anteil nichtheterosexueller Frauen am Kampf gegen Diskriminierung zu schreiben, dient nicht nur der Rückgewinnung einer in Vergessenheit geratenen Geschichte, sondern macht sie auch präsent und damit die nichtheterosexuellen Frauen zu existenten und sichtbaren handelnden Subjekten. Dies ermöglicht auch die kritische Wahrnehmung der LSBT-Bewegung und das Aufzeigen ihres oft ausgrenzenden Charakters.

Eine weitere Gruppe, die ihre Tätigkeit vor allem auf Frauen und Queers konzentriert, ist die Warschauer U-F-A. Auf der Webseite der U-F-A steht:

„Wir haben das Prinzip, dass *mindestens 80 % des Kollektivs (nicht zwangsläufig genetische) Frauen bilden müssen*. Wir wollen, dass die UFA vor allem ein Ort für Frauen ist, der vor allem von Frauen gestaltet wird. In einer Gesellschaft, in der so viele Sphären ausschließlich Männern vorbehalten sind oder in denen sich Frauen in der Minderheit, als geduldete Gäste fühlen, ist ein Raum wie die UFA notwendig“⁹.

Eine wichtige Rolle spielt heute auch die unregelmäßig erscheinende, lesbisch-feministische Zeitschrift „Furia“, die das Ziel verfolgt, einen nichtheteronormativ frauenfreundlichen Raum zu schaffen – für Lesben, bisexuelle Frauen, Queers und Drags (Laszuk 2010b). Eine besondere Initiative im Rahmen der Diskussion über die Unsichtbarkeit von

9 www.u-f-a.pl/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=129&Itemid=46.

Lesben und bisexuellen Frauen sowohl im öffentlichen Diskurs als auch in der LSBT-Bewegung scheint das gerade in Polen entstehende Festival lesbischer Kultur „O’less Festiwal“ zu werden, es will eine eigene lesbische Sprache und eine in Polen verwurzelte lesbische Kunst entstehen lassen. Wie die Initiatorinnen des Festivals schreiben, nutzen sie gezielt Identitätskategorien bei der Verwischung der Grenzen von Geschlecht und Sexualität unter dem modernen Leitwort queer.¹⁰ Dies zeigt, dass es innerhalb der polnischen LSBT-Bewegung eine sehr starke Absetzbewegung der lesbischen Community gibt.

Die Schwulen- und Lesben-, Bisexuellen- und Transgenderbewegung in Polen ist sehr jung; breiter angelegte Aktivitäten und Initiativen begannen de facto erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Im freien und demokratischen Polen sind Homophobie und Ausgrenzung wegen nichtheterosexueller Vorlieben bei der PartnerInnenwahl kein Randphänomen. Seit der Einführung des demokratischen Systems vor über 20 Jahren sind viele für sexuelle Minderheiten wichtige Ziele unerreich geblieben. Die Unsichtbarkeit der Lesben und bisexuellen Frauen, das Fehlen einer markanten Lesbenbewegung innerhalb der LSBT-Bewegung führen zu Initiativen, die separatistischen Charakter haben und grundsätzlich zweigleisig verfahren: Einerseits treten Gruppen mit basisdemokratischen Strukturen auf, die sich ihrer deutlichen Klassifizierung in der Identitätskategorie Lesbe widersetzen und sich eher auf den Queer-Aktivismus beziehen wie U-F-A, andererseits sind Initiativen präsent, die den Aufbau der lesbischen Identität als einer politischen Identität für notwendig erachten und entsprechend agieren. Im polnischen wie auch im ostmitteleuropäischen Kontext scheinen beide Typen von Initiativen Umbruchscharakter zu haben. Kulpa/Mizielińska (2011: 18) bezeichnen den Status Ostmitteleuropas als „moderne(n) Peripherie“ und verweisen damit auf seine geographische Zugehörigkeit zum Kontinent und auf den Prozess des unablässigen Gleichziehens mit den Ländern Westeuropas. Vom westzentristischen Standpunkt aus gesehen werden die Länder, die nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ zum Bestandteil des demokratischen Europas wurden und sich nach seinem Vorbild entwickeln, bestrebt sein, die kulturelle, wirtschaftliche und politische Kluft zu überwinden. Die AutorInnen führen den Begriff des „Zeitgewirrs“ ein (*knotted time*), anhand dessen sie veranschaulichen, wie und in welchem Zeitraum in diesem Teil Europas verschiedene Konzeptionen zur Gender- oder Sexualitätskategorie auftraten und auftreten, die im Westen linear aufeinander folgten (Kulpa/Mizielińska 2011: 16). Das „Zeitgewirr“ der aufkommenden theoretischen Entwürfe in diesem Teil Europas verursacht Probleme bei der Deutung zahlreicher sozialer Phänomene:

„Das stark assimilative Aktivitätsmodell, das heute in Ostmitteleuropa präsent ist, [...] kann als Rückschritt gedeutet werden in die Zeiten der westlichen Homophilen-Bewegungen der 1950er und 1960er Jahre. Doch dieser Rückschritt kann für die Schwulen und Lesben in OME einen Fortschritt bedeuten, schon allein deswegen, weil sie seit 1989 die Vereinigungsfreiheit genießen“ (Kulpa/Mizielińska 2011: 16).

Es ist also unklar, wie die Phänomene zu deuten sind, die sich auf die Sexualität beziehen (z. B. das Wirken der LSBT-Bewegung in Polen), oder ob die Instrumente, die vorliegen (z. B. die Queer-Theorie), für den kulturellen Kontext in Polen genutzt werden

¹⁰ Mehr Informationen zu diesem Projekt finden sich unter <http://o-less.blogspot.com/p/oless.html>

können. Alle Aktivitäten für nichtheterosexuelle Frauen stellen das enorme Bedürfnis nach Sichtbarmachung der nichtheteronormativen Sexualität von Frauen im öffentlichen Diskurs wie auch innerhalb der LSBT-Bewegung unter Beweis, unabhängig davon, auf welche westlichen Wurzeln sie sich berufen.

Aus dem Polnischen von Ursula Kiermeier

Literaturverzeichnis

- Abramowicz, Marta. (Hrsg.). (2007). *Sytuacja osób biseksualnych i homoseksualnych w Polsce. Raport za lata 2005 i 2006* [Die Situation bi- und homosexueller Menschen in Polen. Bericht für die Jahre 2005 und 2006]. Warszawa: Kampania Przeciw Homofobii, Lambda Warszawa.
- Badora, Barbara. (1994). *Spoleczna akceptacja homoseksualizmu. Komunikat z badań* [Die gesellschaftliche Akzeptanz der Homosexualität. Forschungscommuniqué]. Warszawa: Centrum Badania Opinii Społecznej.
- Bojarska-Nowaczyk, Katarzyna. (2006). Przegięte cioty niemile widziane – o homofobii gejów i lesbijek [Verdrehte Tunten ungern gesehen – zur Homophobie von Schwulen und Lesben]. In Tomasz Basiuk, Dominika Ferens & Tomasz Sikora (Hrsg.), *Parametry pożądania. Kultura odmieńców wobec homofobii* [Parameter des Verlangens. Das Verhältnis der Andersartigen zur Homophobie] (S. 61–72). Kraków: Universitas.
- Bonnet, Marie-Jo. (1997). *Związki miłosne między kobietami od XVI do XX wieku* [Liebesbeziehungen zwischen Frauen vom 16. bis 20. Jahrhundert]. Warszawa: Sic!.
- Czarnecki, Greg. (Hrsg.). (2009). *Raport o homofobicznej mowie nienawiści w Polsce* [Bericht über die homophobe Sprache des Hasses in Polen]. Warszawa: Kampania Przeciw Homofobii.
- Czarnecki, Greg. (Hrsg.). (2009). *When words are weapons. Homophobic hate crimes and discrimination in Poland. 2008 report*. Warszawa: Campaign Against Homophobia.
- Czy w Polsce są lesbijki? [Gibt es in Polen Lesben?]. (1991). *Inaczej*, 12, 19.
- Desperak, Iza. (2006). Homofobia, czyli dwugłos o prawach gejów i lesbijek na łamach Gazety Wyborczej [Homophobie oder die Doppelzüngigkeit in der Berichterstattung der Gazeta Wyborcza in Fragen von Schwulen- und Lesbenrechten]. In Tomasz Basiuk, Dominika Ferens & Tomasz Sikora (Hrsg.), *Parametry pożądania. Kultura odmieńców wobec homofobii* (S. 113–126). Kraków: Universitas.
- Feliksiak, Michał. (2010). *Postawy wobec gejów i lesbijek. Komunikat z badań* [Die Einstellungen zu Schwulen und Lesben. Forschungscommuniqué]. Warszawa: Centrum Badania Opinii Społecznej.
- Gruszczyńska, Anna. (2004). Nieznośna niewidzialność lesbijek [Die unerträgliche Unsichtbarkeit der Lesben]. In Błażej Warkocki & Zbigniew Sypniewski (Hrsg.), *Homofobia po polsku* [Homophobie auf Polnisch] (S. 233–239). Warszawa: Sic!.
- Gruszczyńska, Anna. (2006). Jak to robią lesbijki w sieci. Zadymony pokój i ucieczka od branży. In Tomasz Basiuk, Dominika Ferens & Tomasz Sikora (Hrsg.), *Parametry pożądania. Kultura odmieńców wobec homofobii* (S. 127–136), Kraków: Universitas.
- Homo-Warszawa. Przewodnik kulturalno-historyczny* [Homo-Warszawa. Kulturhistorischer Stadtführer]. (2009). *Otwarte Forum, Stowarzyszenie Lambda*.
- Kassyk, Elżbieta. (1988). *Opinie o homoseksualizmie. Tolerancja czy potępienie. Komunikat z badań* [Ansichten zur Homosexualität. Toleranz oder Verdammung. Forschungscommuniqué]. Warszawa: Centrum Badania Opinii Społecznej.

- Klimczak-Ziółek, Jolanta. (2006). *Queer w zwierciadle polskich mass mediów [Queer im Spiegel der polnischen Massenmedien]*. In Tomasz Basiuk, Dominika Ferens & Tomasz Sikora (Hrsg.), *Parametry pożądania. Kultura odmieńców wobec homofobii* (S. 99–112). Kraków: Universitas.
- Kochanowski, Jacek. (2004). *Fantazmat zróżnicowany. Socjologiczne studium przemian tożsamości gejów [Das vielfältige Phantasma. Soziologische Studie zum Wandel schwuler Identität]*. Kraków: Universitas.
- Kochanowski, Jacek. (2007). Podmiotowa i przedmiotowa polityka queer. Zarys problematyki [Selbstbestimmte und fremdbestimmte Queer-Politik. Problemaufriss]. In Monika Baer & Marzena Lizurej (Hrsg.), *Z odmiennnej perspektywy. Studia queer w Polsce [Aus der anderen Perspektive. Queer Studies in Polen]* (S. 43–60). Wrocław: Arboretum.
- Kochanowski, Jacek. (2008). Seksualność w dyskursie politycznym [Sexualität im politischen Diskurs]. In Maria Szyszkowska (Hrsg.), *Seksualność człowieka i obyczaje a polityka [Sexualität und Sitten des Menschen und die Politik]* (S. 20–53). Warszawa: tCHu, doM Wydawniczy.
- Kostrzewska, Yga, Tomasiak, Krzysztof, Zabłocki, Krzysztof, Pietras, Marcin, Teodorczyk, Marcin, Mińto, Michał & Szot, Wojciech. (2009). *Homo-Warszawa. Przewodnik kulturalno-historyczny*. Warszawa: Abiekt.pl, Stowarzyszenie Otwarte Forum, Stowarzyszenie Lambda.
- Kostrzewska, Yga. (2009). *Lesbijki: O gejach to piszecie, a o nas nie*. Zugriff am 5. Mai 2012 unter <http://wiadomosci.dziennik.pl/wydarzenia/artykuly/90629,lesbijki-o-gejach-to-piszecie-a-o-nas-nie.html>
- Kulpa, Robert & Mizielińska, Joanna. (2011). Contemporary Peripheries. Queer Studies, Circulation of Knowledge and East/West Divide. In Robert Kulpa & Joanna Mizielińska (Hrsg.), *De-Centring Western Sexualities. Central and Eastern European Perspectives* (S. 11–26). London: Ashgate.
- Krzyżanowska, Natalia. (2010). Denying the right to speak in public: Sexist and homophobic discourses in post-1989 Poland. In Aleksandra Galasińska & Galasiński Dariusz (Hrsg.), *The Post-Communist Condition. Discourse approaches to politics, society and culture* (S. 105–129). Amsterdam: John Benjamins Publishing Company.
- Laszuk, Anna. (2010a). Queer po polsku, czyli nowoczesny closet [Queer auf Polnisch, oder das moderne Klosett]. In *Interalia. Pismo poświęcone studiom queer*; (5). Zugriff am 20. April 2012 unter www.interalia.org.pl/index_pdf.php?lang=pl&klucz=&produkt=1276085852-306
- Laszuk, Anna. (2010b). Wstępniak [Editorial]. In *Furia*, (1). Zugriff am 6. September 2012 unter http://furia.org.pl/2010/04/wstepniak_1
- Lauretis, Teresa de. (1991). Queer Theory: Lesbian and Gay Sexualities. An Introduction. In Jane Rendell (Hrsg.), *Differences – A Journal of Feminist Cultural Studies*, 3 (2), 3–18.
- Lizurej, Marzena. (2004). Lesbijki? Przecież nas nie ma! [Lesben? Uns gibt's doch gar nicht]. In Zbyszek Sypniewski & Błażej Warkocki (Hrsg.), *Homofobia po polsku* (S. 230). Warszawa: Sic!.
- Makuchowska, Mirosława. (Hrsg.). (2011). *Przemoc motywowana homofobią. Raport 2011 [Homophobe Gewalt. Bericht 2011]*. Warszawa: Kampania Przeciw Homofobii.
- Marciniak, Małgorzata. (o. J.). *Przerazające, feministyczne „L”* [Das entsetzliche feministische „L“]. Warszawa: Aufbaustudium Gender Studies. Zugriff am 20. April 2010 unter <http://genderstudies.pl/wp-content/uploads/2010/04/mmarciniak-przerazajace-feministyczne-l.pdf>
- Mizielińska, Joanna. (1997). *Związki lesbianizmu z feminizmem w perspektywie teoretycznej [Die Verbindungen zwischen Lesbianismus und Feminismus in theoretischer Hinsicht]. Pelnym głosem. Periodyk Feministyczny [Mit voller Stimme. Feministische Zeitschrift]*, 5, 109–122.
- Mizielińska, Joanna. (2004). *(De)konstrukcje kobiecości [Weiblichkeits-(de-)konstruktionen]*. Gdańsk: Słowo/obraz terytoria.
- Mizielińska, Joanna. (2005). Poland meets queer theory. On some problems with the translation of queer theory into the Polish Context. In Krystyna Slany, Beata Kowalska & Marcin

- Śmietana (Hrsg.), *Homoseksualizm – perspektywa interdyscyplinarna* [Homosexualität – die interdisziplinäre Perspektive] (S. 111–130). Kraków: Nomos.
- Mizielińska, Joanna. (2006a). Pomiędzy pomiotem a przedmiotem ... O mistyfikacjach i nieobecności miłości między kobietami w kulturze [Zwischen Abjekt und Objekt ... Mystifikationen und die Nichtpräsenz der Frauenliebe in der Kultur]. In Tomasz Basiuk, Dominika Ferens & Tomasz Sikora (Hrsg.), *Parametry pożądania. Kultura odmieńców wobec homofobii* (S. 137–152). Kraków: Universitas.
- Mizielińska, Joanna. (2006b). *Pleć Ciało Seksualność. Od feminizmu do teorii queer* [Geschlecht Körper Sexualität. Vom Feminismus zur Queer-Theorie]. Kraków: Universitas.
- Rich, Adrienne. (1993). *Compulsory Heterosexuality and Lesbian Existence*. In Henry Abelove, Michele Aina Barale & David M. Halperin (Hrsg.), *The Lesbian and Gay Studies Reader* (S. 227–254). New York: Routledge.
- Rubin, Gayle. (2004). Rozmyślając o seksie: zapiski w sprawie radykalnej teorii polityki seksualności [Nachdenken über Sex: Notizen zu einer radikalen Theorie der Sexualitätspolitik]. *Lewą nogą. Półrocznik polityczno-artystyczny* [Mit dem linken Bein. Politisch-künstlerische Halbjahresschrift], 16, 164–224.
- Seidman, Steven. (2002). *Beyond the Closet, The Transformation of Gay and Lesbian Life*. New York, London: Routledge.
- Sikora, Tomasz. (2008). *Queer a polityka normalności* [Queer und die Normalitätspolitik]. Zugriff am 15. Juni 2009 unter www.recyklingidei.pl/sikora_queer_a_polityka_normalnosc.
- Śmiszek, Krzysztof. (Hrsg.). (2011). *Dyskryminacja ze względu na orientację seksualną i tożsamość płciową w zatrudnieniu* [Diskriminierung hinsichtlich der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität in der Beschäftigungspolitik]. Warszawa: Kampania Przeciw Homofobii.
- Szyszkowska, Maria. (2008). Seksualność człowieka [Die Sexualität des Menschen]. In Maria Szyszkowska (Hrsg.), *Seksualność człowieka i obyczaje a polityka* [Die Sexualität des Menschen, die Sitten und die Politik] (S. 7–19). Warszawa: tCHu, doM Wydawniczy.
- Tomaszewicz, Ewa. (2012). *Jedna znana lesbijka, której nie kochamy. O coming oucie Kasi Adamik*. Zugriff am 5. Mai 2012 unter www.innastrona.pl/magazyn/bequeer/jedna-znana-lesbijka-ktorej-nie-kochamy.phtml
- Wenzel, Michał. (2001). *Postawy wobec małżeństw homoseksualnych. Komunikat z badań* [Die Einstellungen zu Homo-Ehen]. Warszawa: Centrum Badania Opinii Społecznej.
- Wenzel, Michał. (2002). *Konkubinat par heteroseksualnych i homoseksualnych. Komunikat z badań* [Lebensgemeinschaften hetero- und homosexueller Paare. Forschungscommuniqué]. Warszawa: Centrum Badania Opinii Społecznej.
- Wenzel, Michał. (2003). *Związki partnerskie par homoseksualnych. Komunikat z badań* [Partnerschaften homosexueller Paare. Forschungscommuniqué]. Warszawa: Centrum Badania Opinii Społecznej.
- Wenzel, Michał. (2005a). *Akceptacja praw dla gejów i lesbijek i społeczny dystans wobec nich. Komunikat z badań* [Die Akzeptanz von Schwulen- und Lesbenrechten und die Distanz zu ihnen. Forschungscommuniqué]. Warszawa: Centrum Badania Opinii Społecznej.
- Wenzel, Michał. (2005b). *Prawo do publicznych demonstracji gejów i lesbijek. Komunikat z badań* [Das Recht auf öffentliche Schwulen- und Lesbendemonstrationen. Forschungscommuniqué]. Warszawa: Centrum Badania Opinii Społecznej.
- Wenzel, Michał. (2008). *Prawa gejów i lesbijek. Komunikat z badań* [Schwulen- und Lesbenrechte. Forschungscommuniqué]. Warszawa: Centrum Badania Opinii Społecznej.
- Weseli, Agnieszka. (2011). Lesbijki i biseksualistki w Polsce między 1989 a 2009 rokiem [Lesben und bisexuelle Frauen in Polen in den Jahren 1989 bis 2009]. In Alicja Pałęcka, Helena Szczodry & Marta Warat (Hrsg.), *Kobiety w społeczeństwie polskim* [Frauen in der polnischen Gesellschaft] (S. 272–299). Kraków: Wydawnictwo Uniwersytetu Jagiellońskiego.

Wojnicka, Katarzyna & Struzik, Justyna. (2011). Mężczyźni w działaniu. Problematyka męskich ruchów społecznych w Polsce. In Katarzyna Wojnicka & Ewelina Ciaputa (Hrsg.), *Karuzela z mężczyznami. Problematyka męskości w polskich badaniach społecznych* S. 257-278). Kraków: Oficyna Wydawnicza Impuls.

Zu den Personen

Ewelina Ciaputa, Soziologin, Feministin, Doktorandin am Institut für Soziologie der Jagiellonian Universität in Krakau. Arbeitsschwerpunkte: Gender und Queer Studies.

E-Mail: ewelinaciaputa@gmail.com

Justyna Struzik, Soziologin und Sozialforscherin, Doktorandin am Institut für Soziologie der Jagiellonian Universität in Krakau, Vorstandsmitglied von Fundacja Przestrzeń Kobiet (Stiftung Frauenraum). Arbeitsschwerpunkte: Gender Studies, Sexualsoziologie und Soziale Bewegungen.

E-Mail: justyna.struzik@gmail.com

The Polish profeminist movement

Zusammenfassung

Die profeministische Bewegung in Polen

Der Artikel beschäftigt sich mit einem Thema, das von der zeitgenössischen Soziologie unter „Soziale Bewegungen von Männern“ gefasst wird. Es handelt sich um neue Bewegungen, die sich vor allem dadurch auszeichnen, dass die Akteure das Themenfeld der Geschlechtergerechtigkeit als ein wesentliches Kriterium zur Bildung einer gemeinschaftlichen Identität betrachten. Sie umfassen nicht nur die Bewegungen für die Rechte von Männern und Vätern, sondern ebenso die mythopoetische, die männlich-religiöse und die profeministische Bewegung. Vorge stellt wird die profeministische Bewegung in Polen, weil deren Aktivist:innen bisher weitgehend unbeachtet geblieben sind und ihre Arbeit im Kampf für Geschlechtergerechtigkeit im Vergleich zum Engagement von Frauen in Polen eine stärkere Marginalisierung erfahren hat.

Schlüsselwörter

Soziale Bewegungen, Profeminismus, Männer, Gleichberechtigung der Geschlechter, Männlichkeit, Polen

Summary

In my article I explore an issue which is part of the phenomena termed “men’s social movements”. Men’s social movements are new social movements in which actors focus on gender issues as the main criteria for building collective identity. They include the men’s and fathers’ rights movement, the mythopoetic movement, male religious movements and the profeminist movement. In my article I present the case of the Polish profeminist movement because its actors seem to be relatively unrecognized as yet and their activities are rather marginalized compared to female activists fighting for gender equality in Poland.

Keywords

social movements, profeminism, men, gender equality, critical studies on men and masculinities, Poland

1 Introduction

The profeminist movement belongs to the wider group of men’s social movements, which can be described as the third stage of gender movements, the social phenomena which arose in America, Australia, Western Europe and Scandinavia in the second part of the 20th century. They emerged in response to or as a consequence of the rise of feminist and gay and lesbian movements. Men’s movements are also associated with the “masculinity crisis”, and attempts to resolve it which have been undertaken (not for the first time) in the 1960s and 1970s. According to Michael Flood (1998):

“The men’s movement is a contradictory phenomenon, involving both the defence of men’s privilege and efforts to undo it. It incorporated diverse strands – men’s liberationists, profeminists, spiritual or

mythopoetic, and men's rights and father's rights – with differing agendas, emphases and understandings. While personal growth and therapy have been important focuses, increasingly these are being complemented by public political activism" (Flood 1998: 68).

The earliest, most developed and meaningful phenomenon among men's movements was the profeminist movement. Its actors have been supporters of a gender equality cause as well as female activists since the very beginning of the so-called "women's issue". Moreover, the first contemporary¹ profeminists were descended from groups created by women. They were often in close, intimate relationships with feminists, which had a relevant influence on creating their profeminist approach². According to Kenneth Clatterbaugh (1997):

"Deeply affected by the ideas of feminism, [these actors] met in order to discuss the impact of feminism on their lives. Many of these men came to this interest in feminism through the direct influence of women with whom they were intimate. They all conceded that American society is sexist, that women are discriminated against and dominated by men, and that women are objectified sexually and excluded from many, if not most, areas of power that are open to men" (Clatterbaugh 1997: 41).

At the beginning, contemporary male advocates of gender equality started to create small "anti-sexists" groups, which mostly focused on supporting feminists in certain types of activism. Profeminist activity chiefly manifested in supporting feminist actions such as marches, demonstrations, pickets, riots, conferences etc; participating in female "consciousness-raising" groups, which over the time turned into separate "male consciousness-raising groups" meetings; supporting certain initiatives and lobbyist practices regarding legislative changes (e.g. the Equal Rights Amendment – ERA); publishing and academic activity.

In this article I present the case of the Polish profeminist movement whose actors seem to be relatively unrecognised as yet and whose activity is rather marginalised compared to female activists fighting for gender equality in Poland. The paper is based on field research which I conducted between 2009 and 2011 in Poland. During that period I conducted 18³ in-depth interviews with men who identify themselves as profeminists

1 As mentioned above, the contemporary profeminist movement arose in the 1960s and 1970s. However, the roots of the movement can be found in works of European intellectuals such as John Stuart Mill, Nicolas de Condorcet, Jeremy Bentham, Hendrik Ibsen, August Bebel, as well as in the activity of the American abolition movement and its actors Frederick Anthony, Floyd Dell, Frederik Douglass, W. E. B. Du Bois, Henry David Thoreau, Ralph Waldo Emerson and many others (Kimmel/Mossmiller 1992).

2 When talking about profeminist identity I refer to those elements of their individual and collective identities which are connected to the values and beliefs related to the definition of gender relations.

3 The interviews with profeminist men were part of my PhD project "Men's social movement in Poland. A sociological analysis of phenomena" conducted in the Department of Sociology at Jagiellonian University in Kraków. Besides profeminist I also interviewed actors from the Polish fathers' rights' movement, Polish mythopoetics and members of the male catholic group *Mężczyźni św. Józefa*. Between 2009 and 2011 50 in-depth interviews with actors from mentioned movements were conducted (by me and by two male researchers) in several Polish cities (such as Krakow, Warsaw, Poznań, Łódź, Gdynia, Wrocław, Bielsko-Biała, Szczecin). In this article I focus only on profeminist actors, which is why I have only used 18 interviews. During the fieldwork period the

or male feminists⁴. My research presents an analysis of the specificity of the Polish phenomenon, which can be helpful in understanding the different and multidimensional character of the Polish feminist movement.

2 The contemporary profeminist movement

The main goal of the contemporary profeminist movement is to create a certain type of social change which involves the elimination of gender inequalities. Actors criticise contemporary society as still being based on gender inequalities. In their opinion, the social order is still a patriarchal one and harms not only women but also men. Therefore, only “Feminism is going to make it possible for the first time for men to be free” (Dell 1917 as cited in Kimmel 2005: 105). This opinion is strongly connected to the rejection of the traditional male role which is based on hegemony and domination. According to Michael Messner (1997), the profeminists’ worldview assumes that:

“First, sexism is seen as a set of attitudes or values that can be unlearned. Second, in this system, ‘men as a group’ dominate women. In other words, men are viewed as a category of people who systematically oppress – and benefit from the oppression of – another category of people, women. Third, rape and other forms of sexual violence are viewed as ‘the extreme forms’ and the major locus of male domination of women” (Messner 1997: 51).

In this respect, members of the movement attempt to create new ways of being a man which fit into the model of society based on full gender equality.

Actors of the profeminist movement have been striving to promote their ideas in society through a variety of actions and campaigns. In their activities they try to focus mostly on the fight against women’s discrimination through work with men and boys. They appeal that all men should take responsibility for their own behaviour and work to deconstruct traditional male roles. That is why they organise conferences, workshops and courses where participants deal with their aggression and/or try to break gender stereotypes. Their activism is compatible with that of female activists: they organise media campaigns, happenings and street actions, run counselling and psychological help centres and organise different types of social action. The *White Ribbon Campaign* is the best known of these. One of the campaign’s founders, Michael Kaufman (2001), writes:

youngest interviewee was 23 years old and the oldest one 37 years old; the majority were university graduates or students and worked as freelancers, teachers, researchers, journalists, social workers and educators. Most types of intimate relationships were represented (single men, husbands, men in informal relationships with both women and men). A few were also fathers.

- 4 Differences in terminology seem to be an important part of the Polish (pro)feminist discourse. Some actors call themselves “profeminist” (because they do not want to “steal” feminism from women), some “male feminist” (because of the “too weak” emotional appeal of “profeminism” as such) and some of them find those differences meaningless. Following Michael Kimmel’s line of argument (2005), in this article I have decided to use the term “profeminism” as the most appropriate in the Polish context.

"In 1991 a handful of men in Canada took the first step down a pathway whose future we did not know: we decided we have a responsibility to organize men to speak out against violence against women. We knew that most men in Canada were not violent towards women, but we also knew that the vast majority of us remained silent. Through our silence, we allowed the violence to continue. We adopted a white ribbon as a symbol. Wearing the ribbon would neither be an act of contrition, nor a symbol of misplaced guilt; it did not indicate that the wearer was a great guy. Rather, wearing the ribbon was a personal pledge never to commit, condone or remain silent about violence against women. It would be a catalyst for discussion and soul-searching. It would be a public challenge to those many men who may use violence against a wife, girlfriend, family member or stranger. It would be a call on our policy-makers, opinion leaders, police and courts to make seriously this national and international epidemic. And it would be an act of love for the women in our life" (Kaufman 2001: 46).

Therefore, combating violence towards women became a priority in profeminist activity and its actors have become key allies of the feminist movement:

"Among the range of groups and campaigns enacted by men in the name of progressive gender agendas over the last three decades, anti-violence work has been the most persistent focus, has attracted the largest involvements, and has achieved the greatest international participation" (Flood 2005: 458).

As mentioned above, profeminist activists also organise marches and demonstrations which aim is to express their support for gender equality or to protest against current events or occurrences which are anti-feminist, homophobic or discriminatory character. These actions include *Walk a Mile in Her Shoes* marches against violence towards women organised by men in the US, or pickets against pornography outside the Playboy offices in London organised by *Anti-Porn Feminists*.

Another field of profeminist activity is linked to science and research. There are plenty of research institutes and initiatives affiliated both to universities and NGOs which deal with gender and masculinity issues and promote gender equality. They include the German *Dissens. e. V*; the Scandinavian research centre *GEXcell: Gendering EXcellence – Centre of Gender Excellence* and the US *Men's Studies Association*. Profeminist institutions organise scientific conferences and workshops and conduct research projects focusing on gender issues, including *CROME: Critical research on men in Europe* (2002–2004); *FOCUS: Fostering Caring Masculinities* (2005–2007) and current projects like *EIGE: Study on the involvement of men in gender equality in 27 EU countries* (2010–2012) and *Study on the role of men in gender equality* (2011–2012).

There are also several associations, foundations and informal groups. The *National Organization of Men Against Sexism (NOMAS)* is the biggest and the most well-known in the United States. In Canada, there is the above-mentioned *White Ribbon Campaign*. In Europe, organisations can be divided into two types: international, such as *European Men Profeminist Network* and *MenEngage*, and national. National groups include e.g. *Men for Gender Equality* (Sweden), *Männer Gegen Männer-Gewalt* (Germany) and the Italian *Male Plural*. Last but not least, groups with profeminist traits can be found in several African, Asian, Australian and South American groups. They include *Domestic Abuse Prevention and Training* (Nigeria), *the Association of Men Against Violence* (Nicaragua), *the Cambodian Men's Network* and the *Australian Centre for the Advancement of Men's Health*, and many others.

3 Historical background of the Polish phenomenon

Among all the Polish social phenomena which can be defined as men's movements, the profeminist can be described on the basis of new social movement categories. It is connected not only to its potential for creating significant social change, but also to the fact that the contemporary movement has its own historical background. One of the most well-known forerunners of the Polish profeminists is the writer, translator and social activist Tadeusz Boy-Żeleński. Żeleński started the very first broad-based, public discussion in Poland about reproductive rights and decriminalising abortion. His views were published in 1931 in one of the most significant books on women's rights in Poland *Piekło kobiet (Women's Hell)*. In one of his essays in 1929, Żeleński initiated the first public debate about women's reproduction rights in Poland, which resulted in the publishing of the above-mentioned book. According to the author (1958):

"I think it is about time to break this 'pious' silence and start talking about this complex and difficult issue about which so many professionals have something to say, including from some time also those which are the most interested – women. Let's try to shed some light on this issue, collect the most broad-minded people's points of view. Let's try to raise awareness of women regarding the way to recognise their rights by male lawmakers" (Boy-Żeleński 1958: 16).

Żeleński spread the idea of conscious motherhood, sex education and the right to divorce, the decriminalisation of homosexuality and gender equality. He is also well known as one of the founders of the Polish division of the *International League of Sexual Reform – Liga Reformy Obyczajów (League of Customs Reform)* as well as of an institution which promoted conscious motherhood and birth control called *Poradnia Świadomego Macierzyństwa (The Conscious Motherhood Clinic)*. The first organisation – like its international counterpart founded by Magnus Hirschfeld in 1928 in Copenhagen – had been campaigning for:

"[...] marriage reform, birth control, 'women's issues', eugenics, tolerance of single motherhood and sexual diversity, sex education, preventing prostitution and sexually transmitted diseases, sexual aberrations as well as law concerning sexual issues reform" (Gawin/Crozier 2006: 314).

The second organisation, *Poradnia Świadomego Macierzyństwa*, was active in several Polish cities and, according to Żeleński, its aim was to:

"[...] supply not only privileged ones but also those who need it the most with the benefits of conscious motherhood [...]. It is supposed to make women aware of the fact that it is possible and sometimes necessary to avoid pregnancy. It should provide them with an inexpensive and professional medical advice as well as the best and affordable contraceptives. It is not a charitable institution but a social institution [...]. Our aim is to create a society where only people who are able to nurture and raise children have them" (Boy-Żeleński 1958: 132).

The idea behind *Poradnia Świadomego Macierzyństwa* was revived after the Second World War (i.e. after Żeleński's death) by the group of physicians who in 1957 foun-

ded *Towarzystwo Świadomego Macierzyństwa* (*The Conscious Motherhood Society*). Unfortunately, because of the new political system in Poland in which independent organisations⁵ were not permitted to exist, the development of profeminist and other grassroots social activity was inhibited. Issues connected to gender equality had been overtaken by official discourse and the authorities which promoted a policy of “equality between men and women”. This policy focused mostly on encouraging women to greater participation in the labour market (including professions which were recognised as traditionally male), while gender relations in the private sphere as well as power relations in the public sphere remained the same. Therefore, post-war gender equality policy can be called “a façade emancipation” which did not in fact change the traditional character of gender relations. The real changes started after 1989 with the birth of the contemporary feminist movement. Female activists laid the foundations for the public discourse on gender issues and, in doing so, enabled the rise of contemporary profeminists who (re)appeared on the Polish social scene several years later.

4 The *Mężczyźni na Rzecz Równości* group – the ebb and flow and its implications

The founders of the internet discussion list *Mężczyźni na Rzecz Równości* [*Men for Equality*] can be regarded as a continuation of the activities of Żeleński and other early profeminists. The discussion list was started in November 2005, and over the next two years its members were very active and considered founding the first profeminist association in Poland. The birth of the group was connected to the mailing list *Gender*, which had been founded by activists from the *Fundacja Kobieta “eFKa”* (*Women’s Foundation “eFKa”*) a few years earlier. Some *Gender* list participants had decided to create a new and separate forum, mainly to discuss problems regarding masculinities and male feminism. As one of them said:

“The idea of creating our list was pretty spontaneous. Although we already had the *Gender* list and the *KPH* list (*Campaign against Homophobia*), I thought it would be good to start a new list as it is always a good idea. It is a tool for spreading information, arranging meetings and so on. [...] I sent information through *Gender* spontaneously. I hadn’t discussed it before with anyone else. I wrote this information, it was copied and pasted onto other lists and websites and started to grow. [...] I was fascinated by the growing statistics! And then our discussion had started” (Marcin⁶).

With time, the number of members on the list and the number of posts grew and resulted in the crystallising of members’ views and values. Among the most popular issues discussed were definitions of feminism, differences between female and male feminism (or profeminism and feminism), areas of women’s discrimination in contemporary Po-

5 Until 1989 the only organisation dealing with gender issues which was accepted was *Liga Kobiet Polskich* (*League of Polish Women*). For more on the complexity of the *Liga Kobiet Polskich*, see work in Sławomira Walczewska (2005) and Małgorzata Fuszara (2006).

6 All interviewees’ names have been changed.

land, the role of men in gender equality. Over time, the discussion started to turn from theory into practice. Members of the list decided to act more effectively and establish the first Polish profeminist association.

The idea of establishing the group for Polish profeminists appeared simultaneously among group of people running anti-violence workshops for men and young boys who were part of the bigger project *Mężczyźni na rzecz zmiany* (*Men for Change*) organised by *Towarzystwo Interwencji Kryzysowej* (*The Crisis Intervention Association*). Anna Lipowska-Teutsch (2006), its founder, wrote:

“The project *Mężczyźni na rzecz zmiany* aimed to create culturally adequate modules which were supposed to appeal to Polish experiences, Polish history, tradition and customs. These types of workshops should help boys/men to break free from patterns of behaviour combining masculinity with aggression and self-destruction” (Lipowska-Teutsch 2006: 94).

It was within this context that the idea of establishing the first Polish profeminist association was born, although there had been complications from the very beginning:

“The idea of creating an association appeared during the project *Mężczyźni na rzecz zmiany* [...]. The problem was that we all lived in different cities in Poland. There were some people from Krakow, Łódź, Kielce, Poznan and Warsaw. All of them were very enthusiastic about establishing this association and we decided that we had to register it” (Filip).

As a consequence, on the discussion list as well as during profeminist meetings attempts to mail goals and a manifesto were undertaken. Unfortunately, despite the relatively small number of members, many different opinions about the goals and political character of the future association had appeared and meant that it was impossible to reach decisions:

“The first sparks of conflicts was the lack of real action. One person from Łódź was supposed to register the association and hadn't done it for a very long time. And then it all started [...]. This person was already a member of other NGOs and was more into LGBTQ activity. People from Krakow for a change were more alter-globalists, left-wing activist, more revolutionary. That was the main difference between us. We had different ideas, different experiences and also this intercity issue was quite problematic because our only means of contact were emails and the list” (Filip).

As a result of the weak communication between the founders of the group as well as a number of disagreements about its future character, the idea of establishing a formal association failed and there is still no official profeminist organisation in Poland. That is why actions by Polish profeminists are organised differently. Different types of activists can be also singled out. The first type are men who are active in feminist organisations such as *Fundacja Kobiecej “eFKa”* or *Feminoteka* (both organisations regularly publish articles and essays written by profeminist men). Others work in foundations and associations which act against discrimination of LGBTQ people, such as *KPH* or the *Miłość bez granic* (*Love without Borders*) group. Many profeminists cooperate with NGOs dealing with social inequality and exclusion, or promote human rights and civil society (*Towarzystwo Interwencji Kryzysowej*, *Amnesty International*, *Fundacja Krytyki Politycznej* [*Political Critique Foundation*] etc.).

Last but not least, a large group of profeminists are men who are not active in any social organisations. For them feminism is an important element of everyday life and helps them to create their individual identities. These men try to spread gender equality ideas and values in everyday life and in interpersonal relations in private and public life. As one of them said:

“I am not a member of any organisation. I have never liked this kind of thing [...]. I am not someone who engages in any great ‘ideas’ and actions which can save the world. It is enough for me to change something in my family or among my friends and pupils; [...] my feminism is an attempt to realise its goals in my head, in my environment and my everyday life. That’s how I see it” (Franciszek).

5 Actors of the movement

The different types of Polish actors are not only reflected in the wide range of groups and organisations, but also in varied “profeminist identities”. These can be connected to the reasons why someone becomes a profeminist or/and the type of social activity they prefer. One of the most common types are profeminists “by experience” who joined the movement following their childhood experiences, especially the relationship between their parents, which are very often affected by domestic violence:

“When I was a little kid my mom had a lot of trouble with her husband, my dad [...]. I realised there are situations in a woman’s life which she cannot resolve by herself and has to stick with. This showed me that there are many more women with difficult relations they cannot cope with. And I thought at the time that it is totally unfair and immoral. On the one hand, there was my mom, on the other my dad, and I thought he was doing everything wrong. Today, I think he was also caught up in certain cultural relations. But back then I accused him very strongly and that is how my feminist awareness arose” (Feliks).

Another type of profeminist biography is “by contact”. This group of men became profeminists thanks to female friends or a partner who introduced them to the movement and/or ideology:

“For the first time in my life I heard about feminism and its meaning after I met and started to live with my girlfriend. We started discussing feminism and very soon it turned out that she was a feminist [...] and now my wife. That was the moment I started reading about it and soon I became one of them” (Florian).

The role of partner-feminist is important not only during the moment of initiation into the movement, but also in the endless process of the evolution of feminist identity which changes when one acquires new experiences and social roles.

The third group of actors can be called “queer profeminists”. Here, the role of catalyst is played by non-heterosexuality, which helps with extending beyond traditional roles and gender constructions:

"I am transgender person. That is why I know exactly how it all feels. When someone tells me: 'O you've just read too many feminist books', I can simply say that it's not true, because I know it all from my personal experience. I know both sides of the coin because I was educated as a girl and I know what kind of oppression girls and women are subjected to" (Patryk).

These "queer actors" very often start their feminist journey doing (theoretical and practical) research on their non-heterosexual identity. This usually leads them to feminist thought, which is strongly connected to this topic:

"[...] it's all interconnected but it isn't that easy to define. Sometimes the spotlight is on one issue, sometimes on another. It is all mixed up, entangled and hard to grasp. It is not that one idea is about sexuality and another about feminism. It is all a melting pot and I really like it" (Michał).

This attitude is often related to a fourth group of actors which can be called "academic profeminists". This group is more linked to a certain form of activity rather than any specific motivation. Their activity is strongly linked to the movement's theoretical basis and the first contact with it is generally mediated through books or university classes. As a result, unlike the other types of actors, they are familiar with the canon of profeminist thought, for example Reawyn Connell, Michael Kimmel or Jeff Hearn, and they also concentrate on (pro)feminist issues in their academic work. At the same time, the majority in this group share a reluctance to engage in "street action", which, in turn, is a favourite form of action of the former group. "Street" profeminists are mostly active in the public space, during demonstrations, happenings and other mass events, which are usually organised by left-wing, feminist and LGBTQ groups and organisations.

The above-mentioned categories of actors in many cases differ considerably, although there are often overlaps. They constitute unique, individual identities, which in the same time, create the wider profeminist collective identity and co-exist with it. Simultaneously, collective identity is built on shared determinants such as age, level of education or type of profession. The majority of profeminists are graduates or students. As they are usually freelancers or work in public service and earn slightly more than the national average, they can be described as middle class. Therefore, they are the types of actors who, according to Claus Offe, form the normal foundation for new social movements (Offe 1995: 236). Polish profeminists are similar in terms of their political views and religious standpoint. The majority describe themselves as left-wing and others sympathise with "the centre" as a result of a lack of a "real", non-communist, left-wing party. They are usually atheists or supporters of forms of spirituality which are not connected to the Catholic Church.

6 Main values and goals

In general, profeminists share values and goals which are characteristic of actresses in the feminist movement in Poland. According to research on the Polish feminist standpoint, two of their most important values are freedom and the right to choice (Wojnicka

2009). The same hierarchy of values can be found among male supporters of feminism. Their main values and goals were introduced in the *Manifest Feministów* [*Feminists' Manifesto*], which was published in Iza Desperak's book *Homofobia, mizoginia i ciemnogród? Burzliwe dzieje kontrowersyjnych ustaw* (2008):

"We are feminists, men who support the feminist movement and we act for gender equality and justice. Some of us are political activists. We are mostly engaged in initiatives connected to the struggle against violence performed by other men. We support action in aid of men's health, participate in scientific research on men and masculinities, create and conduct gender-equality workshops [...]. We share a feminist diagnosis of society. We are convinced that women experience unfair and unequal treatment in society while men are privileged and have power. We think that the common model of masculinity restricts the freedom of women and also of men. We think that man is responsible for his sexist behaviours and attitudes. We work to dismantle the patriarchal model of masculinity [...]. We do not accept the model of masculinity which allows violence. We criticise destructive and oppressive features of male groups" (Felczak 2008: 185–187).

In other words, Polish profeminists focus on acting against gender inequality, which affects mostly women. In their opinion, women are discriminated by the unequal distribution of power which is visible both in the public and private sphere. Discrimination also means a lack of reproductive rights and all symbolic practices which underline women's subordination. Of these, language is one of the most important tools for creating situations which can be called "symbolic violence" (Bourdieu 2004; Kopciewicz 2005). However, in their view, the strongest manifestation of women's discrimination is male violence against them. Therefore, combating violence is one of the most important goal of profeminists, both in the Polish and global context:

"[...] Unfortunately, violence is the biggest problem. The perpetrators are usually men. I do not know any research on that but I think it is easier when men talk about violence with other men. That is my opinion. Women can say something about it too, but the reaction will be different, less meaningful, unfortunately. The issue of violence is a priority for me. And I am not only talking about physical but also psychological and symbolic violence, because violence is the source of all other problems which women and men have" (Marcin).

The problem of violence is connected to the idea of changing men's attitudes which are also affected by the patriarchal system. Profeminists want to deconstruct the traditional pattern of masculinity which still dominates Polish society.

As mentioned above, Polish actors do not have any official organisations and, therefore, they cooperate with members of other movements and institutions which share similar goals and values. They include left-wing groups (e.g. *Krytyka Polityczna*), anti-war movements (e.g. *Kobiety w Czerni* [*Women in Black*]), animal rights groups, alter-globalists etc. However, the most important allies are the female feminist movement and LGBTQ organisations:

"This cooperation should exist between all feminist and LGBTQ circles. Of course, only if they want to work with us [...]. If we discriminate, for example, gays and lesbians, we can discriminate everyone else: Jewish people, Arab people, disabled people, people with red hair, women, anyone" (Florian).

Some profeminists do not exclude cooperation with the progressive wing of the father's rights movement⁷, as a "natural" ally in fighting for gender equality and against gender stereotypes:

"I agree with some postulates of the father's movement.⁸ It is a fact that they have problems with custody rights even if often they are very good parents. And the problem with paternity leave is that it is hard to take it. I would call it discrimination too. All these inequalities discriminate both women and men" (Marcin).

At the same time, profeminists, despite being aware of and appreciating their existence, do not have any alliances with international networks of profeminists such as the *European Men Profeminist Network* or *MenEngage*. Reasons include the non-existence of an official organisation which could be part of the network, a lack of motivation on the part of actors, as well as a language barrier. Therefore, compared to many female activists' biographies, experience living abroad or contacts with international scholars (e.g. Ann Snitow), universities or organisations, do not have an important role to play in the profeminist movement. That is why the Polish phenomenon cannot be described as part of the chain of transnational profeminist movement, despite the fact that its actors share similar values and goals.

7 Methods of acting

The first and most spectacular action organised by Polish profeminists was the first edition of the *White Ribbon Campaign*, which was the symbolic moment at which the movement was mobilised. The *Mężczyźni na rzecz równości* group co-organised an anti-violence march in Krakow in 2006 as part of the annual *16 Days of Activism Against Gender Violence* and thus introduced this campaign to Poland:

"16 Days Against Violence was in fact the first and, at the same time, the last initiative of our group. And it worked. We organised a happening in Krakow, we had a table where everyone could draw his or her hand under our statement: I do not pay out to violence against women. It was indeed very interesting" (Piotr).

7 However, Polish legislation is gender neutral and both parents are supposed to have equal custody rights, it is usually the mother who cares for the child. This situation is a result of stereotypical opinions based on the traditional gender role perspective that women, by nature, is better equipped to care for her children. As Małgorzata Fuszara (1994) writes: "Also in Poland in the 1950s, there was a tendency to give priority to mothers as regards custody rights. The evidence was not only the practice but also a 1953 Supreme Court judgment which stated that for a child – especially a young one – a mother's care is especially important because 'in accordance with nature' she has the ability to fulfill the child's needs." Today legal opinion is different but it does not always mean real change. In everyday life it is usually mothers who take care of children even when custody has formally been awarded to both parents (Fuszara 1994: 117).

8 More information about fathers' rights in Poland can be found in other articles by the author (Wojnicka 2011a, 2011b; Wojnicka/Struzik 2011).

Aside from the march and demonstration on the Main Market Square, the members of the discussion list took part in a meeting with actresses from the feminist movement and introduced them and other interested people to the idea of creating an association. Unfortunately, because of conflicts between group members about the division of labour and differences as regards the hierarchy of goals, members did not continue their activities and, as a result, did not follow up the idea of creating association. Instead, they took part in events organised by “befriended” movements and organisations, such as feminist *Manifa*, tolerance and equality marches organised by LGBTQ groups. Some profeminists also started working as gender equality trainees and educators.

A few years later, another group of men revived the public debate around gender equality in Poland which focused on men and masculinity issues. This, too, began through a direct link to the media and started with Wiktor Osiatyński’s manifesto *A czy Ty jesteś feministą?* [Are YOU a male feminist?]⁹ (published in June 2009 in *Gazeta Wyborcza*.) Within a month the manifesto had been signed by 80 men¹⁰ who declared themselves profeminist. They also declared their support for profeminist precepts, including the fight against violence against women, supporting women in their attempts to be a significant part of the Polish Parliament and promoting equality between people of all genders, races, religions and sexual orientations. Profeminist men (with Osiatyński in the vanguard) encouraged people to support the idea of gender equality on ballot papers.¹¹ They also collected signatures in such numbers that they were able to submit the project of Citizenship’s Act to the Polish Parliament. It is important to stress that the campaign was also supported by men who do not call themselves feminists although their social or professional activity could be described as profeminist.¹² These include journalists such as Piotr Pacewicz and Jacek Żakowski. The campaign was also supported by former members of the *Mężczyźni na rzecz równości* group as well as “street” and “academic” profeminists:

“I collected signatures at my university. In my opinion, it was a great way to introduce the feminist discourse to the whole of society. It encouraged people to hear and to think about feminism, they were able to meet feminists and stop being afraid of these women, who, in their former opinion, wanted to rule the world. That was a great opportunity for confrontation. A way of making people familiar with the ideology. A way to wake them up, to show them what feminists really do [...]. I really enjoyed that” (Fryderyk).

Last but not least, one of the most significant activities of Polish actors is “grassroots work”. For the majority, the feminist ideology is an integral part of their life, and being a profeminist is strongly connected to their everyday life:

9 Date of access 05. September 2012 at http://wyborcza.pl/1,82949,6737623,A_czy_ty_jestes_feminista_.html.

10 The majority are well-known intellectuals, artists and journalists. Osiatyński’s article was followed by the polemic text by a writer, Stefan Chwin, who rejected the idea of men being privileged.

11 The campaign was initiated during I Kongres Kobiet [Women’s Congress], which also took place in Warsaw in June 2009. Many profeminist men identified with the idea and supported women’s action.

12 The same attitude can be found among women. Some of them share feminist values and goals but have a non-feminist self-identity (e.g. those who claim “I am for gender equality, but I am not a feminist”).

"[...] It is connected to so-called 'everyday life': paying attention to certain issues, saying no to certain practices or situations, for instance sexist jokes or sexist comments [...]. It is also some kind of self-reflection, paying attention to my own practices, which are sometimes not that cool" (Piotr).

Everyday life activity is reflected in certain attitudes to partners and in attitudes to child-rearing, relations with parents and other relatives, friends and co-workers:

"I try to discuss all of these issues with my friends, sometimes I even pick on some behaviours: no you cannot say something like that, for example. I always shake hands with women because this is a way of deconstructing the homosocial practice of male brotherhood from which women are usually excluded" (Patrik).

The profeminist attitude is also present in the professional life of Polish actors. Some of them write about feminism and gender equality, do research on these issues or teach about them. Accordingly, all of them try to put as many feminist ideas as possible into their everyday professional relations: "[...] I always vote for female candidates, because they are usually very good at their job" (Maciej). "At work I often argue about a certain type of vocabulary in articles which underline the importance of women" (Feliks). "I try to invite people to my show who act for gender equality and make their voice 'visible'" (Mariusz).

8 Conclusions

The Polish profeminist movement is a very young and, so far, an ephemeral phenomenon. That is why it is hard to make any strong statements about its palpable influence on social change in Poland. The most problematic issue is the lack of an official organisational structure and its incidental presence in the public sphere. These two factors cause several problems, including the invisibility of the movement and a lack of knowledge about its values, goals and action; gender equality issues being associated only with women; and a lack of transnational cooperation with other profeminist organisations and/or research networks. Therefore, one of the most important challenges for profeminist actors in Poland is to create an official, stable structure which will help with:

- establishing a strong and visible movement of male feminists in Poland,
- increasing transnationality,
- gathering financial support for legislative activity as well as social actions and research projects,
- strengthening men and masculinity issues as a part of the Polish gender discourse.

Another important issue which is connected to the problem analysed here is the relationship between profeminist men and the feminist movement. So far, because of a lack of an official organisation of men, female actresses have not really been confronted with the problem of men in the movement. However, cooperation between key organisations

such as *Feminoteka* or *Fundacja Kobięca "eFKa"* and profeminist men seem to prove that this kind of alliance is possible and could help to both promote feminism not only among Polish women and to show that gender equality is also a men's issue.

Last but not least, despite the non-existence of an official organisation, many men "do" gender equality in their everyday life in Poland. This seems to be the most significant area of profeminist activity. According to Alberto Melucci (1995), everyday life activity (along with the existence of a collective identity and certain level of balance between activity and latency) is one of the most important measures of new social movements (Buechler 2008b: 167). Another is the existence of a collective identity, which is defined as "[...] an interactive and shared definition produced by several individuals (or groups) and concerned with the orientations of action and the field of opportunities and constraints in which the action takes place" (Melucci 1995: 44).

Therefore, Melucci's theory can be used as a theoretical framework for analysing the Polish profeminist movement and for justifying this phenomenon being defined on the basis of categories applied to social movements. Moreover, this corresponds to Michael Flood (1998) conclusions about Australian men's movements:

"So far I've been using the label 'men's movement' without comment, but it is worth pointing out that this 'movement' is different from others such as the women's, green, gay and lesbian, and labour movements [...]. As far as social movements go, the men's movement is also a relatively small one. It has certainly touched far less lives than say the women's, labour or green movements, and it has so far had far less influence on the character and direction of social institutions, governments and popular culture. Again, this is changing, and there are increasing signs that sections of the men's movement are learning how to flex their growing political muscles" (Flood 1998: 65).

In fact, the profeminist movement in many aspects differs from other Polish social movements such as the feminist movement. The range and number of profeminist activities and their influence on social change are smaller than, for instance, that of the environmental movement. Nevertheless, in my opinion, the phenomenon presented is a social fact (Durkheim 1968) defined as *in statu nascendi* (Sztompka 2009) structures and its presence based on the sociological categories applied to social movements is utterly justified.

References

- Bourdieu, Pierre. (2004). *Męska dominacja*. Warszawa: Oficyna Naukowa.
- Buechler, Steven M. (2008a). Poza mobilizacją zasobów? Nowe trendy w teorii ruchów społecznych. In Krzysztof Górlach & Patrick Mooney (eds.), *Dynamika życia społecznego. Współczesne koncepcje ruchów społecznych* (pp. 43–63). Warszawa: Wydawnictwo Naukowe Scholar.
- Buechler, Steven M. (2008b). Teorie nowych ruchów społecznych. In Krzysztof Górlach & Patrick Mooney (eds.), *Dynamika życia społecznego. Współczesne koncepcje ruchów społecznych* (pp. 161–185). Warszawa: Wydawnictwo Naukowe Scholar.

- Clatterbaugh, Kenneth. (1997). *Contemporary Perspectives on Masculinity. Men, Women, and Politics in Modern Society*. Boulder, Colorado: WestviewPress.
- della Porta, Donatella & Diani, Mario. (2009). *Ruchy społeczne. Wprowadzenie*. Kraków: Wydawnictwo Uniwersytetu Jagiellońskiego.
- Despeak, Iza. (ed.). (2008). *Homofobia, mizoginia i ciemnogród? Burzliwe dzieje kontrowersyjnych ustaw*. Łódź: Katedra Socjologii Polityki i Moralności, Omega PRAKSIS.
- Durkheim, Emil. (1968). *Zasady metody socjologicznej*. Warszawa: PWN.
- Felczak, Tomasz. (2008). Manifest feministów. In Iza Desperak (ed.), *Homofobia, mizoginia i ciemnogród? Burzliwe dzieje kontrowersyjnych ustaw* (pp. 185–188). Łódź: Wydawnictwo OMEGA – PRAKSIS.
- Flood, Michael. (1998). Men's movements. *Community Quarterly*, 46 (June), 62–71.
- Flood, Michael. (2004). Backlash: Angry men's movements. In Stacey Elin Rossi (ed.), *The battle and the backlash rage on: Why feminism cannot be obsolete* (pp. 261–278). Bloomington: Xlibris.
- Flood, Michael. (2005). Men's Collective Struggles for Gender Justice. The Case of Antiviolence Activism. In Michael S. Kimmel (ed.), *Handbook of Studies on Men and Masculinities* (pp. 458–466). Thousand Oaks: Sage Publications Inc.
- Fuszara, Małgorzata. (1994). *Rodzina w sądzie*. Warszawa: Uniwersytet Warszawski.
- Fuszara, Małgorzata. (2006). *Kobiety w polityce*. Warszawa: Wydawnictwo TRIO.
- Gambill, Edward L. (2005). *Uneasy Males. The American Men's Movement 1970–2000*. New York: iUniverse, Inc.
- Gawin, Magdalena & Crozier, Ivan. (2006). Światowa Liga Reformy Seksualnej w latach międzywojennych w Anglii i w Polsce. In Anna Żarnowska & Andrzej Szwarz (eds.), *Kobieta i rewolucja obyczajowa. Społeczno – kulturowe aspekty seksualności. Wiek XIX i XX* (pp. 311–333). Warszawa: Wydawnictwo DIG.
- Kaufman, Michael. (2001). The White Ribbon Campaign: Involving Men and Boys in Ending Global Violence Against Women. In Bob Pease & Keith Pringle (eds.), *A Men's World? Changing Men Practices in a Globalized World* (pp. 38–51). London: Zed Books.
- Kaufman, Michael. (2004). Transforming our interventions for gender equality by addressing and involving men and boys: a framework for analysis and action. In Sandy Ruxton (ed.), *Gender equality and men. Learning from practice* (pp. 19–27). Oxford: Oxfam.
- Kimmel, Michael S. (2005). *The History of Men. Essays in the History of American and British Masculinities*. Albany: State University Press of New York.
- Kimmel, Michael S. & Mossmiller, Thomas E. (1992). *Against the Tide. Profeminist Men in the United States, 1776–1990: A Documentary History*. Boston: Beacon Press.
- Kopciwicz, Lucyna. (2005). *Kobiecość, męskość i przemoc symboliczna. Polsko – francuskie studium porównawcze*. Kraków: Oficyna Wydawnicza IMPULS.
- Lipowska-Teutsch, Anna. (2006). *Mężczyźni na rzecz zmiany*. Kraków: Towarzystwo Interwencji Kryzysowej – Wydawnictwo Dąb.
- Melucci, Alberto. (1995). The Process of Collective Identity. In Hank Johnston & Bert Klandermans (eds.), *Social Movements, Protest and Contention* (pp. 41–63). Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Messner, Michael. (1997). *Politics of Masculinities. Men in Movements*. Thousand Oaks: Sage Publications Inc.
- Offe, Claus. (1995). Nowe ruchy społeczne. Przekraczanie granic polityki instytucjonalnej. In Jerzy Szczupaczyński (ed.), *Władza i społeczeństwo. Antologia tekstów z zakresu socjologii polityki* (pp. 226–233). Warszawa: Wydawnictwo Naukowe Scholar.
- Szczuka, Kazimiera. (2004). *Milczenie owieczek. Rzecz o aborcji*. Warszawa: Wydawnictwo W.A.B.
- Sztompka, Piotr. (2009). Ruchy społeczne – struktury *in statu nascendi*. In Piotr Sztompka & Marek Kucia (eds.), *Socjologia. Lektury* (pp. 225–237). Kraków: Wydawnictwo Znak.

- Walczewska, Sławomira. (2005). *Feministki własnym głosem o sobie*. Kraków: eFKA.
- Wojnicka, Katarzyna. (2009). Polskie „szare” feministki – portret socjologiczny. In Beata Kowalska, Katarzyna Zielińska & Ben Koschalka (eds.), *Kobieta w kulturze i społeczeństwie* (pp. 373–395). Kraków: Rabid.
- Wojnicka, Katarzyna. (2010). Od maskulinizmu do profeminizmu. Męskie ruchy społeczne – zarys problematyki. *UNIGender, 01* (5). Accessed on 06. January 2012 from www.unigender.org/?page=biezacy&issue=04&article=04
- Wojnicka, Katarzyna. (2011a). Genderowe ruchy społeczne we współczesnej Polsce. In Krystyna Slany, Justyna Struzik & Katarzyna Wojnicka (eds.), *Gender w społeczeństwie polskim* (pp. 174–193). Kraków: NOMOS.
- Wojnicka, Katarzyna. (2011b). (Re)constructing masculinity à la polonaise. In Elisabetta Ruspini, Jeff Hearn, Bob Pease & Keith Pringle (eds.), *Men and Masculinity around the World. Transforming Men's Practices* (pp. 71–84). New York: Palgrave Macmillan.
- Wojnicka, Katarzyna & Struzik, Justyna. (2011). Mężczyźni w działaniu. Problematyka męskich ruchów społecznych w Polsce. In Katarzyna Wojnicka & Ewelina Ciaputa (eds.), *Karuzela z mężczyznami. Problematyka męskości w polskich badaniach społecznych* (pp. 257–278). Kraków: Oficyna Wydawnicza Impuls.
- Żeleński-Boy, Tadeusz. (1958). *Piekło kobiet*. Warszawa: Państwowy Instytut Wydawniczy.

To the autor

Katarzyna Wojnicka, MA, sociologist, PhD candidate at Jagiellonian University in Kraków, Poland and researcher in Dissens e.V. in Berlin, Germany. She also studied at European University Viadrina in Germany and University of Barcelona, Spain. Her current scientific interests concentrate mostly on: sociology of gender (especially sociology of masculinities), sociology of social movements and sociology of everyday life.

E-Mail: katarzyna.wojnicka@dissens.de

Katholische Frauenbewegung in Polen – eine (Un-)Möglichkeit?

Zusammenfassung

Der Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, warum in einem katholisch geprägten Land wie Polen bisher keine katholische Frauenbewegung entstand, die sich für einen Wandel hin zu mehr Geschlechtergleichberechtigung innerhalb der Kirche einsetzt. Es wird dargestellt, welche Weiblichkeitskonstruktionen der polnische Katholizismus schuf und wie sich diese auf die Situation der Polinnen heute auswirken. Weiterhin wird untersucht, welche Möglichkeit der Teilhabe Polinnen innerhalb der katholischen Kirche gegenwärtig haben und wie der Entwicklungsstand der feministischen Theologie in Polen ist. Es wird ebenfalls die Debatte um die Kontroverse zur möglichen Verbindung von Feminismus und Katholizismus und die Bedeutung des „neuen Feminismus“ von Johannes Paul II. für katholische Frauen vorgestellt. Abschließend wird untersucht, ob die bereits existierenden katholischen Frauenorganisationen in Polen zur Frauenbewegung zählen können.

Schlüsselwörter

Polen, Feminismus, Katholizismus, Frauenbewegung, Frauen und Kirche

Summary

The Catholic women's movement in Poland – an (im)possibility?

This article deals with the question of why no Catholic feminist movement has yet emerged in a Catholic-oriented country like Poland which stands up for a change towards more gender equality within the Church. The article explains which femininity constructions were created by Polish Catholicism and which effect they have on the situation of Polish women today. It also investigates which possibilities of participation Polish women currently have within the Catholic Church and the level of development of feminist theology in Poland. Further, the debate about the controversy on the possible connection between feminism and Catholicism and the meaning of the “new feminism” of Johannes Paul II for Catholic women will be presented. Subsequently, the article also investigates whether existing Catholic feminist organizations in Poland can be said to belong to the feminist movement.

Keywords

Poland, feminism, Catholicism, women's movement, women and church

1 Einleitung

„Die Feminisierung des Denkens und des Rechts ist heute ein Unglück für die Familie, man muss den Mut haben, das zu sagen. Wir finden das ebenfalls in der Lehre Johannes Paul II., wenn er über die Würde der Frau und Mutter und die Bedeutung der Familie spricht. Feministinnen und pseudomoderne Hochglanzmagazine verspotten die Mutterschaft und propagieren ein falsches, leeres Fortschrittsideal für Frauen. Das ist absurd und eine Erniedrigung für die Frauen! Man soll bei der Frau die Weiblichkeit und beim Mann die Männlichkeit fördern“ (KAI 2011).¹

1 Alle polnischen Zitate wurden, soweit nicht anders angegeben, von mir übersetzt.

Das aus einem Interview mit dem Vorsitzenden der polnischen Bischofskonferenz Erzbischof Józef Michalik stammende Zitat zeigt exemplarisch das Frauenbild kirchlicher Amtsträger – nämlich eines, das die Bestimmung der Frau ausschließlich als ein Wirken im Dienste der Familie versteht. Wie sehen jedoch die katholischen Frauen in Polen ihre Rolle selbst? Wie reagieren sie auf solche offenkundig patriarchalen und überkommenen Aussagen ihrer kirchlichen Oberhäupter? Existiert eine katholische Frauenbewegung in einem Land, in dem sich 95 Prozent der Bürgerinnen und Bürger zum katholischen Glauben bekennen und 92 Prozent sich als gläubig bezeichnen (CBOS 2011)? Als Frauenbewegung verstehe ich hier in Anlehnung an Ilse Lenz (2008) eine Bewegung, die sich „für einen grundlegenden Wandel der Geschlechterverhältnisse und damit verbundener gesellschaftlicher Ungleichheit und Abwertung“ einsetzt (Lenz 2008: 860). Ute Gerhard (2008) verweist auf die Vielzahl von Fraueninitiativen und -gruppen und spricht über die Notwendigkeit der Nutzung des Begriffs Frauenbewegung im Plural. Die Frauenbewegungen seien darüber hinaus politische und kulturelle Bewegungen,

„mit deren Zielsetzungen es ums Ganze gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse geht, aber auch um die Veränderungen der Lebensweise, kultureller Praktiken und Normen im Geschlechterverhältnis, die der Selbstbestimmung und Rechtsgleichheit von Frauen im öffentlichen und privaten Leben entgegenstehen“ (Gerhard 2008: 189).

Die Frauenbewegungen seien ebenfalls Beispiele moderner sozialer Bewegungen, da sie „von der Veränderbarkeit der Verhältnisse und der ‚Machbarkeit‘ von Geschichte“ ausgingen (Gerhard 2008: 189). Eine soziale Bewegung ist laut Dieter Rucht (1994)

„ein auf gewisse Dauer und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests [...] herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen“ (Rucht 1994: 76).

Demnach wäre eine katholische Frauenbewegung eine Gruppe vernetzter Frauenorganisationen und -gruppen, die sich für die Gleichberechtigung der Geschlechter innerhalb der Institution Kirche einsetzen, zur Überwindung ihrer bis heute patriarchalen Strukturen beitragen sowie die Dekonstruktion der gängigen katholischen Geschlechtervorbilder betreiben, die Benachteiligung der Frauen und Ungleichheit der Geschlechter, auch in der Kirche, immer noch legitimieren und der Lebenswirklichkeit von immer mehr Frauen widersprechen.

Wenn man heute auf die katholische Kirche in Polen blickt, erscheint diese wie ein konservativer Monolith, der sich mit seiner anhaltend starken Position in der polnischen Gesellschaft gegen alle Veränderungen in Richtung einer größeren Offenheit wehrt. Zudem fällt auf, dass Frauen nur selten und wenige hohe kirchliche Ämter innehaben, obwohl sie die Hälfte der Gläubigen ausmachen. Seit einigen Jahren verzichten jedoch immer mehr Polinnen auf die Teilnahme an religiösen Veranstaltungen (CBOS 2009). Obwohl sie sich weiterhin zum katholischen Glauben bekennen, wenden sie sich von der Institution Kirche ab. Dabei fordern sie erstaunlicherweise weder eine bessere Teil-

habe innerhalb der Organisation noch Veränderungen der dort herrschenden Geschlechterrollen ein (Prusak 2011).

Mit diesem Aufsatz versuche ich die Frage zu beantworten, warum in Polen bisher keine katholische Frauenbewegung entstanden ist. Ich gehe dabei von der These aus, dass der polnische Katholizismus spezifische Weiblichkeitskonstruktionen entwickelte, die nur wenige Handlungsmöglichkeiten für Frauen zuließen und dadurch die Entstehung einer katholischen Frauenbewegung erschwerten. Diese Spezifik entstand durch die besondere Bindung der PolInnen an die katholische Kirche, die in Zeiten der Bedrohung von außen eine schützende Rolle innehatte. Nach der politischen Wende 1989 zeigte sich jedoch, dass sie im Vergleich zu Westeuropa weniger offen für Diskussionen und Veränderungen ist; die geringe Bedeutung der Laienbewegung sowie das Ausbleiben einer kritischen Theologie sind Beispiele dafür. Zunächst wende ich mich dem Einfluss der katholischen Kirche auf die Stellung der Frauen in der polnischen Gesellschaft zu und behandle die seitens der Kirche den Frauen zugewiesenen Rollen und Ideale. Dann suche ich nach Möglichkeiten einer aktiven Teilhabe von Frauen im Rahmen der katholischen Kirche und prüfe, ob diese genutzt werden. Mich interessieren auch der Zustand und die Bedeutung der feministischen Theologie in Polen im Kontext einer Veränderung des katholischen Frauenbildes. Damit hängt die Kontroverse um die Verbindung von Feminismus und Katholizismus zusammen. Daher analysiere ich deren Bedeutung für die Entstehung einer kollektiven katholisch-feministischen Identität. Schließlich versuche ich, auf die Frage zu antworten, inwieweit die gegenwärtigen katholischen Frauenorganisationen in Polen als Ansätze einer katholischen Frauenbewegung gesehen werden können.

2 Ohnmacht auf dem Sockel – das katholische Frauenbild in Polen

„Der Katholizismus ist in Polen bekanntermaßen nicht nur eine Religion. Er ist eine Existenzform, eine Art, die Welt wahrzunehmen, ein Kriterium zur Klassifizierung der Menschen, ein Gegenstand der Mode, eines der wichtigsten Erziehungsmodelle, eine Determinante gesellschaftlicher Rollen“ (Środa 1996: 72).

Laut Magdalena Środa (1996) ist die katholische Kirche in Polen bei Weitem mehr als eine Institution oder Glaubensrichtung. Die Gründe für deren besondere Stellung in der polnischen Gesellschaft finden sich in der Geschichte. Während der polnischen Teilungen (1795 bis 1918) bot die Kirche den oft einzigen Ort zur Konstituierung und zum Ausleben der polnischen Identität und des Kampfes für die Wiedererlangung der Eigenstaatlichkeit. Nach dem Ersten Weltkrieg schien diese Bindung etwas an Kraft verloren zu haben, während des Zweiten Weltkrieges wurde die Kirche erneut zum Zufluchtsort eines großen Teils der polnischen Bevölkerung. Diese Verbindung bestand in der Volksrepublik Polen weiter, da die Kirche wieder den einzigen Raum bot, welcher sich der Kontrolle durch die kommunistischen Machthaber weitgehend entziehen konnte. Nach

der Wahl des Krakauer Kardinals Karol Wojtyła zum Papst 1978 bekam das politische Engagement der Kirche ein besonderes Gewicht. Die Gewerkschaft *Solidarność* arbeitete in den 1980er Jahren mit der katholischen Kirche zusammen, was sich nach der politischen Wende 1989 durch kirchenfreundliche Entscheidungen der Regierung fortsetzte, in der nun auch ehemalige GewerkschafterInnen waren; die Abtreibungsgesetzgebung und das 1993 abgeschlossene Konkordat seien als Beispiele dieser Regierungspolitik erwähnt.²

So wie der polnische Katholizismus zum Zufluchtsort in politisch prekären Zeiten wurde, verhielt es sich auch mit der Familie: Hier hatte vor allem die Frau eine besondere Rolle – sie war die Wächterin über das Wohl der Familie und das kulturelle Erbe. Es entstand die Figur der *Mutter Polin*, die mit dem auf eine über dreihundertjährige Tradition blickenden polnischen Marienkult verwoben ist. An dessen Beginn stand die Krönung Marias zur Königin von Polen im Jahr 1656 nach der erfolgreichen Verteidigung der Klosterfestung Jasna Góra (das heutige Częstochowa) gegen Schweden, seither wird sie als Schutzpatronin der polnischen Nation verstanden. Die Figur der Maria, Mutter Gottes, wurde zum leitenden Frauenideal der hingebungsvollen Mutter und Ehefrau, an dem die Polinnen bis heute gemessen werden. Basierend auf diesem Frauenbild entstand zu Beginn der Teilungszeit der Mythos der Mutter Polin, die ihre Söhne auf den Befreiungskampf vorzubereiten habe, auch wenn diese dabei Niederlage und Tod erleiden sollten. Zu dessen Popularisierung trug der polnische Nationaldichter Adam Mickiewicz mit seinem Gedicht *Do Matki Polki* („An die Mutter Polin“) im Zusammenhang mit dem Novemberaufstand 1830/31 bei, in dem Polinnen dazu aufgerufen wurden, ihre Söhne zu Kämpfern für die polnische Freiheit zu erziehen (Mickiewicz 1995). Das erzieherische Modell deutet auf die Erkenntnis hin, dass den unterworfenen PolInnen nichts anderes bleibe, als „durch Leiden und Niederlage zum Sieg zu kommen, der dem von Jesus Christus ähnlich wäre“ (Chołuj 2003: 208). Die Idee der Mutter Polin sollte den kämpferischen Geist der PolInnen stärken und die Gesellschaft zusammenschweißen. Dabei zeige sich neben der symbolischen Platzierung der Polin auf dem Sockel nationaler Kultur auch das enge Korsett, da die Ablehnung des Befreiungskampfes und der Widerstand gegen die Rolle der Mutter Polin mit Verrat am Vaterland gleichgesetzt wurden (Chołuj 2003; Walczewska 1999).

Die katholische Kultur Polens bringt Środa zufolge Frauen in eine absurde Situation: Sie sind von wichtigen Aufgaben ausgeschlossen, als sollten sie regungslos auf diesem Sockel einer Mutter Polin oder Mutter Gottes verharren, ohne Anspruch auf jegliche Rechtsgestaltung oder politische Entscheidung. Sie genießen zeremonielle Ehrerbietungen (z. B. den Handkuss), zugleich ist aber insbesondere das Katholische die Ursache für die bedauernswerte Situation der Polinnen (Środa 1996: 73). Diese Tradition hat in Polen ein Frauenbild geschaffen, das grundsätzlich auf passiven Tugenden wie Gehorsam, Frömmigkeit, Bescheidenheit, Zuversicht und Unterordnung beruht.

2 Das 1993 verabschiedete Anti-Abtreibungsgesetz erlaubt eine Abtreibung in nur drei Fällen: Wenn die Schwangerschaft eine Bedrohung der Gesundheit oder des Lebens der Mutter darstellt, wenn pränatale Untersuchungen eine unheilbare Beschädigung oder Erkrankung des Embryos zeigen oder wenn die Schwangerschaft die Folge eines Verbrechens ist.

„Im Kult von Gehorsam und Aufopferung erzogen“, sähen Polinnen ihre Hauptaufgabe darin, „ihre pflegerischen Tugenden zu vervollkommen“ (Środa 1996: 75).

Das katholische Frauenbild ist mit einem anderen nationalen Mythos verwoben – dem Ethos der Adelsrepublik (1569 bis 1795). Hier entstand eine besondere Beziehung zwischen den Geschlechtern, die in der polnischen Kultur als „adlig-ritterlicher Geschlechtervertrag“ tief verankert ist (Walczewska 1999; 2006). Die Hauptaufgaben des polnischen Mannes seien es demnach, zu kämpfen, zu versorgen und zu verteidigen, während polnische Frauen sich als Damen umwerben lassen, die Männer geistig unterstützen und eine Zuflucht nach dem Kampf bieten. Die Ursprünge dieses Vertrags reichen bis ins Mittelalter, er erfreute sich auf polnischem Boden einer Dauerhaftigkeit, weil er in der Teilungszeit seine Legitimität behaupten konnte. Während der ArbeiterInnenproteste 1980 war auf Transparenten der *Solidarność* zu lesen: „Frauen, stört nicht, wir kämpfen um Polen“ (Walczewska 1999: 92). Der „adlig-ritterliche Geschlechtervertrag“ taucht in unterschiedlichen Ausprägungen im polnischen Diskurs auf:

„Eine Frau, welche einen Mann zum Kampf für das Vaterland motiviert, ihm eine Schleife an die Brust heftet, eine Frau wie eine Samariterin, welche sich aufopfert, seine Wunden pflegt – dies ist die katholisch-nationale Variante des Kontrakts. Im liberalen Diskurs ist der Ritter ein Gentleman, der seine *lady* umwirbt, im sozialistischen Diskurs ist er hingegen ein charmanter Aktivist, der auf einer Veranstaltung anlässlich des Frauentages an ‚unsere schönen Frauen‘ Nelken verteilt“ (Walczewska 1999: 187).

Mutter Polin, leidende Mutter Polonia oder schlicht und einfach eine Dame – diese symbolischen Figuren bestimmen den Diskurs. Nach dieser Auffassung brauchen Polinnen keinen Feminismus, sie werden bereits verehrt, geliebt, an der Tür vorgelassen, aber nur solange sie Damen bleiben. Die feministische Literaturwissenschaftlerin Maria Janion verlangt daher die Umdefinierung dieser Rollenbilder, sie forderte auf dem Frauenkongress³ 2009 die Gründung neuer Gemeinschaften und eine Frauensolidarität, welche sich gegen kirchlichen Einfluss auf Gesetzgebung, Gesundheitswesen und Bildung einsetzen sollte. Es sei eine intellektuelle Bewegung nötig, welche die nationalen Symbole aufbrechen könnte. Dass die männlichen Rollenmuster in Polen betont gemeinschaftlich, die weiblichen hingegen mit Opfertum fest verbunden seien, zeige, wie wichtig es sei, dass Polinnen ebenfalls Gemeinschaften schaffen, um an gesellschaftlichem Einfluss zu gewinnen. Sie sollten dabei die Rollen aufgeben, die ihnen traditionell zufielen (Janion 2009).

3 Der 1. Frauenkongress fand vom 20.–21. Juni 2009 in Warschau mit dem Ziel der Reflexion über die Frauenrolle in den letzten 20 Jahren der Transformation statt. Es nahmen ca. 4 000 Frauen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft teil. Abschließend wurden 135 Forderungen zur Verbesserung der Frauensituation in Polen formuliert. Eine Forderung war die Einführung von Frauenquoten auf Wahllisten, was in eine erfolgreiche Unterschriftenaktion mündete. Am 5. Januar 2011 wurde im Sejm ein Gesetz zu Frauenquoten verabschiedet: Die Anzahl der Frauen darf auf Wahllisten 35 Prozent nicht unterschreiten. Der Kongress entwickelte sich zu einer erfolgreichen sozialen Bewegung, weitere Kongresse fanden 2010, 2011 und im September 2012 statt. Näheres unter: www.kongreskobiet.pl.

3 Verwehrte Möglichkeiten – Frauen und ihre Rechte in der Kirche heute

Die Theologin Elżbieta Adamiak (1999) bezeichnet die Teilhabe der Frauen in der katholischen Kirche Polens als eine „schweigende Anwesenheit“, da sie von der kirchlichen Lehre trotz ihres Engagements nicht als mündige Subjekte gesehen würden, stattdessen werde über sie gesprochen (Adamiak 1999: 19). Die Abwesenheit von Polinnen bei der aktiven Gestaltung der Kirche ist auffallend, trotz der im Kirchenrecht zugestandenen Handlungsräume. Die wichtigsten Gesetze, die Frauen Teilhabe in der Kirche verleihen, sind im 1983 modifizierten Kanonischen Recht (Johannes Paul II. 2009) verfügt worden. Frauen werden unter anderem in folgenden Funktionen zugelassen: Als Teilnehmerinnen am Ökumenischen Konzil, Beraterinnen bei Bischofssynoden, Mitglieder der Partikularkonzilien, der Diözesensynode und des Pastoralrates, Ökonominen der Diözesen, Diözesanrichterinnen und Kirchenanwältinnen, Notarinnen im kirchlichen Gerichtswesen, Vertreterinnen des Priesters bei begrenzten liturgischen Handlungen und Lehrende der theologischen Wissenschaften.

An der Sonderbischofssynode für Europa 1999 nahm aber nur eine Polin teil, ebenso an der Ordentlichen Generalversammlung der Bischöfe im Jahr 2001. Auf der Ordentlichen Generalversammlung der Bischöfe im Jahr 2008 war ebenfalls nur eine Laiein aus Polen anwesend. Was die Liturgie betrifft, so können Frauen theoretisch die Funktion der „Außerordentlichen Kommunionsspenderin“ übernehmen, die in Vertretung und auf ausdrückliche Empfehlung eines Priesters die Kommunion verteilen kann. Gemäß den Anweisungen der Konferenz des polnischen Bischofsepiskopats sind Männer sowie Ordensschwwestern und konsekrierte Frauen im Alter zwischen 25 und 65 Jahren dazu berechtigt. Faktisch gibt es nur wenige polnische Diözesen, in denen Frauen diese Funktion ausüben dürfen (Karabin 2009).

Mit noch größerem Misstrauen wird in Polen die Zulassung von Mädchen zur Messdienerschaft beäugt. Mädchen können gemäß vatikanischer Beschlüsse Messdienerinnen sein, in Polen werden sie jedoch lediglich in zwei von 27 Diözesen und dort in nur wenigen Gemeinden zugelassen (Adamiak 2003a). In einer Anordnung der IV. Synode der Erzdiözese Warschau aus dem Jahr 2003 wurde der Ausschluss von Mädchen vom MinistrantInnendienst offiziell beschlossen. Als Argumente gegen die Zulassung der Mädchen führt die polnische Kirche die Gefahr der Verdrängung und Einschüchterung der männlichen Messdiener durch Mädchen aufgrund ihrer „Organisationsfähigkeiten und ihres Fleißes“ und die Befürchtung an, dass es zum Rückgang der Berufungen zum Priesteramt kommen könnte (Adamiak 2003a).

Polinnen wurden in den 1950er Jahren zum Theologiestudium zugelassen. Eine Untersuchung bezüglich des Anteils der Theologinnen an Universitäten in den Jahren 1978 bis 2008 zeigt jedoch, dass der Frauenanteil sinkt, je höher die akademische Stufe ist. Während Frauen etwa 50 Prozent der Theologiestudierenden ausmachen, beläuft sich ihr Anteil auf 11,5 Prozent aller Promovierten und 2,17 Prozent der Habilitierten. Bis jetzt wurde noch keine Frau auf einen Lehrstuhl einer Theologischen Fakultät berufen.

Frauen stellen lediglich 8,2 Prozent aller Theologielehrenden (Bynowski 2008). Jadwiga Chołodniuk weist auf das 1999 erlassene Dokument „Ratio institutionis sacerdotalis pro Polonia“ der Konferenz des polnischen Episkopats hin, wo zu lesen ist: „Professoren der Theologie sollen Priester sein“, was im Widerspruch zum kanonischen Recht steht, welches diese Aufgabe geeigneten Laiinnen und Laien ausdrücklich erlaubt (Chołodniuk 2008: 102) und Frauen nicht ausschließt.

Die katholische Kirche Polens billigt den Frauen also nur wenige Handlungsmöglichkeiten zu. Die vom Vatikan eingeräumten Rechte werden kaum ausgeschöpft, wobei neben dem patriarchalen Charakter der Kirche in Polen auch das geringe Einfordern ihrer Möglichkeiten seitens der Katholikinnen eine Rolle spielen könnte. Es bedarf eines Mentalitätswandels sowohl bei den Amtsträgern der Kirche als auch bei den kirchentreuen Frauen, um hier Veränderungen zu bewirken.

4 Feministische Theologie in Polen?

Die feministische Theologie entwickelte sich in Westeuropa in mehreren Phasen: Zunächst habe sie die „Veränderung von kulturellen theologischen Vorstellungen, die traditionelle Rollenstereotype manifestieren“, sowie „eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern“ (Jost 2008: 14) in der Kirche und Gesellschaft angestrebt; in der zweiten Phase habe sie sich zu „Theologischen Gender Studies, zur Analyse der Geschlechterverhältnisse insgesamt“ (Jost 2008: 14) entwickelt. Dabei würden auch andere kulturelle, religiöse, soziale und sexuelle Differenzen berücksichtigt. Gegenwärtig dominiere „eine stärker politisch orientierte Feministische Theologie und Theologische Genderforschung“ (Jost 2008: 14), die internationale religiöse sowie postchristliche Diskurse einschließt. Welche dieser Phasen existiert in Polen bzw. gibt es überhaupt eine feministische Theologie in Polen?

Diese Frage ist am besten mit den Worten der prominentesten von den wenigen feministischen Theologinnen in Polen, Elżbieta Adamiak, zu beantworten. Sie beklagt den Mangel an feministischer Theologie in Polen im Vergleich zu Westeuropa, wo drei Faktoren zu deren Entstehung beigetragen hätten: „die zweite Welle der Frauenbewegung, die ökumenische Bewegung und die nachkonziliare Reform in der römisch-katholischen Kirche“ (Adamiak 1995: 111). Die zweite Welle der Frauenbewegung konnte, so Adamiak, Polen nicht erreichen (bzw. entstand erst nach der politischen Wende 1989), die ökumenische Bewegung ist aufgrund der religiösen Homogenität Polens unbedeutend und die Reformen in der Folge des 2. Vatikanischen Konzils konnten aus politischen Gründen nicht verwirklicht werden (Adamiak 1995; Chołuj 2006). Hinzu kommt, dass es in Polen an kritischen Frauengruppen fehlt, die einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung der feministischen Theologie haben könnten. Gerade solche Frauengruppen, welche „inner- und außerhalb der Gemeinden, in Akademien sowie in nationalen und internationalen Netzwerken“ gearbeitet haben, bildeten in Westeuropa die Grundlage für die Entwicklung der feministischen Theologie (Fuchs 2003: 272).

Adamiak zufolge beschäftigen sich die polnischen Texte zur Frau in der Kirche mit der „Theologie der Frau“ (Adamiak 1995: 108), der Großteil der Publikationen betrifft die Weiblichkeitsentwürfe Johannes Pauls II. In Bezug auf die Genderthematik sind in den meisten polnischen Kirchenschriften der Gegenwart zwei Tendenzen sichtbar: Entweder ist die Genderfrage abwesend („absent presence“), oder Gender wird als kulturelles Geschlecht definiert („gender definition“), das heißt, Weiblichkeit und Männlichkeit werden meist mithilfe des Essenzialismus bestimmt, wobei der Fokus auf Weiblichkeitsdefinitionen und weniger auf Festlegungen von Männlichkeit liegt (Adamiak/Sobkowiak 2011). Adamiak bemängelt, dass in vielen Texten eine enge Auffassung des Feminismus vertreten wird, die Feminismus als Vermännlichung der Frau begreift. Die ersten Publikationen, die explizit die feministische Theologie betreffen, sind von Männern geschrieben worden (Adamiak 1995).

LaientheologInnen sei es fast unmöglich, in kirchlichen Strukturen zu arbeiten, mit Ausnahme des Religionsunterrichts. Darüber hinaus waren die westlichen Strömungen der Theologie aufgrund der fehlenden Kontakte vor der Wende lediglich ExpertInnenkreisen bekannt (Adamiak 1995). Zunächst müsse ein Bewusstseinswandel stattfinden und Elemente des traditionellen Glaubens als Folge der unkritischen Übernahme kultureller Stereotype vergangener Zeiten gesehen werden – dieses Bewusstsein sei in der katholischen Kirche Polens immer noch zu wenig vorhanden (Adamiak 2010). Tadeusz Bartoś beklagt das niedrige Niveau der polnischen Theologie insgesamt, denn polnische TheologInnen beschäftigen sich seiner Meinung nach eher mit wenig bedeutenden Fragen. Es herrsche eine Angst vor Vorgesetzten, daher traue sich kaum jemand, kritische Theologie zu betreiben. Die polnische Theologie konzentriere sich daher hauptsächlich auf die Rezeption vatikanischer Schriften, während die theologischen Hauptwerke des 20. Jahrhunderts nicht einmal übersetzt wurden (Bartoś 2012).

Wie bereits erwähnt, ist es für Frauen in Polen schwierig, überhaupt auf einen Lehrstuhl für Theologie berufen zu werden, dies gilt insbesondere für Wissenschaftlerinnen, die einen feministischen Ansatz vertreten. Dadurch wird die Popularisierung dieser Ansätze an Universitäten und Priesterseminaren erschwert, was dazu führt, dass einer der möglichen Wege zur Veränderung der Kirche in Polen verschlossen bleibt.

5 Die Kontroverse um die katholische und feministische Identität

Der Begriff Feminismus löst ein besonderes Unbehagen in katholischen Kreisen aus, da er als antiklerikal und antikirchlich empfunden wird (Gomola 2010). Dies betrifft nicht nur die katholischen Amtsträger (siehe das Eingangszitat des Erzbischofs Michalik), sondern auch katholische Publizistinnen, sichtbar durch die seit Jahren anhaltende Diskussion der Katholikinnen um eine mögliche Verbindung von Katholizismus und Feminismus in Polen. Die Hartnäckigkeit dieser Diskussion zeigt, dass die Herausbildung einer gleichzeitig katholischen *und* feministischen Identität, die für die Entstehung einer

katholischen Frauenbewegung notwendig wäre, für Polinnen immer noch problematisch ist.

Małgorzata Fuszara (2005) sieht die Ursachen für die Kluft zwischen Katholikinnen und Feministinnen (hier ist der Feminismus der zweiten Welle gemeint) in der unterschiedlichen Einstellung zur Abtreibung, zum Familienmodell und zur Rolle, die Frauen in den Familien spielen sollen. Die zweite Welle der polnischen Frauenbewegung formierte sich nach 1989 mit einem *pro-choice*-Standpunkt gegen Forderungen zur Verschärfung des Abtreibungsrechtes. Auf der 4. Internationalen Frauenkonferenz in Peking 1995 zeigte sich die Spaltung der polnischen Gesellschaft; neben dem Bericht der Regierung zur Situation der polnischen Frauen wurden seitens der Frauen-NGOs zusätzlich zwei Schattenberichte präsentiert: ein Bericht mehrerer feministischer Frauengruppen zur Analyse und Darstellung der Frauendiskriminierung in Polen und ein Bericht der katholischen *pro-life*-Frauengruppen, der keine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts sah, vielmehr eine gute Stellung der Frauen dank des Mythos der Mutter Polin konstatierte (Fuchs 2003).

Katholische Publizistinnen stellen den Feminismus der zweiten Welle in Polen als ein westliches Exportprodukt dar, das Stipendiatinnen und Wissenschaftlerinnen von ihren Auslandsaufenthalten in den USA oder Westeuropa mitgebracht hätten; er habe mit der polnischen Realität nichts zu tun (Dudzianka 2009; Waluś 2009; Świerżewska 2011). Die meisten Vorwürfe betreffen den liberalen Charakter des Feminismus und dessen Konzentration auf das Abtreibungsrecht. Die katholische Seite wirft den Feministinnen die Ignoranz „fundamentaler“ Probleme von Polinnen vor:

„Die Bemühungen der Feministinnen haben nichts zu tun mit dem Kampf um angemessene Löhne der Männer, um eine Lösung des drängenden Wohnungsproblems, um gute Bildung, ein in dem Sinne gutes Steuersystem, dass es Geburt und Kindererziehung fördere – mit all dem, was Papst Johannes Paul II. als ‚Kultur des Lebens‘ bezeichnete. Stattdessen fordern die Feministinnen ein für Polen gültiges Abtreibungsgesetz und verkünden flammende Manifeste, die auf die Feststellung hinauslaufen, wem der Bauch der Frau gehört“ (Petrowa-Wasilewicz 2006: 57).

Für die Entstehung einer katholischen Frauenbewegung im Sinne einer sozialen Bewegung wäre eine kollektive feministisch-katholische Identität vonnöten, deren Entwicklung durch die dauerhafte Positionierung gegen den Feminismus jedoch gehemmt wird. Die katholischen Beiträge stellen dem kritisierten Feminismus der zweiten Welle den „neuen Feminismus“ Johannes Pauls II. entgegen (Gawkowska 2008; Petrowa-Wasilewicz 2006; Petry Mroczkowska 2005). Im Jahr 1988 veröffentlichte der Papst den Apostolischen Brief „*Mulieris dignitatem*“, in dem er darlegt, dass er in der Mutterschaft Marias den Höhepunkt des biblischen Urbildes der Frau sieht – Maria sei „der neue Anfang“ der Würde und Berufung der Frau, aller Frauen und jeder einzelnen“ (Johannes Paul II. 1988: 30). Der Papst spricht hier vom „Genius“ der Frau, „der Sensibilität für den Menschen, eben weil er Mensch ist, unter allen Umständen sicherstellt“ (Johannes Paul II. 1988: 67). Er erläutert allerdings nicht, wie die Frauen dieses Ideal einer mit „Genius“ ausgestatteten Frau erfüllen können. Als relativer Fortschritt kann hier gesehen werden, dass der Papst die Diskriminierung von Frauen kritisiert: „Die Frau darf

nicht zum ‚Objekt‘ männlicher ‚Herrschaft‘ und männlichen ‚Besitzes‘ werden“ (Johannes Paul II. 1988: 26). In der Enzyklika „Evangelium vitae“ von 1995 entwickelt er weitere Konstruktionen des Frau-Seins mit der Schilderung weiblicher Aufgaben im gesellschaftlichen Leben und entwirft das Postulat eines „neuen Feminismus“, der

„ohne in die Versuchung zu verfallen, ‚Männlichkeits‘-Vorbildern nachzujagen, durch den Einsatz zur Überwindung jeder Form von Diskriminierung, Gewalt und Ausbeutung den echten weiblichen Geist in allen Ausdrucksformen des bürgerlichen Zusammenlebens zu erkennen und zu bekunden versteht“ (Johannes Paul II. 1995: 117).

Könnte der „neue Feminismus“ für polnische Katholikinnen eine Möglichkeit darstellen, die Verbindung von Katholizismus und Feminismus zuzulassen? Hier müsste man fragen, ob dieser Feminismus tatsächlich einen Wandel in Bezug auf die Geschlechtergleichheit in der katholischen Gesellschaft ermöglicht. Adamiak bemängelt, dass in der päpstlichen Lehre den Frauen besondere Merkmale wie Sensibilität, Nächstenliebe oder Fürsorge zugeschrieben werden, die nicht erarbeitet werden müssen, sie gehörten „natürlicherweise“ zum Frau-Sein dazu (Adamiak 2008: 30). Sie kritisiert ebenfalls die päpstliche Konstruktion des Frau-Seins als Gegensatz zum Mann-Sein. Die Weiblichkeit werde hier aus der männlichen Perspektive gesehen und das, was eine Frau ausmacht, dadurch bestimmt, was sie vom Mann unterscheidet, sie werde dadurch zum „zweiten Geschlecht“ (Adamiak 2008: 28). Für Joanna Mizielińska ist der „neue Feminismus“ eine Aneignung des Begriffs, er schaffe eine künstliche Teilung zwischen „Altem“ und „Neuen“, Wahrem und Richtigem, dadurch würden alle früheren, durchaus unterschiedlichen Strömungen des Feminismus verworfen. Der „neue Feminismus“ sei eine Antwort der katholischen Kirche auf die Herausforderung durch den liberalen Feminismus, er zeige sich als neu, verfolge aber gleichzeitig ein verstecktes, rückwärts-gewandtes Ziel:

„Wie kann man alte traditionelle Frauenrollen auffrischen? Wie kann man sie wieder in Ordnung bringen? Indem man den Frauen den ‚richtigen Weg‘ zeigt, welcher auf der Komplementarität der Geschlechter basiert und sie vor dem Eintritt auf das ‚männliche‘ Feld und der Ausübung ‚männlicher‘ Berufe und Rollen in der Öffentlichkeit bewahrt“ (Mizielińska 2008: 36).

Besonders in der polnischen Gesellschaft, mit ihrem Reservoir an Frauen beschränkten Rollenzuweisungen, kann ein solcher Feminismus ein Irrweg sein. Er bietet keine offensiven und starken Frauenbilder und konzentriert sich auf einen essentialistischen Mutterbegriff. Er fordert zwar mehr Engagement für Frauen in der Öffentlichkeit, dies soll jedoch den Anderen, der Gesellschaft, den Kindern, dem Mann und karitativen Zwecken dienen, weniger der Frau selbst.

Das Bekenntnis der katholischen Frauen zum „neuen Feminismus“ im Sinne Johannes Pauls II. zeigt, dass diese Identität wenig zum Wandel der Geschlechterdiskussion innerhalb der Kirche beitragen kann. In einem Interview antwortete Petrowa-Wasilewicz (DT 2008) auf die Frage, ob Frauen in Polen die Kirche verändern wollen, dass sie keine Revolution anstreben würden:

„Ich bin nicht dafür, dass Frauen Priester werden sollen. Das nicht! Ich denke aber, es sollte Frauen stärker als bisher möglich sein, ihre Gaben und Führungsfähigkeiten einzusetzen. Viele haben Diplome und Dokortitel, sind aber keine Entscheidungsträger“ (DT 2008).

Sie schildert, worin sie die Rolle von Frauen sieht:

„Es gibt keinen Opfergeist mehr. Wenn es diesen Geist nicht mehr gibt, ist das Leben nicht wirklich christlich. Frauen haben ein Charisma der Erziehung, sie können aktiv mithelfen, dass in der Kirche und in der Gesellschaft Weisheit Einzug hält“ (DT 2008).

Gleichzeitig gab sie zu, dass die Kirche den Frauen mehr Möglichkeiten eröffnen müsse (DT 2008). Solange jedoch die entscheidenden Funktionen in der Kirche Männern vorbehalten bleiben und Frauen sich auf Positionen konzentrieren, in denen sie ihr „Charisma der Erziehung“ einbringen können, wird sich innerhalb der katholischen Kirche wenig ändern.

6 Katholische Frauenorganisationen in Polen – eine Frauenbewegung?

Die LaiInnenbewegung in Westeuropa errang eine große Bedeutung erst nach dem 2. Vatikanischen Konzil, das den LaiInnen mehr Wirkungsmöglichkeiten in der Kirche zugestand (Demel 2008). Aus einer solchen LaiInnenbewegung entstanden in Westdeutschland in den 1980er Jahren auch mehrere katholisch-feministische Frauenorganisationen (Gause 2008, Röckemann 2008). Die maßgeblich von westeuropäischen Amtsträgern initiierten Reformen des Konzils wurden in Polen nicht vollständig umgesetzt, was der politischen Situation und der eher skeptischen Einstellung gegenüber Modernisierungstendenzen anzulasten ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich in Polen eine konservative katholische LaiInnenbewegung, die sich später im Kampf gegen die kommunistischen Machthaber engagierte. Die meisten VertreterInnen dieser Bewegung waren in den Gruppen des „Klubs der katholischen Intelligenz“ (Klub Intelligencji Katolickiej KIK) organisiert. Andere Formen der LaiInnenbewegung bilden in Polen unter anderem die „Bewegung Licht-Leben“ (Ruch Światło-Życie), die Rosenkranzgemeinschaften sowie die „Bewegung Erneuerung im Heiligen Geist“ (Odnowa w Duchu Świętym), „Bewegung Focolari“ (Ruch Focolari) und „Neokatechumenat“. Keine der genannten Vereinigungen bietet jedoch den Frauen Raum für den Kampf um die Gleichberechtigung in der Kirche; es konnte also aus diesen Reihen keine katholische Frauenbewegung entstehen. Kritische Bewegungen ähnlich der „Wir sind Kirche“ existieren in Polen nicht.

Frauen bilden die Mehrheit der etwa 2,5 Millionen in kirchlichen Vereinigungen organisierten LaiInnen (Waluś 2009: 61). In den kirchlichen Gemeinden engagieren sich Polinnen besonders bei der religiösen Erziehung der Kinder. Hier ist jedoch bezeichnend, dass Frauen „Arbeit an Grundlagen“ bzw. Elementarausbildung leisten: Je höher

die Stufen der religiösen Ausbildung, desto weniger Frauen sind als Katecheselehrende anzutreffen (Adamiak 2003b: 30). Ebenfalls engagieren sich Frauen in der Caritas, die kulturell als weibliche Aufgabe gesehen wird, aber wenig Ansehen mit sich bringt (Adamiak 2003b: 33). Die prestigebringenden Funktionen innerhalb der Kirche sind meist den Männern vorbehalten. Der Theologe Jarosław Makowski konstatiert ironisch: Wenn Frauen in der Kirche gehört würden, dann lediglich im Beichtstuhl. Gleichzeitig wirft er den polnischen Katholikinnen vor, dass sie Mitschuld an den mangelnden Teilhabemöglichkeiten der Frauen in der Kirche tragen würden. So sehe die Mehrheit der Katholikinnen keinen Bedarf an Veränderungen und befürchte bei jedem Kritikversuch einiger mutiger Frauen sofort die Feminisierung des Glaubens und das Fortschreiten des Feminismus, der als antiklerikal und gegen Männer und Familien gerichtet verstanden werde (Makowski 2009).

Gibt es in Polen tatsächlich so wenig kritische Katholikinnen, die sich für mehr Gleichberechtigung innerhalb der Kirche einsetzen? Wie stehen die polnischen katholischen Frauenorganisationen zu dieser Frage? Bilden sie eine Frauenbewegung im Sinne einer sozialen Bewegung? Nach der politischen Wende 1989 entstanden in Polen verschiedene katholische Frauenorganisationen, die sich jedoch vom Feminismus distanzieren. 1990 wurde der „Polski Związek Kobiet Katolickich PZKK“ (Polnischer Verband der Katholischen Frauen) gegründet, welcher sich gemäß seinem Statut in Anlehnung an die kirchliche Lehre, vor allem die von Johannes Paul II., in den Angelegenheiten des Frau-Seins in Familie und Gesellschaft engagieren will. Seit 1992 engagiert sich dieser Verband bei den nationalen Vorbereitungen zum Frauenweltgebetstag (Jaworska 2004). Der PZKK beteiligt sich an aktuellen frauenpolitischen Diskussionen und vertritt einen traditionell-katholischen Standpunkt. So protestierte er mit anderen katholischen Frauenorganisationen im April 2012 in einem offenen Brief gegen die polnische Ratifizierung der „Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“, da sie einen Angriff auf die polnische Tradition und Familie darstelle, indem sie die Ursprünge von Gewalt in Religion, Tradition und Kultur verankert sehe. Besonders kritisiert wurde die Anwendung des Genderbegriffs in der Konvention: „[D]adurch wird das Geschlecht zur äußeren Rolle reduziert, wodurch der Begriff des Menschen und seine Ziele verarmt und deformiert werden“ (KAI 2012).

1998 entstand das „Forum Kobiet Katolickich“ (Forum Katholischer Frauen, FKK), das 57 katholische Frauenorganisationen, darunter auch den PZKK, vereint. Das Forum vertritt eine konservative Haltung, vor allem bei den Themen Abtreibung, sexuelle Erziehung, Verhütung, künstliche Befruchtung und strikte Ablehnung von Praktiken, die im Gegensatz zur kirchlichen Lehre stehen. Gesine Fuchs (2003) weist bei ihrer Analyse des FKK darauf hin, dass dieses Forum trotz mehrerer Anfragen sowohl die Diskussion mit feministischen Organisationen meide als auch im katholischen Milieu schlecht vernetzt sei. Das Forum scheine sogar für katholisch-konservative Frauen weder notwendig noch attraktiv zu sein: „Es bedient keine praktischen Gender-Interessen, sondern ihre Mitfrauen widmen sich einzig erfolgreich katholischer Kulturarbeit. Projekte für Sozialarbeit bestehen zwar, fallen aber aus Geldmangel flach.“ (Fuchs 2003: 278). Die

katholischen Frauenorganisationen in Polen würden, so Fuchs (Fuchs 2003: 279), eher als „Instrumente von Pro-Life-Organisationen“ fungieren.

Es existieren weitere kleinere Organisationen, deren Ziele den bereits erwähnten Organisationen ähneln und die sich grundsätzlich auf die Förderung von Frauen im Rahmen der traditionell-katholischen Rolle in Familie und Gesellschaft bzw. die Förderung von Frauen im Sinne des „neuen Feminismus“ beziehen (z. B. Status Feminae, Fundacja Kobiety dla Kobiet, Magnificat, VeraIcon). Interessant ist eine sprachliche Analyse der Zielformulierung in den Statuten dieser Organisationen. Es fällt auf, dass sie sich grundsätzlich auf Frauen im Kontext der traditionell-katholischen Rolle in der Familie und Gesellschaft beziehen und weniger auf die Förderung von Frauen selbst, zudem werden die kirchlichen Schriften zum Thema Frauen, vor allem die von Johannes Paul II., als ausreichend für die Frauenfrage erachtet.

Im Dezember 2008 gründeten mehr als 20 katholische Frauen mit akademischem Hintergrund, darunter Theologinnen, Soziologinnen, Journalistinnen, Juristinnen und Ordensfrauen, einen Frauenverein namens „Amicta Sole“. Die Ziele dieses Vereins sind die Förderung von Frauen in der Kirche, die Erforschung und Popularisierung der Lehre zum Thema Frau in der Kirche sowie die Erinnerung an herausragende Frauen der Vergangenheit (KAI 2009). Die Gründerinnen folgen ferner dem Anspruch, „gemeinsam und in Harmonie mit Männern nach einem neuen Platz der Frauen in der Kirche zu suchen im Kontext der sich verändernden zivilisatorischen und kulturellen Umstände“ (Czackowska 2009). Darüber hinaus sollen die Reformen in der Folge des 2. Vatikanischen Konzils bezüglich der erweiterten Handlungsräume von LaiInnen in der Kirche in Polen propagiert sowie bereits vorhandene, bisher ungenutzte Rechte realisiert werden. „Amicta Sole“ wolle jedoch den Prinzipien des „neuen Feminismus“ Johannes Pauls II. und nicht jenen des „kämpfenden Feminismus“ folgen (Czackowska 2009). Die bisherigen Aktivitäten konzentrieren sich auf Publikationen zum Thema der Frau in der katholischen Kirche Polens sowie der Popularisierung von in Vergessenheit geratenen polnischen Katholikinnen wie den Gründerinnen von Frauenorden. 2009 erschien eine Sonderausgabe der katholischen Zeitschrift *Więź* mit dem Titel „Kościół jest kobietą“ („Die Kirche ist eine Frau“) mit mehreren Beiträgen der Frauen von „Amicta Sole“. Allerdings unterzeichneten die Vorsitzende und Vizevorsitzende von „Amicta Sole“, Monika Waluś und Alina Petrowa-Wasilewicz, gemeinsam mit dem PZKK und dem FKK den bereits erwähnten offenen Brief an die Regierung gegen die Ratifizierung der Konvention des Europarates. „Amicta Sole“ könnte bei der Verbesserung der Beteiligung von Frauen in der Kirche im Sinne des kanonischen Rechts eine Rolle spielen, für einen grundlegenden Wandel innerhalb der Kirche bedarf es jedoch mehr als nur eines „neuen Feminismus“.

Bilden die genannten Frauenorganisationen eine Frauenbewegung bzw. eine soziale Bewegung? In Anlehnung an die genannten Definitionen von Frauenbewegungen und sozialer Bewegungen können diese Organisationen nicht als Frauenbewegung angesehen werden, da sie sich nicht für einen Wandel mit dem Ziel der Gleichberechtigung der Geschlechter einsetzen. Vielmehr fordern sie die Beibehaltung des katholisch-kon-

servativen Status quo, bzw. folgen dem „neuen Feminismus“, der keine Änderung der Geschlechterverhältnisse anvisiert. Die Organisationen arbeiten, abgesehen von einigen gemeinsamen Protestaktionen gegen Angriffe auf katholische Traditionen, isoliert. Die fehlende Vernetzung dieser Organisationen sowie die fehlende kollektive Identität lassen bezweifeln, dass es sich hier um eine soziale Bewegung handelt.

7 Zusammenfassung

Der Einfluss der national-katholischen Traditionen, insbesondere des Mythos der Mutter Polin, ist in der polnischen Gesellschaft weiterhin stark präsent und verhindert politische Aktivitäten der Polinnen. Der polnische Marienkult schuf ein unerreichbares Frauenideal und förderte die Illusion der Verehrung der Frauen, jedoch ohne wirkliche Gleichberechtigung. Die Amtsträger der katholischen Kirche Polens sind bei der Geschlechterfrage noch konservativer als der Vatikan selbst. Die juristischen Zugeständnisse des Kanonischen Rechts von 1983 werden in Polen nur selten ausgeschöpft, hier könnte die Berufung auf den „neuen Feminismus“ den katholischen Frauen bei der Durchsetzung bereits vorhandener Rechte helfen. Für einen grundlegenden Wandel innerhalb der Kirche bedarf es jedoch mehr als des „neuen Feminismus“, da dieser die althergebrachte Geschlechterordnung legitimiert. Es fehlt an katholischen Organisationen mit feministischer Ausrichtung, die sich aktiv für die Gleichberechtigung der Geschlechter in Kirche und Gesellschaft einsetzen und sich mit der kirchlichen Lehre kritisch auseinandersetzen. Die feministische Theologie existiert in Polen bis auf einige wenige Vertreterinnen praktisch nicht. Die Verknüpfung des rituellen (Volks-)Katholizismus mit der katholisch-nationalen Frauenrolle, die Ablehnung des liberalen Feminismus in katholischen Kreisen sowie das Fehlen einer kritischen Theologie scheinen eine Blockade zu bilden, welche die Entstehung einer katholisch-emanzipatorischen Bewegung bis heute erschwert.

Literaturverzeichnis

- Adamiak, Elżbieta. (1995). Feministische Theologie in Polen? Ein beinahe unmögliches Thema. In Angela Berlis, Julie Hopkins, Hedwig Meyer-Wilmes, Caroline Vander Stichele (Hrsg.), *Frauenkirchen: Vernetzung und Reflexion im europäischen Kontext* (S. 106–112). Mainz: Matthias-Grünewald.
- Adamiak, Elżbieta. (1999). *Milcząca obecność. O roli kobiety w Kościele*. Warszawa: Biblioteka Więzi.
- Adamiak, Elżbieta. (2003a). Dziewczyny przy ołtarzu. *Tygodnik Powszechny*, 40 (2830), 10.
- Adamiak, Elżbieta. (2003b). Możliwość duszpasterskiego zaangażowania kobiet w parafii. In Józef Baniak (Hrsg.), *Socjologia Religii. Band 1. Parafia jako rzeczywistość wielowymiarowa* (S. 27–36). Poznań: Uniwersytet im. Adama Mickiewicza. Wydział Teologiczny.
- Adamiak, Elżbieta. (2008). Nauczanie Kościoła rzymskokatolickiego o kobietach. Ujęcie dogmatyczne. In Elżbieta Adamiak & Małgorzata Chrzastowska (Hrsg.), *Godzina kobiet?*

- Recepcja nauczania Kościoła Rzymskokatolickiego o kobietach w Polsce w latach 1978–2005* (S. 15–64). Poznań: Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu Wydział Teologiczny.
- Adamiak, Elżbieta. (2010). Niestąta jak Kościół. *Tygodnik Powszechny*, 28 (3183), 14.
- Adamiak, Elżbieta & Sobkowiak, Sonia. (2011). Gender and Religion in Central and Eastern Europe. Theoretical approaches. *European Journal of Mental Health*, (6), 3–25.
- Bartoś, Tadeusz. (2012). Bezradność teologów. *Przegląd*, 14, 26–28.
- Bynowski, Bartosz. (2008). Kobiety na wydziałach teologii chrześcijańskiej w Polsce. In Elżbieta Adamiak & Małgorzata Chrzastowska (Hrsg.), *Godzina kobiet? Recepcja nauczania Kościoła Rzymskokatolickiego o kobietach w Polsce w latach 1978–2005* (S. 319–360). Poznań: Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu. Wydział Teologiczny.
- CBOS. Centrum Badania Opinii Społecznej. (2009). Dwie dekady przemian religijności w Polsce. Warszawa: Fundacja Centrum Badania Opinii Społecznej.
- CBOS. Centrum Badania Opinii Społecznej. (2011). O religijnym i społecznym zaangażowaniu Polaków w lokalnych parafiach. Warszawa: Fundacja Centrum Badania Opinii Społecznej.
- Chodłoniuk, Jadwiga. (2008). Miejsce kobiet w Kościele rzymskokatolickim w Polsce – sytuacja prawna. In Elżbieta Adamiak & Małgorzata Chrzastowska (Hrsg.), *Godzina kobiet? Recepcja nauczania Kościoła Rzymskokatolickiego o kobietach w Polsce w latach 1978–2005* (S. 91–103). Poznań: Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu. Wydział Teologiczny.
- Choluj, Bożena. (2003). Die Situation der Frauen-NGOs in Polen an der Schwelle zum EU-Beitritt. In Ingrid Miethe & Silke Roth (Hrsg.), *Europas Töchter. Traditionen, Erwartungen und Strategien von Frauenbewegungen in Europa* (S. 203–224). Opladen: Leske + Budrich.
- Choluj, Bożena. (2006). Die Macht des Schweigens über Maria. In Mirosława Czarnecka, Christa Ebert & Grażyna Szewczyk (Hrsg.), *Archetypen der Weiblichkeit im multikulturellen Vergleich. Studien zur deutschsprachigen, polnischen, russischen und schwedischen Literatur* (S. 151–163). Wrocław, Dresden: Neisse.
- Czaczkowska, Ewa K. (2009). Katolickie feministki łączą siły. *Rzeczpospolita* 02.01.2009. Zugriff am 22. April 2012 unter www.rp.pl/artukul/17,242383_Katolickie_feministki_lacza_sily_.html
- Demel, Sabine. (2008). Gleichwertig, aber nicht gleichberechtigt? Kleriker – Laien – Frauen in der katholischen Kirche. In Sabine Demel & Rainer Emig (Hrsg.), *Gender Religion* (S. 27–45). Heidelberg: Winter.
- DT. (2008). „Ich bin nicht dafür, dass Frauen Priester werden“. Ein Gespräch mit Alina Petrowa-Wasilewicz, Präsidentin des Nationalen Rates der katholischen Laien in Polen mit der Katholischen Zeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur. *Die Tagespost - Katholische Zeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur*, 10.07.2008. Zugriff am 14. Mai 2012 unter: www.kirchen-in-osteuropa.de/archiv.php?nummer=28/08&mail=h
- Dudzianka, Stanisława. (2009). Oblicza polskiego feminizmu. Zugriff am 12. April 2012 unter www.deon.pl/religia/w-relacji/kobieta/art,5,oblicza-polskiego-feminizmu.html
- Fuchs, Gesine. (2003). *Die Zivilgesellschaft mitgestalten. Frauenorganisationen im polnischen Demokratisierungsprozess*. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Fuszara, Małgorzata. (2005). Between Feminism and the Catholic Church: The Women's Movement in Poland. *Sociologický časopis/Czech Sociological Review*, 6 (41), 1057–1075.
- Gause, Ute. (2008). Kirchen: Frauen in der römisch-katholischen und den evangelischen Kirchen in Deutschland. In Ruth Becker & Beate Kortendiek (Hrsg.), *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie* (S. 711–715). Wiesbaden: VS-Verlag.
- Gawkowska, Aneta. (2008). Nowy feminizm – poszukiwanie esencji kobiecości. *Societas/Communitas*, 2 (6), 67–86.
- Gerhard, Ute. (2008). Frauenbewegung. In Roland Roth & Dieter Rucht (Hrsg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch* (S. 187–217). Frankfurt/M., New York: Campus.

- Gomola, Aleksander. (2010). Kościół kobiet. *Gazeta Wyborcza*, 10.06.2010. Zugriff am 16. Juni 2012 unter www.feminoteka.pl/news.php?readmore=1791
- Janion, Maria. (2009). *Solidarność – wielki zbiorowy obowiązek kobiet. Wykład inauguracyjny Kongres Kobiet 20–21 czerwca 2009. Kongres Kobiet. Kongres Kobiet*, 20.06.2009. Zugriff am 16. April 2012 unter www.krytykapolityczna.pl/Opinie/Janion-Solidarnosc-wielki-zbiorowy-obowiazek-kobiet/menu-id-197.html
- Jaworska, Pelagia. (2004). Światowy Dzień Modlitwy. *Mariawita (4–6)*. Zugriff am 22. Juni 2012 unter www.mariawita.pl/htmls/ekumenia/swiatowy_dzien.html
- Johannes Paul II. (1988). *Apostolisches Schreiben Mulieris dignitatem von Papst Johannes Paul II. über die Würde und Berufung der Frau anlässlich des Marianischen Jahres. 15. August 1988*. Bonn: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.
- Johannes Paul II. (1995). *Enzyklika Evangelium vitae von Papst Johannes Paul II. an die Bischöfe, Priester und Diakone, die Ordensleute und Laien sowie an alle Menschen guten Willens über den Wert und die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens*. Bonn: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.
- Johannes Paul II. (2009). *Codex des kanonischen Rechtes. Lateinisch-deutsche Ausgabe*. 6. Auflage. Kevelaer: Butzon & Bercker.
- Jost, Renate. (2008). Erfolgsgeschichte Feministische Theologie – Initiativen, Kirchen, Universitäten. Einführung. In Gisela Matthiae et al. (Hrsg.), *Feministische Theologie. Initiativen, Kirchen, Universitäten – eine Erfolgsgeschichte* (S. 13–21). Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.
- KAI. Katolicka Agencja Informacyjna. (2009). *Amicta Sole – w poszukiwaniu nowego feminizmu*. Zugriff am 25. April 2012 unter <http://info.wiara.pl/index.php?grupa=4&art=1230832178>.
- KAI. Katolicka Agencja Informacyjna. (2011). *Abp Michalik o świeckich, kobietach i młodych*. Zugriff am 30. März 2012 unter www.deon.pl/religia/kosciol-i-swiat/z-zycia-kosciola/art,6313,ratunek-w-powszechnym-nawroceniu,strona,2.html
- KAI. Katolicka Agencja Informacyjna. (2012). *Kobiety apelują do rządu*. Zugriff am 12. Juni 2012 unter http://ekai.pl/wydarzenia/temat_dnia/x53984/kobiety-apeleuja-do-rzadu/
- Karabin, Ewa. (2009). Nadchodzą zmiany? Kościelna teoria i praktyka wobec kobiet. *Więź*, 603–604 (1–2), 10–25.
- Lenz, Ilse. (2008). Frauenbewegungen: Zu den Anliegen und Verlaufsformen von Frauenbewegungen als sozialen Bewegungen. In Ruth Becker & Beate Kortendiek (Hrsg.), *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie* (S. 859–869). Wiesbaden: VS-Verlag.
- Makowski, Jarosław. (2009). Kościół słucha kobiet? Tak, w konfesjonale. *Gazeta Wyborcza*, 17.10.2009. Zugriff am 30. Mai 2012 unter http://wyborcza.pl/1,76842,7156085,Kosciol_slucha_kobiet_Tak_w_konfesjonale.html
- Mickiewicz, Adam. (1995). An die Mutter Polin. Übersetzt von Karl Dedecius. In Karl Dedecius (Hrsg.), *Adam Mickiewicz. Dichtung und Prosa. Ein Lesebuch von Karl Dedecius*. (S. 256f.). Polnische Bibliothek. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Mizielińska, Joanna. (2008). Pomiędzy nowym a starym: feminizm wobec wyzwań współczesności. *Societas/Communitas*, 2 (6), 33–52.
- Petrowa-Wasilewicz, Alina. (2006). Denkmal der Unbekannten Köchin oder braucht Polen den Feminismus? In Andrzej Kaluza & Jutta Wierczimok (Hrsg.), *Jahrbuch Polen 2006. Frauen*. Band 17 (S. 52–59). Wiesbaden: Harrassowitz.
- Petry Mroczkowska, Joanna. (2005). Kobieta w Kościele. *Znak*, (599), 22–36.
- Prusak, Jacek. (2011). Siostry nie chcą być besztane. *Tygodnik Powszechny*, 29 (3236), 5–6.
- Röckemann, Antje. (2008). Initiativen, Netzwerke, Vereine. In Gisela Matthiae et al. (Hrsg.), *Feministische Theologie. Initiativen, Kirchen, Universitäten – eine Erfolgsgeschichte* (S. 24–96). Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.

- Rucht, Dieter. (1994). *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Środa, Magdalena. (1996). Frauen und Feministinnen in Polen. In Walter Koschmal (Hrsg.), *Die Frau in der polnischen Gegenwartskultur* (S. 68–81). Köln: Böhlau.
- Świerżewska, Iwona. (2011). Kto ukradł kobietom feminizm? *Idziemy*, 49 (326). Zugriff am 20. April 2012 unter www.idziemy.com.pl/spoleczenstwo/kto-ukradl-kobietom-feminizm-1/
- Walczewska, Sławomira. (1999). *Damy, rycerze, feministki*. Kraków: Efka.
- Walczewska, Sławomira. (2006). Ritter und Damen? Für einen neuen Geschlechtervertrag. In Andrzej Kaluza & Jutta Wierczimok (Hrsg.), *Jahrbuch Polen 2006. Frauen*. Band 17 (S. 24–33). Wiesbaden: Harrassowitz.
- Waluś, Monika. (2009). Die Kirche und die Frauen im heutigen Polen. In Andrzej Kaluza & Jutta Wierczimok (Hrsg.), *Jahrbuch Polen 2009. Religion*. Band 20 (S. 58–69). Wiesbaden: Harrassowitz.

Zur Person

Joanna Staskiewicz, Dipl.-Sozialwissenschaftlerin, geb. 1980. Doktorandin am Zentrum für interdisziplinäre Polenstudien der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Arbeitsschwerpunkte: Gender, Differenzdiskurs, Geschlechtergeschichte, Wissenssoziologie und -philosophie. E-Mail: joanna.staskiewicz@t-online.de

Mobilisierung für praktische Gender-Interessen: der Fall Biedronka in Polen

Zusammenfassung

Dieser Beitrag zeigt am Beispiel der Klagewelle von Mitarbeiterinnen gegen die Biedronka-Supermärkte 2004 bis 2007 auf, wie sich eine marginalisierte Gruppe von Arbeitnehmerinnen Gehör verschafft hat, obwohl die politischen, rechtlichen und diskursiven Gelegenheitsstrukturen dafür ungünstig erschienen.

Die Ergebnisse des Forschungsprojekts machen deutlich, dass mehrere Bedingungen für strategische Prozessführung in diesem Fall zusammentrafen: entschlossene Klägerinnen, klare Fälle, eine für die Klägerinnen kostenlose, gute juristische Vertretung sowie ein sehr breites Medienecho, das die eklatanten Arbeitsrechtsverletzungen erfolgreich skandalisierte. Die Klägerinnen kämpften für ihre praktischen Gender-Interessen, also um Interessen, die sich aus der bestehenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ergeben und die etablierte Vorstellungen von Geschlecht kaum infrage stellen. Umfassendere politische Gelegenheitsstrukturen lassen sich allerdings nicht durch eine einmalige Klagewelle verändern, und so blieben die politischen Konsequenzen eher gering.

Schlüsselwörter

Rechtsmobilisierung, Strategische Prozessführung, Polen, Frauenrechte, Arbeitsrecht, Gender-Praxis

Summary

Mobilizing for practical gender interests: the case of Biedronka in Poland

Based on the example of a wave of litigation against the Biedronka supermarkets between 2004 and 2007, this article addresses the question of how marginalized female employees made themselves heard although political, legal and discursive opportunity structures seemed to be unfavourable.

The analysis demonstrates that several preconditions for strategic litigation were met in this case, like determined claimants, clear-cut cases, excellent legal representation which was free of charge for the claimants and a very broad media coverage which successfully scandalized the glaring violations of employment laws. The claimants successfully fought for their practical gender interests, i.e. interests evolving out of the present gender-specific division of labour, which did not challenge established ideas of gender. However, more comprehensive political opportunity structures cannot be changed by a single wave of litigation, and that is why the political consequences were modest.

Keywords

legal mobilization, strategic litigation, Poland, women's rights, workers' rights, practical gender interests

1 Einleitung

Im März 2004 erstritt Bożena Łopacka, ehemalige Kassiererin und Filialleiterin eines „Biedronka“-Supermarktes in Elbląg, vor Gericht 35 000 Złoty, damals etwa 10 000 Euro, für unbezahlte Überstunden. Über 100 weitere Beschäftigte verklagten zwischen 2003 und 2007 ihren ehemaligen Arbeitgeber Biedronka ebenfalls wegen unbezahlter Überstunden und wegen schwerer Verletzungen der Arbeitszeit- und Arbeitsschutzbestimmungen. Die meisten Klagenden gewannen ihre Fälle ganz oder teilweise. Unter-

stützt wurden sie dabei von einer Nichtregierungsorganisation, der „Vereinigung der Biedronka-Geschädigten“ (im Folgenden Stowarzyszenie)¹, und einem Netzwerk von 14 Anwaltskanzleien, die eine kostenlose Vertretung anboten. Zusätzliche Hilfe kam von der Helsinki-Stiftung für Menschenrechte, die im Rahmen ihres 2004 gestarteten Programms für strategische Prozessführung die beteiligten Anwälte der Klageseite beriet.² Strategische Prozessführung kann bedeuten, mit Testfällen vor Gericht umstrittene Normen anzugreifen. In anderen Fällen wie bei Biedronka werden Klagen „aus dem richtigen Leben“ unterstützt, die beispielhaft ein grundsätzliches rechtspolitisches Problem zum Ausdruck bringen. Soziale Bewegungen nutzen das Recht auf diese Weise vermehrt für ihre Ziele (McCann 2006), etwa um Gesetze oder Politiken zu ändern, Agendasetting zu betreiben und idealerweise politischen Druck für sozialen und legislativen Wandel aufzubauen (Egenberger 2010).

Die Biedronka-Gerichtsfälle erzeugten ein breites und lange andauerndes Medienecho. Die Öffentlichkeit zeigte sich empört und schockiert über die bei Biedronka herrschenden Zustände. Die staatliche Arbeitsinspektion Państwowa Inspekcja Pracy (im Folgenden PIP) geriet publizistisch und politisch in die Kritik. Beschäftigte anderer Supermarktketten wagten es im Nachgang ebenfalls, öffentlich über ihre Arbeitsbedingungen zu sprechen. Löhne, Arbeitszeiten und -organisation bei Biedronka verbesserten sich. In vielen Märkten konnten sich nun zum ersten Mal Gewerkschaftsorganisationen etablieren.

Mit dieser Mobilisierung verschaffte sich eine marginalisierte Gruppe von Frauen – häufig in strukturschwachen Regionen und mit wenig finanziellen Mitteln – national Gehör. Eine solche Mobilisierung ist erklärungsbedürftig, scheinen doch die *politischen Gelegenheitsstrukturen* („political opportunity structures“, POS, Kriesi 2004) eher schwach: In der sozialen Bewegungsforschung geht das POS-Paradigma davon aus, dass politische Gelegenheiten geformt werden durch Zugangsmöglichkeiten zum politischen System, Allianz- und Konfliktstrukturen, also zum Beispiel durch das Regierungs- und Parteiensystem. Diese bestimmen die Wahl von Bewegungsstrategien mit sowie die Wirkungen der Bewegungen. In Polen hat die ökonomische Transformation zu Kapitalismus und Marktwirtschaft seit 1989 die Gewerkschaften nachhaltig geschwächt. Politisches Gewicht und Organisationsgrad sind klein, Fraueninteressen marginalisiert. Auch die feministische Frauenbewegung hat sich in Polen bisher kaum mit ökonomischen Fragen beschäftigt.

Bei der hier analysierten Klagewelle sind auch die *rechtlichen Gelegenheitsstrukturen* wichtig, die in der Literatur angelehnt an das POS-Paradigma definiert werden (z. B. Evans Case/Givens 2010); hierbei geht es vor allem um materielles und Prozessrecht und Fragen des Zugangs zum Recht und der Rechtskultur. Während das polnische Arbeitsrecht relativ eindeutig gestaltet ist, sind das Vertrauen der Bevölkerung in das polnische Rechtssystem und das Wissen darüber sehr gering.

1 „Stowarzyszenie Poszkodowanych przez Wielkie Sieci Handlowe Biedronka“, www.stowarzyszenie-biedronka.pl/.

2 Siehe dazu www.hfhrpol.waw.pl/precedens/.

In Anbetracht starker konservativer Frauenrollen scheinen für Fraueninteressen in Polen die *diskursiven Gelegenheitsstrukturen* schwach zu sein. Ich frage daher, welche Faktoren zu Mobilisierung und Organisation einer marginalisierten Gruppe im Fall von Biedronka beigetragen haben, warum und wie aus diesen Klagen eine kleine Bewegung wurde und welche politischen Folgen diese Welle hatte.

Die hier verwendeten Daten stammen aus einem vergleichenden Forschungsprojekt zur Rechtsmobilisierung für die Gleichstellung am Arbeitsplatz in Deutschland, Frankreich, der Schweiz und Polen. In Polen wurden insgesamt 18 Interviews mit AktivistInnen und Klägerinnen durchgeführt und die Medienberichterstattung in den beiden Zeitungen *Gazeta Wyborcza* (GW) und *Rzeczpospolita* (RP) ausgewertet. Die Interviews wurden anonymisiert und sind nach dem Literaturverzeichnis aufgeführt. Artikel und Interviews wurden in Anlehnung an Mayring (2010: 48–62) einer qualitativen Inhaltsanalyse unterzogen.³

2 Hintergrund

2.1 Ökonomische Transformation und Arbeitsbeziehungen

Der Strukturwandel der polnischen Wirtschaft nach 1989 ging einher mit einer Privatisierung der meisten Staatsbetriebe, der Schließung unrentabler Firmen und einem Aufschwung des Dienstleistungssektors. Regionale Disparitäten vertieften sich ebenso wie Einkommensunterschiede. Privatisierung und die Liberalisierung des Arbeitsrechts führten auch zu offener Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, bei Entlassungen, Lohn, sexueller Belästigung, Mutterschaft oder beruflicher Karriere (UNDP Kap. 3; Leven 2008: 123–126; Hardy/Kozek/Stenning 2008: 104–110; Fundacja Femi-noteka et al. 2009: 39–73). Nur noch 15 Prozent der Beschäftigten sind Mitglied einer Gewerkschaft (CBOS 2010: 3) und besonders in neuen, kleinen und privaten Dienstleistungsbetrieben ist eine gewerkschaftliche Organisation schwierig. Zudem waren die Gewerkschaft „Solidarność“ und die ehemals regimetreue Allpolnische Gewerkschaftsallianz Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych (OPZZ) bis Ende der 1990er Jahre eng mit der Parteipolitik verknüpft, was gerade der Glaubwürdigkeit der Solidarność schadete (Krzywdzinski 2012: 68–71). Sozialpartnerschaft und tripartite Konsultationsmechanismen sind schwach ausgeprägt (Krzywdzinski 2012: 70–75). Sowohl die aus der Solidarność entstandenen Parteien als auch die PostkommunistInnen haben die ökonomischen Transformationsprogramme immer unterstützt; eine stabile und starke ArbeitnehmerInnenlobby hat sich in der polnischen Politik jedoch nicht entwickelt.

3 Die Forschungsarbeiten für diesen Artikel wurden durch eine Förderung des Schweizerischen Nationalfonds großzügig unterstützt (Projekt-Nr. 101515-118224, „Mit Recht zur Lohngleichheit?“). Ich danke Thekla Schneider, Agnieszka Tutton, der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau und ganz besonders Wiesław Zajac für ihre Unterstützung.

Gleichstellungsfragen werden in der *Solidarność* und der OPZZ durch Frauenbeauftragte in den zentralen Strukturen bearbeitet, diese sind aber ungenügend ausgestattet und regional wenig verankert (Sechi 2007: 78f.). Die *Solidarność* verfügt nur in vier von 34 Regionen über Frauensektionen. Aktive zielgruppenspezifische Arbeit für Frauenanliegen oder die Umsetzung interner Pläne und Regeln zur Gleichstellung haben in den Gewerkschaften keine Priorität (PL4 32, PL5 56–58). Insgesamt sind dies keine guten Voraussetzungen für die Mobilisierung und Interessenvertretung weiblicher Beschäftigter. Für die polnische Frauenbewegung waren bis vor Kurzem ökonomische Probleme kaum ein Thema. Ausnahmen sind das Network of East West Women (www.neww.org.pl) und Karat (www.karat.org), ein internationales Netzwerk von Organisationen in Ost-(Mittel-)Europa und Zentralasien. Karat konzentriert sich auf das Monitoring von Frauenrechten sowie die Förderung ökonomischer und sozialer Gerechtigkeit und führte 2008/09 ein Projekt zur Situation in Supermärkten durch.

2.2 Rechtliche Gelegenheitsstrukturen und Rechtskultur

Die demokratische Transformation Polens vor über 20 Jahren hat mit der tatsächlichen Geltung von Grund- und Bürgerrechten, der institutionellen Unabhängigkeit der Judikative und dem Wegfall politischer Instrumentalisierung der Gerichte reale und realistische Möglichkeiten geschaffen, vor Gericht zum eigenen Recht zu kommen (Fuchs i. E.). Räumliche und finanzielle Zugangshürden bestehen aber dennoch. Die lange Dauer der Verfahren in Polen ist ein wesentliches Hindernis für die Mobilisierung des Rechts. Eine weitere Hürde sind fehlendes Wissen und Bewusstsein über Recht („legal literacy“). Rechtsberatung und Weitergabe juristischen Wissens sind darum in der Arbeit namentlich polnischer Frauenorganisationen ein wichtiges Tätigkeitsfeld. Kostenlos Rechtsauskünfte erteilen auch 25 „Rechtskliniken“ an Universitäten.⁴ Gewerkschaften beraten ihre Mitglieder rechtlich, doch reichen deren finanzielle Ressourcen nicht aus, alle Mitglieder entsprechend ihren Bedürfnissen vor Gericht zu vertreten. Die staatliche Rechtshilfe in Polen operiert ohne ausreichende Rechtsgrundlage und ist materiell völlig unzureichend ausgestattet. So erhalten öffentlich bestellte Rechtsbeistände für einen Fall pauschal 60 PLN (etwa 15 Euro) (Bojarski 2009).

Polnische BürgerInnen haben ein ambivalentes Verhältnis zum Recht. Aktuelle polnische Umfragen zeigen ein geringes Vertrauen der Bevölkerung in öffentliche Institutionen, wie Gerichte, lokale Verwaltungen, die Regierung, das Parlament oder den Ombudsmann (CBOS 2012: 15). Dennoch werden jedes Jahr mehr Zivilklagen in Polen eingereicht.⁵ Der Rechtssoziologe Jacek Kurczewski (2011) interpretiert dies als Beleg für die Tendenz, die Gerichte instrumentell als *einen* Kanal neben anderen zu nutzen „das eigene Recht“ einzufordern.

4 Bei den Frauenorganisationen ist besonders das Centrum Praw Kobiet, das Zentrum für Frauenrechte, zu erwähnen: www.cpk.org.pl. Zu den Rechtskliniken: www.fupp.org.pl.

5 Angaben des Justizministeriums. Zugriff am 15. Mai 2012 unter <http://bip.ms.gov.pl/pl/dzialalnosc/statystyki/>.

2.3 Frauenrollen und Frauenbilder im Umbruch

Der Staatssozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg brachte in Polen eine formale Gleichstellung der Geschlechter. Er setzte auf Ausbildung und Erwerbstätigkeit von Frauen als Schlüssel zu wirtschaftlicher Entwicklung. Mit der Liberalisierung der Abtreibungsregelungen und einem erstmals einheitlichen, gleichberechtigten Familienrecht bekamen Frauen wichtige zivile Rechte. Der Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen zielte häufig auf Frauen als Mütter mit ihren besonderen Bedürfnissen. Damit wurden diese zwar unterstützt, aber auf ihre soziale Rolle festgelegt und zudem als „troublesome worker“ mit spezifischen Ansprüchen faktisch marginalisiert. Eine politische oder zivilgesellschaftliche Organisation (nicht nur) von Frauen für ihre Rechte und Interessen war nicht möglich.

In der demokratischen Transformation wurde die formale Gleichstellung der Geschlechter mit Blick auf den EU-Beitritt gestärkt. Darüber hinaus gehört es zum Erbe des Staatssozialismus, dass ökonomische Unabhängigkeit und Erwerbstätigkeit Bestandteil des Selbstkonzeptes polnischer Frauen sind. Überlagert wird dies von verschiedenen Weiterentwicklungen des nationalen Mythos der polnischen Mutter, die ihre eigenen Bedürfnisse zum Wohle von Familie und Nation zurückstellt (Kowalczyk 2003; Chołuj 2009: 447f.). So entwickelte sich das sogenannte „Superwoman-Syndrom“ (Corrin 1992). Das Ziel ökonomischer Unabhängigkeit ging Hand in Hand mit einer positiven Evaluation traditioneller katholischer Frauenrollen in der Familie – Frauen waren gute Mütter, Arbeiterinnen und Ernährerinnen. Die Kehrseite dieser Verbindung ist, dass sich ein Konzept individualistischer Rechte für Frauen in Polen nur schwer legitimieren und verankern lässt (Nowicka 2007: 177). Neue kulturelle Leitbilder, die sich im Zuge der Transformation entwickelten, beziehen sich häufig auf attraktive, beruflich erfolgreiche Karrierefrauen mit einem glücklichen Familienleben. Sie zeigen einerseits die Rückkehr zu patriarchalen Normen wie sexueller Attraktivität (Marody/Giza-Poleszczuk 2000: 165–170), andererseits variieren sie das „Superwoman“-Thema.

Neue Studien zeigen, dass in Situationen mit starken Konflikten zwischen Mutterschaft bzw. Betreuungsaufgaben und Erwerbsarbeit die betroffenen Frauen sich eher für die Erwerbsarbeit entscheiden (Plomien 2009), abhängig von Bildung und Klasse (Fuchs 2010: 13ff.; Marody/Giza-Poleszczuk 2000: 171ff.). Die Übernahme neuer Leitbilder ist zudem nicht für alle Frauen realistisch. Viele ältere Frauen, weniger gut Ausgebildete und Mütter, die sich für den Unterhalt ihrer Familie abmühen müssen, können sich daran nicht orientieren.

Es ist gerade dieses Dilemma, in dem viele Klägerinnen gegen Biedronka steckten. Bemerkenswert ist dabei aber, dass sie mit dem Gang vor Gericht den Opferstatus teilweise hinter sich ließen.

3 Arbeitsbedingungen bei Biedronka

Biedronka ist eine polnische Supermarktkette mit zurzeit 37 000 Mitarbeitenden und 1 900 Läden in 750 Orten⁶, die der portugiesischen Firma Jeronimo Martins Distributions (JMD) gehört. Früher wurden in den Biedronka-Märkten nur Stellen für KassierInnen ausgeschrieben und besetzt und beispielsweise keine für das Entladen und Auffüllen von Waren oder für Reinigungsarbeiten (Karat Coalition 2008: 6, 8f., 11–13). Etwa 80 Prozent der Beschäftigten sind Frauen. In der Regel wurden ohne die notwendige Begründung befristete Arbeitsverträge abgeschlossen. In Einstellungsgesprächen wurden regelmäßig unzulässige Fragen nach dem Privatleben, vorhandenen Kindern und der Familienplanung gestellt. Die Löhne entsprachen in etwa den gesetzlichen (nicht existenzsichernden) Mindestlöhnen. Zudem wurden häufig nur Dreiviertelstellen besetzt. Die wenigen Männer bekamen in der Regel Vollzeitstellen. In den Märkten fehlten elektrische Wagen zum Warentransport, sodass Frauen Paletten mit bis zu 1 000 kg Warengewicht per Hand ziehen mussten, was allen Arbeitsschutzvorschriften widerspricht. Erst im Herbst 2004 wurde je ein Wagen pro Markt angeschafft (GW 02.11.2004). Massive gesundheitliche Probleme und Unfälle waren die Folge. Bei vier von fünf interviewten Klägerinnen führten schwere Arbeitsunfälle zu unterschiedlichen Stufen der Invalidität.

„Und diese Frauen, die haben wirklich schwer gearbeitet und tun es noch. Die Warenannahme, dann das Ziehen dieser Paletten mit Waren – das sind Tonnen von Waren, die man zieht. Obwohl sie nach der Anordnung der (Arbeits-)Inspektion diese elektrischen Wagen kaufen mussten – die funktionieren nicht richtig, die sind kaputt“ (Interview PL8 125).

Die Belegschaft der einzelnen Märkte wurde zur Senkung der Lohnkosten absichtlich zu knapp gehalten, sodass Überstunden unvermeidlich waren, die oft nicht ausbezahlt wurden. Dies führte zu massiver Überarbeitung (Karat Coalition 2008: 11ff.), die auch als „Sklavendarbeit“ (Interview PL7 74) bezeichnet wurde:

„Ab Mai 2003 wurde ich stellvertretende Filialeiterin. Und dann begann der Horror, weil ich damals mein Zuhause, meine Familie praktisch nicht mehr gesehen habe. Nur Arbeit, Arbeit, Arbeit, wie in der Tretmühle. Zwölf bis 14 Stunden, und manchmal rund um die Uhr“ (Interview PL10 81).

Klägerinnen berichteten auch von gescheiterten (eigenen) Ehen aufgrund dieser langen Arbeitszeiten. Auch war eine routinemäßige Fälschung der Arbeitszeiterfassung notwendig. Ein Bericht der Arbeitsinspektion für 2006 führt auf, dass in 75 Prozent der Biedronka-Supermärkte gesetzliche Ruhezeiten nicht eingehalten und in 70 Prozent die Überstunden nicht richtig ausbezahlt wurden (Państwowa Inspekcja Pracy 2007: 80f.). Diese Bedingungen führten zu hoher Fluktuation, schlechter Arbeitsorganisation, zu Misstrauen, Einschüchterung und Beschimpfungen von Seiten des Managements (Karat Coalition 2008: 11ff.).

6 Angaben siehe www.biedronka.pl/o_nas/biedronka/kim_jestesmy (Zugriff am 24. Mai 2012).

AktivistInnen sprachen daher öffentlich immer wieder von einem „System der Ausbeutung“ und stellten Strafanzeigen gegen Jeromino Martins Distributen (JMD) (GW 07.01.2005).

4 Die Klagewelle

4.1 Die Prozesse

Im März 2003 erhob Bożena Łopacka zum ersten Mal Klage gegen ihren Arbeitgeber JMD wegen nicht bezahlter Überstunden. Der private Fernsehsender TVN berichtete zu dieser Zeit mehrfach über sie. So wurde der Präsident der Organisation geprellter Biedronka-Lieferanten, Edward Gollent, auf Łopacka aufmerksam und unterstützte sie. Ebenfalls schaltete sich das neu gegründete Programm für strategische Prozessführung der Helsinki-Stiftung ein. Ein Jahr später sprach das Kreisgericht Elbląg Łopacka eine Entschädigung von 35 000 PLN zu, JMD ging in Berufung und verlor im September 2004. Das Danziger Appellationsgericht entschied im Januar 2005, dass Łopacka eine Entschädigung zustünde, die Überstunden aber sorgfältiger berechnet werden müssten. Im ganzen Jahr 2004 waren viele Zeitungsberichte, häufig in den Lokalteilen, über die Arbeitsbedingungen bei Biedronka, über Klägerinnen, teilweise mit Kontaktadressen, erschienen. Viele Frauen meldeten sich bei der Organisation der Biedronka-Lieferanten, die sich schließlich in Vereinigung der Biedronka-Geschädigten umbenannte. Im Dezember 2004 hatte sie über 170 Mitglieder und arbeitete bereits mit 14 Anwaltskanzleien zusammen. Etwa 80 Klagen gegen Biedronka waren im ganzen Land anhängig (RP 24.01.2005). Im Januar 2005 begannen die Staatsanwaltschaften in verschiedenen Städten wegen „Ausbeutung“ zu ermitteln (GW 25.01.2005). Diese Ermittlungen wurden später bei einer Staatsanwaltschaft konzentriert, doch die Stowarzyszenie beklagte sich mehrmals beim Justizminister, dass die Untersuchungen nicht vorankämen und die ErmittlerInnen befangen seien (GW 09.11.2005, GW 09.11.2006). Eine seit Juli 2005 geplante Sammelklage der Stowarzyszenie im Namen von 100 Geschädigten kam trotz gerichtlich erstrittener Klagebefugnis nicht zustande. Im Januar 2007 wurde nach der Sachverständigenberechnung der Überstunden entschieden, Bożena Łopacka seien 26 000 PLN zu zahlen, davon 2 000 PLN sofort (RP 26.01.2007). Zu dieser Zeit liefen noch einige Dutzend Prozesse von Beschäftigten gegen Biedronka, und in den folgenden zwei Jahren erging Urteil nach Urteil.

4.2 Politische Aktivitäten und Kooperationen

Aufgrund der Medienberichte über die skandalösen Arbeitsbedingungen stand die staatliche Arbeitsinspektion (PIP) schon bald in der Kritik. Ihre Kontrollen seien zu lasch und würden lediglich jene bestrafen, die nur Opfer des Systems seien, wie etwa FilialeiterInnen, die zur Fälschung der Arbeitszeiterfassung angehalten worden seien

(Fundacja Helsińska; GW 01.02.2005). Gleichzeitig forderten Abgeordnete der liberal-konservativen Bürgerplattform vergeblich die Abberufung der obersten Arbeitsinspektorin Anna Hintz (RP 18.02.2005). Im Sejm wurden mindestens 16 Interpellationen und Anfragen zu Biedronka und der Arbeit der PIP eingereicht. Diese hatten überwiegend anklagend-appellativen Charakter. Die Regierung lehnte höhere Bußen oder Eingriffe in die Arbeit der PIP ab und plädierte für mehr Information, Sensibilisierung und eine verbesserte sozialpartnerschaftliche Praxis.⁷ Gesetzesinitiativen zur Ausweitung der Befugnisse der PIP oder zur Erhöhung ihres Budgets gab es nicht. Man kann daraus folgern, dass es im Parlament keine aktive Lobby für ArbeitnehmerInnenrechte gibt. Stattdessen brachte Präsident Lech Kaczyński, ursprünglich Professor für Arbeitsrecht, im Juni 2006 ein Gesetz zur PIP ein, das vor allem Strafverschärfungen vorsah und im April 2007 in Kraft trat.⁸ Immerhin stieg zwischen 2002 und 2010 die Zahl der ArbeitsinspektorInnen und der durchgeführten Kontrollen um 15 Prozent.⁹ Die PIP führte im Auftrag verschiedener Staatsanwaltschaften 2006 739 Kontrollen bei Biedronka durch (Państwowa Inspekcja Pracy 2007: 80f.). Bożena Łopacka wurde 2004 zunehmend bekannt und unter anderem als „Zweiter Wałęsa“ in den Medien gehandelt (GW/Wysokie Obcasy 20.11.2004). Verschiedene Parteien bemühten sich seit Anfang 2005 darum, sie als Kandidatin für die Parlamentswahlen im Herbst zu gewinnen. Łopacka entschied sich für die Sozialdemokratie (RP 02.06.2005), die es aber nicht in den Sejm schaffte.

Bei der Klagewelle waren in erster Linie NGOs aktiv, nicht die Gewerkschaften. Die Frauenorganisation Karat entwickelte aus einem regen Informationsaustausch mit der Stowarzyszenie ein Projekt zur Stärkung der ArbeitnehmerInnen(rechte) und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Supermärkten, das sie 2008/09 mit Geldern der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Open Society Institute durchführen konnte.¹⁰ Karat band alle Stakeholder ein, also die Stowarzyszenie, Anwaltskanzleien, die Gewerkschaften sowie die PIP – Gruppen, die vorher noch nie zusammengearbeitet hatten. Mit einem „Strategic Actions Advise Body“ sollten Lobbying und gesellschaftliche Unterstützung organisiert werden. Empirische Erhebungen zu den Arbeitsbedingungen und Arbeitsrechten sowie zur spezifischen Situation von weiblichen Beschäftigten mündeten in zwei umfassende Berichte, die die ausschnitthaften Schilderungen in den Berichten der Arbeitsinspektion und in den Medien ergänzten. Weiterbildungen für AktivistInnen in der Stowarzyszenie und in den Gewerkschaften vermittelten grundlegendes Wissen über Geschlechterdiskriminierung, Mobbing, sexuelle Belästigung und die entsprechen-

7 Antwort von Jerzy Hausner, Arbeits- und Sozialminister, auf die Interpellation nr 8994, 11.01.2005. Zugriff am 18. April 2012 unter www.orka2.sejm.gov.pl/IZ4.nsf/main/28025B83.

8 Gazeta Wyborcza 20.06.2006. Dz. U. 2007 r. nr 89 poz 589, Ustawa z dnia 13 kwietnia 2007r. o Państwowej Inspekcji Pracy (Gesetz vom 13.04.2007 über die Staatliche Arbeitsinspektion).

9 Eigene Berechnungen nach den Tätigkeitsberichten der PIP von 2002–2010. Zugriff am 19. April 2012 unter www.pip.gov.pl/html/pl/html/02050000.htm. 2006 wurden pro InspektorIn etwa 60 Betriebskontrollen durchgeführt (GW 20.06.2006).

10 „Labour rights protection from a gender perspective in super/hypermarkets in Poland“. Zugriff am 18. April 2012 unter <http://www.karat.org/programmes/social-economic-justice/womens-labour-rights-in-supermarkets-2008-2009-2/>.

de Rechtslage. Die Frauen konnten auf diese Weise in ihren Regionen als Ansprechpartnerinnen für Beschäftigte in Supermärkten dienen.

5 Analyse der Mobilisierung

5.1 Bedingungen für strategische Prozessführung

Die Mobilisierung des Rechts ist ein Prozess, bei dem das Erkennen eines Problems als Rechtsproblem am Anfang und eine Klage sowie entsprechende politische Aktivitäten am Ende stehen. Dies wurde eingängig mit „Naming – Blaming – Claiming“ beschrieben (Felstiner/Abel/Sarat 1981; Blankenburg 1995: 29f.). Erste Voraussetzung hierfür ist individuelles Empowerment. Sowohl in den Zeitungsberichten als auch in den Interviews wird die Entscheidung zur Klage als ein Weg beschrieben, Würde und Selbstwertgefühl wiederzuerlangen. Die Rechtsmobilisierung wird so zum ganzheitlichen Prozess. Łopacka schildert ihre Mobilisierung so:

„Die Klage gegen Biedronka haben Sie nach sechs Monaten eingereicht. Warum so spät? Diese sechs Monate waren die schlimmste Zeit in meinem Leben. Ich, die ich so stark war, saß zuhause und weinte. Ich hörte auf, aufzuräumen, zu waschen, zu kochen. Ich wusch mich nicht, saß den ganzen Tag im Jogginganzug rum. Weihnachten beschloss ich, mich umzubringen, und überlegte wie. Zum Glück habe ich Freunde und Familie. Silvester befahlen sie mir, mich anzuziehen, zu schminken und auf eine Party zu gehen. Das wirkte. Seitdem wohnten zwei Seelen in meiner Brust. Die eine hatte Angst, die andere sagte: Du musst leben, du hast ein Kind. Endlich rebellierte ich. Das Leben ist kurz, alles teuer, Wohnungen gibt's nicht. ... Ich werde kämpfen, gegen einen Giganten antreten! [...] Der Prozess war von Beginn an schrecklich, weil das Gericht Beweise für jede gearbeitete Stunde haben wollte, ansonsten würde es die Klage abweisen. Und Biedronka behauptete, ihre Festplatte sei kaputt gegangen und alle Daten verloren. Da erwachte mein Kampfgeist“ (GW, 20 November 2004).

Der Entschluss zur Klage ist also der entscheidende Schritt, bei dem das Opfergefühl sich in ein Bewusstsein verwandelt, Rechte zu haben. Mit diesem Empowerment stellt sich die Zuversicht ein, auch den Rechtsweg gehen zu können. Unterstützung durch Familie und Ehemann wird in den Interviews als wichtige Ressource erwähnt (Interviews PL18 130–135, PL11 117, PL9 109f., PL8 139ff.).

Fast alle Klägerinnen beschreiben, auch in den Medienberichten, Gefühle von Stolz und Erleichterung nach positiven Urteilen, aber gleichzeitig solche von Enttäuschung und Erschöpfung, etwa wegen der langen Prozessdauer, der Unsicherheit aufgrund des Prozessrisikos oder der erlebten Einschüchterungsversuche der Arbeitgeber.

Die Klagen eigneten sich in ihrer Klarheit gut für strategische Prozesse: Die Arbeitsschutzvorschriften wurden eklatant verletzt, die Überstunden nicht ausbezahlt und die Klägerinnen, sofern in leitenden Funktionen, von ihren Vorgesetzten zu Rechtsverletzungen angehalten, etwa bei der Arbeitszeiterfassung. So sagte der Leiter des Programms „Strategische Prozessführung“ der Helsinki-Stiftung zu dessen Zuschnitt, die Biedronka-Fälle seien ein Beispiel, um zu zeigen,

„... that this is a human rights problem and to show that she [Bożena Łopacka, Anm. d. Autorin] is not a crazy lady who claims some damages, but that she is a real person who fights for her right and that her case has a consequence for the whole movement of the workers in supermarkets“ (Interview PL14 7).

Zudem sind die Schuldigen in diesem Fall ebenfalls leicht auszumachen: Es sind profitorientierte Arbeitgeber und schlecht funktionierende staatliche Institutionen, allen voran die Arbeitsinspektion. Auch kümmerten sich fachlich versierte Anwälte um die Fälle. Lech Obara aus Olsztyn arbeitet für die Stowarzyszenie; seine Spezialisierung und sein Engagement im Arbeitsrecht begründet er normativ-moralisch (Interview PL18 55f.). Damit ist nach eigenen Aussagen ein bewusster Verzicht auf Geld verbunden, weswegen man ihn als „cause lawyer“ bezeichnen kann (Sarat/Scheingold 2005). Der Arbeitgeber JMD setzte gegen Bożena Łopacka die renommiertesten, international vernetzten Anwaltskanzleien Polens ein. Für die Helsinki-Stiftung war dies ein weiterer Antrieb, sich in den Fall einzuschalten und Obara mit professionell-juristischer wie strategischer Beratung zu unterstützen: „We felt that he needs authority behind him“ (Interview PL14 12).

Die juristische und strategische Beratung sowie der Aufbau eines Netzwerks von Anwaltskanzleien verminderten das finanzielle Risiko. Allerdings ließen sich angesichts langer Prozesse Klägerinnen auch zu ungünstigen Vergleichen hinreißen, etwa aufgrund von Mietschulden und drohenden Räumungsklagen. Inwiefern diese Empowerment- und Mobilisierungsprozesse typisch für Frauen bzw. für ein Transformationsland sind, ließe sich erst mit mehr komparativer Forschung beantworten. Forschungsergebnisse zur Rechtsmobilisierung von Frauen in westlichen Demokratien sind hier nicht einheitlich, stellten aber insgesamt eine höhere Neigung von Frauen fest, formale Wege der Konfliktbeilegung zu beschreiten als Männer, und im Zeitverlauf eher sinkende geschlechtsspezifische kulturelle Hürden beim Zugang zu Recht (Sandefur 2008: 350ff.; Gerhard 2007).

5.2 Breites Medienecho und resonante Frauenbilder

Für soziale Bewegungen und deren Anliegen ist die Medienberichterstattung zentral für die Erfolgsaussichten, das Medienecho ist manchmal die einzige Art politischer Einflussnahme, die ihnen zur Verfügung steht. Politik – und auch Gerichtsprozesse – werden heute fast ausschließlich durch die Medien wahrgenommen. Ein nicht-publiziertes Ereignis ist darum ein Nicht-Ereignis. Zudem orientieren sich politische EntscheidungsträgerInnen an den Massenmedien und der öffentlichen Meinung (Neidhardt 1994: 25ff.).

Um zu erfahren, wie die Medien im Fall Biedronka berichtet haben, wurden zwei Zeitungen für den Zeitraum 2004 bis 2007 analysiert, die liberale *Gazeta Wyborcza* (GW) und die eher konservative *Rzeczpospolita* (RP).¹¹ Es erschienen in dieser Zeit 108

11 Die Recherchen wurden 2008 durchgeführt. 2004 tauchten die ersten Zeitungsberichte zu den Prozessen auf. Nach 2008 gibt es nur noch vereinzelte Artikel zu (Revisions-)Prozessen. Die Lokalteile der GW, die für die Mobilisierung wichtig waren, wurden weggelassen, um die Vergleichbarkeit mit der RP zu gewährleisten, die keine Lokalteile besitzt.

Artikel (57 in der GW, 51 in der RP). Über die Hälfte sind Berichte und Reportagen, 40 Prozent sind Kurzmeldungen, d. h., es wird regelmäßig über den Fortgang einzelner interessanter Prozesse informiert. Dabei verlassen sich die Zeitungen zu 85 Prozent auf redaktionelle Beiträge und nur selten auf Nachrichtenagenturen. Diese Zahlen sind im Vergleich zur Prozessberichterstattung über ArbeitnehmerInnenrechte in anderen Ländern sehr hoch (Fuchs 2011: 26–30). Zudem greifen beide Zeitungen exklusiv Themen aus eigener Recherche auf, etwa über anonyme Bedrohungen einer Klägerin oder über den Umgang mit Falschgeld in Biedronka-Filialen. Damit sind diese Medien investigativ und wenig abhängig von (institutionellen) NachrichtenlieferantInnen.

In 70 Prozent der Artikel stehen die eigentlichen Rechtsfälle im Mittelpunkt, also Verhandlungen, Gutachten, Urteile und Ermittlungen. Nur neun Texte befassen sich mit Aktionen des Parlaments, von Parteien oder der Arbeitsinspektion. Dies ist Ausdruck des bereits konstatierten relativ geringen politischen Echos, das die Biedronka-Fälle auslösten.

Das „Standing“ der Klägerinnen und ihrer Anwälte ist in beiden Zeitungen sehr hoch, sie werden häufig und auch mit längeren Aussagen wörtlich oder indirekt zitiert und können so ihre Sicht der Dinge darlegen. Der Arbeitgeber, die JMD und ihre wechselnden PressesprecherInnen kommen seltener und mit kürzeren Statements zu Wort.

Tabelle 1: Quantitatives Standing ausgewählter Akteursgruppen

	Gazeta Wyborcza	Rzeczpospolita	Gesamt
Anwälte und Klägerinnen	34 (60 %) Median: 481 Zeichen	25 (49 %) Median 310 Zeichen	59 (55 %) Median 419
Exekutive (inkl. PIP)	3 (5 %) Median 187 Zeichen	3 (6 %) Median 700 Zeichen	6 (6 %) Median 410
Arbeitgeber JMD (Biedronka)	24 (42 %) Median 228 Zeichen	11 (22 %) Median 306 Zeichen	35 (32 %) Median 282
UnterstützerInnen (Zivilgesellschaft, Gewerkschaften)	28 (49 %) Median 293 Zeichen	7 (14 %) Median 236 Zeichen	35 (33 %) Median 292
Total	57 Artikel	51 Artikel	108 Artikel

Typisch für Prozessberichterstattung ist, dass die unmittelbaren Prozessgegenstände, nämlich Arbeitsbedingungen, Überstunden, Unfälle und Verletzung von Arbeitsschutzbestimmungen, direkt, zugespitzt und personalisiert aufgegriffen werden: Die Klägerinnen sind „Menschen aus Fleisch und Blut“ mit Emotionen und Hoffnungen, mit einer Familie und beruflichen Plänen. Thema sind also praktische Gender-Interessen der Klägerinnen und nicht eine umfassende Diagnose und Prognose politischer Abhilfe für den Schutz der ArbeitnehmerInnenrechte. Die Medienarbeit der AktivistInnen war sorgfältig geplant und basierte auch auf persönlichen Kontakten. Die Klägerinnen erwähnten häufig, dass die Medienberichte und JournalistInnen sehr wichtig für ihre eigene Information und Vernetzung waren:

„Man hat immer über die Arbeit in Supermärkten geredet, aber nie laut, denn jeder fürchtete sich. Und dann gab es diesen Zünder – dass endlich jemand das öffentlich sagte. Als es eine Person erzählte, schloss sich eine zweite, eine dritte Person an, und der Rest hörte auf, sich zu fürchten, sie fingen an, darüber zu reden“ (Interview PL7 91).

Artikel über Gerichtsurteile sind auch Gelegenheiten, zum Handeln aufzurufen; Klägerinnen tun dies immerhin in neun von 108 Artikeln. So sagte Bożena Łopacka nach dem erstinstanzlichen Urteil: „Ich hoffe, dass sich an mir jetzt andere ausgebeutete Frauen ein Beispiel nehmen“ (GW 29.09.2004).

Verglichen mit den Äußerungen anderer Klägerinnen in der Presse sticht Łopacka mit ihren kämpferischen Aussagen und ihrer Beharrlichkeit besonders hervor. Die Medien unterstützten das und stellten sozusagen das Phänomen Łopacka mit her. Sie schrieben zum Beispiel: „Łopacka streckt die Waffen nicht“ (GW 20.01.2005) oder „Łopacka brach die Mauer des Schweigens über die Ausbeutung der Angestellten“ (GW 20.01.2005). Die Rechtsmobilisierung ist in der Presse durchweg positiv konnotiert. Erschöpfung und Anstrengung werden zwar nicht verschwiegen, doch Klagerückzüge oder veritable Misserfolge kommen kaum vor.

Selbst- und Fremdbilder der Klägerinnen stimmten in vielerlei Hinsicht mit vorherrschenden gesellschaftlichen Werten überein, sodass ihnen diese mediale Unterstützung sichert: Körperlich harte Arbeit ist in Polen traditionell hoch angesehen (Domański, Sawiński, Słomczyński 2010), sodass die Schilderung harter Arbeit in der Presse die Anerkennung gesteigert haben dürfte.

Nach Einschätzung von Betroffenen und AktivistInnen haben Frauen schlechtere Arbeitsmarktchancen als Männer, die andere Jobs und bessere Löhne erhielten:

„Für Männer ist die Arbeit dort demütigend. Und die Frauen gehen zur Arbeit, nehmen was es gibt. Der Mann hat eben eine größere Auswahl an Berufen, und wir nehmen, was übrig bleibt“ (Interview PL9 130).

Die männlichen Repräsentanten der Stowarzyszenie äußern positive Stereotypen über Frauen: Diese seien aufopferungsvoller, verantwortungsbewusster und psychisch widerstandsfähiger. Aber auch die ehemaligen Kassiererinnen betonen, dass Frauen die Arbeit bei Biedronka angenommen und behalten haben, weil sie sich bewusst sind, dass sie irgendwie ihre Kinder ernähren müssen:

„Für eine Frau ist es schwerer, etwas zu riskieren – wegen der Kinder. Sie wird an einer Arbeit in der Nähe der Wohnung festhalten und ein paar Groschen für den laufenden Unterhalt verdienen“ (Interview PL10, 172ff.).

Frauen werden hier als die eigentlichen Familienernährerinnen porträtiert, die sich – ganz Sinnbild des „tapferen Opfers“ – auf Kosten ihrer Gesundheit aufreiben. Dies wird so auch in den Medien transportiert.

Eine Klägerin spricht den Zusammenhang von Geschlecht und Klasse an: Dankenswerterweise habe die Stowarzyszenie die Frauenarbeit im Handel thematisiert und später auch die kaum anerkannten Berufskrankheiten. Sie habe darauf hingewiesen, dass

die Frauendiskriminierung vor allem verletzbare Frauen betrifft, etwa alleinerziehende Mütter, die keine Wahl haben und arbeiten gehen müssen (Interview PL9, 139-142).

Durch die Arbeit der Stowarzyszenie bekämen diese Frauen eine Stimme, würden Stereotypen bekämpft und es werde den Frauen klar, dass sie sich dort verwirklichen können und dass sie sich nicht schuldig fühlen müssen, weil sie arbeiten wollen. Die Kehrseite des positiven Ernährerinnen-Stereotyps ist also, dass von Frauen weiterhin die Unterordnung ihrer Berufswünsche unter das Familienwohl erwartet wird. Die Biedronka-Kassiererinnen waren daher in einer Zwickmühle: gefährliche Arbeit, wenig Lohn, an den Job gefesselt durch familiäres Verantwortungsbewusstsein und kaum gewerkschaftlich vertreten. Umso mehr muss ihre Rechtsmobilisierung, das Engagement in der Stowarzyszenie, als ein Weg zu Selbstermächtigung und Befreiung verstanden werden.

5.3 Folgen der Rechtsmobilisierung

Abgesehen von schärferen Strafen im Gesetz über die Arbeitsinspektion von 2007 wurden *wenige politische Postulate* aus dem Skandal abgeleitet. Andererseits hat sich die kleine Bewegung auch nicht von PolitikerInnen vereinnahmen lassen („Unsere Stärke ist, dass wir apolitisch sind“, Obara, GW 10.02.2005), was für die Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit sehr wichtig gewesen sein dürfte. Biedronka blieb ein juristisches und juristisch zu behandelndes Problem.¹²

Demgegenüber stehen breitere *ökonomische und gewerkschaftspolitische Folgen*. In den Medien und den Interviews wird konstatiert, dass sich Löhne und Arbeitsbedingungen bei Biedronka verbessert haben. Zugleich nehmen die Einschüchterungen und illegalen Kündigungen der Arbeitgeber wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten ab; manchmal klagen Gewerkschaften nun dagegen. Als Folge der Klagewelle hätten die Beschäftigten heute viel weniger Angst, sich einer Gewerkschaft anzuschließen. Dies knüpft an „Revitalisierungstendenzen“ der polnischen Gewerkschaften an (z. B. Ost 2009; Krzywdzinski 2012). Seit 1999 betreibt die Solidarność nach US-amerikanischem Vorbild sogenanntes *Organizing*, um gezielt in Betrieben Gewerkschaftsorganisationen zu gründen. Sie ist seit 2004 auch in Biedronka-Supermärkten aktiv, wobei diese Arbeit grundsätzlich schwierig bleibt (Głębocki 2009: 2).

Die wesentlichen *sozialen und gesellschaftlichen Folgen* werden in einem Mentalitätswandel und einer gewachsenen Sensibilität gegenüber Arbeitsrechtsverletzungen gesehen. Der Fall Łopacka sei hier ein Wendepunkt und habe das Ende der Angst bedeutet. Konkret haben die interviewten Klägerinnen als Mitglieder der Stowarzyszenie auch versucht, andere Betroffene zu einer Klage zu ermutigen, und zwar mit realistischen Schilderungen. Persönlich bedauert keine der interviewten Klägerinnen ihren Schritt.

12 Dank Biedronka ist die Rechtsprechung zu Arbeitszeit (-erfassung) verbreitert worden, konstatiert Lech Obara. Zahlreiche, vor allem prozessrechtliche Desiderata seien aber nicht erfüllt (Abschnitte 151, 158–181).

Aus der Rolle des tapferen Opfers wurden nun also anerkannte, würdige und ebenso tapfere Kämpferinnen. Familiäre Unterstützung – und wohl auch die Entschädigungen – ermöglichten bei dreien eine Weiterbildung, zwei von ihnen studierten Arbeitsschutz und Arbeitshygiene. Nur eine Klägerin konnte gar nicht mehr arbeiten. Verglichen mit anderen strategischen Klagen für Frauenrechte, in denen die Opfer von Gewalt nach dem Urteil akut bedroht wurden, ist dies ein gutes, ermutigendes Ergebnis (vgl. Ruf-Uçar/Schmal-Cruzat 2012).

Schließlich sind positive Entwicklungen im *Rechtsbewusstsein und Rechtsvertrauen* auszumachen. Im Gegensatz zu Kurczewskis These eines allgemein instrumentellen Verhältnisses zum Recht sehen im Biedronka-Fall AktivistInnen und Betroffene den Rechtsweg als den „manchmal einzigen Weg“ zur Gerechtigkeit. Vereinzelt werden auch Mediation und Schlichtung als besserer Weg anvisiert oder gesagt, dass eine starke Sozialpartnerschaft und gewerkschaftliche Organisation besser seien als der Rechtsweg. Eine weitere wahrgenommene Folge ist ein langsamer Anstieg des Rechtsbewusstseins. Der Leiter des Programms für strategische Prozessführung der Helsinki-Stiftung urteilt:

„But people are really aware of their rights when something wrong happens to them. For example when someone abused the power, then people know that there are legal procedures to fight against it. They perfectly know that something is wrong and that their rights are violated“ (Interview Bodnar: 72f.).

AktivistInnen und Anwälte führen dies vor allem auf die zahlreichen Aktivitäten des „legal empowerment“, aber auch den Mediendiskurs zurück; die investigative Rolle der Medien beim Aufdecken von Arbeitsrechtsverletzungen habe ein positives Bild der Rechtspflege vermittelt.¹³ Insofern haben die Berichte über juristische Erfolge das Rechtsvertrauen in der Gesellschaft gestärkt und gleichzeitig den Erwartungsdruck auf eine transparente und zügige Judikative erhöht.

6 Schlussfolgerung

Die hier analysierte Klagewelle hat Arbeitsbedingungen im neuen Dienstleistungssektor und ArbeitnehmerInnenrechte ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Die skandalisierten Missstände schlossen an die Alltagserfahrungen vieler Menschen an, und die Medien waren bereit, dies breit zu publizieren. Medienberichte über erste gerichtliche Erfolge zogen die Ermutigung und das Brechen des Schweigens bei weiteren Betroffenen nach sich.¹⁴ Zusätzlich unterstützten NGOs und Stiftungen die Klägerinnen „von außen“ juristisch und argumentativ; diese finanzierten auch das Karat-Projekt zur nachhaltigen Verankerung des Themas der ArbeitnehmerInnenrechte.

13 Persönliche Mitteilung Prof. Grażyna Skąpska, 26.05.2009.

14 Viele Studien über die Berichterstattung zu Zivilprozessen haben deren Einfluss auf die Entscheidungsfindung möglicher KlägerInnen bestätigt (Robbennolt/Studebaker 2003).

Die Wirkungen dieser Rechtsmobilisierung liegen weniger im Erreichen von Präzedenzurteilen als vielmehr in der Erhöhung eines generellen und spezifischen Rechtsbewusstseins und im Wissen bei ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, was erlaubt ist und was nicht. Die Klagewelle war auch der Beginn verstärkter gewerkschaftlicher Organisation in Supermärkten.

Politische Konsequenzen im engeren Sinne gab es jedoch kaum. Die Bewegungsforschung zählt zu den Folgen etwa die Akzeptanz einer (neuen) sozialen Gruppe, neue Leistungen oder Rechte für diese Gruppen, ihren Einbezug in den politischen Prozess oder den Wandel einer Bewegung in eine politische Partei (Amenta et al. 2010). Neuere „political mediation models“ gehen davon aus, dass soziale Bewegungen für politischen Einfluss relativ viele Menschen mobilisieren und plausible Forderungen stellen müssen. Diese können sie umso eher erreichen, je mehr institutionelle politische Akteure Vorteile in der Unterstützung dieser Gruppen sehen; gleichgesinnte, „zugewandte“ staatliche Akteure können der Bewegung helfen. In Polen ist aber der Einfluss zivilgesellschaftlicher Gruppen auf Exekutive und Legislative immer noch gering. Eine starke Lobby für ArbeitnehmerInnen- oder Frauenrechte gibt es nicht, zudem ist das Parteiensystem weiterhin in Bewegung. In einer solchen Situation war das Ziel des Karat-Projekts, die PIP zu sensibilisieren und einzubinden, eine strategisch gute Entscheidung.

Die Klagewelle prangerte Missstände an, die sich aus der konkreten Situation der Frauen und der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ergaben; das Selbst- und Fremdbild war hier resonant mit gesellschaftlichen Vorstellungen von tapferen, verantwortungsbewussten Opfern. Dies dürfte die durchgängige Akzeptanz unterstützt haben, dass die klagenden Frauen ihre Opferrolle verließen, um individuell für sich Recht, Geld und Würde einzufordern. AktivistInnen konnten sich aber nicht auf etablierte Diskurse von Gleichstellung am Arbeitsplatz oder struktureller Diskriminierung stützen. Dennoch wird dies möglicherweise im Nachgang die Akzeptanz individualistischer Rechte für Frauen befördern.

Um die praktischen Gender-Interessen dauerhaft als relevante, politisch dringend zu vertretende Interessen zu etablieren, braucht es aber ein Leitbild zur Gleichstellung der Geschlechter. Die Formulierung strategischer Gender-Interessen ist notwendig, etwa in der Analyse von Arbeitsrechtsverletzungen, als Problem der Geschlechterdiskriminierung oder als Verankerung einer durchgängigen Gleichstellungsperspektive in der Gewerkschaftsarbeit.

Als zentraler Aspekt für politische Erfolge von sozialen Bewegungen wurde herausgearbeitet, dass diese ihre Problemsicht und ihre Lösungsvorschläge in Gesellschaft und Politik als gültige, maßgebliche Bezugsrahmen etablieren können (Amenta et al. 2010: 296ff.). Gerade diese diagnostischen und prognostischen Bezugsrahmen waren bei Biedronka selten, was eine typische Tendenz und Begrenzung strategischer Prozessführung darstellt. Das Medienecho kann politische Initiativen zur Akzeptanz von Frauenrechten nicht ersetzen. Ohne neue Werte und Geschlechterbilder geht es nicht. Es ist für nachhaltige Änderungen notwendig, die existierende Geschlechterordnung in Frage zu stellen.

Insofern gibt es eine Hierarchie von praktischen und strategischen Gender-Interessen. Eine Transformation von praktischen zu strategischen Interessen kann nur durch Praxis und Diskussion zustande kommen, weshalb eine verstärkte Kooperation zwischen feministischen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen sowie Gewerkschaften sinnvoll ist (Molyneux 1998).

Vor dem Erfahrungshintergrund der Biedronka-Klagewelle und anderer sozialer Kämpfe müsste neu überdacht werden, ob und wann Geschlecht das wichtigste soziale Strukturierungskriterium ist und wie sich Geschlechter- und Klassenkonflikte überschneiden.

Literaturverzeichnis

- Amenta, Edwin, Caren, Neal, Chiarello, Elizabeth & Su, Yang. (2010). The Political Consequences of Social Movements. *Annual Review of Sociology*, 36 (36), 287–307.
- Blankenburg, Eberhard (1995). *Mobilisierung des Rechts: eine Einführung in die Rechtssoziologie*. Berlin u. a.: Springer.
- Bojarski, Lukasz. (2009). The Role of the Nongovernmental Sector in Pursuing Reform of the Legal Aid System: The Case of Poland. In Publi Interest Law Institute (Hrsg.), *Making Legal Aid a Reality: A Resource Book for Policy Makers and Civil Society* (S. 127–138). Budapest: Pilnet.
- CBOS. Centrum Badania Opinii Społecznej. (2010). *Związki zawodowe i naruszenia praw pracowniczych*. Warszawa.
- CBOS. Centrum Badania Opinii Społecznej. (2012). *Zaufanie społeczne (BS33/2012)*. Warszawa.
- Choluj, Bożena. (2009). Frauen, Frauenbild und „Frauenfrage“. In Dieter Bingen & Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.), *Länderbericht Polen* (S. 445–457). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Corrin, Chris. (Hrsg.). (1992). *Superwomen and the Double Burden: Women's Experience of Change in CEE and the Former SU*. London: Scarlet Press.
- Dölling, Irene. (1991). Über den Patriarchalismus staatssozialistischer Gesellschaften und die Geschlechterfrage im gesellschaftlichen Umbruch. *UTOPIE kreativ*, (7), 25–32.
- Domański, Henryk, Sawiński, Zbigniew & Słomczyński, Kazimierz M. (2010). Occupational Prestige under Social Change: 1958–2008. *Studia Socjologiczne*, (4), 79–119.
- Egenberger, Vera. (2010). Strategische Klagen gegen Diskriminierung – Das AGG ausloten und erweitern. In Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), *Dossier Rassismus und Diskriminierung* (S. 63–68). Berlin. Zugriff am 20. Januar 2012 unter http://www.migration-boell.de/web/diversity/48_2493.asp
- Evans Case, Rhonda & Givens, Terri E. (2010). Re-engineering Legal Opportunity Structures in the European Union? The Starting Line Group and the Politics of the Racial Equality Directive. *Journal of Common Market Studies*, 48 (2), 221–241.
- Felstiner, William, Abel, Richard & Sarat, Austin. (1981). The Emergence and Transformation of Disputes: Naming, Blaming, Claiming. *Law & Society Review*, 15, 631–654.
- Ferree Marx, Myra, Gamson, William A., Gerhards, Jürgen & Rucht, Dieter. (2002). *Shaping Abortion Discourse. Democracy and the Public Sphere in Germany and the United States*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Fuchs, Gesine. (2010). Geschlechterbilder und geschlechterpolitische Konflikte im postsozialistischen Polen. *GENDER*, 2 (3), 7–23.

- Fuchs, Gesine. (2011). Discursive Opportunity Structures and Legal Mobilization for Gender Equality in four Countries 1996–2006. Zugriff am 18. Juli 2012 unter http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1954028
- Fuchs, Gesine. (im Erscheinen). Using Strategic Litigation for Women's Rights: Political Restrictions in Poland and Achievements of the Women's Movement. *European Journal of Women's Studies*.
- Fundacja Feminoteka, Czerwińska, Anna & Piotrowska, Joanna. (Hrsg.). (2009). *Raport: 20 lat – 20 zmian. Kobiety w Polsce w okresie transformacji 1989–2009*. Warszawa: Fundacja Feminoteka.
- Gerhard, Ute. (2007). „Unrechtserfahrungen“ – Über das Aussprechen einer Erfahrung mit Recht, das (bisher) keines ist. In Susanne Opfermann (Hrsg.), *Frankfurter feministische Texte. Sozialwissenschaften: Vol. 8. Unrechtserfahrungen. Geschlechtergerechtigkeit in Gesellschaft, Recht und Literatur* (S. 11–30). Königstein/Taunus: Ulrike Helmer.
- Głębocki, Edward. (2009). *Doświadczenia w organizowaniu pracownic i pracowników supermarketów JMD „Biedronka“ w związek zawodowy na terenie działania NSZZ „Solidarność“ region Mazowsze*. Warszawa. Zugriff am 24. Mai 2012 unter http://karat.org/userfiles/Edward_G%C5%82%C4%99bocki_Zwi%C4%85zki_zawodowe_w_Biedronce.pdf
- Hardy, Jane, Kozek, Wiesława & Stenning, Allison. (2008). In the front line: women, work and new spaces of labour politics in Poland. *Gender, Place and Culture*, 15 (2), 99–116.
- Karat Coalition. (2008). *Work conditions and respecting of employees' rights in supermarkets in Poland from the gender equality perspective*. Warsaw. Zugriff am 6. Mai 2012 unter <http://www.karat.org/userfiles/Work%20conditions%20and%20respecting%20of%20employees%27%20rights%20in%20supermarkets%20in%20Poland.pdf>
- Kowalczyk, Izabela. (2003). Matka Polka kontra supermatka? *Czas Kultury*, (5), 11–21.
- Kraft, Claudia. (2006). Paradoxien der Emanzipation. Regime, Opposition und Geschlechterordnungen im Staatssozialismus seit den späten 1960er Jahren. *Zeithistorische Forschungen*, 3 (3). Zugriff am 3. Juni 2010 unter www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Kraft-3-2006
- Kriesi, Hanspeter. (2004). Political Context and Opportunity. In David A. Snow, Sarah A. Soule & Hanspeter Kriesi (Hrsg.), *The Blackwell Companion to Social Movements* (S. 67–90). Malden, Oxford, Carlton: Blackwell.
- Krzywdzinski, Martin. (2012). Trade Unions in Poland: Between Stagnation and Innovation. *Management Revue*, 23 (1), 66–82.
- Kurczewski, Jacek. (2011). Prawem i lewem: kultura prawna społeczeństwa polskiego po komunizmie. *Studia Socjologiczne*, (1), 611–635.
- Leven, Bożena. (2008). Poland's Transition and New Opportunities for Women. *Feminist Economics*, 14 (1), 123–136.
- Marody, Mira & Giza-Poleszczuk, Anna. (2000). Changing Images of Identity in Poland: From the Self-Sacrificing to the Self-Investing Woman? In Susan Gal & Gail Kligman (Hrsg.), *Reproducing gender. Politics, Publics and Everyday Life after Socialism* (S. 151–175). Princeton: Princeton University Press.
- Mayring, Philipp. (2010). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken* (11. Auflage). Weinheim: Beltz.
- McCann, Michael W. (2006). Introduction. In Michael W. McCann (Hrsg.), *Law and Social Movements* (S. xi–xxvi). Aldershot: Ashgate.
- Molyneux, Maxine. (1985). Mobilization without Emancipation? Women's Interests, the State and Revolution in Nicaragua. *Feminist studies*, 11 (2), 227–253.
- Molyneux, Maxine. (1998). Analysing Women's Movements. *Development and Change*, 29, 219–245.
- Neidhardt, Friedhelm. (1994). Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen: Einleitung. In Friedhelm Neidhardt (Hrsg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewe-*

- ungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (Sonderheft 34) (S. 7–41). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Nowicka, Wanda. (2007). The Struggle for Abortion Rights in Poland. In Richard Parker, Rosalind P. Petchesky & Robert Sember (Hrsg.), *SexPolitics – Reports from the Front Lines* (S. 167–196). New York. Zugriff am 4. Juni 2010 unter www.sxpolitics.org/frontlines/book/pdf/capitulo5_poland.pdf
- Ost, David. (2009). The End of Postcommunism. Trade Unions in Eastern Europe's Future. *East European Politics and Societies*, 23 (1), 13–33. doi: 10.1177/0888325408326791
- Państwowa Inspekcja Pracy. (2007). *Sprawozdanie Głównego Inspektora Pracy z działalności PIPu w 2006r.* Warszawa. Zugriff am 8. Mai 2012 unter http://www.pip.gov.pl/html/pl/sprawozd/06/spraw_06.htm
- Plomien, Ania (2009). Welfare State, Gender, and Reconciliation of Work and Family in Poland: Policy Developments and Practice in a New EU Member. *Social Policy & Administration*, 43 (2), 136–151.
- Robbenolt, Jennifer K. & Studebaker, Christina A. (2003). News media reporting on civil litigation and its influence on civil justice decision making. *Law and Human Behaviour*, 27 (1), 5–27.
- Ruf-Uçar, Helin & Schmal-Cruzat, Nicole. (2012). Chancen und Grenzen Internationaler Strategischer Prozessführung in Bezug auf Gewalt gegen Frauen am Beispiel der Fälle Opuz v. Turkey und ‚Campo Algodonero‘ vs. Mexiko. *femina politica*, 21 (2) – im Erscheinen.
- Sandefur, Rebecca L. (2008). Access to Civil Justice and Race, Class, and Gender Access to Civil Justice and Race, Class, and Gender Inequality. *Annual review of sociology*, 34, 339–358.
- Sarat, Austin & Scheingold, Stuart A. (2005). Introduction: The Dynamics of Cause Lawyering – Constraints and Opportunities. In Austin Sarat & Stuart A. Scheingold (Hrsg.), *The worlds cause lawyers make: structure and agency in legal practice* (S. 1–36). Stanford: Stanford University Press.
- Sechi, Cinzia. (2007). *Les femmes dans les syndicats européens: des écarts à combler.* Bruxelles: Confédération européenne des syndicats.
- UNDP. *Polityka równości płci – Polska 2007. Raport.* Warszawa: United Nations Development Programme.

Interviews

- Bodnar, Adam (Leiter des Programms für strategische Prozessführung der Helsinki-Stiftung für Menschenrechte), Warszawa.
- Bujara, Adam (Leiter der Sektion Handel und Finanzen der Solidarność), Warszawa.
- Chmielecka, Agnieszka (Projektleiterin Karat), Warszawa.
- Gollent, Edward (Präsident der Stowarzyszenie), Olsztyn.
- Grzybowski, Bogdan/Strębski, Andrzej (Abteilung für Sozialpolitik der OPZZ), Warszawa.
- Jackowska, Dorota (Klägerin, stellvertretende Vorsitzende der Stowarzyszenie), Olsztyn.
- Karpińska, Barbara (Klägerin, Vorstandsmitglied der Stowarzyszenie), Bydgoszcz.
- Lohmann, Kinga (Direktorin Karat), Genève.
- Mycka, Renata (Klägerin, Mitglied der Stowarzyszenie), Blizne b. Brzozów.
- Obara, Lech (Anwalt für die Stowarzyszenie), Olsztyn.
- Pelczarska, Iwona (Klägerin, Mitglied der Stowarzyszenie), Warszawa – Kotlina Kłodzka.
- Surdykowska, Barbara (Anwältin bei Solidarność Warszawa), Warszawa.
- Wojdat, Danuta (Frauensektion der Solidarność), Gdańsk.
- Zakrzewska, Agnieszka (Klägerin, Mitglied der Stowarzyszenie), Słupsk.
- Zgoda, Krzysztof (Leiter der Organizing-Abteilung der Solidarność), Gdańsk.

Zur Person

Gesine Fuchs, Dr. phil, ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet zurzeit an der Universität Zürich in einem NFP60-Projekt zur beruflichen Gleichstellungspolitik in der Schweiz. Mitherausgeberin der „femina politica - Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft“. Arbeitsschwerpunkte: Gleichstellungspolitische Fragestellungen, politische Partizipation und Repräsentation, Transformation und Demokratisierung.

Kontakt: Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich, Affolternstrasse 56, CH 8050 Zürich.

E-Mail: fuchs@ipz.uzh.ch

Die Wiedergeburt der jüdischen Gemeinschaft in Polen aus der Perspektive von Frauen

Zusammenfassung

Seit der Wende 1989 erfahren die jüdischen Gemeinden in Polen eine Wiederbelebung und ein wachsendes Interesse, ihre Traditionen zu bewahren. Diese Revitalisierung ist aus der Geschlechterperspektive auch kritisch zu betrachten, sofern sich diese auf orthodoxe religiöse Traditionen bezieht. Eines der problematischen Symptome ist die Stärkung der Geschlechterhierarchie und die Unterprivilegierung der Frauen. Andererseits haben die weltlichen jüdischen Organisationen emanzipatorische Wirkungen für polnische Jüdinnen. Der Beitrag präsentiert Erfahrungen von Frauen in der Jüdischen Community in Polen. Er basiert auf Interviews mit Frauen der jüdischen Gemeinden in Krakau und Warschau, die zwischen 2006 und 2009 geführt wurden, und gibt einen kritischen Einblick in ein Phänomen, das im Allgemeinen sehr positiv gesehen wird.

Schlüsselwörter

Jüdinnen, polnische Juden, Judentum und Geschlecht, jüdischer Feminismus, Minoritäten

Summary

The renaissance of the Jewish community in Poland from women's perspective

The Jewish community in Poland has been experiencing a revival since the democratic transformation in 1989. Proof of that is the growing number of Jewish institutions, educational programmes and the increasing interest in preserving Jewish heritage. However, when analyzed from a gender perspective, this revival is problematical. One of its symptoms is the strengthening of gender biases and hierarchies that keep women in underprivileged positions. On the other hand, Jewish organizations serve as a vehicle of emancipation for Polish Jewish women. This article presents some aspects of women's experience in the contemporary Jewish community in Poland. It is based on qualitative research done between 2006 and 2009 in Krakow and Warsaw and gives a critical analysis of a phenomenon that is generally seen as very positive.

Keywords

Jewish women, Polish Jews, gender and Judaism, Jewish feminism and minorities

Einleitung

Über die Wiedergeburt der jüdischen Gemeinschaft in Polen nach 1989 wird viel gesprochen und geschrieben (Gruber 2004; Vasagar/Borget 2011; Zarubin 2009).¹ Der Transformationsprozess stellt den institutionellen Rahmen für religiöse und kulturelle Aktivitäten sowie für die Vertretung von Minderheiten dar. Nach 1989 wurden neben polnischen Organisationen auch US-amerikanische und andere internationale Stiftun-

1 Damit beschäftigten sich auch die Debatten unter dem Titel „Die gegenwärtig stattfindende jüdische Wiedergeburt in Polen“ am 8.12.2009 im Jüdischen Historischen Institut und „Tworzenie żydowskiej społeczności w Polsce: przeszłość – teraźniejszość – przyszłość. 20 lat odrodzenia życia żydowskiego w Polsce“ am 15.4.2012 im Gemeindezentrum der Fortschrittlichen Jüdischen Gemeinde in Warschau.

gen in Polen aktiv, um jüdische Initiativen zu unterstützen. Die Ronald S. Lauder Foundation finanzierte religiöse Bildungsaktivitäten für Jugendliche, Erwachsene und Kinder. Die Stiftung schickte RabbinerInnen nach Polen und schuf für Jüdinnen und Juden einen organisatorischen Rahmen, sich zu treffen. Das Joint Distribution Committee und das World Jewish Relief wiederum unterstützten finanziell wie inhaltlich nicht nur religiöse, sondern auch laizistische Aktivitäten, wie das Centrum Społeczności Żydowskiej [Zentrum der Jüdischen Gemeinschaft] oder das Limud, ein alljährliches Bildungs- und Kulturtreffen in der Nähe von Warschau.

Ein Beispiel für die Neubelebung der jüdischen Gemeinschaft sind die aktivierten Jüdischen Gemeinden (die größten in Warschau, Krakau, Wrocław und Gdansk), die Aktivitäten jüdischer Vereine, von denen der Großteil nach der politischen Wende (1990) entstand², sowie die Anerkennung durch die staatliche Politik, wie das feierliche Aufstellen von Kerzen zum Chanukkafest³ im Präsidentenpalast, der Bau des Museums zur Geschichte der polnischen Juden, die Anwesenheit offizieller StaatsvertreterInnen bei Feierlichkeiten sowie die positiven Beziehungen des polnischen Staates mit Israel.⁴ Außerdem werden auf lokaler Ebene Festivals der jüdischen Kultur organisiert, insgesamt über ein Dutzend. Jedes Jahr kommen neue dazu, beispielsweise die Begegnungen mit Jüdischer Kultur in den Städten Chmielnik, Wodzisław Śląski und Radom sowie auf internationaler Ebene z. B. das Festival der Jüdischen Kultur in Krakau. Dieses Engagement zeigt sich auch im akademischen Bereich. So wurde ein Lehrstuhl für Judaistik an der Jagiellonen Universität in Krakau eingerichtet, für Hebraistik an der Warschauer Universität sowie für Jüdische Sprach- und Kulturwissenschaften an der Universität Wrocław.

Bedingungen dieser Revitalisierung und die Grenzen der Gemeinschaft bleiben unklar, gab es doch jüdisches Leben in Polen auch schon vor 1989. Zu fragen wäre, ob heute alle Personen jüdischer Abstammung als Angehörige dieser Gemeinschaft gelten oder nur diejenigen, die von einer jüdischen Institution als solche registriert wurden bzw. im Bevölkerungsregister eine jüdische Identität angeben. Was ist mit denjenigen, die sich außerhalb offizieller Institutionen bewegen, sich aber in ihrer Arbeit und bei anderen Aktivitäten auf eine jüdische Identität beziehen? Außerdem wäre zu diskutieren, was eigentlich wiederbelebt wird.

Die Frage nach den Kriterien und danach, wem diese Neubelebung dient, betrifft unter anderem die Frauenfrage. Auf welche Elemente der vielfältigen jüdischen Tradition des Geschlechterverhältnisses bezieht sich die Gemeinschaft heute? Wer entscheidet über die historischen Bezugspunkte? Werden den Frauen besondere Rollen in diesem Revitalisierungsprozess zugeteilt? Und in welcher Beziehung steht die jüdische

2 Żydowska Ogólnopolska Organizacja Młodzieżowa, Stowarzyszenie Drugie Pokolenie, Stowarzyszenie Dzieci Holocaustu, eine polenweite jüdische Jugendorganisation, der Verein der Zweiten Generation, der Verein der Kinder des Holocaust.

3 Chanukka (hebräisch, auf Deutsch „Weihe“), auch Lichtfest genannt, ist ein Fest, das an einen Aufstand im 2. Jahrhundert v. Chr. erinnert. Er richtete sich gegen Einschränkungen beim Praktizieren des Judentums. Chanukka findet acht Tage lang zwischen November und Dezember statt.

4 Die Anzahl der Personen, die eine jüdische Identität angeben, liegt bei ungefähr 7 000. Die Nationale Allgemeine Volkszählung (Narodowy Spis Powszechny Ludności) aus dem Jahr 2002 ergab, dass sich 1 055 Menschen als Jüdinnen/Juden bezeichnen (vgl. Sienkiewicz 2010: 421).

Gemeinschaft zur feministischen Bewegung und zur Gleichberechtigung der Frauen in Polen? In diesem Kontext wäre auch die Rolle von Jüdinnen in der feministischen Bewegung in Polen interessant und darüber hinaus die Rolle von Frauen in Minderheiten.

Anfang dieses Jahrhunderts warnte Shana Penn in der jüdischen feministischen Zeitschrift „Lilith“, es herrsche in Polen ein jüdisch-orthodoxes⁵ Monopol, das mithilfe der S.-Lauder-Stiftung und ähnlicher Institutionen aufgebaut worden sei und einen feindseligen patriarchalen Charakter habe, der das traditionelle polnische Patriarchat unterstütze. Das Patriarchat wird hier verstanden als gesellschaftlich verankerte symbolische und reale Vorherrschaft der Männer (Penn 2000/2001: 24). Statusunterschiede zwischen Frauen und Männern zeigen sich in der jüdischen Gemeinschaft unter anderem in der Aufteilung des öffentlichen Raums (in der Krakauer Remuh-Synagoge oder in der Warschauer Nożyk-Synagoge), bei den Führungsfunktionen (in den Jüdischen Gemeinden in Warschau, Krakau, Wrocław, Gdansk, im Verband Jüdischer Religionsgemeinschaften, im Gesellschaftlich-Kulturellen Verein der Juden) und in der Ablehnung nicht-orthodoxer RabbinerInnen. In Warschau gab es aus diesem Grund einen jahrelangen Streit mit dem Gemeindevorstand.

Wie nun wird diese Revitalisierung von Frauen erfahren? Zu diesem Thema wurden Frauen interviewt, die den Gemeinschaften in Warschau und Krakau, also den größten Zentren, angehören.⁶

Methodologische Anmerkungen

Die Befragung habe ich in den Jahren 2006 bis 2009 durchgeführt. Bei der Auswahl der Frauen war ihr Engagement in jüdischen Zusammenhängen entscheidend, das heißt, ob sie der Jüdischen Gemeinde angehörten oder in einer jüdischen Organisation aktiv waren. Alle ausgewählten Frauen sind jüdischer Abstammung.⁷ Inspirierend für meine Untersu-

5 Im Rahmen des Judentums haben sich historisch drei dominierende Religionsströmungen entwickelt. Das *orthodoxe Judentum* ist ein Synonym für das klassische Rabbiner-Judentum. Seine Anhänger stellten sich gegen Reformen jeglicher religiöser Kulte sowie gegen Veränderungen des Lebensstils, die mit der Assimilation und Säkularisierung der jüdischen Bevölkerung seit dem Ende des 18. Jahrhunderts zusammenhingen. Das *Reformjudentum* entstand als eine Bewegung, die die jüdische religiöse Tradition des 19. Jahrhunderts mit dem Gedankengut der Aufklärung verband. In dieser Tradition wird Wert auf außer-rabbinische Bildung gelegt. Schrittweise wurden durch das Reformjudentum egalitäre Ansichten zu den Geschlechtern und nicht-heterosexuellen Personen angenommen. Das *konservative Judentum* hat eine Mittelstellung zwischen dem Reformjudentum und dem orthodoxen Judentum und hat die Beteiligung von Frauen an Ritualen zugelassen, die ursprünglich nur Männern vorbehalten waren (vgl. Borzýmińska/Zebrowski 2003a: 715ff.).

6 Die Darstellung der Organisationsform von *Beit Warszawa*, einer Gemeinschaft des Reformjudentums, die sich seit einigen Jahren entwickelt (mit einer Abteilung in Krakau), würde zu weit führen, obwohl sie ein interessantes Beispiel für Geschlechtergleichheit wäre. In Krakau vertritt diese Gemeinschaft eine Rabbinerin. Staatlicherseits wird die *Beit Warszawa* als institutionelle Repräsentation der jüdischen Bevölkerung nicht anerkannt und nur als kultureller Verein angesehen.

7 Immer mehr Polinnen und Polen treten zum Judentum über. Ich habe sie jedoch nicht in die Untersuchung einbezogen, da ich u. a. Erfahrungen im Elternhaus und den Einfluss des Holocausts mit berücksichtige.

chungen waren auch meine persönlichen Erfahrungen als junge Frau jüdischer Herkunft, für die ich eine Bezugsgruppe suchte. Ein Weg hierfür waren meine Teilnahme am Leben der Jüdischen Gemeinden und meine Versuche, mich in die Aktivitäten existierender Organisationen einzubringen und an religiösen Ritualen teilzunehmen. Ich habe in diesen Bereichen großes Engagement von Frauen beobachtet, was aber keine Auswirkungen gesellschaftlicher Art hatte wie mehr reale Macht oder eine höhere Stellung in der Gesellschaft.

Ziel war es, über direkte Gespräche Kontakt zu polnischen Jüdinnen aufzunehmen und herauszufinden, wie sie als Frauen diese Prozesse erleben, die sich in der jüdischen Gemeinschaft in den letzten Jahren vollziehen, und ihre Meinung zu ihrer Position innerhalb dieser Gemeinschaft zu erfahren.

Meine Gesprächspartnerinnen waren 14 Frauen: sechs Studentinnen geisteswissenschaftlicher Fakultäten (Philosophie und Soziologie), zwei Frauen im Alter von ca. 30 Jahren, die beruflich im Bildungs- und Kultursektor engagiert waren, sowie fünf Frauen, die im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden – zwei Psychologinnen, eine Historikerin, eine Pädagogin, eine Übersetzerin –, sowie eine Juristin, die vor dem Zweiten Weltkrieg geboren wurde.

Aus methodologischer Sicht war mir wichtig, mich auf die weibliche Erfahrung zu konzentrieren, eine nicht von Hierarchie bestimmte Beziehung zu meinen Gesprächspartnerinnen aufzubauen und die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Veränderung auszuloten. Bei der Herstellung der Beziehung zu meinen Gesprächspartnerinnen half mir, dass sie mich bereits früher kennengelernt hatten über mein Engagement in der Jugendorganisation Czulent, die gerade in Krakau gegründet worden war. Einige der Interviewten waren Angehörige dieser Organisation, die anderen lernte ich kennen, da ich an Veranstaltungen des Zentrums der Jüdischen Gemeinschaft [Centrum Społeczności Żydowskiej], des Zentrums für Jüdische Kultur [Centrum Kultury Żydowskiej], des Verbands der Jüdischen Gemeinden [Związek Gmin Wyznaniowych Żydowskich] und der Synagogen teilnahm.

Keine dieser Frauen hatte Bedenken gegen ein Gespräch. Die Interviews führte ich an Orten durch, die meine Gesprächspartnerinnen selbst ausgewählt hatten. In der Hälfte der Fälle fiel die Wahl auf das Zentrum der Jüdischen Gemeinschaft, wo vor allem die älteren Frauen sich sicher und aufgehoben fühlten.⁸ Meine Altersgenossinnen (ich war damals Studentin) zogen es vor, sich im Park oder Café zu treffen. Dank des Gefühls, der gleichen Gemeinschaft anzugehören, verliefen die Gespräche in angenehmer Atmosphäre, hatten manchmal Plausch-Charakter, indem persönliche Eindrücke ausgetauscht wurden. Ich habe mich nicht strikt an einen Interviewleitfaden gehalten und nicht eingegriffen, wenn das Gespräch vom Thema abschweifte. Dies passierte bei einem Interview, als sich meine Gesprächspartnerin auf die Frage nach ihrer Weiblichkeit auf ihre Erfahrungen als behinderte Person konzentrierte. Ihrer Meinung nach führte die Verbindung von weiblichem Geschlecht und Behinderung zu einer besonderen Empathie des Umfelds ihr gegenüber. Sie gab zu, bewusst von dem Verständnis und der Hilfsbereitschaft Gebrauch zu machen, die bei anderen durch deren Vorstellungen von den Bedürfnissen einer behinderten Frau ausgelöst würden. Eine andere Gesprächspartnerin bezog

8 Ich danke an dieser Stelle dem Zentrum für die Bereitstellung der Räumlichkeiten.

sich auf ihre Erfahrungen im Exil sowie auf die Möglichkeiten und Beschränkungen, die nach einem langen Auslandsaufenthalt mit ihrer Rückkehr nach Polen verbunden waren. Der Antisemitismus war einer der Gründe für ihr Engagement in jüdischen Initiativen. In Frankreich entschied sie sich zum ersten Mal, einer jüdischen Organisation beizutreten und wurde dort auch „verjudet“ [„tam się zżydziła“], wie sie es ausdrückte. Sie benutzte diese Bezeichnung, die transgressiv an den Nationalsozialismus erinnert, betrachtete den so benannten Prozess aber als positiv.

Ein interessantes Motiv, das in einigen Gesprächen auftauchte, war die Konversion von Frauen, um ihre jüdische Identität zu beweisen.⁹ Diejenigen, die väterlicherseits jüdisch waren, wiesen auf eine mangelnde Anerkennung in der jüdischen Gemeinschaft hin. Obwohl sie kein Bedürfnis verspürten, sich religiös zu betätigen, entschieden sie sich, zum Judentum überzutreten. „Manchmal macht man es [die Konversion] nicht deshalb, um religiös zu sein, sondern um zu einer Gemeinschaft zu gehören. Es geht um dieses Papier, damit niemand mehr etwas auszusetzen hat“, sagte eine der Frauen.

Es ist nicht durchgehend gelungen, Altershierarchien zu umgehen. Teilweise wurde ich bevormundend behandelt. Mir wurde erklärt, wie mit Männern umzugehen sei, ähnlich wie Mütter ihre Töchter belehren. Vor manchen Gesprächspartnerinnen hatte ich großen Respekt, was eine partnerschaftliche Beziehung verhinderte. In anderen Fällen entstand ein Dialog zwischen den Generationen, und ich konnte Nähe herstellen. Überrascht hat mich, wie viel die Frauen über ihre Erfahrungen in der Ehe und ihre Funktion in der Familie zu erzählen hatten, wie ehrlich und gern sie darüber sprachen.

Das Ausloten von gesellschaftlichen Veränderungen, das in der feministischen Forschung angestrebt wird, zeigte sich auf zwei Ebenen: Zum einen eröffnete das Gespräch mit den Frauen einen Raum des Nachdenkens über ihre Erfahrungen. Dies ist der erste Schritt, eine kritische Haltung zur Wirklichkeit einzunehmen und Initiative zu ergreifen. Zum zweiten hat die Veröffentlichung der Gesprächsergebnisse die Funktion, einer Gruppe im öffentlichen Diskurs eine Stimme zu geben, die institutionell und symbolisch ausgeschlossen ist.

Raumteilung zwischen den Geschlechtern

Die Erwartung, dass Frauen ihre kulturelle Eigenart reflektieren, ist sowohl in der jüdischen Tradition als auch in anderen Kulturen gegenwärtig. Ein symbolisches Merkmal können spezielle Formen der Kleidung sein, die bestimmte Körperteile von Frauen verdecken, oder auch Körpermarkierungen und besondere Regeln für Frauen „der eigenen“ Gemeinschaft.¹⁰

9 In der jüdischen Religion wird diejenige Person als Jüdin oder Jude angesehen, die zum Judentum übergetreten ist oder eine jüdische Mutter hat.

10 Im Judentum und Islam wird der männliche Körper durch Beschneidung markiert. Die Beschneidung hat jedoch keinen Einfluss auf die Potenz und stört das sexuelle Befinden nicht, wie es bei der Klitoris-Entfernung der Fall ist.

Die Raumaufteilung ist ein mächtiges Mittel, hierarchische Verhältnisse festzulegen. Der Feminismus der zweiten Welle wies auf dieses Phänomen hin mit der Parole „Das Private ist politisch“. In der jüdischen Tradition in Mitteleuropa war zwar das Haus immer der Bereich der Frau, aber die Erwerbstätigkeit war – anders als in den christlichen Gesellschaften – keine männliche Domäne. In den Shtetlech¹¹ waren es immer Frauen, die den Handel betrieben, und es waren vor allem Frauen, die Handelsbeziehungen mit nicht-jüdischen KundInnen pflegten. Die strikte Raumaufteilung betrifft in erster Linie die religiöse Welt. Traditionell männlich sind die Synagoge und die Jeschiwa.¹² Weiblich ist das Bad, wo die rituelle Waschung nach der Menstruation und der Geburt eines Kindes stattfand. Dazu bemerkte die Juristin:

„In der Gemeinschaft hier beruht der orthodoxe und traditionelle Charakter der Synagoge allein darauf, dass Frauen hinten einen gesonderten Bereich haben und nicht an die Thora herangelassen werden. Darüber hinaus lebt hier niemand in dieser Gesellschaft orthodox, niemand lebt koscher. Nur die Synagoge ist orthodox, aber die Gemeinschaft [...], zu Hause lebt niemand orthodox, das ist eine Fiktion.“

Im konservativen und reformistischen Judentum verzichtet man auf Geschlechtertrennung in der Synagoge. In Krakau gibt es sieben Synagogen, von denen nur eine rituelle Aufgaben erfüllt, und zwar jene, in der die Aufteilung in einen Raum, in dem die Männer beten, und einen Frauenraum [babiniec] am striktesten ist. Der Raum für die Frauen ist deutlich kleiner, weist keine Verzierungen auf und ist durch eine Mauer vom Rest der Synagoge abgetrennt. In der Mauer befinden sich zwei Fenster mit zugezogenen Vorhängen, durch die die Frauen die betenden Männer beobachten können. Eine meiner Gesprächspartnerinnen, die sich als religiöse Jüdin bezeichnete, äußerte sich positiv über diese Raumaufteilung. Eine andere Frau traf sich dort gern mit anderen Frauen zum „Plaudern“. Ob die Frauen sich unterhalten, „weil sie sich langweilen oder weil sie von den betenden Männern getrennt sind“, blieb unklar. Sie sagte auch, man solle den Frauen die Chance auf volle Teilnahme geben, um zu prüfen, wie sie sich dann verhalten würden. Dann wüsste man, ob sie einer Gleichstellung würdig seien. Andere Interviewpartnerinnen klagten darüber, dass sie nichts sehen könnten. „Wenn ich nur rausschauen, zischen sie schon, ich solle den Vorhang zuziehen“, empörte sich eine Interviewte. „Es ist ärgerlich, weil du kommst, um ein religiöses Ritual zu sehen, an ihm teilzunehmen oder es zu beobachten, und du triffst auf eine Gruppe tratschender Frauen, worauf du vielleicht keine Lust hast. Was allerdings nicht bedeutet, dass Männer auf den vorderen Rängen nicht auch tratschen. Sie jedoch haben die Wahl. Frauen haben diese Wahl nicht.“

Meine Gesprächspartnerinnen kritisierten zwar diese Trennung, sahen jedoch auch ihren kulturellen Wert und verhielten sich zurückhaltend, wenn es um die Forderung

11 Shtetl, pl.: Shtetlech (jiddisch, auf Deutsch: Shtetl/„Städtlein“) – Bezeichnung für kleine städtische Siedlungen in Mittel- und Osteuropa, in denen vor dem Zweiten Weltkrieg die Bevölkerung hauptsächlich jüdisch war und einzigartige sozial-kulturelle Lebensmodelle entstanden (vgl. Borzymińska/Zebrowski 2003b: 654).

12 Jeschiwa (hebräisch; auf Deutsch: „Versammlung“) ist eine Hochschule für Absolventen der religiösen Grundschule der Cheder, in der sich ledige Jungen bis zu einem Alter von über 20 weiterbildeten. Hier wurde der Talmud studiert, eine Sammlung von Gedanken und religiösen Studien.

nach Veränderung ging. „Das ist eine so alte Tradition, es ist schwer, sie gänzlich abzuschaffen. Das Problem liegt nicht darin, dass Frauen von Männern (oder umgekehrt) getrennt sind, sondern darin, wodurch sie getrennt werden“, sagte eine den Judaismus praktizierende Frau.

„Wenn das eine dicke Mauer ist, hinter der man weder sieht noch hört, was während des Gottesdienstes passiert, dann hat dies weitreichende Folgen, weil es zur Aufteilung der Gemeinschaft in zwei Arten von Judentum führt. Männer beten und Frauen warten im ‚Warteraum auf das Ende des Gottesdienstes‘. Die wenigen, die zu beten versuchen, bemühen sich, sich an das Tempo und die Geräusche anzupassen, die aus dem männlichen Teil der Synagoge herüber schallen – und warum nicht umgekehrt?“

Eine der Frauen nahm aus Protest gegen den Ausschluss aus der rituellen Gemeinschaft am Gottesdienst in der Remuh-Synagoge nicht mehr teil. Da sie diese Geschlechtertrennung ablehnt, musste sie auf Gruppengebete verzichten, da sie keine Partner fand, mit denen sie diese Ordnung neu hätte verhandeln können.

Diese orthodoxe Geschlechtertrennung gilt auch für die Mikwe¹³, aber das einzige funktionierende Bad ist in einem Hotel im Krakauer Kazimierz-Viertel. Wenn die räumliche Geschlechtertrennung so genau eingehalten wird, warum dürfen Frauen ihre spezifischen Praktiken, die zur orthodoxen Praxis gehören, nicht ausüben? Auf diese Frage antwortete eine Soziologiestudentin: „Ich denke, wenn sich herausstellen würde, dass uns Frauen etwas fehlt, dann wären wir in der Lage, dies zu organisieren, zum Beispiel bei der Krippe: Es hat sich herausgestellt, dass wir Frauen sie brauchen und diese Krippe wird es geben. Und ich denke, wenn wir Frauen jetzt sagen würden: ‚Wir möchten fünf Mikwaot‘, dann gäbe es diese höchstwahrscheinlich, aber sicher bin ich mir nicht“. Die meisten interviewten Frauen sehen keinen Bedarf für eine Mikwe und betrachten die damit verbundenen Bräuche als historische Kuriosität.¹⁴

Emanzipation

Inwiefern ist die jüdische Gemeinschaft ein Raum für die Emanzipation von Frauen? Die Frau, die eine Mikwe forderte, beschrieb es so:

„Die Frauenfrage in der jüdischen Tradition ist für mich wichtig, da ich mit meiner Mutter und Oma lebe, wir stehen uns sehr nahe. Mir gefällt, dass die Frau die Scheidung verlangen kann, wenn sie nicht

13 Mikwe (hebräisch; auf Deutsch: „Wasserbehälter“) ist ein Schwimmbecken oder eine Badewanne mit sauberem Wasser. Das Eintauchen in das Wasser der Mikwe diente der Säuberung einer Person, die Kontakt mit einem Leichnam, einem beschmutzenden Gegenstand oder einer Körperflüssigkeit hatte. Heutzutage dient die Mikwe hauptsächlich den Frauen zur Säuberung nach der Menstruation. Zudem wird sie bei der Konversion zum Judentum angewendet (vgl. „Mikveh“, in: Encyclopaedia Judaica 2007: 1534).

14 Nidda (hebräisch) ist die Bezeichnung für eine Frau während der Menstruation und für einen Absatz des Talmuds, der sich mit den Regeln der rituellen Reinheit von Frauen befasst. Demnach gilt die menstruierende Frau sieben Tage lang als unrein (d. h. als Nidda), weshalb sie Reinlichkeitsrituale zu vollziehen hat und erst am achten Tag, nach dem Ende der Blutung, wieder als rein gilt.

zufrieden ist. Und das Abtreibungsrecht ist nicht so restriktiv wie im Katholizismus, denn das Wichtigste ist das Leben der Lebenden. Es gefällt mir enorm, dass sich der Judentum weiter entwickelt, dass eine Frau auch Geistliche werden kann, dass Frauen die gleichen Rechte wie Männer erlangen. Da spreche ich natürlich nicht über die Orthodoxen. [...] Toll ist doch, dass es verschiedene Richtungen im Judentum gibt, in denen Frauen immer mehr Rechte haben.“

Hinsichtlich der reproduktiven Rechte ist die Halacha¹⁵ tatsächlich liberaler als der Katholizismus. Selbst im orthodoxen Judentum, wo das Gebären von Kindern das höchste Gebot ist, wird unter besonderen Umständen eine Verhütung erlaubt, und das Wohl des Fötus sollte nie über die physische und psychische Gesundheit der Frau gestellt werden. Historisch gesehen gehören Juden und Jüdinnen mit ihren gesetzlichen Vorschriften zu den VorreiterInnen der Bewegung für Geburtenkontrolle in Polen (Kuzma-Markowska 2010). Auch die sexuelle Befriedigung der Frau in der Ehe wird thematisiert. Die Tradition verlangt, dass sich der Ehemann als Erstes um ihre Befriedigung kümmern soll. Im Fall einer Scheidung wird es komplizierter. Obwohl eine Frau die Scheidung beantragen und die Klage vor einem Religionsgericht begründen kann, muss letztendlich der Ehemann der Scheidung zustimmen. Theoretisch gibt es viele Regeln, die die Autonomie und die Handlungsmöglichkeiten von Frauen sichern sollen. Auch in der Praxis zeigen Beispiele des Reformjudentums, dass Rollen und Gebräuche immer neu verhandelt werden können. In den Gesprächen dominierte das Thema der Aktivitäten von Frauen im öffentlichen Raum. Eine der Gesprächspartnerinnen betonte, Frauen könnten sich in allen nicht-religiösen Bereichen engagieren. „Wir haben den Sozial-kulturellen Verein der Juden (Towarzystwo Społeczno-Kulturalne Żydów), den Verein ‚Kinder des Holocaust‘, wir machen Ausflüge, haben Kontakt mit Israel, verschiedene Programme, die Arbeit in der Gemeinde, [eine Frau] kann eine Stiftung gründen – alles kann sie.“ Weltliche jüdische Bewegungen wie der Zionismus und der Bund¹⁶ haben den Frauen die Möglichkeit gegeben, ihre Tätigkeitsbereiche auszuweiten. Vorwiegend junge Frauen wiesen darauf hin, dass die jüdische Gemeinschaft ein Raum ist, in dem Frauen aktiv sind. „Wenn [eine Frau] nicht religiös ist, dann unterscheidet sie sich in nichts, außer, dass sie mehr Möglichkeiten hat – diese vielen Ausflüge, durch die sich die Welt vor dir öffnet.“ Ihre Sprachkenntnisse ermöglichen es den Frauen, Stipendien in Anspruch zu nehmen, an Bildungsprogrammen in den Vereinigten Staaten und Israel und an anderen Seminaren teilzunehmen. Unabhängig davon, ob die Aktivitäten von orthodoxer oder liberaler Seite organisiert sind, ist allein die Tatsache, reisen zu können, um Wissen zu erwerben und neue Perspektiven kennenzulernen, eine wichtige emanzipatorische Erfahrung.

15 Die Halacha (hebräisch) bezeichnet das gesetzliche System des Judentums.

16 Der Bund [Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund] wurde 1897 in Vilnius gegründet und war in Polen vor 1939 die stärkste und mitgliederreichste jüdische Arbeiterpartei. Er wollte die Diskriminierung durch eine sozialistische, systemische Transformation und eine kulturelle und nationale Autonomie der Juden in Polen lösen. Den Frauen kam in der Partei von Anfang an eine bedeutende Rolle zu. Die in den 1920er Jahren gegründete „Jidisze Arbeter Froj“ war die größte jüdische Frauenorganisation dieser Zeit (vgl. Borzymińska/Żebrowski 2003a: 242; s. auch Shepherd 1994). Der Zionismus ist eine politisch-religiöse Bewegung. Ziel ist die Gründung eines jüdischen Nationalstaates in Palästina. Die polnische zionistische Frauenorganisation „Jidisze Frojen Asocjacja“ [Jüdische Frauenassoziation], die u. a. von Puał Rakovsky gegründet wurde, war die zweitgrößte jüdische Frauenorganisation in Polen vor 1939 (vgl. Borzymińska/Żebrowski 2003b: 589; Or 2009; Rakovsky 2002).

Es gibt auch einen Bereich, in dem Frauen Führungsfunktionen übernehmen. „Wenn man sich zum Beispiel die Seminare für Madrichim¹⁷ anschaut, dort sind es meistens Frauen, zwei, drei Männer und 15 Frauen, die das Ganze am Laufen halten – ein Ferienlager für über hundert Kinder. In Warschau nehmen die drei wichtigsten Positionen, die Kinder und Jugendliche betreffen, Frauen ein, kein Mann“, sagte eine der Frauen. In fast allen Gesprächen wurde das große Engagement von Frauen für die Gemeinschaft hervorgehoben, ihre größere Beteiligung an der Organisation und die Zufriedenheit, die sie daraus schöpfen. Ihre Bemühungen werden positiv wahrgenommen, was den Frauen das Gefühl vermittelt, an der Revitalisierung der Gemeinschaft teilzuhaben, auch wenn es sich in der Regel um ehrenamtliche Tätigkeiten handelt.

Inwieweit ist dieses Engagement eine Folge der mangelnden Anerkennung ihrer Arbeit außerhalb der jüdischen Gemeinschaft? Welche Bedürfnisse erfüllt diese Tätigkeit? „Vielleicht sind Frauen ja aktiver, weil sie ein unbefriedigtes Bedürfnis in ihrer Teilnahme am religiösen Leben haben“, meinte eine Gesprächspartnerin. Die NGO Klon Jawor hat in einer Untersuchung zur „ehrenamtlichen Arbeit in Polen“ herausgefunden, dass Frauen häufiger als Männer betonen, ihre ehrenamtliche Arbeit gebe ihnen die Möglichkeit, unter Menschen zu sein, Kontakte zu knüpfen und ihre Zeit sinnvoll zu verbringen, einige geben auch zu, nicht „nein“ sagen zu können (Przewłocka 2010). In den polnischen NGOs, die sich dem Umweltschutz, der Sozialarbeit und der Bildung widmen, arbeiten meistens Frauen. Bei den externen ehrenamtlichen Mitarbeitenden in Führungspositionen sind sie aber eindeutig unterrepräsentiert. „Ich habe den Eindruck, dass Frauen gern etwas tun, etwas Kleines, z. B. ein Abendessen oder ein Beisammensein organisieren. Wenn es jedoch um offizielle Sachen, Treffen geht, dann ist es besser, wenn das die Männer tun“, fasste eine der Interviewten (Vorkriegsgeneration) zusammen. Es liegen derzeit keine Untersuchungen vor, die jüdische Organisationen geschlechtsspezifisch analysieren.

Die Frauenrollen

„Jemand, ich weiß nicht wer, antwortete auf der Konferenz von Shavei Israel¹⁸ in Krakau auf die Frage: Was ist ein Jude? Ein Jude sei nicht derjenige, der eine jüdische Mutter oder Großmutter habe, sondern derjenige, dessen Kinder Juden sein würden. Und das ist schön“, sagte eine der Frauen. Im Zusammenhang damit bemerkte eine Studentin: „Wenn Frauen keine Kinder gebären, geht diese Gemeinschaft unter. Wichtig ist auch, wenn man schon ein Kind hat, auch wenn man es nicht im jüdischen Glauben erziehen möchte, sollte man ihm die Wahl lassen. Und das ist die Pflicht der Eltern und im Be-

17 Madrich (hebräisch): Betreuer, Ausbilder.

18 Die Konferenz „Czy polskie żydostwo ma przyszłość?“ („Hat das polnische Judentum eine Zukunft?“) fand im Oktober 2010 in Krakau statt. *Shavei Israel* ist eine von Michael Freund gegründete Organisation mit dem Ziel, weltweit den Wiederaufbau jüdischer Gemeinschaften zu unterstützen. Sie fördert u. a. Initiativen in Indien, Südamerika und Polen.

sonderen der Frau“. Nur fünf meiner Gesprächspartnerinnen sahen in der Mutterschaft die wichtigste Rolle für Frauen. Außer der Pflicht, jüdische Kinder zu gebären und zu erziehen, sahen die Interviewten fast keine Einschränkungen für Frauen, auch andere Rollen zu übernehmen. Viele wiesen jedoch auf eine besondere Wärme und Emotionen von Frauen hin sowie die Fähigkeit, Konflikte zu lösen.

Die Frauen erzählten auch davon, wie sie sich ihr Wissen über das Judentum angeeignet hatten. In den Originalschriften gäbe es keine Hinweise darauf, dass Frauen von den Ritualen oder dem Thora-Lesen ausgeschlossen werden sollten. Trotzdem ist die Rollentrennung in der religiösen Sphäre am stärksten. Dies wird auch in der Einschätzung gegenüber Rabbinerinnen deutlich. Für manche Frauen ist eine solche Funktion undenkbar. Eine noch größere Ablehnung erhält allerdings die Übernahme männlicher religiöser Attribute wie der Kippa (rituelle Kopfbedeckung) und des Tallit (Gebetsmantel). „Eine Frau im Tallit, das ist, ich würde nicht sagen, eine Frau in Hosen, denn das ist normaler, aber eine Frau mit Bart oder mit einer Waffe, sie machen etwas typisch Männliches. Und warum zum Teufel sollte man etwas machen, was mit Männern verbunden wird? Das ist so, als würden sich Frauen Schnurrbärte anmalen, wozu denn?“, wunderte sich eine der Frauen, die sich als religiös definierte.

Diese Ablehnung ist keine Ablehnung der Frauen, die aktiv an den Ritualen teilnehmen, sondern das Bedürfnis, einen eigenen weiblichen Weg zur Spiritualität zu finden. Eine Gesprächspartnerin, die vorher die räumliche Aufteilung in der Synagoge thematisiert hatte, sagte dazu:

„Eine wichtige Sache ist die, dass die Kippa, der Tallit usw. keine Fundamente des Judentums sind, sondern nur Traditionen und Bräuche; und diese, wie man weiß, ändern sich. Sehen Sie zum Beispiel, was für einen immensen Einfluss religiöse Bräuche hatten, als sich die Juden mit sephardischer und aschkenasischer Tradition, die für zirka 1 300 Jahre eigene Gewohnheiten hatten, in einem Staat Israel vereinigten. Deshalb muss der Prozess der Gleichberechtigung von Frauen keine Formen annehmen, die auf der Übernahme von männlichen Tätigkeiten beruhen.“

Die Situation von Frauen und der Feminismus

Historisch gesehen wollten sich die weltlichen jüdischen Bewegungen von den Strukturen einer traditionellen Gesellschaft emanzipieren. Die Entscheidung, sich dem Bund oder den ZionistInnen anzuschließen, war eine Folge davon, dass Frauen ihre eigene Lage reflektiert hatten und bereit waren, diese zu ändern. Diese Tradition war in meinen Gesprächen mit den Jüdinnen nicht präsent. Aber auch bei ihnen war die Zugehörigkeit zur jüdischen Gemeinschaft in Polen eine bewusste Entscheidung. So erklärte die Psychologin:

„Ich fühle mich als Jüdin, und ich kann sagen, dass ich trotz meiner Unvollkommenheiten Jüdin bin [...]. Das war ein Prozess, das ist nicht so, dass ich mich immer gleich gefühlt habe, und es war nicht so, dass mein Leben in Bezug darauf konstant gewesen wäre, dass ich damit geboren wurde und mich so das ganze Leben fühlte, das war ein Weg, eher eine Sinuskurve mit Höhen und Tiefen, aber auf jeden Fall ein Prozess, und es ist weiter ein Prozess [...]. Nach einer bestimmten Etappe wurde er beendet [...], aber bestimmt steht mir noch vieles bevor.“

Einige Frauen vertrauten mir an, sie hätten sich im Gespräch mit mir das erste Mal Gedanken über ihren Platz als Frau in der jüdischen Gemeinschaft und über das Thema Jüdischsein gemacht. Jüdin oder Jude sei die-/derjenige, die/der sich so fühle, die/der die Erfahrungen teile, die/der am Leben der Gemeinschaft teilnehme und die Kultur und Traditionen kenne. Die (weibliche) Identität verstehen sie aber mit Nachdruck essentialistisch, hier spielt die Kategorie der Entscheidung keine Rolle. Sie meinten, Frauen hätten eine physische Disposition zu leichteren Arbeiten und eine psychische Neigung zur Sanftheit, in Krisensituationen aber auch zur Stärke. Weiblichkeit wurde stereotyp mit Emotionalität, Gesprächigkeit, Zanksucht oder Furchtsamkeit verbunden. Die meisten konnten sich selbst in diesen Stereotypen nicht wiederfinden und unterschieden zwischen dem eigenen Leben ohne Ausschlusserfahrungen und dem Wissen, dass diese Diskriminierung irgendwo fern von ihnen stattfindet. „Angeblich gibt es in Polen eine Diskriminierung von Frauen, ich sage angeblich, weil ich lese, dass Untersuchungen zeigen, Frauen würden weniger verdienen, seltener befördert werden, seltener akademische Grade erhalten. Ich persönlich habe so etwas noch nicht erfahren, aber ich denke, dass man sich eine bestimmte Position erkämpfen muss, nichts kommt von alleine“, sagte die Frau, die sich entschieden hatte, nicht mehr in die Synagoge zu gehen.

Frauen aus der Generation der 20- bis 30-Jährigen nahmen Diskriminierungen nicht nur häufiger wahr, sondern konnten auch deren Mechanismen beschreiben. Am häufigsten wurde das Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben angesprochen. „Es wäre sehr wichtig, wenn hier SozialwissenschaftlerInnen und die Gemeinden etwas verändern könnten. Denn wenn eine Frau eine berufliche Tätigkeit ausübt und gleichzeitig noch die häusliche Arbeit macht, dann wird das als normal angesehen. Wenn aber ein Mann eine berufliche Tätigkeit ausübt und etwas zuhause machen muss, dann jammert er gleich.“

Die Jüngeren gingen auch auf das Problem der Gewalt gegen Frauen ein, auf das Sexualleben und die Kleidungs Vorschriften für Frauen. Eine Frau erinnerte sich, wie sie ein Mann bei einem Schabbat-Abendessen¹⁹ darauf hinwies, sie solle ihre Bluse zuknöpfen, weil sie ein zu tiefes Dekolleté habe. „Meiner Meinung nach hat das nichts mit irgendwelchen jüdischen Aspekten zu tun, sondern hier geht es um eine lokale Eigenart“, merkte sie an. Es handle sich hierbei um Unverschämtheiten und nicht um Sexismus, meinten die meisten. Die Distanz der Frauen zum Emanzipations-Diskurs zeigte sich auch auf anderen Ebenen. „Ich bin keine Feministin-Idiotin“, erklärte eine Frau. „Ich bin grundsätzlich Antifeministin“, sagte eine andere. Ihrer Auffassung nach sollten den Frauen besondere Rechte, besonderer Schutz und Fürsorge sowie generelle Vorteile zustehen, sie sollten nicht dasselbe wie Männer machen müssen: „Sollen doch die Männer das machen, wozu sie bestimmt sind, und Frauen genauso.“ Diese Abgrenzung von der feministischen Bewegung schloss jedoch die folgende Ansicht nicht aus:

19 Schabbat (hebräisch; auf Deutsch: „Ruhepause“) ist der siebte Tag der jüdischen Woche und ein Ruhetag. Der Tradition nach fängt er am Freitag bei Sonnenuntergang an und dauert bis zum Sonnenuntergang am Samstag. In der Zeit des Schabbats sollen keine Arbeiten ausgeführt werden. Die Familien und Gemeinschaften treffen sich Freitagabend zum Abendessen, um zusammen das Ende der Woche zu feiern.

„Frauen stellen sich von allein nicht in den Vordergrund in dem Sinne, dass sie Positionen übernehmen, weil sie immer Minderwertigkeitsgefühle haben und denken, dass sie weniger können. Männer wissen gut auszunutzen, dass Frauen schwächer sind und schneller altern als Männer. Im gewissen Sinne ist das unsere Schuld. Es gibt doch jede Menge Super-Frauen, auf den gleichen Positionen müssen sie jedoch mehr leisten.“

Sobald das Aufnahmegerät ausgeschaltet war, äußerte sich eine Frau über junge Frauen. Beunruhigend empfand sie es, dass diese Frauen sich einer Kampfsprache bedienten wie „ich muss“, „das werde ich erreichen“, „ich werde mich bewähren“, „ich bin besser“. In dem Gespräch, das auf einer Bank vor der Jüdischen Gemeinde in Warschau geführt wurde, erklärte sie:

„Ich bin Teil der dritten Welle des Feminismus. Ich weiß, dass dies nicht die Sprache ist, die die Fülle der weiblichen Identität zu entfalten erlaubt. Ich freue mich, eine Frau zu sein. [...] Ich sehe keinen Grund, warum Frauen sich bewähren sollten, sie müssen nicht konkurrieren oder sich beweisen. Sie sind von sich aus toll und sollten sich das Recht auf Fehler zugestehen. Sie sollten sich freuen, wenn sie sich irren, und später froh sein, weil es gelungen ist, sich aus der schwierigen Situation zu befreien.“

Die spezifische Situation von Frauen in der jüdischen Gemeinschaft war meinen Gesprächspartnerinnen oft nicht bewusst. „Unter den Juden, die ich hier kenne, von denen hat Dreiviertel keine Ahnung von der Religion, und ihre Haltung gegenüber Frauen entspricht der der Durchschnittsbevölkerung, also wenn sie Männer sind, dann auf chauvinistische Weise ...“, fasste es eine Frau zusammen.

Schlussfolgerung

Eine Eigenschaft qualitativer Untersuchungen ist es, bestimmte Probleme zu verdeutlichen und zu analysieren. Die Erfahrung der einzelnen Frauen ist einmalig, und es ist wichtig, die Darstellung der Wirklichkeit aus vielen individuellen Geschichten zusammenzusetzen. Die Geschlechtertrennung in der Raumaufteilung, die Feminisierung der Bereiche Bildung und Kultur sowie die Männerdominanz in Führungspositionen waren Themen meiner Gesprächspartnerinnen, die den patriarchalen Charakter der jüdischen Gemeinschaft im Revitalisierungsprozess aufzeigen. Die Frauen haben als Angehörige der jüdischen Minderheit auch ein emanzipatorisches Potenzial genutzt wie die Möglichkeit, sich zu bilden, ins Ausland zu reisen und internationale Kontakte zu knüpfen.

Obwohl sie die Situation von Frauen in Polen und die feministische Bewegung kannten, benutzten sie kein emanzipatorisches Vokabular. Ihre konservativen Ansichten galten ihrer Meinung nach für alle Frauen. Nur die älteste meiner Gesprächspartnerinnen, eine Holocaust-Überlebende, argumentierte, eine Frau solle in der jüdischen genauso wie in jeder anderen Gesellschaft eine partnerschaftliche Rolle haben. Sie sah keinen Grund, Rechte und Privilegien nach Geschlechtern aufzuteilen, und vertrat die Ansicht, in der Thora gebe es keine Grundlagen für eine solche Aufteilung.

„Ein Rabbiner aus New York [...] stimmte mir zu, erklärte jedoch, dass, wenn man einen kleinen Ziegelstein aus einer Mauer nehme, die ganze Mauer zusammenbrechen könne. So werden alle religiösen Traditionen gerechtfertigt. Sie haben Angst, dass wenn man diesen einen kleinen Ziegelstein rausschmeißt, was man ja erlauben könnte, dann die ganze Mauer zusammenbrechen würde. Ich glaube aber nicht, dass irgendetwas zusammenbrechen sollte, wenn eine Frau eine Alija²⁰ zur Thora erhalten würde, insbesondere wenn sie lesen kann.“

Diese Ansicht war aber selten.

Aus den Gesprächen ergab sich, dass ein besonderer Umgang mit Frauen als integraler Bestandteil der jüdischen Kultur gilt. Obwohl als ungerecht wahrgenommen, wird der Ausschluss der Frauen als untrennbarer Teil der Tradition gesehen. Von daher erschien meinen Gesprächspartnerinnen der Kampf dagegen als Akt gegen die Gemeinschaft, die sich um die Revitalisierung von Traditionen bemüht. Die gegenwärtige Neubelebung besinnt sich jedoch selektiv nur auf konservative Vorstellungen dieser Tradition. Neben der orthodoxen Sichtweise gab aber es vor dem Zweiten Weltkrieg auch laizistische Bewegungen wie den Bund oder den Zionismus. Daran beteiligten sich auch feministische Frauenorganisationen, auf die sich die heutige Gemeinschaft beziehen könnte. Doch dies ist schwierig, weil in Polen das jüdisch-orthodoxe Establishment dominiert. Außerdem setzten das Verständnis von Texten und die Erinnerung an Persönlichkeiten und frühere Diskurse die Kenntnis der jiddischen Sprache voraus, die die meisten Jüdinnen und Juden nicht beherrschen, wodurch viele Quellen schwer zugänglich sind. Auf dem Büchermarkt nehmen die Publikationen über polnische Juden zwar zu, aber es fehlen Texte zu den Erfahrungen von Frauen, es fehlt überhaupt ihre Stimme. Bildung in diesem Bereich gehört nicht zum Mainstream und wird hauptsächlich von Nichtregierungsorganisationen gefördert,²¹ während die jüdischen Gemeinden hier wenig unternehmen.

Der Mangel an emanzipatorischen Ansichten unter meinen jüdischen Gesprächspartnerinnen überraschte mich. Dieses Defizit zeugt von unzureichendem Wissen über die symbolische und materielle Macht der VertreterInnen des orthodoxen Judentums und von konservativen Geschlechterbeziehungen. Der Einfluss des polnischen Femi-

20 Alija (hebräisch; auf Deutsch: „Aufstieg“) – Aufruf, den Podest in einer Synagoge zu betreten, um öffentlich einen Abschnitt aus der Thora vorzulesen. Diese Aufforderung gilt als Ehre. Im orthodoxen Judentum darf ein Mann die Alija zur Thora erhalten, wenn er an dem Bar-Mitzwa-Ritual, der symbolischen Aufnahme von dreizehnjährigen Jungen in die Gemeinschaft, teilgenommen hat. Das Reformjudentum hat ein ähnliches Ritual für Mädchen eingeführt, das Bat Mitzwa heißt (vgl. Borzymińska/Żebrowski 2003a: 68).

21 Durch Arbeiten von Joanna Lisek, Karolina Szymaniak und Bella Szwarzman-Czarnota wird der Mangel an Publikationen langsam behoben. Die Autorin bereitet eine Übersetzung von Texten und eine Monografie über Puah Rakovsky, eine sozialistische Zionistin und Feministin, vor. Unter den Bildungsangeboten für Frauen sind zu nennen: Die Vorträge von Bella Szwarzman-Czarnota, das Projekt „Polinnen, Jüdinnen – Krakauer Frauenrechtlerinnen. Geschichte und Gegenwart für Gleichheit und Vielfalt“ („Polki, Żydówki – krakowskie emancypantki. Historia i współczesność dla równości i różnorodności“) der Stiftung Raum für Frauen (Fundacja Przestrzeń Kobiet) und des Jüdischen Vereins Czulet (Żydowskie Stowarzyszenie Czulent) in Krakau oder „Aktivistinnen, Lehrerinnen, Erzieherinnen ... heutige und frühere Bewohnerinnen Muranows und der Umgebung“ („Działaczki, nauczycielki, wychowawczynie... Dawne i współczesne mieszkanki Muranowa i okolic“) des Zentrums der Jiddischen Kultur (Centrum Kultury Jidysz) in Warschau.

nismus scheint kaum eine Rolle zu spielen.²² Vielleicht ist die Ausrichtung an orthodoxen Einstellungen auch eine Art Backlash, eine Reaktion auf die Veränderungen in der polnischen Gesellschaft, die auf eine Emanzipation der Frauen zielen. Der Großteil der Jüdinnen und Juden ist in polnisch-jüdischen, meist assimilierten Familien aufgewachsen, in denen die polnische und katholische Kultur meist über die jüdische dominierten. Die „Eigenart“ der polnischen Diaspora, die sich unter anderem in einer standhaften Verteidigung der orthodoxen Ordnung und Geschlechterhierarchie äußert, ist die gleiche Eigenart, die in der Rhetorik rechter PolitikerInnen in Polen als Argument gegen die Angleichung der polnischen Gesetzgebung an die Antidiskriminierungsvorgaben der Europäischen Union hervorgehoben wird.²³ Sie unterstützt sowohl die polnische als auch jüdische Identität, die eng mit der patriarchalen Geschlechterordnung verbunden sind. Frauen und sexuelle Minderheiten wurden, so Agnieszka Graff, nach der Transformation des politischen Systems zu Geiseln der Auseinandersetzung um die nationale Identität (Graff 2008). Dies könnte auch als ein Beitrag zum Verständnis der Revitalisierung des jüdischen Soziallebens und der Kultur verstanden werden, denn hier werden ebenfalls jüdische Frauen instrumentalisiert.²⁴ Die Berücksichtigung dieser Problematik wäre eine große Herausforderung für den polnischen Feminismus, der die Frauen aus Minderheiten bisher kaum in seinen Diskurs einbezieht.²⁵

Literaturverzeichnis

Borzymińska, Zofia & Żebrowski, Rafał. (2003a). *Polski Słownik Judaistyczny* (Bd. 1). Warszawa: Prószyński i S-ka.

- 22 Meine Referenz zur Situation von Frauen aus Minderheiten war die Geschichte des US-amerikanischen Schwarzen Feminismus, dem wir den Begriff der intersektionalen Analyse und wissenschaftliche Methoden verdanken.
- 23 „Leider weist vieles darauf hin, dass in Europa in seiner großen liberalen Weisheit, in der Kulturrelativismus eine große, nicht zu unterschätzende Rolle spielt, das polnische Patriarchat als lokale Eigenart verstanden wird, die man nicht bekämpfen muss, ja sogar nicht darf. Was tun, wird die Union sagen, die Franzosen haben Käse, die Engländer eine Königin und die Polen Frauendiskriminierung“ (Graff 2001: 58).
- 24 Auch die jüdische Kultur und Geschichte werden in Polen instrumentalisiert, und zwar zugunsten der nationalen Narration, was ein Thema für einen separaten Beitrag wäre.
- 25 Zu den Bemühungen, die Situation in diese Richtung zu verändern, tragen insbesondere zwei Initiativen in Krakau bei: der Verein der Krisenintervention (Towarzystwo Interwencji Kryzysowej) und die Stiftung Raum der Frauen (Fundacja Przestrzeń Kobiet). In Projekten benutzen diese Organisationen den städtischen Raum, um die Erfahrung der Entfremdung der Frauen aufzuzeigen; so organisieren sie beispielsweise Stadtführungen für Frauen aus verschiedenen Milieus. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Angewandte Psychologie der Jagiellonen Universität und der informellen Frauengruppe (Nieformalna Grupą Kobiet) realisiert der Verein der Krisenintervention zurzeit ein Projekt, bei dem ein Lobbynetzwerk für Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen aufgebaut werden soll, „Von der Empfehlung zur Entscheidung“ („Od rekomendacji do decyzji“). Mehr dazu unter <http://crisisintervention.free.ngo.pl/rekomendacje.html>. Zudem sind der Linke Feministische Think Tank (Lewicowy Think Tank Feministyczny), das Links-Feministische Netzwerk Rozgwiazda (Lewicowo-Feministyczną Sieć Rozgwiazda) und der sich nicht als feministisch definierende Frauenkongress (Kongres Kobiet) zu nennen. Letzterer organisierte 2009 eine Diskussion über Frauen aus Minderheiten.

- Borzymińska, Zofia & Żebrowski, Rafał. (2003b). *Polski Słownik Judaistyczny* (Bd. 2). Warszawa: Prószyński i S-ka.
- Encyclopaedia Judaica*. (2007). (Bd. 11). Detroit u. a.: Thomson Gale.
- Graff, Agnieszka. (2001). *Świat bez kobiet. Pleć w polskim życiu publicznym*. Warszawa: W.A.B.
- Graff, Agnieszka. (2008). *Rykoszetem. Rzecz o płci, seksualności i narodzie*. Warszawa: W.A.B.
- Gruber, Ruth Ellen. (2004). *Odrodzenie kultury żydowskiej w Europie*. Sejny: Pogranicze.
- Kuźma-Markowska, Sylwia. (2010). Zbudź się Żydówko! Genderowe ujęcie tematu kontroli urodzeń wśród Żydów w międzywojennej Polsce. In Joanna Lisek (Hrsg.), *Nieme dusze? Kobiety w kulturze jidysz* (S. 465–480). Wrocław: Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego.
- Lisek, Joanna. (2008). „Dyskurs feministyczny w prasie jidysz”. *Pamiętnik Literacki*, (4), 61–77.
- Lisek, Joanna. (2008). „Pua Rakowska i jej walka o prawa kobiet”. *Midrasz. Pismo Żydowskie*, (10), 9–12.
- Lisek, Joanna. (2010) „Feminist Discourse in Women’s Yiddish Press in Poland”. *PaRDeS: Zeitschrift der Vereinigung Jüdische Studien e.V.*, (16), 92–116.
- Or, Tamara. (2009). *Vorkämpferinnen und Mütter des Zionismus. Die deutsch-zionistischen Frauenorganisationen (1897–1938)*. Frankfurt/M.: Peter Lang.
- Penn, Shana. (2000/2001). Pluralism in Poland? Democracy in the balance. Jewish Feminists Rally For Tolerance in a Post-Communist World. *Lilith the Independent Jewish Magazine*, 25 (4).
- Przewłocka, Jadwiga. (2010). *Zaangażowanie społeczne Polaków w 2010 roku. Wolontariat, filantropia, 1 %*. Raport z badań. Warszawa: Stowarzyszenie Klon Jawor.
- Rakovsky, Puah. (2002). *My life as a Radical Jewish Woman. Memoirs of a Zionist Feminist in Poland*. Bloomington/Indianapolis: Indiana University Press.
- Shepherd, Naomi. (1994). *Price below the Rubbies. Jewish Women as Rebels and Radicals*. Cambridge/Massachusetts: Harvard University Press.
- Sienkiewicz, Witold. (Hrsg.). (2010). *Atlas Historii Żydów Polskich*. Warszawa: Demart.
- Szwarcman-Czarnota, Bella. (2006). *Mocą przepasały swe biodra*. Warszawa: Fundacja Mojżesza Schorra.
- Szwarcman-Czarnota, Bella. (2010). *Cenniejsze niż perły. Portrety kobiet żydowskich*. Kraków: Austeria.
- Szymaniak, Karolina. (2006). *Być agentem wiecznej idei. Przemiany poglądów estetycznych Debory Vogel*. Kraków: Universitas.
- Vasagar, Jeevan & Borget, Julian. (2011). A Jewish renaissance in Poland. *The Guardian*. Zugriff am 25. Mai 2012 unter www.guardian.co.uk/world/2011/apr/07/jewish-renaissance-poland
- Zarubin, Przemysław. (2009). *Spoleczność żydowska w Polsce*. Zugriff am 25. Mai 2012 unter <http://www.scenamysli.eu/artykuly.php?s=1&lang=PL&dzial=3&id=418>

Zur Person

Katarzyna Czerwnogóra, Soziologin und Aktivistin, 2009 MA-Abschluss der Jagiellonian University in Krakau. Doktorandin im Projekt „The Transnationalization of Struggles for Recognition – Women and Jews in France, Germany, and Poland in the 20th Century“, koordiniert vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Arbeitsschwerpunkte: Frauenbewegung im Zionismus vor der Staatsgründung, Reproduktive Rechte und Bildung von Frauen.

Kontakt: Ul. Chocimska 7a/23, 00-791 Warschau, Polen

E-Mail: redhillka@gmail.com

Rosa Schneider, Katrin List, Susanne Höfker

Weiblich, jung, online – sind Studentinnen besonders häufig von Stalking betroffen? Ergebnisse einer Hochschulbefragung

Zusammenfassung

Im Rahmen des EU-Forschungsprojektes Gender Based Violence, Stalking and Fear of Crime erheben die Autorinnen dieses Artikels derzeit mit vier anderen multiprofessionellen Forschungsteams aus Großbritannien, Italien, Spanien und Polen transnational vergleichbare Daten zur Gewaltbetroffenheit weiblicher Studierender. Ende 2009 wurden an der Ruhr-Universität Bochum Studentinnen mit einem Online-Fragebogen unter anderem zu ihrer Stalking-Betroffenheit befragt. Die Ergebnisse dieser Befragung werden vorgestellt und im Kontext der deutschen Stalkingforschung diskutiert. Die Autorinnen stellen Umfang und Art der Stalking-Betroffenheit von Studentinnen vergleichend dar und beleuchten deren spezifische Umstände. Dabei kommen sie zu dem Ergebnis, dass Studentinnen aufgrund ihres Alters in besonders hohem Maße von Stalking betroffen sind. Hierbei ist das Internet der häufigste Ort von Stalkinghandlungen und das Ex-Partner-Stalking, teils mit massiver Gewaltanwendung, die häufigste Form von Stalking.

Schlüsselwörter

Stalking, Studentinnen, Gewaltbetroffenheit, Opferbefragung

Summary

Female, young, online – are female students disproportionately frequently affected by stalking? Results of a university survey

The authors are currently coordinating the EC Research Project Gender-based Violence, Stalking and Fear of Crime. Together with four other multiprofessional groups of researchers from the UK, Italy Spain and Poland they are currently collecting transnationally comparable data on violence against female students. They present data on stalking from a first online survey carried out at the University of Bochum, Germany, and discuss them with regard to national research on stalking. The authors present results on how and to what extent students are affected by stalking and discuss their specific circumstances. They conclude that students are a high-risk group on account of their age. While the internet is the most frequent place where stalking is encountered, ex-partner stalking with physical violence, some of it serious, is the most frequent form of stalking.

Keywords

stalking, female students, prevalence of violence, victimization survey

1 Der Stand der Stalkingforschung

Ausgehend von den USA findet seit etwa Mitte der 1980er Jahre eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen Stalking statt, die vor allem in England und Australien aufgegriffen wurde. Zunächst stand das Phänomen des Prominenten-Stalkings im Fokus der Forschung. Nachdem es jedoch in den USA ab 1989 im Zusammenhang mit Stalking verstärkt zu Tötungsdelikten nicht-prominenter Personen, meist Frauen, durch ihre Ex-Partner kam, richtete sich der Blick der Stalkingforschung zunehmend auf nicht-prominente Stalkingbetroffene. Mehrere Erhebungen kamen zum Ergebnis,

dass deutlich mehr junge Menschen als ältere in ihrem Leben Stalkingerfahrungen gemacht haben. Die Rate bei unter 30-Jährigen erwies sich dabei als doppelt so hoch wie beispielsweise bei Personen im Alter von 55 Jahren (Budd/Mattinson 2000; Purcell/Pathé/Mullen 2002). Diese Tendenz wird von Untersuchungen mit studentischen Stichproben bestätigt (Bjerregaard 2002; Fremouw et al. 1997). Eine repräsentative bevölkerungsbasierte britische Studie (1998) erhob das höchste Stalking-Risiko für junge Frauen zwischen 16 und 29 Jahren (insgesamt 45 %), insbesondere mit dem Schulabschluss Abitur bzw. einem Studium (Müller 2008: 106f.).

In Deutschland hat eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen Stalking Ende der 1990er Jahre begonnen. Es liegen mehrere Erhebungen vor, die in den letzten zehn Jahren Stalking untersucht haben und deren Ergebnisse erste Aussagen zu Art und Umfang der Stalking-Betroffenheit in Deutschland ermöglichen. Der Frage, ob und inwiefern Studentinnen aufgrund ihres Alters in besonders starkem Maße von Stalking betroffen sind, wurde im deutschen Kontext bislang noch nicht systematisch nachgegangen.

Der Lehrstuhl für Kriminologie der Ruhr-Universität Bochum, der auf eine langjährige Tradition von Opferbefragungen im Rahmen von Dunkelfeldstudien zurückblicken kann, nahm dies zum Anlass, ein Forschungsprojekt zu initiieren. Seit 2009 wird das dreijährige Projekt *Gender Based Violence, Stalking and Fear of Crime* von der Europäischen Union gefördert und von den Autorinnen koordiniert. Zusammen mit vier anderen multiprofessionellen Forschungsteams aus Großbritannien, Italien, Spanien und Polen erheben sie derzeit transnational vergleichbare Daten zur Gewaltbetroffenheit weiblicher Studierender. In einer ersten Pilotphase wurden Ende 2009 an den jeweiligen Heimatuniversitäten Studentinnen mit einem Online-Fragebogen befragt. Aus dieser an der Ruhr-Universität Bochum durchgeführten Befragung stammen die hier vorgestellten Forschungsergebnisse zur Stalking-Betroffenheit von Studentinnen.

Neben der Hochschulbefragung in Bochum hat es zwischen 2002 und 2004 bislang drei größere Stalking-Studien in Deutschland gegeben (Stadler 2006; Voß/Hoffmann/Wondrak 2005; Dreßing/Gass/Kühner 2005a; Dreßing/Gass/Kühner 2005b). In der ersten deutschen Repräsentativstudie zur Gewaltbetroffenheit von Frauen wurden ebenfalls Stalkinghandlungen erhoben (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2004). Aufgrund ihrer sehr unterschiedlichen methodischen Zugänge lassen sich die Ergebnisse dieser vier deutschen Studien allerdings nur eingeschränkt miteinander vergleichen. Soweit dies möglich ist, werden die Untersuchungen dennoch als Referenzstudien zur Einordnung der Bochumer Ergebnisse herangezogen. Die geringe Vergleichbarkeit der Studien weist darauf hin, dass es sich beim Thema Stalking um ein noch relativ neues Forschungsgebiet handelt, bei dem allgemein anerkannte Definitionen und Erhebungsstandards noch nicht vorliegen. Neben der Leitfrage nach dem Stalking-Risiko für junge Frauen im Studium hat dieser Beitrag deshalb auch das Anliegen, eine Bestandsaufnahme der derzeitigen deutschen Stalkingdaten vorzunehmen und sich daraus ergebende Forschungsdesiderate aufzuzeigen.

1.1 Schwierigkeiten der Definition

Stalking lässt sich nicht auf einzelne Handlungen oder Verhaltensformen reduzieren, sondern muss als komplexes, immer aus einem Handlungsbündel bestehendes Phäno-

men begriffen werden. Dies macht die Operationalisierung von Stalking schwierig. Stalking ist in diesem Sinne als eine Menge stark heterogener Verhaltensformen zu verstehen, die erst in ihrer Gesamtheit und über einen längeren Zeitraum hinweg als Stalking bezeichnet werden können, während viele der Einzelhandlungen isoliert betrachtet als vermeintlich harmlos einzustufen wären (Burgheim 2007: 52–55).

Da es bisher keine einheitliche Definition des Phänomens Stalking gibt, liegen den verschiedenen nationalen und internationalen Studien unterschiedliche Definitionen und Operationalisierungen zugrunde. Sie unterscheiden sich teilweise erheblich in Häufigkeit und Dauer der Stalkingsituationen sowie darin, ob das subjektive Angstepfindens des/r Gestalkten berücksichtigt wurde. Es liegt auf der Hand, dass die Prävalenzraten sich abhängig von der jeweils zugrunde gelegten Definition teilweise massiv unterscheiden.

So wurde beispielsweise in der weltweit ersten Stalkingprävalenzstudie in Australien aus dem Jahr 1996 bereits dann von Stalking gesprochen, wenn zwei voneinander unabhängige Stalkingsituationen vorliegen, während das Angstepfinden der Stalkingopfer unberücksichtigt blieb (Mullen/Pathé/Purcell 2000). In einer späteren, von Purcell et al. durchgeführten Studie wurde das Angstepfinden berücksichtigt, indem dann von Stalking gesprochen wurde, wenn mindestens zwei unerwünschte und Angst auslösende Belästigungen vorlagen. Die in dieser Studie ermittelte Prävalenzrate von 23 Prozent reduzierte sich auf 13 Prozent, wenn eine Mindestdauer von zwei Wochen angesetzt wurde, und auf 11 Prozent, wenn die Betroffenen mindestens vier Wochen den Belästigungen ausgesetzt waren (Purcell/Pathé/Mullen 2002).

Die US-amerikanischen Wissenschaftlerinnen Tjaden und Thoeness hingegen haben bei ihren Untersuchungen die Auswirkungen des Angstepfindens auf die Prävalenzrate untersucht (Tjaden/Thoeness 1998). Unter Berücksichtigung des Angstgefühls während der erlebten Situation ergab sich eine Prävalenzrate von 8 Prozent. Wurde die Angstkomponente herausgenommen, so stieg die Rate auf 12 Prozent an.

Auch Hoffmann hat eine Klassifizierung von Stalking vorgenommen, um das Ausmaß von Stalking quantifizieren und gleichzeitig die verschiedenen Operationalisierungen berücksichtigen zu können (Hoffmann 2006: 11–12). Er unterscheidet dabei zwischen leichtem Stalking (kurze Dauer, keine oder nur geringe Angst), mittlerem Stalking (variable Dauer, Gefühl von Furcht) und extremem Stalking (lange Dauer, Angst vor schwerer Gewalt). Laut Hoffmann nimmt die Auftrittshäufigkeit von Stalking in dieser dreistufigen Klassifikation mit zunehmendem Schweregrad trichterförmig ab („Stalkingtrichter“) und ergibt Prävalenzraten von 23–25 Prozent für leichtes, 11–13 Prozent für mittleres und 5–7 Prozent für extremes Stalking. Hoffmann benennt in seiner auf Studien aus fünf westlichen Staaten basierenden Metaanalyse weder, auf welche Studien genau er sich bezieht, noch präzisiert er, wie er die Begriffe Angst und Furcht gegeneinander abgrenzt bzw. wie die Dauer quantifiziert wurde. Dies schmälert die Erklärungskraft des Modells.

1.2 Die deutschen Stalkingdaten

1.2.1 Bremen

Die erste größere Befragung zu Stalking wurde im Rahmen des ab 2001 laufenden Stalking-Projektes *InformationssystemAnzeige (ISA)* in Bremen durchgeführt, in dessen

Verlauf erstmals in Deutschland fünf Stellen für Stalkingbeauftragte bei der Bremer Polizei eingerichtet wurden. Die Datenbasis der von Lena Stadler durchgeführten Untersuchung bildeten alle zwischen Januar 2002 und Dezember 2004 bei der Polizei Bremen registrierten Fälle von Stalking. Von den insgesamt 347 Stalkingopfern konnten 243 mit einem schriftlichen Fragebogen per Post erreicht werden. Nach einer Datenbereinigung verblieben von den 75 Antwortenden als Fallbasis 69 Personen, wobei es sich um 63 (91,3 %) weibliche Opfer handelte. Die Klassifizierung als Stalkingopfer wurde dabei von den Stalkingbeauftragten vorgenommen, wobei keinerlei Informationen darüber bekannt sind, nach welchen Kriterien dies im Einzelnen geschah.

1.2.2 Darmstadt

Fast zeitgleich, zwischen Juli 2002 und Mai 2004, stellte das Institut für Psychologie der Technischen Universität Darmstadt einen Online-Fragebogen auf seine Institutshomepage. Die unter der Leitung von Hans-Georg W. Voß und Jens Hoffmann durchgeführte Befragung richtete sich mit zwei unterschiedlichen Fragebögen sowohl an Stalkingopfer als auch an Stalkende. Auf die Erhebung wurde in unterschiedlichen Medien, wie beispielsweise Tageszeitungen, Rundfunk und Fernsehen, bzw. durch Verlinkung mit anderen Webseiten aufmerksam gemacht. Zusätzlich konnten Papierfragebögen inklusive frankierter Rückumschläge angefordert werden, sodass auch Personen ohne Internetanschluss ohne zusätzliche Kosten an der Befragung teilnehmen konnten. Bei den 551 Personen, die in die Untersuchung eingingen, handelt es sich um Betroffene, die sich selbst als Stalkingopfer sehen und aus eigenem Antrieb an der Befragung teilgenommen haben. Der Frauenanteil lag hier bei 84,8 Prozent.

1.2.3 Mannheim

Die erste und bislang einzige auf einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe basierende Untersuchung zum Thema Stalking in Deutschland wurde im Juli 2004 von Harald Dreßing, Peter Gass und Christine Kühner vom Zentralinstitut für Seelische Gesundheit in Mannheim durchgeführt. Anhand der Einwohnermeldedatei wurden per Zufallsauswahl hier jeweils 1 000 Frauen und Männer im Alter zwischen 18 und 65 Jahren ausgewählt, denen per Post ein Fragebogen zugesandt wurde. Den Befragten wurde absolute Anonymität zugesichert und ein adressierter und frankierter Rückumschlag beigelegt. Mit einer Rücklaufquote von 34,2 Prozent nahmen insgesamt 679 Personen teil. Nach einer Datenbereinigung konnten 675 Personen in die Untersuchung aufgenommen werden, wobei die Frauen mit einem Anteil von 58,8 Prozent etwas stärker in der Stichprobe vertreten waren.

1.2.4 Repräsentativstudie

Die Studie *Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland* von 2004 ist die erste und bislang einzige bundesweite Gewaltprävalenzstudie. Unter Leitung von Ursula Müller und im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erhob von März 2002 bis September 2004 ein Forscherinnenteam des interdisziplinären Zentrums für Frauen- und Geschlechterforschung der Universität

Bielefeld zusammen mit *infas*, Institut für Sozialforschung, die bislang umfassendsten Daten zur Gewaltprävalenz in Deutschland. In der als Haushaltsbefragung angelegten Hauptuntersuchung wurden auf der Grundlage einer repräsentativen Gemeindestichprobe 10 000 Frauen im Alter von 16–85 Jahren in ganz Deutschland zu ihrer Gewaltbetroffenheit, ihrem Sicherheitsgefühl sowie ihrer psychosozialen und gesundheitlichen Situation befragt. Als Erhebungsinstrumente wurden standardisierte Face-to-face-Interviews und ein zusätzlicher Paper-Pencil-Selbstaufüller eingesetzt. Die Ausschöpfungsquote der bereinigten Brutto-Stichprobe lag bei 51,6 Prozent, wobei die Ausfälle mit zunehmendem Alter der Zielpersonen anstiegen (nur 39 % Ausschöpfung bei über 75-Jährigen). Stalkinghandlungen wurden hier als Teilbereich mit in die Untersuchung aufgenommen, jedoch nicht auf der Grundlage einer Stalkingdefinition ausgewertet. Dennoch liefert die Studie hilfreiche Anhaltspunkte zur Einordnung der Stalking-Betroffenheit von Frauen und wird deshalb vergleichend herangezogen.

1.2.5 Vergleichbarkeit der Daten

In der Stalkingforschung herrscht Einvernehmen darüber, dass Stalking auch nach Verabschiedung des Stalking-Paragrafen § 238 StGB im März 2007 vor allem als Dunkelfeldphänomen verstanden werden muss: Da StalkerInnen überwiegend aus dem sozialen Nahbereich der Betroffenen stammen, besteht die Tendenz der Opfer, Stalkinghandlungen nicht anzuzeigen. Als Hellfelduntersuchung kann die Studie aus Bremen deshalb nur sehr begrenzt Auskunft über die tatsächliche Prävalenz von Stalking geben, da sie nur dessen kleineren, kriminalistisch sichtbaren Teil abbildet. Im Gegensatz zu Bremen liefert die Erhebung aus Darmstadt zwar Dunkelfelddaten. Aufgrund ihrer Anlage als offene Online-Umfrage birgt sie jedoch ein genau gegenteiliges Problem: Es muss von einer Überbewertung der Prävalenz ausgegangen werden. Dies ist ein grundlegendes Problem von Online-Befragungen, die nicht gezielt eine bestimmte, vorher festgelegte Personengruppe zur Teilnahme an der Untersuchung auffordern, sondern zur vollständig offenen Teilnahme ins Netz gestellt werden (Maurer/Jandura 2009: 62). Dieses Forschungsdesign ist zwar hilfreich, um ein neues Forschungsfeld zu explorieren. Nach allem, was die Forschung über das Beteiligungsverhalten an Online-Umfragen bislang weiß, muss bei offen ins Netz gestellten Befragungen davon ausgegangen werden, dass das persönliche Interesse am Thema das wichtigste Motiv für die Teilnahme darstellt (Couper/Coutts 2004: 218). Für eine Opferbefragung heißt dies konkret, dass sich von Gewalt Betroffene überproportional häufig beteiligen und es sich also nicht um eine Dunkelfelderhebung im eigentlichen Sinne handelt.

Anders als die Studien aus Bremen und Darmstadt sind die Mannheimer Umfrage und die bundesweite Repräsentativstudie als bevölkerungsbasierte Opferbefragungen angelegt. Auch wenn die Studie aus Mannheim streng genommen keinen bundesdeutschen, sondern nur einen für die Stadt Mannheim repräsentativen Bevölkerungsdurchschnitt wiedergibt, so liefern die Ergebnisse dieser beiden Studien doch verallgemeinerbare Daten zur Beleuchtung von Stalking als Dunkelfeldphänomen. Um eine Aussage darüber zu treffen, ob und inwieweit sich die Ergebnisse der Bochumer Hochschulbefragung vom Bevölkerungsdurchschnitt unterscheiden, wird deshalb im Folgenden nur Bezug auf die Daten der Mannheim-Studie und der Repräsentativstudie genommen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Mannheimer und Bochumer Prävalenzen sich einmal auf eine gemischtgeschlechtliche und einmal auf eine rein weibliche Untersuchungsgruppe beziehen. Die geschlechtsspezifisch nicht aufgeschlüsselten Mannheimer Ergebnisse sind insofern nur mit Vorbehalt mit den Bochumer Daten vergleichbar. Hier können die geschlechtsdifferenzierten Daten der bundesweiten Repräsentativstudie helfen, einen Vergleich abzusichern: Zwar liefert die Repräsentativstudie keine Daten über Dauer- und Angstempfinden der erlebten Stalkinghandlungen und ermöglicht damit keine Aussagen über Stalking im engeren Sinne. Aufgrund der hohen Ähnlichkeit des eingesetzten Erhebungsinstruments – wie in Bochum wurde auch hier mit einer Adaption von Coleman's Stalking Behaviour Checklist gearbeitet – lässt sich die Repräsentativstudie jedoch sehr gut mit den Bochumer Ergebnissen vergleichen.

2 Die Bochumer Befragung

2.1 Forschungsdesign

Ende 2009 wurde allen Studentinnen der Ruhr-Universität Bochum sowohl per E-Mail als auch auf postalischem Weg ein Link zugeschickt, über den sie zur Online-Befragung gelangen konnten. Ein ausführliches Anschreiben unterrichtete über den Hintergrund und die Intention der Befragung und sicherte den teilnehmenden Studentinnen absolute Anonymität zu. Darüber hinaus wurde bereits im Vorfeld und während der Laufzeit des Fragebogens in den universitätsinternen Medien (Homepage, Studierendenzzeitung, Uni-Radio) über die Befragung berichtet. Nach zwei Wochen wurde einmalig eine Erinnerungs-E-Mail verschickt. Von den 16 158 Angeschriebenen riefen 3 485 den Fragebogen auf. Nach einer Datenbereinigung konnten 3 210 weibliche Studierende in die Untersuchung aufgenommen werden, was einer Rücklaufquote von 19,9 Prozent entspricht.

Die Studentinnen wurden zu ihrem Sicherheitsgefühl, ihrer Gewaltbetroffenheit und ihrem Mitteilungsverhalten befragt. Zur Erfassung der Stalking-Betroffenheit wurde mit einer Adaption von Coleman's Stalking Behaviour Checklist gearbeitet, die leicht zusammengefasst und um einige Stalking-Items aus anderen Untersuchungen ergänzt wurde (Coleman 1997). Den Erhebungsschwerpunkt der Untersuchung bildeten die Gewalterlebnisse während der Zeit des Studiums. Immer dann, wenn die Befragte die Übergriffe während ihrer Studienzeit erlebt hatte, wurden detailliertere Daten erhoben. Die Befragte wurde in dem Fall dann gebeten, aus den Gewalterlebnissen während der Studienzeit das für sie am schwerwiegendste auszuwählen und dazu nähere Angaben zu machen. Neben Fragen zur übergriffigen Person, dem Ort und Zeitpunkt des Übergriffs sowie zu dessen allgemeinen und aufs Studium bezogenen Folgen wurde die Befragte gebeten, ihr subjektives Bedrohungsgefühl und den Gewaltcharakter der Situation einzuschätzen und Angaben darüber zu machen, ob und mit wem sie über die erlebte/n Situation/en gesprochen hat bzw. warum sie dies nicht getan hatte. Um die Ergebnisse mit den genannten Studien vergleichen zu können, wurde darüber hinaus die Lebenszeitprävalenz ermittelt.

Der Fragebogen wurde mit einer differenzierten Filterführung erstellt, sodass die Befragten jeweils nur zu den für sie relevanten Fragen bzw. Unterfragen geleitet wur-

den. Auf diese Weise sollte zum einen die Bearbeitungszeit reduziert und zum anderen vermieden werden, dass die Befragten den Fragebogen bei für sie irrelevanten Fragen abbrechen. Aufgrund der Sensibilität des Themas wurde auf Pflichtfragen weitgehend verzichtet und diese wurden nur dort eingesetzt, wo sie für die Filterführung unverzichtbar waren. Zusätzlich wurde mit den Antwortoptionen „weiß nicht“ und „möchte nicht antworten“ gearbeitet, um den Befragten zu signalisieren, dass sie mit dem Fragebogen nicht unter Druck gesetzt werden sollen und auch solche Antworten akzeptiert und respektiert werden. Die durch diese themen- und zielgruppenspezifische Fragebogenkonstruktion bedingte erhöhte Anzahl von Item-Nonresponse, die als fehlende Werte in die Untersuchung eingingen, wurde zugunsten ethischer Überlegungen in Kauf genommen. Im Folgenden werden für jede Fragestellung die entsprechenden Fälle betrachtet, das heißt, es wird mit variierenden Bezugsgesamtheiten gearbeitet.

Ähnlich wie in der Studie aus Darmstadt kann auch in der Bochumer Erhebung nicht ausgeschlossen werden, dass sich von Gewalt betroffene Studentinnen eher an der Umfrage beteiligt haben als ihre nicht betroffenen Kommilitoninnen. Anders als in der Darmstädter Online-Befragung hatte das Bochumer Forschungsteam jedoch die Möglichkeit, alle zu befragenden Personen über einen universitätsinternen E-Mail-Verteiler zu erreichen. Da Medienkompetenz und Internetzugang aufgrund der universitären Infrastruktur bei studentischen Stichproben als gegeben vorausgesetzt werden können, kann hier das gegen Online-Befragungen vorgebrachte Hauptargument, der sogenannte Undercoverage-Fehler, bei dem aufgrund von fehlendem Internetzugang bestimmte Personengruppen von der Befragung ausgeschlossen werden, als vernachlässigbar eingestuft werden (Couper/Coutts 2004: 18).

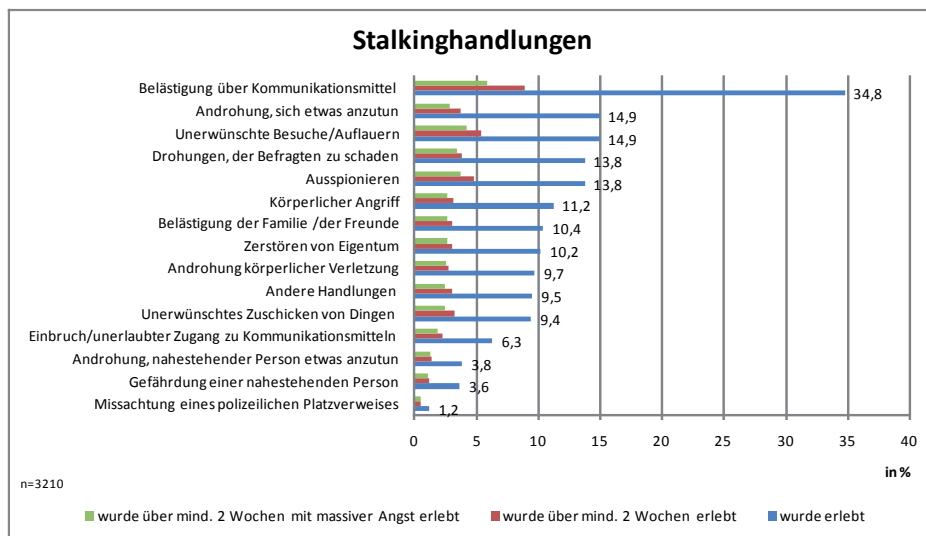
2.2 Darstellung und Einordnung der Ergebnisse

2.2.1 In welchem Umfang sind Studentinnen von Stalking betroffen?

Die Bochumer Befragung hatte in erster Linie die Aufgabe, Gewaltbetroffenheit während des Studiums zu erfassen. Um die Ergebnisse dennoch mit nationalen und internationalen Stalkingdaten vergleichbar zu machen, wurde neben einer detaillierten Erfassung des Studienzeitraums die Lebenszeitprävalenz erfasst. Dazu wurde das Angstempfinden anhand derjenigen juristischen Definitionen operationalisiert, die sich aus den in den Partnerländern geltenden Stalking-Paragrafen ergeben:¹ eine massive und langandauernde Angst, eine begründete Angst um die eigene Sicherheit oder eine Änderung der Lebensführung. Angstempfinden lag nach dieser Definition dann vor, wenn sich aus den erlebten Stalkingsituationen für die Befragte mindestens eine der drei Auswirkungen ergeben hatte. Im Vergleich mit anderen Studien stellt dies eine sehr enge Definition von Stalking dar, die nur strafrechtlich relevante Handlungen als Stalking erfasst. Um die Abhängigkeit der Prävalenz von der gewählten Definition zu veranschaulichen, werden im Diagramm unten die erlebten Stalkinghandlungen differenziert nach Dauer und Angstempfinden dargestellt:

1 In Deutschland kann seit der Einführung des § 238 StGB Nachstellung im März 2007 Stalking strafrechtlich verfolgt werden. In England gibt es seit 1997 einen Stalking-Paragrafen, in Italien seit 2009. In Polen und Spanien gibt es bislang kein explizit Stalking betreffendes Gesetz.

Abbildung 1: Stalkinghandlungen differenziert nach Dauer und Angstepfinden (Daten aus: Gender-based Violence, Stalking and Fear of Crime. EU-Projekt 2009-2011)



Legt man keine Stalkingdefinition zugrunde, so beträgt die Lebenszeitprävalenz der Studentinnen in Bochum 56 Prozent. Betrachtet man jedoch diejenigen, die die Stalkinghandlungen wiederholt über mindestens zwei Wochen erlebt haben, so liegt die Betroffenheitsrate bei 11 Prozent. Berücksichtigt man nur die Fälle von Stalking, die im juristischen Sinne schwerwiegende Folgen nach sich zogen, so bleibt noch immer eine Prävalenz von 7,1 Prozent.

Verglichen mit der Mannheimer Lebenszeitprävalenz von 11,6 Prozent erscheint die Rate zwar geringer, allerdings wurde dort neben der zeitlichen Eingrenzung auf mindestens zwei Wochen nur das Kriterium zugrunde gelegt, dass die Handlungen Angst auslösen mussten. Im Vergleich mit Mannheim ist die am Straftatbestand orientierte Bochumer Definition des Angstepfindens deutlich enger und insofern nur eingeschränkt mit Mannheim vergleichbar. Vergleicht man die Anteile aller Befragten, die in Bochum und in der Repräsentativstudie mindestens eine der genannten Stalkinghandlungen seit ihrem 16. Lebensjahr erlebt haben, so unterscheiden sich die Raten massiv. In der Repräsentativstudie war dies genau ein Fünftel, in Bochum fast die Hälfte der befragten Frauen (48,4 %). Auch wenn sich aus diesem Befund keine Aussage über die Stalkingprävalenz im engeren Sinne ableiten lässt, so weist die mehr als doppelt so hohe Betroffenheit der Studentinnen im Vergleich zum weiblichen Bevölkerungsdurchschnitt sehr deutlich darauf hin, dass das Alter einen zentralen Einflussfaktor bei der Stalking-Betroffenheit darstellt, das heißt, Studentinnen als junge Erwachsene haben ein deutlich erhöhtes Risiko, Opfer von Stalking zu werden.

Dies bestätigt sich auch in den altersdifferenzierten Raten, die die Repräsentativstudie zu sexueller Belästigung macht. Jüngere Frauen gaben deutlich häufiger an, sexuell belästigt worden zu sein als ältere Frauen: Die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen

erfuhr mehr als doppelt so oft sexuelle Belästigung wie beispielsweise Frauen zwischen 35 und 44 Jahren (46,3 % zu 21,01 %) (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2004: 100).

Betrachtet man schließlich die auf die Studienzeit bezogene Stalkingprävalenz, so ergeben sich hier weitere Hinweise auf eine besondere Gewaltbetroffenheit jüngerer Frauen. Bezogen auf den Zeitraum des Studiums wurde in der Bochumer Erhebung als Stalkingopfer definiert, wer eine subjektiv schwerwiegendste Situation benannt und sich während dieser Situation ernsthaft bedroht gefühlt hatte. Laut dieser Definition haben von den 3 210 in Bochum Befragten 415 Stalking erlebt, was einer Rate von 12,9 Prozent entspricht. Im Vergleich zur Mannheimer Lebenszeitprävalenz von 11,6 Prozent erscheint diese Rate auf den ersten Blick als nur geringfügig höher.² Berücksichtigt man jedoch, dass die Bochumer Studentinnen hier ausschließlich die während der Zeit des Studiums erlebten Stalkinghandlungen angaben, so bezieht sich die Betroffenheitsrate auf einen im Vergleich mit dem Mannheimer Bevölkerungsdurchschnitt wesentlich kürzeren Erfassungszeitraum und muss deshalb als eher hoch bewertet werden.

2.2.2 Welche Formen von Stalking erleben Studentinnen?

Auch in der Art der erlebten Übergriffe scheint sich die studentische Untersuchungsgruppe vom Mannheimer Bevölkerungsdurchschnitt zu unterscheiden. Leider liegen die nach Stalkinghandlungen ausdifferenzierten Betroffenheitsraten der Repräsentativstudie nicht auch altersdifferenziert vor. Wie bereits im Vergleich mit Mannheim muss deshalb auch hier davon ausgegangen werden, dass die Studentinnen aufgrund ihres im Durchschnitt geringeren Lebensalters – 92,7 Prozent der Befragten waren jünger als 30 Jahre – zwar dieselbe Menge der Übergriffe wie das Repräsentativsample erlebt haben, diese jedoch in einem deutlich kürzeren Erhebungszeitraum.

Viele Stalkinghandlungen wurden in der Repräsentativstudie und in Bochum ungefähr gleich häufig erlebt, so zum Beispiel die Drohungen der stalkenden Person, der Betroffenen zu schaden (Repräsentativstudie 22,7 %; Bochum 19,1 %) oder sich selbst etwas anzutun (Repräsentativstudie 27 %; Bochum 25,7 %). Als mit Abstand häufigste Form des Übergriffs wurden in beiden Studien aufdringliche oder bedrohliche Anrufe, Briefe, E-Mails oder andere Nachrichten genannt: In der Repräsentativstudie von 58,2 %, in Bochum sogar von 59,8 % der Befragten.

Angesichts dieser relativ ähnlichen Zahlen fällt umso stärker auf, dass das in der Repräsentativstudie am zweithäufigsten genannte Item sich in seiner Häufigkeit massiv von Bochum unterscheidet: So gab knapp die Hälfte der Frauen in der Repräsentativstudie an, unerwünschte Besuche und Auflauern zu Hause oder auf der Arbeit erlebt zu haben (45 %), in Bochum hatte dies jedoch nur gut ein Viertel der Studentinnen erlebt (25,8 %).

Worin dieser massive Unterschied begründet sein könnte, lässt sich beim derzeitigen Stand der Forschung allenfalls vermuten. Die Tatsache, dass mehr als die Hälfte aller Stalkinghandlungen (51,6 %), zu denen die Studentinnen weiterführende Angaben

2 Es ist zu berücksichtigen, dass ein Vergleich zwischen Mannheim und Bochum hier nur unter der Einschränkung gemacht werden kann, dass die Definitionskriterien des subjektiven Bedrohungsgefühls sich in den beiden Studien auf unterschiedliche Bezugsgrößen (allgemeines bzw. situationsbezogenes Bedrohungsgefühl) beziehen.

machten, im Internet bzw. am Telefon erlebt wurde, könnte hier jedoch einen Hinweis darauf geben, dass die neuen Medien bei der Altersgruppe der heute unter 30-Jährigen auch in Bezug auf Stalking eine zunehmend starke Rolle spielen: Virtuelle und nicht persönliche Stalkinghandlungen in Form von belästigenden E-Mails, Anrufen und Nachrichten könnten hier Belästigungen mit direktem Kontakt wie Auflauern und unerwünschten Besuchen bei den inzwischen gerne als ‚digital natives‘ bezeichneten jungen Erwachsenen abgelöst haben.

Dem von der Universität Leipzig 2010 herausgegebenen „Soziale Online-Netzwerke-Report“ zufolge berichten 12 Prozent der befragten 18- bis 19-Jährigen über schlechte Erfahrungen bei der Nutzung sozialer Online-Netzwerke: Etwa ein Viertel aller Befragten nennt Beleidigungen, Bedrohungen, Mobbing, etwa ein Fünftel sexuelle Belästigung, wobei vornehmlich weibliche Jugendliche von sexueller Belästigung über Netzwerkplattformen betroffen sind (Schorb et al. 2010: 50, 71).

2.2.3 Stalking – ein Phänomen des sozialen Nahbereichs

Sowohl in Mannheim als auch in Bochum war den Befragten in circa drei Viertel der Fälle die stalkende Person bekannt (Mannheim 75,6 %; Bochum 72,2 %). In beiden Studien war der größte Teil der stalkenden Personen männlich: In Mannheim gingen 85,5 Prozent der Übergriffe von Männern aus, in Bochum sogar 92 Prozent. Die relativ hohen Übereinstimmungen der Stalker-bezogenen Ergebnisse legen die Vermutung nahe, dass sich die studentische Stichprobe hier auf den ersten Blick kaum vom Bevölkerungsdurchschnitt unterscheidet und Stalking ein deutlich geschlechtsspezifisches Phänomen darstellt.

In beiden Studien bestätigt sich auch, dass Stalking mit Abstand am häufigsten von früheren Beziehungspartnern ausgeht. Sowohl in Mannheim (32,1 %) als auch in Bochum (33,6 %) machen Ex-Partner ein Drittel der stalkenden Personen aus. Angesichts des oben beschriebenen deutlich kürzeren Erfassungszeitraums in Bochum und der Annahme, dass die Studentinnen aufgrund ihres im Durchschnitt geringeren Alters vermutlich auf insgesamt weniger Beziehungszeit zurückblicken, muss man die in Bochum gemessene Ex-Partner-Stalkingrate als eher hoch einschätzen. Sie könnte auf ein besonderes Risiko dieser Altersgruppe hindeuten. Ein solches Risiko, als Studentin in partnerschaftlichen Beziehungen Gewalthandlungen ausgesetzt zu sein, wird von internationalen Studien bestätigt. So liegt bei Untersuchungen amerikanischer College-Studierenden die Inzidenzrate für physische Beziehungsgewalt zwischen 11,2 und 32,5 Prozent (Böhm 2007: 244). Die Inzidenzrate für Gewaltanwendung von 32,9 Prozent für jüngere Paare (19–29 Jahre) ist dreimal höher als für ältere Paare (46–64 Jahre) (Böhm 2007: 2).

Auch in der Repräsentativstudie haben die Befragten mit Abstand am häufigsten Stalkinghandlungen durch Ex-Partner erlebt (in 60 % der Fälle). Im Vergleich zum in Mannheim und Bochum gemessenen Ex-Partner-Stalking in einem Drittel der Fälle erscheint die Rate hier extrem hoch. Sie ist jedoch insofern nicht vergleichbar, da – wie bereits erwähnt – in der Repräsentativstudie nur Stalkinghandlungen, nicht jedoch Stalking im engeren Sinne erfasst wurde. Gleichzeitig stellt die Repräsentativstudie einen starken Zusammenhang zwischen Gewaltbetroffenheit in der Paarbeziehung und erleb-

ten Stalkinghandlungen fest: Mehr als die Hälfte der Opfer häuslicher Gewalt (55,1 %) waren nach der Trennung mit Stalkingverhalten der Ex-Partner konfrontiert (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2004: Anhang 39). Da der Fokus der Bochumer Studie auf der Gewaltbetroffenheit der Studentinnen an der Hochschule lag, wurde die Betroffenheit durch häusliche Gewalt nicht erhoben. Es liegt jedoch eine alarmierend hohe Zahl an Studentinnen vor, die körperliche Gewalt bzw. deren Androhung erlebt hat: Gaben in der Repräsentativstudie 11,9 Prozent der Frauen an, dass ihnen schon einmal gedroht worden war, körperlich verletzt oder umgebracht zu werden, waren dies in Bochum 13,5 Prozent. Bei tatsächlich erlebter körperlicher Gewalt verschiebt sich dieses Verhältnis sogar noch gravierender: Gegenüber den 9,5 Prozent in der Repräsentativstudie liegt die Rate der von körperlicher Gewalt Betroffenen in Bochum mit 14,2 Prozent sogar noch über der bloßer Androhung. Betrachtet man die weiterführenden Angaben der Studentinnen, durch wen sie körperliche Gewalt erlebt haben, so gingen drei Viertel von Partnern bzw. Ex-Partnern aus. Diese erschreckend hohen Zahlen geben einen deutlichen Hinweis darauf, dass massive Beziehungsgewalt ein häufiges und sehr ernst zu nehmendes Problem bei jungen Frauen darstellt. Dies ist umso erstaunlicher angesichts der Tatsache, dass das Phänomen von häuslicher Gewalt bislang in Deutschland vornehmlich im Zusammenhang von Ehegemeinschaften diskutiert worden ist.

Kommt es in Beziehungen junger (unverheirateter) Paare zu Gewalt, wäre zu erwarten, dass dies unmittelbar zur Trennung führt. Allerdings zeigen US-amerikanische Untersuchungen, dass es in den Partnerschaften von unverheirateten und verheirateten Paaren in etwa gleich vielen Fällen zu gewalttätigen Handlungen kommt, dass also auch eine nicht-eheliche Beziehung trotz Gewaltaufkommens aufrecht erhalten wird (Böhm 2007: 48f.). Entsprechende Untersuchungen stehen für den deutschen Raum noch aus.

2.2.4 Mitteilungsverhalten

Angesichts der deutlichen Gewaltbetroffenheit von Studentinnen gibt das im Vergleich sehr zurückhaltende Hilfesuchverhalten der jungen Frauen einen weiteren Grund zur Sorge. Während die Mannheim-Studie nur die Kontaktaufnahme zu professionellen Anlaufstellen erfasste, wurde in die Bochumer Erhebung auch das private Umfeld mit einbezogen. Erfreulich an den Bochumer Ergebnissen ist dabei, dass die große Mehrheit der Befragten (89,9 %) sich mit ihrem Erlebnis jemandem anvertraute. Im Vergleich zum Mitteilungsverhalten bei massiver, strafrechtlich relevanter sexueller Gewalt, bei der sich die Bochumer Studentinnen nur in gut der Hälfte der Fälle mitteilten (57 %), spricht dies dafür, dass Stalking als Gewalthandlung deutlich weniger tabuisiert ist als sexualisierte Übergriffe. Betrachtet man, wem sich die Befragten mitteilten, so zeichnet sich für das professionelle Hilfesystem jedoch ein eher unerfreuliches Bild: Von denjenigen, die sich mit ihrem Erlebnis anvertrauten, tat eine Mehrheit von 60 Prozent dies ausschließlich in ihrem privaten Umfeld. Nur gut ein Fünftel der Studentinnen (22,2 %) wandte sich an die Polizei. Dies entspricht zwar der ähnlich geringen Anzeigenquote in Mannheim (20,5 %). Bedenkt man allerdings, dass es im Gegensatz zur Bochumer Studie von 2009 zur Zeit der Mannheim-Studie in 2004 noch keinen Stalking-Straftatbestand gab, so muss das Anzeigeverhalten der Studentinnen als eher niedrig eingestuft

werden, zumal in Bochum auch nur nach der Kontaktaufnahme zur Polizei und nicht explizit nach einer Anzeigenerstattung gefragt wurde, was die Rate vermutlich noch einmal verringert hätte. Insgesamt nahmen die Studentinnen im Vergleich mit Mannheim deutlich seltener professionelle Hilfe in Anspruch: Sie wandten sich nur halb so oft wie in Mannheim an RechtsanwältInnen (Mannheim 11,5 %; Bochum 5,9 %) oder ÄrztInnen und TherapeutInnen (Mannheim 24,4 %; Bochum 10 %).

3 Fazit und Ausblick

Trotz eingeschränkter Vergleichbarkeit aufgrund unterschiedlicher Definition und Operationalisierung kommen die relevanten deutschen Stalkinguntersuchungen zu dem gemeinsamen Schluss, dass Stalking überwiegend von Männern ausgeht und in der Mehrheit Frauen davon betroffen sind. Die Bochumer Ergebnisse bestätigen dabei Studien aus dem englischsprachigen Ausland, dass junge Frauen in besonderem Maße betroffen sind. Zwei Aspekte der Bochumer Erhebung verdienen dabei besondere Aufmerksamkeit: die Betroffenheit der Studentinnen durch körperliche Gewalt und Ex-Partner-Stalking sowie die Bedeutung des Internets für Stalkinghandlungen.

Das hohe Maß an körperlichen Gewalterfahrungen der Studentinnen spricht dafür, Stalking vor allem auch als Fortsetzung von Beziehungsgewalt zu werten. Dabei spielt keine Rolle, dass beide PartnerInnen über eine vergleichsweise kurze Beziehungszeit und – im Gegensatz zu einer Ehe – keine formal-verbindliche Partnerschaft verfügen. Bestätigung findet diese Vermutung durch einen Blick auf das Mitteilungsverhalten durch die betroffenen Studentinnen: Die Zurückhaltung der Betroffenen gegenüber den bestehenden Hilfsangeboten und besonders den Strafverfolgungsbehörden deutet darauf hin, dass Gewalt durch (Ex-)Partner als emotional belastet und stark tabuisiert wahrgenommen wird und damit zum Teil im sogenannten doppelten Dunkelfeld liegt, das selbst von anonymen Opferbefragungen wie den hier vorgestellten Studien nicht erhellt werden kann. In der wissenschaftlichen Diskussion um Beziehungsgewalt haben junge Paare bislang noch relativ wenig Beachtung gefunden. Um gesicherte Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie diese Altersgruppe für das Thema sensibilisiert werden kann bzw. ob und wenn ja, wie Hilfeangebote altersgerecht gestaltet sein müssen, braucht es hier noch mehr zielgruppenorientierte Forschung.

Die Identität als „digital natives“, insbesondere der gebildeten unter 30-Jährigen, erhöht zugleich das Risiko, fortgesetzte Belästigung mittels der neuen Medien zu erfahren. Die „klassische“ Stalkingmethode des Aufschauerns und des beharrlichen Nachstellens scheint hier zunehmend durch das unaufwendigere und anonymere Ausspähen und Bedrohen im Netz ersetzt zu werden. Die Schwere der Belästigungen durch solche vermeintlich rein virtuellen Übergriffe darf nicht unterschätzt werden, zumal davon ausgegangen werden muss, dass durch die Anonymität des Internets bedingte mangelnde Beweisbarkeit von Übergriffen sich negativ auf das Anzeigeverhalten der Betroffenen auswirkt.

Bislang fand die Nutzung der neuen Medien als Instrument der Stalkinghandlungen im Kontext von Beziehungsgewalt nur bedingt Berücksichtigung in der Stalkingforschung. Insbesondere deren Auswirkung auf die Betroffenen durch die Ausweitung auf

soziale Netzwerke, die weit über die bilaterale Beziehung der beiden (ehemaligen) PartnerInnen hinausgehen und deren gesamten sozialen Rahmen betreffen, könnten zu einer deutlichen Zunahme von massiven Formen von Internet-Gewalt beitragen. Hier ist eine weitergehende Forschung, die die besonderen Lebensbedingungen junger Frauen – und auch Männer – berücksichtigt, dringend geboten.

Literaturverzeichnis

- Bjerregaard, B. (2002). An Empirical Study of Stalking Victimization. In K. E. Davis; H. I. Frieze & R. D. Mauro (Hrsg.), *Stalking. Perspectives on Victims and Perpetrators* (S. 112–137). New York: Springer.
- Böhm, Karsten. (2007). *Beziehungsgewalt unverheirateter Paare*. Saarbrücken: VDM-Verlag.
- Budd, Tracey & Mattinson, Joanna. (2000). *The Extent and Nature of Stalking. Findings from the 1998 British Crime Survey. (Home Office Research Study 210)*. London: Home Office Research.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2004). *Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Entwicklungen in West- und Ostdeutschland*. (2. Aufl.). (Schriftenreihe des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 209). Berlin: Kohlhammer.
- Burgheim, Joachim. (2007). Stalking – Erklärungsansätze und neue Forschungsergebnisse. *Die Kriminalpolizei*, 2, 52–58.
- Coleman, Frances. (1997). Stalking Behavior and the Cycle of Domestic Violence. *Journal of Interpersonal Violence*, 12 (3), 420–432.
- Couper, Mick & Coutts, Elisabeth. (2004). Online-Befragung. Probleme und Chancen verschiedener Arten von Online-Erhebungen. [Methoden der Sozialforschung]. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 44, 217–243.
- Dreßing, Harald; Gass, Peter & Kühner, Christine. (2005a). Prävalenz von Stalking in Deutschland. *Psychiatrische Praxis*, 32, 73–78.
- Dreßing, Harald; Gass, Peter & Kühner, Christine. (2005b). Lifetime prevalence and impact of stalking in a European population. Epidemiological data from a middle-sized German city. *The British Journal of Psychiatry*, 187, 168–172.
- Fremouw, William; Westrup, D. & Pennypacker, J. (1997). Stalking on Campus. The Prevalence and Strategies for Coping with Stalking. *Journal of Forensic Sciences*, 42 (4), 666–669.
- Hoffmann, Jens. (2006). *Stalking*. Heidelberg: Springer Verlag.
- Maurer, Marcus & Jandura, Olaf. (2009). Masse statt Klasse? Einige kritische Anmerkungen zu Repräsentativität und Validität von Online-Befragungen. In Nikolaus Jakob; Harald Schön & Thomas Zerback (Hrsg.), *Sozialforschung im Internet* (S. 61–73). Wiesbaden: VS-Verlag.
- Müller, Ines. (2008). *Männer als Opfer von Stalking. Eine kritische Betrachtung quantitativer Stalking-Studien unter dem Blickwinkel hegemonialer Männlichkeit*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Mullen, P. E.; Pathé, M. & Purcell, R. (2000). *Stalkers and their Victims*. Cambridge: University Press.
- Purcell, R.; Pathé, M. & Mullen, P. E. (2002). The prevalence and nature of stalking in the Australian community. *Australian and New Zealand Journal of Psychiatry*, 36, 114–120 .
- Schorb, Bernd; Kießling, Matthias; Würfel, Maren & Keilhauer, Jan. (2010). *Medienkonvergenz Monitoring. Soziale Online-Netzwerke-Report 2010*. Zugriff am 8. März 2011 unter http://www.uni-leipzig.de/~umfmed/MeMo_SON10.pdf

- Stadler, Lena. (2006). *Viktimologie des Stalking*. Aachen: Shaker Verlag.
- Tjaden, P./Thoeness, N. (1998). *Stalking in America: Findings from the National Violence Against Women Survey*. Washington, D.C.: National Institute of Justice, U.S. Department of Justice. Zugriff am 9. März 2011 unter <http://www.ncjrs.org/pdffiles/169592.pdf>.
- Voß, H.-G./Hoffmann, J. /Wondrak, I. (2005). *Stalking in Deutschland*. Baden Baden: Nomos Verlag.

Zu den Personen

Rosa Schneider, Dr., Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „Gender-based Violence, Stalking and Fear of Crime“. Ruhr-Universität Bochum. Arbeitsschwerpunkte: Theorie und Praxis der Gewaltprävention, Diversity Management.

Kontakt: Juristische Fakultät, Lehrstuhl für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum, Lennershofstraße 21, 44801 Bochum, Tel.: 0234-32-28154, Fax: 0234-32-14985

E-Mail: Rosa.Schneider@rub.de

Katrin List, Dipl. pol., Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Koordinatorin des Forschungsprojekts „Gender-based Violence, Stalking and Fear of Crime“. Ruhr-Universität Bochum. Arbeitsschwerpunkte: Theorie der geschlechtsspezifischen Gewalt gegen Frauen und Männer, Vergewaltigungsmysmen.

Kontakt: Juristische Fakultät, Lehrstuhl für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum, Lennershofstraße 21, 44801 Bochum, Tel.: 0234-32-28154, Fax: 0234-32-14985

E-Mail: katrin.list@rub.de

Susanne Höfker, Wissenschaftliche Hilfskraft im Forschungsprojekt „Gender-based Violence, Stalking and Fear of Crime“. Ruhr-Universität Bochum. Arbeitsschwerpunkte: Quantitative Methoden der Sozialforschung, Studiengangsevaluation.

Kontakt: Juristische Fakultät, Lehrstuhl für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum, Lennershofstraße 21, 44801 Bochum, Tel.: 0234-32-28154, Fax: 0234-32-14985

E-Mail: susanne.hoefker@rub.de

Schlecht gepokert? Warum schneiden Frauen bei Gehaltsverhandlungen schlechter ab als Männer?

Zusammenfassung

Trotz gleicher oder besserer Leistungen bleiben die Anfangsgehälter von Hochschulabsolventinnen weiterhin deutlich hinter denen ihrer männlichen Kommilitonen zurück. Die Studie untersucht das Verhandlungsverhalten von Studierenden anhand simulierter Vorstellungsgespräche. Während Männer in ihren Gehaltsforderungen weit über ihre eigentlichen Gehaltsvorstellungen hinausgehen, nennen Frauen im Gespräch Wunschgehälter, die unter ihren Erwartungen bleiben. Zusätzlich akzeptieren sie weitere Abschläge. Des Weiteren sind Frauen und Männern bei der Wahl eines Arbeitsplatzes unterschiedliche nichtmonetäre Leistungen wichtig, für die sie auch bereit sind, Gehaltseinbußen in Kauf zu nehmen. Die Studie diskutiert Maßnahmen für die Hochschulausbildung, die aus dem unterschiedlichen Verhandlungsverhalten ableitbar sind.

Schlüsselwörter

Gehaltsdifferenzen, Gender Pay Gap, Einstiegsgehalt, Verhandlungsstrategien, Sachleistungen, Verhandlungskompetenz

Summary

Playing weak cards? Why do women achieve less in salary negotiations than men?

Despite equal or even better performance, the starting salaries of female graduates are still significantly lower than those of their male colleagues. This study analyzes the negotiating behaviour of students by means of simulated job interviews. While men demand wages that go far beyond their desired salary, women demand desired salaries in the interview that are below their expectations. They also accept further deductions. Different non-monetary benefits are of importance to women and men in their choice of job, for which they are willing to accept a lower salary. The study discusses measures for future university education that can be derived from the different negotiating behaviour.

Keywords

differences in salary, gender pay gap, starting salary, negotiation strategies, noncash benefits, negotiating skills

1 Einleitung

Die Gleichstellung von Frauen und Männern hat in den letzten fünfzig Jahren in Deutschland enorme Fortschritte gemacht. Frauen sind mittlerweile in jedem gesellschaftlichen Bereich repräsentiert und akzeptiert. Ihnen stehen alle Berufsfelder offen. Sie erreichen die gleichen Bildungsabschlüsse wie Männer. Doch beim Gehalt bleiben sie nach wie vor deutlich hinter den Männern zurück. Eine große Anzahl nationaler und internationaler Studien bestätigt dies (z. B. BMFSFJ 2008; Eurostat 2008; Bispinck/Öz 2011; Bispinck/Öz 2008; Bispinck et al. 2008; Blau/Kahn 2000, 2003, 2006; Bothfeld et al. 2005). Diese Tatsache gilt bei gleicher, qualitativ guter Ausbildung auch bereits nach dem Hochschulabschluss (für Deutschland z. B. Reimer/Schröder 2006; Wüst/Burkart 2010). Über die Ursachen des Gender Pay Gaps oder Gender Wage Gaps, das heißt des Unterschieds zwischen dem Bruttostundenlohn von Frauen und Männern als Prozentsatz des durch-

schnittlichen Stundenlohns von Männern (Plantega/Remery 2006), wird viel geforscht (z. B. Nivorozhkina/Nivorozhkin 2008; Waldfoegel 1998; Budig/England 2001; Tam 1997; Becker 1991, 1993). Ruppert und Voigt (2009) stellen allerdings in Deutschland ein Forschungsdefizit fest, wenn es um die Frage geht, welchen Einfluss Gehaltsverhandlungen auf den geschlechtsspezifischen Gehaltsunterschied haben. So wird beispielsweise geschlechtstypisches Verhandlungsverhalten oder Verhandlungskompetenz als Erklärungsfaktor für den Gender Pay Gap in Deutschland kaum wissenschaftlich untersucht. Die meisten der zu diesem Thema vorliegenden Studien kommen aus den USA.

Warum erzielen Frauen in Gehaltsverhandlungen schlechtere Ergebnisse als Männer? Der aktuelle Forschungsstand umfasst sehr unterschiedliche Ergebnisse. So kann belegt werden, dass Männer bei Vorstellungsgesprächen höhere Gehaltsvorstellungen haben als Frauen (Lathan et al. 1987; Major/Konar 1984). Das als gerecht empfundene Einkommen liegt bei Frauen und Männern jeweils oberhalb des tatsächlichen Einkommens. Für Männer ist es deutlich höher angesiedelt als für Frauen. Allerdings liegt das von Frauen als gerecht empfundene Einkommen sogar noch unterhalb des tatsächlichen Einkommens der Männer (Liebig et al. 2010). Dies könnte eine Erklärung dafür sein, dass Frauen von vornherein weniger Gehalt fordern als Männer.

Stevens et al. (1993) kommen zu dem Schluss, dass Frauen auch nach Gehaltsverhandlungstrainings niedrigere Erwartungen an ihr Gehalt haben als Männer. Gerhart und Rynes (1991) berichten, dass männliche MBA-Absolventen signifikant höhere Gehaltssteigerungen gegenüber den in Verhandlungen zuerst genannten Gehaltsangeboten aushandeln als weibliche Kommilitonen. Auf der anderen Seite konnten O'Shea/Bush (2002) in einer Laborstudie mit StudentInnen verschiedener Fachrichtungen feststellen, dass Frauen und Männer in Gehaltsverhandlungen annähernd gleiche Ergebnisse erzielten.

Bowles et al. (2007) zeigen, dass Frauen und Männer bei dem Versuch, zu verhandeln, unterschiedlich bewertet und behandelt werden. Diese Bewertung hängt zusätzlich vom Geschlecht der bewertenden Person ab. Frauen, die Verhandlungsverhalten in Videos bewerten sollten, urteilten für Männer wie für Frauen, die die Initiative zum Verhandeln ergriffen, beidermaßen schlecht. Bewerteten Männer die Verhandlungen, so bewerteten sie Frauen wesentlich schlechter als Männer, falls diese den Versuch unternahmen, zu verhandeln. Frauen mögen dieses Verhalten bei verhandlungsführenden Personalchefs antizipieren und daher in ihrer Initiative zu verhandeln gehemmt sein. Ruppert und Voigt (2009) stellen in ihrer Studie ebenfalls fest, dass die Anwendung der gleichen Verhandlungsstrategien bei Frauen und Männern aufgrund von Rollenstereotypisierungen nicht zum gleichen Erfolg führen. Hinzu kommt, dass viele Frauen nicht gerne verhandeln (<http://www.womendontask.com/stats.html>) und Verhandlungsverluste häufiger „persönlich“ nehmen, während Männer die Situation eher „sportlich“ sehen.

Bei der Ursachenforschung nach den Gründen, aufgrund derer Master-Absolventinnen der Carnegie Mellon University ein um durchschnittlich 4 000 US-Dollar niedrigeres Gehalt erreichten als ihre männlichen Kommilitonen, stellten Babcock und Luschever (2007) fest, dass nur 7 Prozent der Frauen über das Einstiegsgehalt verhandelt hatten. Bei den Männern verhandelten dagegen 57 Prozent.

Treten Frauen in Gehaltsverhandlungen anders auf als Männer? Fordern Frauen in Gehaltsverhandlungen bewusst weniger Gehalt, weil sie denken, so eine bessere Ver-

einbarkeit von Familie und Beruf zu erzielen? Oder kommen Frauen bei gleichen Qualifikationen und Gehaltsforderungen nicht zum Zug, sodass sie ihre Gehaltsforderungen zurückschrauben müssen? Achten Frauen bei ihren Gehaltsvorstellungen auf andere – eventuell nichtmonetäre – Komponenten, die ihnen wichtiger sind als die direkte Höhe des Lohns?

Die oben zitierten Studien legen nahe, dass zumindest ein Teil der Erklärung des Gender Pay Gaps bei der Gehaltsverhandlung zu suchen ist. Es war das Ziel der vorliegenden Studie, Gehaltsverhandlungsstrategien von AbsolventInnen zu untersuchen. Dabei sollte vor allem analysiert werden, ob Frauen und Männer unterschiedlich verhandeln und ob es möglicherweise andere Prioritäten als das Gehalt gibt, die Frauen dazu veranlassen, Abstriche beim Gehalt hinzunehmen.

2 Fragebogen

Zur Einschätzung des Verhaltens von BerufsanfängerInnen in Gehaltsgesprächen wurde eine Online-Befragung durchgeführt. Befragt wurden Studierende im sechsten oder einem höheren Studiensemester in wirtschaftswissenschaftlichen Studienfächern. Die Umfrage fand an baden-württembergischen Fachhochschulen statt.

Der Fragebogen bildet die typische Situation mehrerer Vorstellungsgespräche während der Bewerbungsphase ab, wobei bei jedem Unternehmen neu um das Gehalt verhandelt wird, die Verhandlungsstrategie auf Unternehmensseite aber unterschiedlich ist. Dazu sollen die Studierenden sich zunächst vorstellen, dass sie sich bei ihrem Wunscharbeitgeber (Unternehmen A) bewerben. Die Studierenden werden gefragt, welches Jahresbruttogehalt sie für sich mit ihrem erreichten Abschluss für angemessen halten. Anschließend sollen sie angeben, welchen Betrag sie im Vorstellungsgespräch auf die Frage nach ihren Gehaltsvorstellungen nennen. Beide Beträge werden in Euro abgefragt. Der Unterschied des vorgestellten und angegebenen Betrags wird in der Auswertung prozentual berechnet.

Nach der Nennung des Betrags, den die Bewerberin oder der Bewerber für die Stelle für angemessen hält, antwortet der Personalchef: „Aufgrund der wirtschaftlichen Lage kann unser Unternehmen Ihnen dieses Gehalt momentan als Einstiegsgehalt nicht anbieten.“ Er bietet ein Gehalt an, das 15 Prozent kleiner ist als das von der Bewerberin oder dem Bewerber geforderte. Die Studierenden werden nach ihrer Reaktion gefragt, wobei als Möglichkeiten die Ablehnung des Angebots, das heißt der Rückzug der Bewerbung, die Annahme des Angebots oder das Eingehen auf das Angebot bis zu einem prozentualen Abschlag vom vorher genannten Wunschgehalt zur Auswahl stehen. Wird der Abschlag gewählt, ist dieser offen einzutragen.

Falls die Studierenden das Angebot nicht sofort annehmen oder ablehnen, geht die Verhandlung in die „zweite Runde“. Wiederum deutet der Personalchef an, dass er im Moment nicht mehr bieten kann, stellt aber in Aussicht, dass in einem Jahr das zuerst genannte Wunschgehalt erreicht werden kann und in drei Jahren ein Gehalt entsprechend des Jahreswunschgehalts zuzüglich eines Aufschlags. Das Angebot kann entweder abgelehnt oder die Stelle angenommen werden. Im Fall der Annahme ist die Höhe des Aufschlags anzugeben, der zur Annahme geführt hat.

In einem zweiten Szenario wird den Befragten mitgeteilt, dass ihre Bewerbung im ersten Unternehmen nicht geklappt hat. Sie bewerben sich nun in einem zweiten Unternehmen (Unternehmen B). Wiederum wird zunächst nach dem für angemessen empfundenen und dem im Vorstellungsgespräch genannten Betrag gefragt. Daraufhin kann das Unternehmen diesen Gehalt als Einstiegsgehalt erneut nicht anbieten. Der Personalchef führt aber verschiedene Leistungen des Unternehmens vor Augen. Es ist die Kombination der für die Bewerbenden wichtigen Leistungen anzugeben sowie die Höhe des Abschlags von der Gehaltswunschvorstellung für die gewählte Leistungskombination. Die auszuwählenden Leistungen bestehen aus flexiblen Arbeitszeiten (Kernzeit nur von 11–12.30 Uhr und 14–15 Uhr), Kinderbetreuungsplätzen im Unternehmen (von 7–19 Uhr individuell nutzbar, ausgebildete PädagogInnen), Heimarbeit (bis zu 80 Prozent der Stunden in Heimarbeit umwandelbar), der Nutzung eines Firmenwagens (deutsche Premiummarke der Wahl) zu dienstlichen Zwecken und der Nutzung eines Firmenwagens (deutsche Premiummarke der Wahl) zu privaten Zwecken.

In einem Extrakblock kann für unterschiedliche Entfernungen des Arbeitsplatzes vom Wohnort das jeweils geforderte Gehalt angegeben werden bzw. alternativ, dass die oder der Teilnehmende sich nicht auf eine Stelle in dieser Entfernung vom Wohnort bewerben würde. Die Entfernungen variieren zwischen 10 und 200 km.

Zusätzlich zu den Fragen zum Verhalten in Gehaltsverhandlungssituationen werden die soziodemographischen Daten Alter, Geschlecht, Daten zum Studium (Studienort, Studienfach, angestrebter Abschluss, Semester, voraussichtlicher Notendurchschnitt) sowie Fragen zur Wichtigkeit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und einem Kinderwunsch erfasst.

3 Daten und Methoden

In der statistischen Auswertung werden zunächst deskriptiv Anteilswerte berichtet. Differenzen von Gehältern, wie etwa zwischen dem für sich als angemessen empfundenem Gehalt, dem im Gespräch genannten Gehalt oder der geforderten Aufschläge für die Annahme einer weit entfernt gelegenen Stelle werden aufgrund der unterschiedlichen Höhe der Gehälter prozentual ausgewertet. Es werden deskriptiv Mediane, ergänzt durch Interquartilsbereiche, angegeben. Die induktive Auswertung, etwa der Gehaltsdifferenzen zwischen Männern und Frauen oder der akzeptierten Gehaltsabschläge und geforderten Aufschläge, erfolgt aufgrund der fehlenden Normalverteilung der Gehälter nichtparametrisch. Der Test auf die Unabhängigkeit kategorialer Variablen vom Geschlecht, wie etwa bei der Frage, ob Frauen und Männer im Vorstellungsgespräch weniger Gehalt fordern, als sie für sich für angemessen halten, erfolgt mit dem Chi-Quadrat-Test.

Eine Ausnahme der nichtparametrischen Auswertung bildet die Varianzanalyse des von den Teilnehmenden akzeptierten Abschlags für die Gewährung von nichtmonetären Leistungen und Sachleistungen. Als Faktoren wurden die Haupteffekte, das heißt die Leistungen des Unternehmens und das Geschlecht, sowie die Wechselwirkungen der gewünschten Sachleistungen mit dem Geschlecht aufgenommen. Aufgrund der fehlenden Normalverteilung sind die Ergebnisse entsprechend nur als Orientierung zu werten.

Bei der Durchführung statistischer Tests werden zweiseitige p-Werte berichtet. Ein p-Wert $p < 0,05$ gilt als signifikant. Es erfolgt eine explorative Auswertung, daher werden keine Anpassungen für multiple Tests vorgenommen.

4 Ergebnisse

692 TeilnehmerInnen nahmen an der Umfrage teil, davon waren 44,9 Prozent männlich und 55,1 Prozent weiblich.

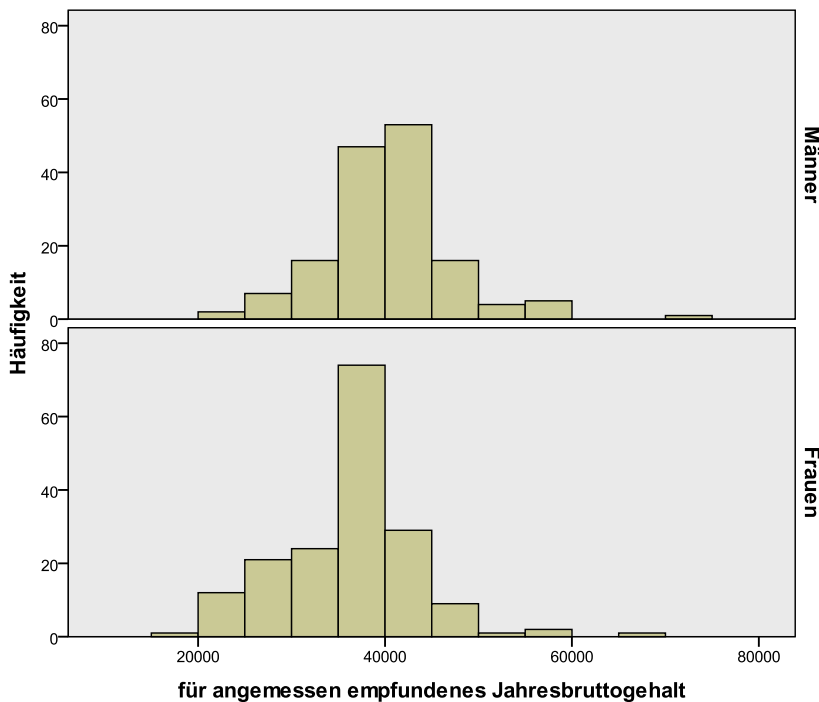
4.1 Wichtigkeit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

75,5 Prozent der Frauen im Vergleich zu 68,1 Prozent der Männer ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wichtig oder sehr wichtig ($p=0,116$). Die Geschlechter unterscheiden sich nicht bezüglich eines Kinderwunsches. 87,2 Prozent der Studentinnen und 88,8 Prozent der Studenten wünschen sich Kinder ($p=0,652$). Auch bezüglich der gewünschten Anzahl der Kinder besteht kein signifikanter Unterschied. Die Männer wünschten sich im Schnitt 2,25 Kinder, die Frauen 2,17 Kinder ($p=0,509$).

4.2 Wunschgehalt und im Vorstellungsgespräch genanntes Gehalt

Wie aus Abbildung 1 ersichtlich, liegt das Gehalt, das Frauen für sich für angemessen halten, wesentlich unter demjenigen der Männer. 75,7 Prozent der Frauen haben zum Beispiel eine Gehaltsvorstellung von 40 000 Euro Jahresbruttogehalt oder darunter, während nur 47,7 Prozent der Männer mit einer solchen Gehaltsvorstellung ins Vorstellungsgespräch gehen. Die Gehaltsvorstellungen sind so auch signifikant voneinander verschieden ($p < 0,001$).

Abbildung 1: Histogramm des Jahresbruttogehalts, das Männer (obere Abb.) und Frauen (untere Abb.) bei ihrer Ausbildung für sich für angemessen halten (Unternehmen A: Wunschunternehmen)



Die Tendenz, dass zwischen Männern und Frauen die Gehaltsvorstellungen auseinandergehen, verstärkt sich bei dem im Vorstellungsgespräch geforderten Gehalt noch einmal zusätzlich. Im Schnitt nennen sowohl Männer als auch Frauen im Gespräch als Verhandlungsbasis einen höheren Betrag, als er ihren Vorstellungen entspricht, wobei der prozentuale Unterschied des im Gespräch genannten zu dem eigentlich als angemessen empfundenen Gehalt bei Männern nur grenzwertig höher als bei Frauen war ($p=0,090$, Männer: +1,6 Prozent; Frauen: +1,0 Prozent). Interessant ist aber, dass Frauen deutlich signifikant öfter als Männer im Vorstellungsgespräch eine kleinere Gehaltsvorstellung nennen, als sie sie für sich für richtig empfinden. 44,4 Prozent der Frauen nennen im Gespräch weniger, als es ihren Vorstellungen entspricht, während nur 25,7 Prozent der Männer so vorgehen ($p<0,001$).

Bei der Gehaltsnennung im zweiten infrage kommenden Unternehmen sind die von Männern und Frauen gemachten prozentualen Unterschiede zwischen genanntem und vorgestelltem Gehalt nicht mehr signifikant voneinander verschieden ($p=0,166$). Allerdings bleiben wiederum signifikant mehr Frauen in ihrer Gehaltsforderung hinter ihren Vorstellungen zurück. 45,6 Prozent der Frauen fordern weniger Gehalt, als sie sich vorstellen, dies ist nur bei 30,7 Prozent der Männer so ($p=0,002$). Der Anteil derjenigen Frauen, die weniger Gehalt fordern, als sie für sich für angemessen empfinden, steigt im

zweiten Unternehmen nur um gut einen Prozentpunkt, während sich dieser Anteil bei den Männern um 5 Prozentpunkte erhöht.

4.3 Verhandlungsbereitschaft

Auf die Reaktion des Personalchefs, dass das Unternehmen aufgrund der wirtschaftlichen Lage nur ein Gehalt von 15 Prozent unter dem geforderten bieten könne, lehnten 16,8 Prozent der männlichen Bewerber das Angebot ab (s. Tabelle 1), während dies nur bei 7,1 Prozent der Bewerberinnen der Fall war. 60,1 Prozent der Frauen, aber nur 30,3 Prozent der Männer nahmen das Angebot eines 15 Prozent niedrigeren Gehalts an. 16,8 Prozent der Männer gehen gar nicht auf das Angebot des Personalchefs ein, sondern lehnen das Angebot ab. Bei den Frauen waren dies nur 7,1 Prozent.

Außer der Differenz der Geschlechter spielt es bei der Reaktion auf das angebotene Gehalt auch eine Rolle, ob die Teilnehmenden bereits von sich aus im Gespräch eine niedrigere oder höhere Forderung eingebracht haben, als sie sie für sich für angemessen hielten. Diejenigen, deren Forderung niedriger war, als es ihrer Vorstellung entsprach, nahmen das nochmals 15 Prozent niedrigere Angebot des Unternehmens zu 59,7 Prozent an, während dies nur bei 42,9 Prozent derjenigen, die ein höheres Angebot gefordert hatten, der Fall war ($p=0,019$). Der Unterschied fällt hier besonders stark bei den Männern ins Auge. Fast doppelt so viele Männer, die in der Gehaltsnennung unter ihren Erwartungen bleiben (47,8 %), gegenüber denen, die von vorneherein höhere Erwartungen nennen (27,3%), gehen auf das geringe Angebot ein ($p=0,058$).

52,9 Prozent der Männer akzeptierten einen gewissen Abschlag des Gehalts, bei den Frauen waren dies 32,8 Prozent ($p<0,001$). Die Höhe des akzeptierten Abschlags war dann mit 7,0 Prozent bei den Männern und 6,0 Prozent bei den Frauen nur noch grenzwertig signifikant verschieden ($p=0,080$).

Tabelle 1: Reaktion auf das Angebot eines 15 Prozent geringeren Gehalts als das von der Bewerberin/dem Bewerber genannte in Abhängigkeit davon, ob die Gehaltsforderung niedriger oder höher als das für die Bewerberin/den Bewerber als angemessen befundene Gehalt ausfällt; Auswertung nach Geschlechtern getrennt (Männer: $p=0,058$, Frauen: $p=0,547$)

	Frauen			Männer			gesamt
	niedriger	höher	gesamt	niedriger	höher	gesamt	
Ablehnung	8,2 %	6,7 %	7,1 %	21,7 %	15,9 %	16,8 %	11,5 %
Annahme	65,3 %	58,2 %	60,1 %	47,8 %	27,3 %	30,3 %	46,0 %
Abschlag	26,5 %	35,1 %	32,8 %	30,4 %	56,8 %	52,9 %	42,4 %

Auf die erneute Reaktion des Personalchefs im zweiten Schritt der Verhandlung, zum jetzigen Zeitpunkt nur ein Gehalt bieten zu können, das 15 Prozent unter dem genannten Gehalt liegt, aber in 3 Jahren eine Gehaltssteigerung anbieten zu können, lehnten nur 6,1 Prozent der Männer und 8,5 Prozent der Frauen ab ($p=0,588$). Männer forderten mit 20,3 Prozent eine nur geringfügig höhere durchschnittliche Gehaltssteigerung nach 3 Jahren als Frauen mit 19,7 Prozent ($p=0,817$).

4.4 Sachleistungen

Im zweiten für die Teilnehmenden infrage kommenden Unternehmen führt der Personalchef den BewerberInnen Leistungen des Unternehmens vor Augen.

90,3 Prozent der Frauen und 89,2 Prozent der Männer sind Sach- und nichtmonetäre Leistungen wichtig ($p=0,733$). Die Befragten wurden gebeten, einen Abschlag zu ihrem Gehalt anzugeben, den sie für den Einstieg in ein Unternehmen, das diese Leistungen bietet, in Kauf nehmen würden. Die Schwerpunkte liegen zwischen den Geschlechtern in unterschiedlichen Bereichen (s. Tabelle 2).

Tabelle 2: Häufigkeit der Sach- und nichtmonetären Leistungen, die den Teilnehmenden Gehaltsabschläge wert sind (nach Geschlecht)

Leistung	Frauen	Männer	p-Wert
Flexible Arbeitszeiten	91,2 %	82,4 %	0,031
Individuell wählbare Teilzeit	36,1 %	9,9 %	<0,001
Kinderbetreuungsplätze im Unternehmen	57,8 %	19,1 %	<0,001
Heimarbeitmöglichkeiten	40,1 %	32,8 %	0,207
Dienstwagen (dienstlich nutzbar)	28,6 %	55,7 %	<0,001
Dienstwagen (privat nutzbar)	44,9 %	79,4 %	<0,001

Während Frauen flexible Arbeitszeiten ($p=0,031$), Teilzeitmöglichkeiten ($p<0,001$) und Kinderbetreuungsplätze ($p<0,001$) wesentlich wichtiger als Männern sind, spiegelt der Datensatz das Klischee wider, dass Männern Autos so wichtig sind, dass sie für die Nutzung eines Dienstwagens sowohl im dienstlichen ($p<0,001$) als auch im privaten Bereich ($p<0,001$) bei ihren Gehaltsvorstellungen Verhandlungsbereitschaft zeigen.

Tabelle 3: Wahl von Sach- und nichtmonetären Leistungen in Abhängigkeit vom Geschlecht und dem Kinderwunsch

	Frauen			Männer		
	ja	nein	p-Wert	ja	nein	p-Wert
Kinderwunsch						
Flexible Arbeitszeiten	85,9 %	59,1 %	0,002	73,7 %	77,8 %	0,512
Individuell wählbare Teilzeit	36,5 %	13,6 %	0,033	7,5 %	18,8 %	0,133
Kinderbetreuungsplätze	60,3 %	0 %	<0,001	18,0 %	6,3 %	0,233
Heimarbeitmöglichkeiten	37,2 %	18,2 %	0,080	26,3 %	50,0 %	0,048
Dienstwagen (dienstlich)	25,0 %	27,3 %	0,818	48,9 %	50,0 %	0,932
Dienstwagen (privat)	39,7 %	40,9 %	0,917	72,2 %	56,3 %	0,187

Tabelle 3 zeigt die Abhängigkeit der gewählten Sachleistungen von einem potenziellen Kinderwunsch. Frauen, die sich Kinder wünschen, sind eher bereit, Abstriche vom Gehalt hinzunehmen, um eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten. Bei allen Sachleistungen des Unternehmens, die eine höhere Arbeitszeitflexibilität (flexible Arbeitszeiten, Teilzeitmöglichkeiten, Heimarbeit) gewähren, sowie bei der Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen im Unternehmen ist der Anteil an Frauen, denen diese

Leistungen Gehaltseinbußen wert sind, bei denjenigen Frauen signifikant¹ höher, die sich Kinder wünschen. Bei den Kinderbetreuungsplätzen im Unternehmen ist der Unterschied sehr groß, 60,3 Prozent der Frauen mit Kinderwunsch sind bereit, Gehaltsabstriche zu akzeptieren, wenn das Unternehmen Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung stellt. Von den Frauen ohne Kinderwunsch ist für Kinderbetreuungsplätze keine einzige zu Gehaltsabstrichen bereit ($p < 0,001$). Immerhin sind auch 18,0 Prozent der Männer mit Kinderwunsch zu Gehaltseinbußen bereit. Dennoch sticht der Unterschied von 60,3 % der Frauen und 18 % der Männer, die jeweils einen Kinderwunsch bekunden, ins Auge.

Die Entscheidung für einen Dienstwagen bei gleichzeitigen Gehaltsabstrichen ist nicht von einem Kinderwunsch abhängig.

Tabelle 4 zeigt die Ergebnisse einer Varianzanalyse zur Erklärung der Höhe des Abschlags, die eine teilnehmende Person für die genannte Sachleistung bereit war hinzunehmen. Einen grenzwertig signifikanten Erklärungsfaktor für die Höhe des Abschlags liefert allein die Wichtigkeit von Kinderbetreuungsplätzen im Unternehmen ($p = 0,064$). Auch zwischen den Geschlechtern bestehen keine signifikanten Unterschiede in der Höhe des akzeptierten prozentualen Abschlags.

Tabelle 4: Varianzanalyse – Effekte für den Abschlag (dabei wird jeweils der Effekt angegeben, wenn das Geschlecht „weiblich“ und die genannte Sachleistung gewünscht wird) sowie p-Werte

	Regressionskoeffizient	p-Wert
Konstante	7,72	<0,001
Geschlecht	0,31	0,900
Flexible Arbeitszeiten	-0,10	0,940
Individuell wählbare Teilzeit	2,30	0,219
Kinderbetreuungsplätze im Unternehmen	2,46	0,064
Heimarbeitsmöglichkeiten	0,64	0,591
Dienstwagen (dienstlich nutzbar)	-1,63	0,154
Dienstwagen (privat nutzbar)	2,06	0,144
Geschlecht* Flexible Arbeitszeiten	-0,86	0,693
Geschlecht* Individuell wählbare Teilzeit	-2,77	0,196
Geschlecht* Kinderbetreuungsplätze	1,68	0,524
Geschlecht* Heimarbeitsmöglichkeiten	1,57	0,895
Geschlecht* Dienstwagen (dienstlich nutzbar)	1,51	0,362
Geschlecht* Dienstwagen (privat nutzbar)	-1,09	0,539

4.5 Entfernung des Unternehmensstandorts vom Wohnort

Tabelle 5 zeigt die Prozentsätze von Männern und Frauen, die sich ab einer bestimmten Entfernung vom Wohnort nicht mehr auf eine Stelle bewerben würden. Erwartungsgemäß nimmt der Prozentsatz der Teilnehmenden, die sich bei höheren Entfernungen nicht mehr bei einem Unternehmen bewerben würden, zu. Durchweg sind Frauen weniger gewillt, sich auf Stellen zu bewerben, die weit von ihrem Wohnort entfernt sind. Der Unterschied ist in unserem Datensatz am stärksten bei einer mittleren Distanz von

¹ Die Signifikanz für die Heimarbeit ist nur grenzwertig ($p = 0,08$).

100 km, bei denen 45,4 Prozent der Frauen sagen, dass sie sich nicht mehr bewerben würden, während dies nur 35,0 Prozent der Männer tun ($p=0,066$). Bei höheren Distanzen gleichen sich die Anteile an Frauen und Männern, die noch bereit wären, sich auf die Stelle zu bewerben, wieder stärker an.

Tabelle 5: Prozentsätze von Frauen und Männern, die sich ab einer bestimmten Entfernung nicht mehr auf eine gegebene Stelle bewerben würden

Entfernung	Frauen	Männer	p-Wert
20 km	2,5 %	2,9 %	0,819
50 km	8,0 %	6,5 %	0,617
100 km	45,4 %	35,0 %	0,066
150 km	58,9 %	50,0 %	0,121
200 km	60,2 %	52,9 %	0,188

Tabelle 6 zeigt den Median sowie den Interquartilsbereich der prozentualen Gehaltsaufschläge, die Frauen und Männer für eine Bewerbung in der gezeigten Entfernung vom Wohnort fordern. Männer fordern zusätzlich zu einer bereits höher angesetzten allgemeinen Gehaltsvorstellung als Kompensation für die Entfernung vom Arbeitsplatz auch einen höheren prozentualen Aufschlag.

Tabelle 6: Median (unteres Quartil; oberes Quartil) der prozentualen Gehaltsaufschläge, die für den weiter entfernten Arbeitsplatz gefordert werden, p-Werte des Mann-Whitney-Tests

	20 km	50 km	100 km	150 km	200 km
Männer	0,0 (0,0; 0,0)	2,3 (0,0; 5,8)	5,3 (0,0; 11,1)	5,1 (0,0; 12,5)	6,2 (0,0; 16,1)
Frauen	0,0 (0,0; 0,2)	0,0 (0,0; 5,6)	2,7 (0,0; 8,7)	2,6 (0,0; 9,2)	2,5 (0,0; 10,4)
	$p=0,524$	$p=0,500$	$p=0,169$	$p=0,241$	$p=0,088$

5 Diskussion

Aufgrund der dargestellten Ergebnisse können folgende Schlussfolgerungen gezogen werden.

a) Frauen fordern von vornherein weniger Gehalt als Männer

In der Studie konnte gezeigt werden, dass Frauen trotz gleicher Qualifikationen ein geringeres Anfangsgehalt für sich als angemessen empfinden als Männer. Besonders charakteristisch ist aber, dass Frauen, wenn es darum geht, ihre Gehaltsvorstellung geltend zu machen, diese nicht einmal nennen. Fast die Hälfte der Frauen benennt im Gespräch ein Gehalt, das unter ihren eigenen Vorstellungen liegt, während dies nur ein Viertel der Männer tut. Männer scheinen die Strategie zu verfolgen, mehr zu verlangen, als sie

erreichen wollen, damit sie bei in Kauf zu nehmenden Abschlägen bei ihrem Wunschgehalt herauskommen oder im besten Fall mehr Gehalt zugesprochen bekommen, als sie für sich erwarten. Frauen empfinden ihre eigenen Vorstellungen als „zu hoch gegriffen“. Sie trauen sich nicht, diese nach außen zu vertreten. Im Bemühen, in ihren Forderungen „realistisch“ zu bleiben, verkaufen sie sich unter Wert. Die Tendenz, sich „unter Wert“ zu verkaufen, liegt aber nicht nur am Geschlecht. Interessant ist, dass diejenigen, die weniger fordern, als sie selber für angemessen halten, bei Schwierigkeiten in der Verhandlung auch noch einmal zusätzlich verstärkt bereit sind, Einbußen gegenüber der genannten Forderung hinzunehmen. Diese Personen akzeptieren dementsprechend also ein Gehalt, das weit unter ihren Vorstellungen bleibt. Sie sind wenig risikobereit. Es handelt sich immerhin um das erste Unternehmen, bei dem sie sich beworben haben. Auch die Laborsituation des Fragebogens relativiert nicht die Risikoaversion der Befragten. Sie kooperieren sehr schnell, obwohl keine objektive Notwendigkeit besteht, sich sofort entscheiden zu müssen. Dieses Phänomen findet sich bei Frauen und Männern, tritt aber bei Frauen in unserer Befragung wesentlich häufiger auf.

b) Frauen praktizieren andere Verhandlungsstrategien als Männer

In der Studie akzeptierten 60 Prozent der Frauen ohne weitere Verhandlungen sofort das Angebot, obwohl nur ein um 15 Prozent niedrigeres Gehalt als gefordert gezahlt werden sollte. Von den Männern ließen sich dagegen nur rund 30 Prozent auf das Angebot ein. Sie waren eher bereit, das Angebot abzulehnen oder weiter zu verhandeln, auch auf das Risiko hin, dass kein Arbeitsvertrag zustande kommt. Die Männer zeigten also eine höhere Risikobereitschaft (Poker-Mentalität) als die Frauen. Dies entspricht auch dem in der Literatur häufig beschriebenen Verhalten, dass Frauen eher ein kooperativer Verhandlungsstil zugeschrieben wird, während Männer eher einen kompetitiven Verhandlungsstil zeigen (Walters et al. 1998). Gneezy et al. (2003) konnten zeigen, dass Frauen und Männer generell in Situationen ohne Wettbewerbscharakter ähnliche Ergebnisse erzielen. Wurde die Situation aber so verändert, dass ein Wettbewerb entstand, steigerten sich die Ergebnisse der Männer deutlich, während die Ergebnisse der Frauen gleich blieben. Der Unterschied zwischen Männern und Frauen wuchs bei Wettbewerben, bei denen keine explizite Geschlechtertrennung vorgenommen wurde. Diese Situation liegt für die meisten Stellen auch bei Gehaltsverhandlungen vor. Andere Ergebnisse belegen, dass viele Frauen nicht gerne verhandeln, ja sogar die Verhandlungssituation bewusst vermeiden. Während Männer ihre Assoziationen zu Verhandlungen mit „ein Ballspiel gewinnen“ beschreiben, vergleichen es Frauen eher mit Vorstellungen wie „zum Zahnarzt gehen“ (Babcock/Laschever: www.womendontask.com/stats.html). Auf die Frage, ob sie gern verhandeln würden, antworteten in der Befragung von Ruppert und Voigt (2009) ein Viertel aller Frauen und ein Sechstel aller Männer, dass sie nicht gerne verhandelten.

c) Frauen setzen bei nichtmonetären Sachleistungen andere Prioritäten als Männer

Frauen und Männern sind nichtmonetäre und Sachleistungen des Unternehmens so wichtig, dass sie dafür in ihren Gehaltserwartungen Abstriche machen. Sie setzen aber gänzlich andere Schwerpunkte. Während Frauen die klassischen nichtmonetären Leistungen wie Teilzeitarbeit und flexible Arbeitszeiten, aber auch Kinderbetreuungsplätze

im Unternehmen sehr viel wichtiger sind als Männern, nehmen Männer Abschläge in Kauf, wenn sie dafür einen Dienstwagen privat oder dienstlich nutzen können. Dienstwagen und Kinderbetreuungsplätze haben dabei einen monetären Wert. Für Flexibilität verzichten Männer hingegen nicht auf ihr Gehalt.

d) Frauen legen mehr Wert auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Obwohl sich die Geschlechter nicht bezüglich des zukünftigen Kinderwunsches unterscheiden, ist die Bedeutung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen höher als für Männer. Während für 75,5 Prozent der Frauen das Thema wichtig oder sehr wichtig ist, liegt der Anteil an Männern, denen diese Vereinbarkeit wichtig oder sehr wichtig ist, mit 68,1 Prozent immer noch hoch. Dennoch sehen Männer, selbst wenn sie sich Kinder wünschen, weniger Veranlassung, diese Vereinbarkeit durch ihre eigenen Entscheidungen zu beeinflussen. Sie sehen sich weniger in der Verantwortung, in Teilzeit zu arbeiten. Die Option auf Teilzeit in dem Unternehmen, bei dem sie sich bewerben, hat für sie daher keinen monetären Wert. Der Unterschied bei Personen mit Kinderwunsch von gut 60 % Frauen, die für einen Kinderbetreuungsplatz auf Gehalt verzichten, gegenüber nur 18 % bei den Männern, ist markant. Männer fühlen sich wesentlich weniger stark in der Pflicht, die Betreuung gemeinsamer Kinder zu organisieren. Für Frauen ist der Kinderbetreuungsplatz dagegen elementar, um überhaupt einen Beruf ausüben zu können. Das empfinden Männer für sich selbst kaum so.

Frauen antizipieren schon zu Beginn ihrer Berufstätigkeit, dass sie einmal dafür sorgen müssen, dass Beruf und Familie vereinbar sein werden. Für flexible Arbeitszeiten, Teilzeitarbeit und Kinderbetreuungsplätze nehmen sie daher schon beim Berufseinstieg Gehaltseinbußen in Kauf. Dies gilt in verstärktem Maße, wenn ihnen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wichtig ist.

e) Männer zeigen mehr Mobilitätsbereitschaft, um ihren Wunscharbeitsplatz zu bekommen, als Frauen

Männer sind bezüglich des Standortes des Unternehmens, bei dem sie sich nach dem Studium bewerben, flexibler. Sie sind stärker als Frauen bereit, sich auch bei einem Unternehmen zu bewerben, das weit entfernt liegt. Dabei sind sie zwar häufiger bereit, für den Job umzuziehen oder Fahrtzeiten in Kauf zu nehmen, lassen sich dies aber auch bezahlen. Sie forderten für weitere Entfernungen zum Arbeitsplatz höhere Gehaltsaufschläge als Frauen.

6 Empfehlungen

Die dargestellten Ergebnisse weisen darauf hin, dass ein Teil des Gender Pay Gaps auf unterschiedliche Verhandlungsstrategien von Frauen und Männern zurückzuführen ist. Aufgrund der in der Studie gewonnenen Erkenntnisse könnte man annehmen, zur Verringerung des Gender Pay Gaps müsse man den Frauen lediglich beibringen, ihre Gehaltsforderungen höher anzusetzen bzw. eine eher kompetitive Verhandlungsstrategie zu trainieren und einzusetzen. Auch Ratgeber für Frauen beschreiben immer wieder ineffiziente weibliche Verhandlungsstrategien wie beispielsweise das „Dornröschen-Syn-

drom“ (sich tot stellen und darauf warten, dass der Chef von sich aus das Gehalt erhöht) oder „Eigentor-Begründungen“ für einen Gehaltswunsch („Der Kollege verdient mehr als ich“) (Topf 2005). Bierach (2004) geht davon aus, dass Frauen in gleicher Weise Karriere machen können unter der Voraussetzung, dass sie sich an die Spielregeln der Männer halten. Die Gründe für die Benachteiligung der Frauen sucht sie dementsprechend eher bei der eigenen Einstellung der Frauen als in der Diskriminierung. Frauen, die beruflich vorankommen wollen, müssten daher nur die gleichen Verhaltensweisen zeigen wie Männer.

Andere AutorInnen warnen dagegen davor, dass Frauen männliche Verhaltensweisen kopieren, da sie dann den Rollenerwartungen nicht entsprechen und das Risiko eingehen, dass ihr Verhalten nicht zum gleichen Erfolg führt wie bei den Männern (Bowles et al. 2004; Ruppert/Voigt 2009). Was soll man Frauen also raten? Wie sollen Frauen in Gehaltsverhandlungssituationen auftreten?

Frauen sollten ihre eigenen Strategien entwickeln, die ihrer Persönlichkeit entsprechen, sich gut auf die Verhandlungssituation vorbereiten und sich vor allem zielgerichtet über die marktüblichen Gehälter informieren, um eine angemessene Gehaltsforderung formulieren und durchsetzen zu können. Darüber hinaus ist es wichtig, dass Frauen ihren eigenen Marktwert adäquat einschätzen lernen und ein entsprechendes Selbstvertrauen entwickeln. Zu diesem Zweck sind Gehaltsverhandlungstrainings speziell für Frauen zu empfehlen.

Eine große Chance, aus dem Dilemma der Lohndifferenzen herauszukommen, besteht darin, bereits bei den jetzigen Schülerinnen, Studentinnen, Absolventinnen und Berufsanfängerinnen anzusetzen. Es geht darum, bei den jungen Frauen ein Bewusstsein für die ungleiche Situation zu schaffen und sie auf entsprechende kritische Situationen vorzubereiten. Die Studentinnen von heute fühlen sich nach unseren Erfahrungen und denen von Kolleginnen an den Hochschulen gleichberechtigt, das Wissen um reale Lohnunterschiede am Arbeitsmarkt fehlt. Sie erleben sich in ihrer Rolle als Frau in der Hochschule sogar immer wieder im Vorteil gegenüber ihren männlichen Kommilitonen, da sie häufig die besseren Noten erreichen. Trotzdem gelingt es ihnen nicht, für ihre gute Qualifikation auch das entsprechende Gehalt einzufordern. Erfahrungen mit Gehaltsverhandlungstrainings an der Hochschule Pforzheim für Studentinnen kurz vor dem Studienabschluss zeigten, dass der Informations- und Trainingsbedarf groß ist. Die Rückmeldungen der Studentinnen waren einhellig positiv. Viele Teilnehmerinnen berichteten, dass die Veranstaltung das Bewusstsein für die eigenen Stärken gefördert habe und dadurch das eigene Selbstbewusstsein gestärkt worden sei. Manche Studentinnen haben nach eigener Aussage erstmalig darüber nachgedacht, welches Einstiegsgehalt sie erwarten können. Vielen Studentinnen waren die immer noch bestehenden Entlohnungsunterschiede nicht bewusst.

Als sinnvolle Trainingsinhalte haben sich Informationen über bestehende Gehaltsunterschiede, Informationen über realistische Gehaltserwartungen, Stolpersteine des weiblichen Kommunikationsverhaltens, Vorbereitungen von Gehaltsverhandlungen, Trainings der Verhandlungssituation im Rollenspiel und eine allgemeine Stärkung des Selbstvertrauens erwiesen. Neben der Behandlung dieser Themen sollte darauf geachtet werden, dass Frauen ihren eigenen Verhandlungsstil finden. Wie bereits diskutiert, wird es Frauen negativ angelastet, wenn sie versuchen, männliche Verhandlungsstrategien

zu imitieren. Es kommt vielmehr darauf an, dass Frauen eine klare und realistische Vorstellung von branchenüblichen Gehaltsstrukturen haben und selbstbewusst auf ihre Stärken und Kompetenzen hinweisen. Auch wenn das Thema Gehaltsverhandlungstraining immer wieder kritisch diskutiert wird, sind unserer Meinung nach die in unserer Studie aufgezeigten frauenspezifischen Verhaltensweisen, wie beispielsweise die Tatsache, dass Frauen von vornherein geringere Gehaltsforderungen stellen als Männer oder andere – zum Teil weniger erfolgreiche – Verhandlungsstrategien einsetzen als Männer, durch ein entsprechendes Training zu kompensieren.

Andere aufgezeigte Unterschiede wie zum Beispiel unterschiedliche Prioritäten bei nichtmonetären Sachleistungen oder die geringere Mobilitätsbereitschaft von Frauen sind dagegen eher Ausdruck unterschiedlicher Lebensmuster und Präferenzen von Frauen und Männern, die es zu beobachten, aber nicht unbedingt zu beeinflussen gilt. Insofern ist anzustreben, den Gehaltsunterschied beim Berufseinstieg zwischen Frauen und Männern durch Gehaltsverhandlungstrainings positiv zu beeinflussen, das heißt zu verringern. Eine Eliminierung des Unterschieds ist dagegen nicht zu erwarten.

Literaturverzeichnis

- Babcock, Linda & Laschever, Sara (2007). *Women don't ask. The High Cost of Avoiding Negotiation - and Positive Strategies for Change*, New York. Zugriff am 30. März 2011 unter www.womendontask.com/stats.html
- Becker, Gary S. (1991). *A Treatise on the Family*. Cambridge, London: Harvard University Press.
- Becker, Gary S. (1993). *Human Capital*. New York: Columbia University Press.
- Bierach, Barbara (2004). *Das dämliche Geschlecht – Warum es kaum Frauen im Management gibt*. München: Piper Verlag.
- Bispinck, Reinhard; Dribbusch, Heiner & Öz, Fikret (2008). *Geschlechtsspezifische Lohn Differenzen nach dem Berufsstart und in der ersten Berufsphase. Eine Analyse von Einkommensdaten auf Basis der WSI-LohnSpiegel-Datenbank in Deutschland und im europäischen Vergleich*. Zugriff am 21. Juli 2012 unter http://www.boeckler.de/pdf/p_ta_lohnspiegel_berufsanfaengerinnen.pdf
- Bispinck, Reinhard & Öz, Fikret (2011). *Was verdienen Ingenieure und Ingenieurinnen? Eine Analyse von Einkommensdaten auf Basis der WSI-LohnSpiegel-Datenbank*, WSI Mitteilungen 1/2011, Zugriff am 21. Juli 2012 unter http://www.lohnspiegel.de/dateien/wsimit_2011_01_LohnSpiegel_Ingenieure.pdf
- Bispinck, Reinhard & Öz, Fikret (2008). *Was verdienen Bürokaufleute? Eine Analyse von Einkommensdaten auf Basis der WSI-LohnSpiegel-Datenbank*, Projekt „LohnSpiegel“ – Arbeitspapier 02/2008, Düsseldorf, Zugriff am 21. Juli 2012 unter http://www.boeckler.de/pdf/pm_ta_2008_12_03_lohnspiegel_buerokaufleute.pdf
- Blau, Francine D. & Kahn, Lawrence M. (2000). Gender Differences in Pay. *Journal of Economic Perspectives*, 14 (4), 75–99.
- Blau, Francine D. & Kahn, Lawrence M. (2003). Understanding International Differences in the Gender Pay Gap. *Journal of Labor Economics*, 21 (1), 106–144.
- Blau, Francine D. & Kahn, Lawrence M. (2006). The U.S. Gender Pay Gap in the 1990s: slowing Convergence. *Industrial and Labor Relations Review*, 60 (1), 45–66.
- BMFSFJ. (2008). *Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern, Einstellungen, Erfahrungen und Forderungen der Bevölkerung zum „gender pay gap“*, Zugriff am 21. Juli 2012 unter <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/entgeltungleichheit>

zwischen-frauen-und-m_C3_A4nnern-sinus-studie.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf

- Bothfeld, Silke; Klammer, Ute; Klenner, Christina; Leiber, Simone; Thiel, Anke & Ziegler, Astrid (2005). *WSI-FrauenDatenReport 2005*. Berlin: edition sigma.
- Bowles, Hannah R.; Babcock, Linda & Lai, Lei (2004). *Backlash: Social incentives for Gender Differences in Negotiating Behavior*, Working Paper 6/17/04, Harvard University.
- Bowles, Hannah R.; Babcock, Linda & Lai, Lei (2007). Social incentives for gender differences in the propensity to initiate negotiations: Sometimes it does hurt to ask. *Organizational Behavior and Human Decision Processes*, 103 (1), 84–103.
- Budig, Michelle J. & England, Paula (2001). 'The wage penalty for motherhood', *American Sociological Review*, 66 (2), 204–225.
- Europäische Kommission Eurostat. (2008). *Europa in Zahlen. Eurostat Jahrbuch 2008*. Köln: Bundesanzeiger Verlag.
- Gerhart, Barry & Rynes, Sara (1991). Determinants and consequences of salary negotiations by male and female MBA graduates. *Journal of Applied Psychology*, 76 (2), 256–262.
- Gneezy, Uri; Niederle, Muriel & Rustichini, Aldo (2003). Performance in Competitive Environments: Gender Differences. *The Quarterly Journal of Economics*, 1049–1074.
- Lathan, Malcolm H.; Ostrowski, Barbara A.; Pavlock, Ernest J. & Scott, Richard A. (1987). Recruiting entry level staff: gender differences. *The CPA Journal*, 30–42.
- Liebig, Stefan; Valet, Peter & Schupp, Jürgen (2010). Wahrgenommene Einkommensgerechtigkeit konjunkturabhängig. *Wochenbericht des DIW Berlin*, 27–28, 11–16.
- Major, Brenda & Konar, Ellen (1984). An investigation of sex differences in pay expectations and their possible causes. *Academy of Management Journal*, 27, 777–792.
- Nivorozhkina, Ludmilla & Nivorozhkin, Anton (2008). The Wage Costs of Motherhood. Which mothers are better off and why. *IAB Discussion Paper*, 26.
- O'Shea, Patrick G. & Bush, David F. (2002). Negotiation for Starting Salary: Antecedents and Outcomes among recent College Graduates. *Journal of Business and Psychology*, 16 (3), 365–382.
- Plantega, Janneke & Remery, Chantal (2006). *The gender pay gap – Origins and policy responses*, European Commission, Zugriff am 21. Juli 2012 unter <http://www.frauen.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=20551>
- Reimer, David & Schröder, Jette (2006): Tracing the Gender Pay Gap. Income differences between male and female university graduates in Germany. *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung*, 39 (2), 235–253.
- Ruppert, Andrea & Voigt, Martina (2009). *Gehalt und Aufstieg*. Aachen: Shaker-Verlag.
- Stevens, Cynthia-Kay; Bavetta, Anna G. & Gist, Marilyn E. (1993). Gender Differences in the Acquisition of Salary Negotiation Skills: The Role of Goals, Self-Efficacy, and Perceived Control. *Journal of Applied Psychology*, 78 (5), 723–735.
- Tam, Tony (1997). Sex Segregation and Occupational Inequality in the United States: Devaluation or Specialized Training? *American Journal of Sociology*, 102, 1652–1692.
- Topf, Cornelia (2005). *Gehaltsverhandlungen für freche Frauen*. Heidelberg: Redline-Wirtschaftsverlag.
- Waldfogel, Jane (1998). Understanding the 'Family Gap' in Pay for Women with Children. *Journal of Economic Perspectives*, 12 (1), 137–156.
- Walters, Amy E., Stuhlmacher, Alice F. & Meyer, Lia L. (1998). Gender and Negotiator Competitiveness: A Meta-analysis. *Organizational Behavior and Human Decision Processes*, (76/1), 1–29.
- Wüst, Kirsten & Burkart, Brigitte. (2010). Womit haben wir das verdient? – Weniger Geld bei besserer Leistung. *WSI Mitteilungen*, (6), 306–313.

Zu den Personen

Kirsten Wüst (korrespondierende Autorin), Prof. Dr. Arbeitsschwerpunkte: Gender, empirische Analysen, Capability Approach, Finanzmärkte, Unternehmensplanspiele.

Kontakt: Hochschule Pforzheim, Tiefenbronner Straße 65, D-75175 Pforzheim, Tel: 0049-7244-609016 Fax: 0049-7231-7530

E-Mail: kirsten.wuest@hs-pforzheim.de

Brigitte Burkart, stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte. Arbeitsschwerpunkte: Personalmanagement, Schlüsselkompetenzen, Gleichstellung.

Kontakt: Hochschule Pforzheim, Tiefenbronner Straße 65, D-75175 Pforzheim, Tel: 0049-7231-286290

E-Mail: brigitte.burkart@hs-pforzheim.de

Sławomira Walczewska

Can women in Poland speak? Diskursive Strategien polnischer Feministinnen gegen Ausgrenzung und Marginalisierung von Frauen in Polen

Zusammenfassung

Der Essay beschäftigt sich mit den diskursiven Strategien von Feministinnen in Polen. Ausgehend von der Metapher des „Nicht-Sprechen-Könnens/-Dürfens“ als umfassendste Benennung von Diskriminierung und an einigen ausgewählten Beispielen wird gezeigt, welche Strategien die feministische polnische Bewegung anwendet, um sich Gehör zu verschaffen. Dazu gehören die Übernahme sprachlicher Elemente der patriarchalen Diskurse, das Ergänzen dieser Diskurse und Raum schaffen für den feministischen Diskurs selbst.

Schlüsselwörter

Feminismus in Polen, Diskurse, Strategien, Sprechen, Schreiben, Marginalisierung

Summary

Can women in Poland speak? Strategies of Polish feminists against exclusion and marginalization of women in Poland

This article is an attempt to describe discursive strategies of Polish feminists. Using the metaphor of “not being allowed/able to speak” as the most general label for discrimination and marginalization, I present which strategies are used to express oneself in the language of the patriarchal discourses, to complete patriarchal discourses and to create space for feminist discourse.

Keywords

feminism in Poland, discourse strategies, speaking, writing, marginalization

Als Gayatri Chakravorty Spivak 1988 ihren Essay „Can the Subaltern Speak?“ (Spivak 2007) veröffentlichte, hatten Feministinnen in Polen gerade die ersten Versuche gestartet, sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen: das Frauenfilmfestival in Warschau im Jahr 1985 und die Feministischen Märztagungen, organisiert in Krakau 1987 und 1988. Ungleichheit, Frauendiskriminierung, Frauenunterdrückung und Frauenmarginalisierung waren Worte, die damals laut und häufig ausgesprochen und geschrieben wurden. Direkter und dramatischer drückt die Titelmetapher des Textes von Gayatri Chakravorty Spivak die Situation der Zweitrangigkeit aus. Wer nicht imstande ist, zu sprechen, oder wem das Sprechen nicht erlaubt wird, der/die wird nicht ernst genommen. Eine solche Person kann sogar in eigener Sache nicht selbst entscheiden, weil die anderen „besser“ wissen, was für sie passend ist. Sie ist kein/e Partner/in, man rechnet nicht mit ihr/ihm, sie wird ignoriert, verachtet oder instrumentalisiert. Im Vergleich zu anderen Ausdrucksweisen, die Diskriminierung und Ausbeutung benennen, ist diese Metapher vielleicht zu allgemein und zu vieldeutig. Gerade darin aber liegen ihre Ausdruckskraft und mächtige Wirkung. Sie ist in jeder Alltagssprache zu Hause und jede/r kann direkt und sofort nachvollziehen, wie schwierig, unerträglich oder auch schmerzhaft es ist, nicht sprechen zu können oder zu dürfen.

Die Analysen von Spivak beziehen sich auf die Nord-Süd-Verhältnisse, die Autorin benutzt dafür Beispiele aus dem indisch-britischen Kontext. Dennoch ist ihre Metapher

des „Nicht-Sprechen-Könnens/-Dürfens“ auch im polnischen und feministischen Kontext anwendbar. Polnische Frauenrechtlerinnen und Feministinnen bewegen sich seit zwei Jahrhunderten in diesem Bedeutungsfeld.

Der Emanzipationsdiskurs von Frauen in Polen

Seit Anfang des 19. Jahrhunderts strebten Frauen in Polen nach Gleichberechtigung, dem Recht auf Ausbildung und Berufsarbeit, nach politischen Rechten und dem Recht, selbst über ihren Körper zu entscheiden, vor allem kämpften sie für das Recht, „sprechen zu können und zu dürfen“. Im Jahr 1903 erschien eine Sammlung von Texten und Reden bedeutender Frauenrechtlerinnen der damaligen Zeit mit dem Titel „Eine Frauenstimme zur Frauenfrage“ (Turzyna/Bujwidowa 1903). In dieser Zeit wurde in politischen und intellektuellen Kreisen viel von Männern über die „Frauenfrage“ diskutiert. Die Autorinnen des Bandes waren sozialistische Frauenaktivistinnen und autonome Frauenrechtlerinnen. Der Titel betont die Frauenperspektive und richtet zugleich die Aufmerksamkeit darauf, dass Frauen zum Thema „Frauenfrage“ viel zu sagen haben. Das weibliche „Sprechen-Können“ wurde durch den Titel als Selbstverständlichkeit dargestellt, zugleich provozierte er, da Frauen damals nicht zur Gruppe derjenigen gehörten, die zum Thema sprachen und gehört wurden.

In der Transformationsperiode nach 1989 kam es in Polen zur zweiten Welle der Frauenbewegung. Ohne über ihre Vorfahrinnen beim Kampf um Frauenrechte viel zu wissen, benannten Feministinnen die Sammlung ihrer Texte mit „Frauen haben das Wort“ (Walczewska 1992). In dieser Zeit wurde in Polen viel über das geplante „Abtreibungsgesetz“ diskutiert; hauptsächlich von Männern. Auch in den Gremien, die über das Gesetz entschieden, saßen mehrheitlich Männer. Frauen wurden viel zu wenig gehört, als Partnerinnen kaum in Betracht gezogen und selten nach ihrer Meinung gefragt, deshalb erteilten sich die Autorinnen des Buches selbst das Wort.

Der Titel des Bandes soll Raum für feministische Aussagen eröffnen und performativ wirken. Aus den Autorinnen, die damals noch Studentinnen und junge Wissenschaftlerinnen waren, wurden später u. a. eine Professorin für Soziologie, die jahrelang eine Forschungsgruppe zu Frauenthemen geleitet hat, eine Professorin für Germanische Philologie, die das Gender-Programm an ihrer Universität initiiert und geleitet hat, eine Ministerin für die Gleichstellung von Frauen und Männern und Beamtin des UNIFEM und des EU-Gender-Instituts und Publizistinnen zahlreicher Artikel und Bücher zur Situation von Frauen.

20 Jahre danach zeigt sich, dass sich viel geändert hat und vieles zugleich hartnäckig unverändert geblieben ist. Frauen werden immer noch gezwungen, sich mit der „Erlaubnis“ auseinanderzusetzen, das zu sprechen, zu schreiben und zu veröffentlichen, was sie wollen. Die frauenfeindlichen Kommentare sind jetzt viel geschickter, wenn sie nicht anonym im Internet geäußert werden. Feministische Texte werden häufig einfach ignoriert oder verschwiegen.

Das Jahr 1992, in dem das Buch herausgegeben wurde, war ein Wendepunkt, der die Situation der Frauen in Polen für die nächsten zwei Jahrzehnte bestimmt hat: Das bisher liberale Abtreibungsgesetz wurde verschärft. Es ist bis heute eines der restriktiv-

ten Gesetze zur Schwangerschaftsunterbrechung in Europa. Mit ihrer Resolution im Mai 1990 hat die 2. Vollversammlung der „Solidarność“-Gewerkschaft mit damals 90 Prozent männlichen Delegierten dem Abtreibungsverbot zugestimmt. Im Herbst 1992 entstand die nach der „Solidarność“ zweitgrößte BürgerInnenbewegung „Für die Volksabstimmung in der Sache des Abtreibungsgesetzes“. Im Dezember dann entschied das polnische Parlament – in Ignoranz dieser Bewegung, die über eine Million Unterschriften gesammelt hatte – über das Abtreibungsverbot. Auch diesmal bestand das Entscheidungsgremium zu über 90 Prozent aus Männern.

Der eindeutige Standpunkt der Feministinnen, dass Frauen das Recht haben sollen, auf eine ungewollte Mutterschaft zu verzichten, blieb unberücksichtigt. Das Votum der Frauen, über den eigenen Körper selbst entscheiden zu wollen, wurde übergangen. Wie es zu ungewollten Schwangerschaften kommt und wie sie vermieden werden können, wurde nicht thematisiert.

Wie kommen feministische Stimmen zu Wort?

Diskurse wirken auch als formative Sprachsysteme, obwohl sie in dieser Funktion nicht einheitlich sind. Am einflussreichsten sind in Polen nationale, christliche und linksliberale Diskurse, die alle patriarchal markiert sind. In allen diesen patriarchal orientierten, regulativen Sprachsystemen bleiben frauenemanzipatorische Aussagen ein Störfaktor. Wenn sie laut sind und sich wiederholen, werden sie als Rede von Fremden oder Verrückten betrachtet. Ein lautes Lachen, Auslachen oder Abwehr und Ablehnung sind Reaktionen, mit denen Feministinnen in Polen rechnen müssen. In patriarchalen Diskursen sind Frauen keine Subjekte, sie nehmen, wenn überhaupt, nur begrenzt daran teil. Nicht nur Frauen, auch untypische, „nicht normale“, „nicht genug männliche“ oder „seltsame“ Männer werden in patriarchalen Diskursen gar nicht oder unter komplizierten Auflagen geduldet.

Für das männliche Subjekt ist die patriarchale Norm die einzig bekannte Wirklichkeit, Lebensstil, Lebensentscheidungen, sein Verhältnis zu Frauen und anderen Männern, Aussehen und sogar Bewegungsstil hält es für „normal“. Es merkt nicht, dass diese „Normalität“ ein Ergebnis der formativen Macht des Diskurses ist (Foucault 2012).

Die „subalterne“ Stellung von Frauen in patriarchalen Diskursen ist zugleich offen und verdeckt. Maskiert wird sie als Aufgabe der Frauen und als deren Würde. Offen ist sie, weil alle Komponenten des formativen Systems die untergeordnete Stellung von Frauen innehaben und sich auch untereinander gegenseitig bestätigen. Für die abgrenzende Praxis der patriarchalen Diskurse werden wissenschaftliche Begründungen bemüht, rechtliche Sanktionen finden eine religiös-moralische Basis und Erziehungsanstalten und -praktiken festigen schrittweise diskursive Regulationen.

Ein Beispiel dafür liefern etymologische Forschungen zum Ursprung des Wortes „kobieta“, das polnische Wort für „Frau“. Der anerkannte polnische Etymologe Aleksander Brückner schreibt, dass „Kob-ieta“ eine Bedienstete, eine weibliche Person ist, die sich um das Vieh kümmerte (Brückner 1926/27: 241). Diese Aussage ist Teil des frauenfeindlichen Diskurses. Neuere Versuche, den Ursprung dieses Wortes zu klären, entstanden parallel zum feministischen Diskurs in Polen, und zwar seit dem Weltfrauen-

kongress in Peking 1995, der wachsenden Präsenz dieser Themen in den Medien und der Etablierung der Gender Studies an den größten polnischen Universitäten bis 2003. Laut Krystyna Długosz-Kurczabowa kommt das Wort „kobieta“ aus dem germanischen Sprachraum und verweist auf „bieten“. Nach einer anderen Auffassung (Kowalska 2010) hat das Wort einen alt-slavischen Stamm und bezieht sich auf „kob-veta“, Wahrsagerin.

Dass sich die Diskurse im polnischen Mainstream der „Frauenfrage“ verschließen, hat zur Entwicklung unterschiedlicher Strategien des „Zu-Wort-Kommens“ beigetragen. Einige Strategien des feministischen Diskurses sind,

- sich in der Sprache anderer Diskurse auszudrücken,
- patriarchale Diskurse zu ergänzen,
- Raum für den feministischen Diskurs zu schaffen.

Sich in der Sprache anderer Diskurse ausdrücken

Im 19. Jahrhundert war der frauenemanzipatorische Diskurs in Polen mit dem nationalen Diskurs verbunden. Die ersten Vereine der Frauenrechtlerinnen waren zugleich solche für die Re-Etablierung des polnischen Staates, der im 19. Jahrhundert nicht existierte und in drei Gebiete aufgeteilt war, die Österreich, Preußen und Russland zugewiesen wurden. Die ersten Gruppen von Frauenrechtlerinnen wirkten illegal, weil sowohl im preußischen als auch im russischen Staat für Polinnen ausdrücklich ein Vereinsverbot galt. Diese Gruppen haben gegen die aufgezwungene, fremde Staatsadministration und gegen die Frauenunterdrückung gekämpft. Einer der ersten Zusammenschlüsse dieser Art, die sich frauenrechtlerisch verstanden, waren die „Enthusiastinnen“, die in den 1840er Jahren aktiv waren und sich einerseits für das Recht von Frauen auf Ausbildung und die freie Wahl eines Lebenspartners und andererseits für die Wiedereinsetzung des polnischen Staates engagierten.

Frauenrechtlerinnen konnten ihre emanzipatorischen Forderungen bis zu einem gewissen Grad mit den Mitteln des nationalen Diskurses ausdrücken. Die Strategie der Verknüpfung der nationalen und frauenrechtlerischen Diskurse stieß aber schon am Ende des 19. Jahrhunderts auf Abwehr. Die Nationalisten argumentierten, „es sei zu früh“ für das Wahlrecht der Frauen, weil zuerst der polnische Staat wieder etabliert werden müsse. Mit dem Argument der besonderen Verdienste der Frauen in der Zeit der Teilung Polens – für den nationalen Diskurs eine verständliche Logik –, schafften es die Frauenrechtlerinnen, das Wahlrecht bereits im Jahr 1918 und im Vergleich zu anderen europäischen Ländern relativ früh zu erkämpfen. Als Unterstützung für Männer, als medizinische Hilfskraft und sogar als Aufständische oder Verbindungssoldatinnen im Partisanenkampf – in allen diesen Rollen wurden Frauen im nationalen Diskurs geduldet. Aber bereits 1907 warnte eine der damaligen Frauenrechtlerinnen, Paulina Kuczalska-Reinschmit, Chefredakteurin der frauenrechtlerischen Zeitschrift „Ster“: „Die Geschichte unserer Bewegung [...] lehrt uns, dass die Frauen durch ‚tatkraftige Beteiligung an der Befreiung aller‘ für sich selbst nicht die Bürgerinnenrechte erlangen“ (Kuczalska-Reinschmit 1907: 192). Die „Befreiung aller“ bedeutete nationale Befreiung, und Kuczalska-Reinschmit wies früh auf die Unzulänglichkeit des nationa-

len Diskurses für die Sicherung der Gleichstellung der Frauen und Männer im neuen Staat hin.

Trotz zahlreicher „Verdienste“ in der „Nationalsache“ ist die „Frauensache“ bisher nicht zufriedenstellend gelöst. Trotz des allgemeinen Wahlrechts „ohne Geschlechterunterschied“ seit 1918 ist der Frauenanteil im Parlament immer noch weit von einer zahlenmäßig gleichen Repräsentanz von Frauen und Männern entfernt. Die Vorschläge von Frauenorganisationen zur Umsetzung des proportionalen Anteils im Sejm, wie die gesetzliche Ablehnung von Wahllisten mit weniger als 30 oder 40 Prozent Frauen oder Männern, wurden bis jetzt nicht ernst genommen.

Eine ähnliche Strategie, sich mittels anderer Diskurse auszudrücken, haben polnische Feministinnen in den letzten Jahren mehrmals, aber bisher erfolglos gegen das gesetzliche Abtreibungsverbot eingesetzt. Zugelassen ist eine Unterbrechung bis zum dritten Schwangerschaftsmonat aus drei Gründen: Gewalt als Ursache der Schwangerschaft (innerhalb von drei Monaten ist es meistens nicht realistisch, rechtlich zu beweisen, dass dies der Fall ist), der Fötus ist geschädigt (das müssen medizinische Untersuchungen bestätigen) oder die Schwangerschaft gefährdet Gesundheit und/oder das Leben der Frau.

Das war auch so im Fall von Alicja Tysi c. Dieser arbeitslosen, alleinerziehenden Mutter mit zwei Kindern drohte mit der dritten Schwangerschaft die Erblindung. Daher wollte sie ihre Schwangerschaft unterbrechen. Allein ihre soziale Situation gab gute Gründe für diese Entscheidung. Ihr Wille und ihre Stimme hatten aber keine Bedeutung in den patriarchal geprägten Diskursen. In der Logik des katholischen Diskurses kommt die Abtreibung einer Tötung gleich, deshalb werden die Argumente von Frauen als Argumente für das Töten und gegen das Leben abgelehnt. Der polnische Nationaldiskurs versteht sie als Angriff gegen die Familie. Sie werden abgelehnt, da sie den Vater/Partner/Mann nicht berücksichtigen. Die gesetzliche Ordnung spiegelt die Machtregulationen dieser zwei Diskurse wider.

Im Fall von Alicja Tysi c aber gab es aus medizinischen Gründen einen Ausweg. Sie hätte wegen ihrer Augenkrankheit ihre Schwangerschaft abbrechen dürfen. Doch das Verfahren dauerte länger als drei Monate, damit war die Frist überschritten und Alicja Tysi c konnte nicht mehr legal unterbrechen. Sie musste gebären mit dem Risiko, blind zu werden.

Nach der Geburt trug Alicja Tysi c mithilfe der Nicht-Regierungsorganisation „Föderation für Frauen und Familienplanung“ die unbegründete Verzögerung der Prozedur und die Blockierung einer Abtreibung vor dem Tribunal für Menschenrechte in Stra burg vor – und gewann. Einem repressiven Machtsystem hat sie das System des liberalen, internationalen Rechts gegenübergestellt. Die Frauenstimme wurde nicht direkt gehört, sondern erst in der Übersetzung in die Sprache des liberalen Diskurses. Das repressive Abtreibungsgesetz konnte sie nicht auf die gleiche Weise anprangern. Paradoxerweise hat sie also nur dagegen geklagt, dass das restriktive Abtreibungsgesetz in Polen nicht angemessen respektiert wird. Diese Strategie, die Forderungen des feministischen Diskurses in die Sprache eines anderen Diskurses zu übersetzen, hat nur eine begrenzte Wirkung. Einerseits wurde durch den Prozess von Alicja Tysi c in Stra burg die Frauenstimme in ganz Polen und auch in der Europäischen Union gehört. Zugleich aber fehlte es dieser Stimme an Eindeutigkeit.

Ergänzung der patriarchalen Diskurse

Diese feministische Strategie verweist darauf, dass in bestimmten Bereichen der Diskurse die patriarchale Logik fehlschlägt. Die militärische Geschichte wird beispielsweise als allgemein männliche Geschichte dargestellt, infolgedessen bleibt das außer Acht, was Frauen gemacht haben. Diese Einseitigkeit in der Darstellung wird schlicht grotesk, wenn man die zahlreichen Leerstellen der patriarchalen Geschichtsschreibung genauer betrachtet.

Diese Strategie zeigt sich im Namen einer informellen Gruppe von Frauen, die in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in ganz Polen aktiv für die Erhöhung des Frauenanteils in der Politik eintraten. Die Vereinigung hieß „Kobiety Też“ – „Frauen AUCH“ – und war eine von Frauen initiierte Bewegung, die teilweise mit der linksliberalen Fraktion der „Solidarność“ und den Universitäten verbunden war. Sie hat in den 1990er Jahren Aktionen für die Beteiligung von Frauen an Wahlen und am politischen Leben organisiert, Schulungen für Kandidatinnen veranstaltet, Plakataktionen in den größeren Städten Polens durchgeführt und mit Frauen-NGOs zusammengearbeitet. Der Name selbst verweist aber auf eine Unentschlossenheit. Die Frauenstimme sollte gehört werden, wurde aber zugleich als zweitrangig abgestempelt und geriet zum Echo des eigentlichen Subjekts der Diskurse.

In der Wissenschaft drückt sich die Strategie von „Frauen AUCH“ in demographischen Statistiken mit zusätzlichen Rubriken wie „darunter Frauen“ und mit zusätzlichen Seiten in Lesebüchern zur Geschichte und Philosophie aus. In der Literatur und Kunst soll es ein Zeichen der Offenheit gegenüber „Frauenthemen“ sein, wenn Diskussionen stattfinden wie: „Gibt es eine Frauenliteratur/Frauenkunst?“ Die Frage, ob es eine Männerliteratur, Männerkunst oder Männerwissenschaft gibt, wird in patriarchalen Diskursen nicht verstanden.

Die Strategie, Diskurse mit Frauenthemen und „Frauensachen“ zu ergänzen, hat einen wichtigen, aber begrenzten Einfluss. Die Frauenstimme wird nur als Sonderfall zugelassen, als eine Merkwürdigkeit und ein „Nachmachen“. Die Reaktion darauf können Paternalismus und Sonderbetrachtung sein, auch dies sind Formen von Ausgrenzung und Diskriminierung.

Ein Raum für den feministischen Diskurs

Im patriarchalen Diskurs wird die untergeordnete Stellung von Frauen sowohl offen als auch verborgen hergestellt. Häusliche Gewalt wird mit „entschuldigenden“ Blumensträußen kaschiert. Die Ausgrenzung von Frauen aus dem Gemeinschaftsleben und ihr Verweis in den häuslichen Bereich werden durch die Sentimentalisierung der Mutterfunktion versteckt, und der Paternalismus gegenüber Frauen in der Öffentlichkeit mit theatralischen Gesten übertriebener Höflichkeit maskiert.

Einige Frauen beanspruchen in diesen Diskursen die Rolle des Subjekts. Sie bezeichnen sich mit männlichen Formen, wenn sie über sich selbst sprechen: Ich bin Lehrer/Psychologe/Direktor/Student. Sie tragen Kleidung, die dem männlichen Anzug ähnelt, und versichern, keine Feministinnen zu sein. Über Frauen behaupten sie, dass ihre

Rolle sich auf die 3 Ks (Kinder, Küche, Kirche) begrenzen soll. Ihr Subjekt-Status ist aber nicht homogen. Sie sollen Beobachterinnen und nicht Darstellerinnen sein. Trotzdem versuchen sie, aus dem ZuschauerInnenraum auf die Bühne zu treten und sich unter den legitimen Schauspielern zu bewegen. Das wird geduldet, solange sie sich nicht dem Hauptdarsteller in den Weg stellen; wenn ihr Anspruch die „echten“ Disponenten der patriarchalen Sprache irritiert, werden sie in die Schranken gewiesen.

Feministinnen sind im Grunde heterogene Subjekte, weil sie einerseits Frauen sind, also „subalterne“ Produkte patriarchaler Diskurse, andererseits aber souveräne Subjekte des feministischen Diskurses. Wie jeder Diskurs ist auch der feministische ein formatives Sprachsystem. Im Gegensatz zu patriarchalen Diskursen hat er in den letzten zwei Jahrhunderten sein riesiges Transformationspotenzial bewiesen.

Einige Feministinnen, z. B. Monique Wittig (1973), gehen davon aus, dass die „Frau“ ein Produkt der patriarchalen Diskurse ist, ebenso wie das System der binären Geschlechter und die Zwangsheterosexualität. Wenn sich eine Person vom Einfluss der patriarchalen Diskurse befreien wolle, solle sie damit aufhören, sich selbst als Frau oder Mann zu sehen (Wittig 1973). Ann Snitow präsentiert dazu zwei Positionen: Die eine betrachtet die Bezeichnung „Frau“ als Sklavennamen und stellt an den Feminismus die Forderung, sich davon zu befreien. Die VertreterInnen der anderen Position nennen sich selbstbewusst Feministin: „Letztendlich kann ich mich ohne Scham und Schuldgefühl eine Frau nennen“ (Snitow 1990). Zwischen diesen beiden gegensätzlichen Haltungen eines möglichen weiblichen Subjekts bewegen sich die „frauenbewegten“ Frauen in Polen.

Literaturverzeichnis

- Brückner, Aleksander. (1926/27). *Słownik etymologiczny języka polskiego*. Kraków: Krakowska Spółka Wydawnicza.
- Butler, Judith. (1997). *Excitable Speech: A Politics of the Performative*. London/New York: Routledge.
- Cixous, Helene. (1993). Śmiech Meduzy [Das Lachen der Medusa]. Übers. v. Anna Nasiłowska. *Teksty Drugie*, 4/5/6, 147–166.
- Długosz-Kurczabowa, Krystyna. (2003). *Nowy słownik etymologiczny języka polskiego*. Warszawa PWN.
- Foucault, Michel. (2012). Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt/M.: Fischer.
- Kowalska, Karolina. (2010). Było sobie słowo kobieta. *Słowa i rzeczy*. Zugriff am 01. August 2010 unter www.slowairzeczy.pl/434/bylo-sobie-slowo-kobieta
- Kuczalska-Reinschmit, Paulina. (1907). Słowo wyjaśnienia [Ein paar Worte der Erklärung]. Übers. v. Ursula Kiermeier. *Ster*, 4, 192.
- Snitow, Ann Bar. (1990). Gender Diary. In Marianne Hirsch & Evelyn Fox Keller (Hrsg.), *Conflicts in Feminism* (S. 9–43.). London/New York: Routledge.
- Spivak, Gayatri Chakravorty. (2007). *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*. Wien: Turia + Kant.
- Tomasik, Krzysztof. (2008). *Homobiografie. Pisarki i pisarze polscy XIX i XX wieku* [Homobiographien. Polnische Schriftsteller und Schriftstellerinnen im XIX. und XX. Jahrhundert]. Warszawa: Wydawnictwo Krytyki Politycznej.

- Turzyna, Maria & Bujwidowa, Kazimiera. (Hrsg.). (1903). *Głos kobiet w kwestii kobiecej*. Kraków: Stow. Pomocy Naukowej dla Polek.
- Walczevska, Sławomira. (Hrsg.). (1992). *Głos mają kobiety*. Kraków: Convivium.
- Walczevska, Sławomira. (1999). *Damy, rycerze i feministki. Kobięcy dyskurs emancypacyjny w Polsce* [Damen, Ritter und Feministinnen. Frauenrechtlerischer Diskurs in Polen]. Kraków: Wydawnictwo eFKa.
- Wittig, Monique. (1973). *Le Corps Lesbien*. Paris: Editions de Minuit.

Zur Person

Sławomira Walczewska, Dr. (1960), Philosophin und Frauenaktivistin, Mitherausgeberin von ‚Zadra‘, der einzigen feministischen Zeitschrift in Polen, Mitleiterin der Frauenstiftung eFKa und Mitbegründerin und Redakteurin des feministischen Verlags ‚eFKa‘. Arbeitsschwerpunkte: Herstory, Feministischer Diskurs, Frauengedächtnis.
E-Mail: walczevska@efka.org.pl

Lucyna Kopciwicz

„Manifa“ („Frauendemo“) und 8. März in Polen – Medienecho und Erfahrungen verschiedener Generationen

Zusammenfassung

Der Beitrag analysiert die Geschlechterverhältnisse zur Zeit des systempolitischen Wandels in Polen auf zwei Diskursebenen: der Medienebene (Tagesschauberichte der wichtigsten Sender) und der Erfahrungsebene von Frauen und Männern aus unterschiedlichen Generationen. Die ausgewählten Beispiele dafür sind zwei zentrale Events: Die „Manifa“ (Abkürzung von „manifestacja“; ähnlich dem deutschen „Demo“), eine jährlich von Feministinnen am Sonntag vor dem 8. März veranstaltete Demonstration, und der „Frauentag“, der im öffentlichen Diskurs als „vom Kommunismus verseuchtes Fest“ gilt. Die beiden Ereignisse symbolisieren zwei konkurrierende Formen, wie im öffentlichen Raum und in den Medien über Frauen gesprochen wird (Godzic 1999; Graff 2005). Hintergrund der „Manifa“ sind die Forderungen nach Freiheit und mehr Rechten für Frauen, die Feiern zum 8. März hingegen stehen im Zeichen der traditionellen polnischen Verehrung von Frauen (Mythos der Mutter-Polin).

Schlüsselwörter

Frauentag, Medien, Geschlechterdiskurs, Generationen, Polen, Frauenrechte

Summary

„Manifa“ and International Women’s Day in the media and awareness of generation groups

This article aims to analyze post-transformation (post-1989) changes in gender relations in Poland in two areas: the media (TV), and the experience of women and men of different generations. The focus is on two events: „Manifa“ [Manifestation] (organized on the Sunday before 8 March each year since 2000) and International Women’s Day (“contaminated” with communism, but still celebrated in private). These events, and particularly the way they are dealt with in the media, indicate that the public area (public discourse) includes two competitive discourses on women: a new discourse of rights and freedom, and the old, traditional discourse of adoration.

Keywords

International Women’s Day, media, gender discourse, generations, Poland, women’s rights

Der 8. März (Internationaler Frauentag) in Polen

Der Internationale Frauentag gehörte im sogenannten Ostblock zu einem der wichtigsten staatlichen Feste. In Polen wurde er vor allem ab 1971 gefeiert, denn in diesem Jahr gab es einen Massenstreik der Textilarbeiterinnen in Lodz und eine prächtige Feier sollte die Spannungen beheben. Alle Medien berichteten, wie der I. Parteisekretär einer Frau in aller Öffentlichkeit die Hand küsste. Der 8. März wurde zum Anlass, die Gleichberechtigung der Frauen als Teil der sozialistischen Errungenschaften zu demonstrieren. In deutlicher Abgrenzung zur westlichen feministischen Bewegung wurde sie als fortschrittlicher dargestellt und hatte eindeutig einen verehrenden Charakter (Handkuss,

siehe oben). Zur Zeit der Volksrepublik Polen (bis 1989) boten die Feiern zum 8. März die Gelegenheit für Partys am Arbeitsplatz, häufig mit Alkohol, was die katholische Kirche missbilligte. Sie rief deshalb zum Boykott des 8. März auf, zumal dieses Fest in die Fastenzeit falle. Nach 1989 sollte der 8. März nicht mehr begangen werden, weil er als „Relikt des Kommunismus“ gilt. Auch heute noch sind die Feiern zum Internationalen Frauentag sehr beliebt und stehen im Kontext des polnischen Verehrungsdiskurses.

Zur Geschichte des polnischen Verehrungsdiskurses

In Polen existiert das Ideal des Ritters und der Dame, so Sławomira Walczewska (2006), als paradigmatische Form der Mann-Frau-Beziehung. Die Rollenverteilung weist dem Mann Fürsorge, Schutz und Verehrung der Frauen zu, diese hingegen sollen sich dieser Verehrung würdig erweisen, den Mann unterstützen und für seinen gesellschaftlichen Einsatz belohnen (Walczewska 2006: 13).

Anna Titkow (1995) macht auf einige Widersprüche dieses adelig-ritterlichen Geschlechterverhältnisses aufmerksam. Einerseits bildet es die Grundlage für ein relativ hohes Ansehen von Frauen in der Gesellschaft, andererseits weist es ihnen die Rolle der heroischen „Mutter-Polin“ zu (Titkow 1995: 13). Der „Mutter-Polin-Mythos“ entstand am Ende des 18. Jahrhunderts und ist anti-emanzipatorisch (Matynia 2008; Walczewska 2006). Zugleich bietet er für Frauen eine Form der Teilhabe an der Nationalgemeinschaft. Die Staatsbürgerschaft bleibt jedoch eine Metapher, denn die Rolle der Frauen wird ausschließlich auf die „patriotisch engagierte“ Mutterschaft reduziert, vermischt mit dem Aspekt der besonderen Achtung und symbolischen Erhebung (vergleichbar dem in Polen stark entwickelten Marienkult) (vgl. Frąckowiak-Sochańska 2009: 87). Der Realsozialismus schaffte diesen Mythos nicht ab, sondern interpretierte ihn nur um. Die katholische Kirche unterstützt ihn ebenfalls, indem sie Eigenschaften wie Bescheidenheit, Schicksalsergebenheit, Selbstlosigkeit und Aufopferung für andere als weibliche Tugenden deklariert. Die damit verbundenen Dominanz- und Unterwerfungsmuster werden von polnischen Feministinnen seit 1989 öffentlich benannt und kritisiert. Dieser Mythos und der ritterliche Verehrungsdiskurs haben weiterhin einen großen Einfluss in Polen, was sich exemplarisch an der Geste des Handkusses zeigt. Sie gilt als charmant, findet allgemeine Anerkennung und löst Entzücken aus (Walczewska 2006: 188). Die mediale Berichterstattung und durchgeführte Interviews zur „Manifa“ und zum 8. März zeigen die Vermischung von feministischen Forderungen und dem polnischen Verehrungsdiskurs.

Die „Manifa“ als Feier des Frauentages

Die „Manifa“ stellt als eine der radikalsten kulturellen Formen den Verehrungsdiskurs in Frage. Sie wird seit 2000 von der Organisation „Porozumienie 8 marca“ (deutsch: „Bündnis des 8. März“) veranstaltet, einem inoffiziellen Zusammenschluss von Frauenorganisationen, Studentinnen, Anarchofeministinnen und von Frauen, die in den 1990er Jahren an den ersten Demonstrationen gegen das geplante Gesetz zur Schwangerschafts-

unterbrechung teilgenommen hatten. Die Idee der „Manifa“ beruht auf der Überzeugung, dass eine öffentliche Diskussion wiederbelebt werden muss. Die erste „Manifa“ in Warschau zählte 150 Personen. Die Medien brachten nur wenige Kurzreportagen darüber. Heute nehmen viele bekannte Frauen teil, die hohe Posten bekleiden: Gewerkschaftsaktivistinnen, Schriftstellerinnen, Schauspielerinnen, Professorinnen, Abgeordnete und Gleichberechtigungsbeauftragte, darüber hinaus Mobbing- und Belästigungsoffer sowie Leidtragende privater Gewalt.

Dieser Straßenprotest hat bewusst Karnevalscharakter, will den öffentlichen Raum besetzen, Bedürfnisse und Probleme von Frauen ansprechen, die Rechte von diskriminierten Gruppen einfordern, den patriarchalen Charakter der Feiern zum 8. März beseitigen und wieder auf die ursprüngliche Bedeutung dieses Tages aufmerksam machen. Dies ist ein Kampf um wirtschaftliche und gesellschaftliche Frauenrechte. Dadurch wird die „Manifa“ zu einem politischen Event, das parteiübergreifend Raum für unabhängiges Denken schafft und eine Möglichkeit für viele Frauen-, Schwulen- und Lesbenorganisationen sowie für andere linksorientierte Vereine und Verbände, ihre Forderungen zum Ausdruck zu bringen. Jedes Jahr wird ein anderes Leitthema für die Demonstration festgelegt, z. B. wirtschaftliche Frauenrechte, Gesundheitsfragen oder Widerstand gegen die Verschärfung des Gesetzes gegen Schwangerschaftsabbruch.

Die mediale Berichterstattung über die „Manifa“

Die polnischen Massenmedien kommen mit dem Phänomen der „Manifa“ kaum zurecht. Eine Analyse der Medienberichte im Zeitraum 2005 bis 2009 zeigt große Informationsmängel, was die nachfolgenden Beispiele verdeutlichen:

„Die Feministinnen gingen wieder auf die Barrikaden! Einige tausend Personen nahmen an der ‚Manifa‘ teil, deren Ziel es war, Frauenrechte und Geschlechtergleichheit einzufordern. Am Vorabend des Frauentags demonstrierten die Feministinnen ihren Widerstand gegen die traditionelle Rolle der Frau als Mutter-Polin. Was haben sie über all diese Jahre hindurch erzielt? Brauchen wir überhaupt Feministinnen? Kunterbunte Umzüge, starke und kontroverse Sprüche und einige tausend Teilnehmer – eine große Demo am Sonntagmittag mit ihrer Zielsetzung Kampf gegen Frauendiskriminierung – könnte den unbeteiligten Beobachtern als exotisch erscheinen“ (Polsat 2005).

„Sie wollen keine Nelken und Strumpfhosen, sind allergisch gegen Handküsse, dafür aber kämpfen sie laut um ihre Rechte auf der Straße, indem sie an der ‚Manifa‘ teilnehmen“ (TVN 2006).

„Der Frauentag, der Frauentag ist heute – jeder soll es erfahren, dass die Mädchen ihr Fest heute feiern – so heißt es in einem Kindergartensong. So taten es auch die Frauen in ganz Polen heute und schrien ihre Probleme und Sorgen laut heraus: Diskriminierung, Gewalt, kein allgemeiner Zugang zur In-vitro-Fertilisation. So sehen es die Frauen“ (Polsat 2008).

„Es vergehen noch einige Jahre und der 8. März wird hauptsächlich mit den ‚Manifas‘ und mit dem Kampf um Frauenrechte verbunden werden. Die Bewohner von etlichen Städten Polens konnten heute den Damenstandpunkt kennenlernen. Das Hauptmotto war: ‚Jedes Regierungsteam handelt ohne Sinn‘. Die ‚Manifa‘-Teilnehmer, nicht nur Frauen, gingen auseinander, und die Probleme bleiben weiterhin bestehen“ (TVN 2009).

Hier wird ein Bild vermittelt, das die Feierlichkeiten rund um den 8. März mit komischen und unpolitischen Elementen verbindet. Die politischen Postulate werden zu bloßen „Floskeln“ und die Forderung nach gleichen Rechten zum „Herausschreien aller Lebenssorgen von Frauen“. Die JournalistInnen erkennen weder das Emanzipations- und Bildungspotenzial noch den Gesellschaftswandel, für die die „Manifa“ steht. Die Berichte konzentrieren sich auf Aspekte, die als bizarr oder schockierend bewertet werden, wie beispielsweise die Anwesenheit von Männern und Kindern mit „umstürzlerischen“ Transparenten. Fast jedes Jahr wurde in den Medien ein Plakat mit der Aufschrift „Eine Lesbe soll Staatspräsident sein!“ gezeigt. Auch die Konfrontation der „Manifa“-TeilnehmerInnen mit Rechtsradikalen und Neonazis stand im Fokus: Die Medien lieferten Aufnahmen von Gegendemonstrationen, deren TeilnehmerInnen zu Wort kamen. Die beleidigenden Skandierungen wurden zusammen mit den Bildern von der „Manifa“ ausgestrahlt. Die Forderungen der „Manifa“-TeilnehmerInnen wurden kaum genannt, Aussagen trivialisiert oder reduziert. Die Analyse der Berichterstattungen der vergangenen fünf Jahre lässt den Schluss zu, dass es an Informationen über den 8. März aus europäischer und globaler Perspektive mangelt. Daher sind die polnischen JournalistInnen vermutlich nicht der Lage, die „Manifa“ mit ihrem Symbolgehalt zu verstehen, sondern sehen sie als Radikalisierung eines kommunistischen Festes, beurteilen sie aus einer konservativen Haltung heraus und berichten ironisch darüber. Die Berichte folgen stets demselben Schema, wobei „die Probleme und Schicksale der Frauen politisch keine Wirkung haben“ (Graff 2005: 38).

Im Gegensatz dazu sind auch Reportagen über den „gewöhnlichen“ Frauentag zu finden, der von „normalen, alltäglichen“ Frauen (Nicht-Feministinnen) und deren Männern gefeiert wird. Diese Berichte sind jedoch ebenfalls nicht vorurteilsfrei und wiederholen Klischees, wie das folgende Beispiel belegt:

„Liebe Frauen, macht Schluss mit diesen männlichen Themen! Jetzt nur über Euch! Lassen wir die Strumpfhosen, Nelken oder Tulpen, die einige von Euch bestimmt bekommen haben, beiseite. Zum Frauentag hat unsere Journalistin auf die Welt wie eine richtige Frau geschaut. Liebe Frauen und liebe Herren, in der Tagesschau sehen wir den Frauentag aus der Sicht der Frau! Verstanden zu werden, davon träumt jede von uns. Deswegen geben wir den Herren eine einzige Chance, zu hören, was die Frauen wollen“ (TVP 1 2007).

Der Internationale Frauentag am 8. März – Interviews

Die Grundlage für die folgende Analyse bilden Interviews, die mit vier Gruppen durchgeführt wurden: mit älteren und jüngeren Frauen sowie älteren und jüngeren Männern, insgesamt waren es 100 Personen. Ein Ergebnis lautet, dass die Bedeutung des Frauentags den meisten Befragten kaum nachvollziehbar ist. Die älteren Frauen wiesen jedoch darauf hin, dass dieses Fest früher eine sehr wichtige Rolle im öffentlichen Leben spielte (vor allem im beruflichen Bereich):

„Der 8. März hatte für die Frauen eine große Bedeutung. An diesem Tag waren sie Heldinnen und standen im Vordergrund, nicht als einzelne Personen, sondern als eine ganze Gesellschaftsgruppe. Auf diesen Tag haben wir sehr gewartet. Der Direktor bestellte immer alle Frauen von der technischen Abteilung, Buchhaltung und Personenabteilung in die Aula und hielt eine Rede. Dann hat er den Frauen

gratuiert und bedankte sich bei ihnen für ihre Arbeit; danach überreichte er uns Blumen und kleine Geschenke, z. B. Strumpfhosen. Anschließend gab es Kaffee, Tee und Kuchen. Ich denke oft sehr gerne daran zurück“ (Interview 30).

Mittlerweile hat der Tag diese Bedeutung verloren:

„Heute sieht der Frauentag ähnlich wie die anderen Jahrestage aus. Nur mein Mann erinnert sich an dieses Fest und gibt mir und der Tochter eine Blume. Wenn man nicht auf eigene Faust etwas an diesem Tag organisiert, dann gibt es keine Feierlichkeiten“ (Interview 9).

Ältere Männer meinten, der Frauentag verlöre aufgrund des Feminismus seine Bedeutung:

„Früher hatten wir dieses Fest irgendwie im Kopf. Heute wird so viel von Gleichberechtigung und Frauenemanzipierung gesprochen, dass man es in der Zukunft nicht mehr feiern wird. Daran werden eben die Frauen schuld sein, die das Fest verdorben haben, indem sie den feministischen Tendenzen unterlagen“ (Interview 20).

Viele der interviewten älteren Männer fühlen sich an dieses Fest gebunden und begehen es privat. Die jüngere Generation (Frauen und Männer) hingegen verknüpft mit dem Frauentag Bilder realsozialistischer Kunst:

„Dieses Fest verbinde ich vor allem mit dem vergangenen kommunistischen System, dessen Erbe u. a. der Frauentag ist: Die Frauen auf den Traktoren, bei schwieriger Arbeit, von Energie und Kraft erfüllt“ (Interview 17).

Viele jüngere Männer verweigern sich der Tradition:

„Ich feiere den Tag überhaupt nicht. Ich stelle mich nicht in einem Blumengeschäft an, kaufe keine Blumen, gratuliere nicht. Tue nichts“ (Interview 18).

Für jüngere Frauen ist der 8. März positiv besetzt:

„Ich mag dieses Fest, weil ich mich dann so fühle, dass es eben mein Fest ist, dass ich eine außergewöhnliche Person bin. Mein Freund kauft mir in der Regel Blumen und Süßigkeiten. Manchmal essen wir ein Abendbrot im Restaurant oder gehen ins Kino. Das war's“ (Interview 8).

Die meisten Befragten lehnen das öffentliche Feiern des 8. März eindeutig ab. Einige wenige Frauen wiesen auf die gesellschaftliche Bedeutung des 8. März für die Gleichstellung von Frauen und Männern hin:

„Es ist ein guter Anlass, sich über die Rollen des Mannes und der Frau in der heutigen Welt Gedanken zu machen, sowie über Veränderungen in diesem Bereich. Der Frauentag kann ähnlich wie im Westen gefeiert werden“ (Interview 29).

Die älteren Frauen definieren den Frauentag als willkommenen Ausdruck des Verehrungsdiskurses in der Öffentlichkeit. Die älteren Männer möchten dies auf die private Sphäre beschränken. Hier zeigt sich ein gewisser Revanchismus: Wenn die Frauen keine Damen mehr sein wollen, weil sie sich Feministinnen nennen, dann hören die Männer

auf, Frauen zu verehren. Eine ähnliche Meinung zeigte sich auch bei den jüngeren Männern: Sie lehnen einen festen Tag für die Praxis des Verehrungsdiskurses ab, stellen ihn aber nicht gänzlich in Frage. Die Gruppe der jüngeren Frauen ist pragmatisch orientiert. Sie schätzen die Vorteile, die ihnen der Verehrungsdiskurs sichert (obwohl sie diese nicht erwarten), und können sich den Tag nach ihren Wünschen gestalten. Sie weisen ihn ebenfalls nicht zurück.

Resümee

Das gesellschaftliche Bewusstsein in Polen zum Thema Frauenrechte und 8. März wird nur in geringem Maß von den Medien beeinflusst, ihre Hauptstrategie ist die Trennung der „Manifa“ vom Frauentag. Über die beiden „Feste“ wird sehr unterschiedlich berichtet: Die TeilnehmerInnen an der „Manifa“ werden als „exzentrisch“ dargestellt, während die Feiernden des 8. März zu „normalen“ Frauen stilisiert werden.

Die Äußerungen der verschiedenen Altersgruppen sind bestimmt durch Abwehr der öffentlichen Feierlichkeiten zum 8. März als auch durch den Versuch, die gesellschaftliche Praxis in ihrer symbolischen (semantischen) Dimension zu integrieren. Die historischen Bezüge des 8. März sind nicht mehr präsent (Kampf der Frauen um ihre Rechte), sodass der Tag als kommunistisches Erbe kritisiert wird. Die Beurteilungen deuten auf Spannungen hin, wobei die Trennlinie sowohl zwischen den Geschlechtern als auch den Generationen verläuft. Die älteren Frauen und Männer distanzieren sich von der Erbschaft der Volksrepublik Polen. Alle Frauen äußern den Wunsch, der 8. März sollte unabhängig von der aktuellen politischen Lage gefeiert werden, entweder öffentlich (ältere Frauen) oder privat (jüngere Frauen). Außerdem äußerten alle das Bedürfnis nach einer „würdigenden Sprache“. Das folgende Zitat steht exemplarisch für diese Ambivalenzen:

„Ich glaube, dass der Frauentag seinen Sinn allmählich verliert, und das geschieht durch die Frauen selbst, die mit gleichen Rechten wie die Männer behandelt werden wollen. Statt Blumen und Geschenke wollen sie, dass man ihre Probleme sieht, z. B. Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, das Recht, über den eigenen Körper entscheiden zu können, das Recht auf Abtreibung. Andererseits wollen wir das Fest immer noch feiern und es tut uns leid, wenn jemand, besonders ein Mann, das vergisst. Man muss endlich die Entscheidung treffen, so meine ich. Wir können nicht wählen, wann wir die gleichen Rechte haben wollen, und wann wir privilegiert und wie feine Geschöpfe, für die man sonderlich sorgen muss, behandelt werden sollen“ (Interview 12).

Die befragten Männer distanzieren sich viel stärker vom „kommunistischen Erbe“. Die älteren plädieren für eine Feier des 8. März im privaten Bereich, die jüngeren sehen darin keine Bedeutung mehr. Allen gemeinsam ist die Überzeugung, die Frauen hätten das Fest „verdorben“, indem sie sich den feministischen Tendenzen untergeordnet hätten. Sie sehen sich deshalb gezwungen, den 8. März nicht mehr zu feiern, daher geben sie „die Sprache der Verehrung“ bewusst auf.

Die Untersuchungsergebnisse zeigen zweierlei Formen, über Frauen zu sprechen: Einerseits werden Frauen als privates Subjekt ohne Geschichte und Bedürfnisse betrachtet. Die „kommunistische Verseuchung“ des Frauentags steht dieser Konstruktion entgegen. Das maßgebliche Vokabular, wie dieses private Subjekt spricht und wie darüber gesprochen wird, stammt aus der „Sprache der Verhältnisse“. Es sind universelle

Bedürfnisse und Erwartungen von Frauen, die gegenüber Männern artikuliert werden, besonders das Bedürfnis, geachtet und verehrt zu werden. So ist es zwar möglich, gewisse Forderungen zum Ausdruck zu bringen, aber nur in einer konventionellen Symbolsprache. Es fehlt der Platz für die „Sprache der Rechte“.

Die mediale Berichterstattung über die „Manifa“ konstruiert ein anderes Subjekt. Hier gilt ein abweichendes Vokabular, nämlich die „Sprache der Rechte“, der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Würde. Dieser Wortschatz beschreibt die Frauen in der öffentlichen und privaten Sphäre, wobei letztere nicht zur Realisierung des Verehrungsbedürfnisses dient, sondern eher als *oikos* (ganzes Haus) verstanden wird, das einen Mittelpunkt der gesellschaftlichen Machtstruktur bildet (Środa 2003: 325). Gleichwohl weist dieses Medienbild darauf hin, dass das Sprechen über Frauen mit Scherz und Ironie durchbrochen werden muss. Denn dadurch erscheint das weibliche Subjekt als trivial, launisch und de facto nicht interessiert an diesen Rechten und Freiheiten; sein einziges, narzisstisches Bestreben besteht darin, im Fernsehen gezeigt zu werden.

Im öffentlichen wie im privaten Diskurs ist „das Problem der Volksrepublik Polen“ immer noch präsent. Magdalena Środa (2009) weist darauf hin, dass im gegenwärtigen öffentlichen Diskurs ein eindeutig missbilligendes Verhältnis zur Volksrepublik besteht. Beispiel hierfür sind die Medienberichte anlässlich des 8. März. Środa vergleicht das Unvermögen, über das Erbe der Volksrepublik Polen ernsthaft zu diskutieren, mit der Rhetorik und dem Manichäismus der kommunistischen Ära, über die Zwischenkriegszeit in Polen zu sprechen. Ein wichtiger Teil dieser Problematik betrifft die Einschätzung der Geschlechterdiskurse. Viele polnische KommentatorInnen deuten die gegenwärtigen feministischen Bewegungen unter Berufung auf traditionelle Rollen.

Die Verslossenheit und Ignoranz der Medien wird vor allem daran deutlich, dass diese nicht in der Lage sind, eine neue Konzeptualisierung des Frauentags in Polen mit zu gestalten. Die Mediensprache (besonders im Fernsehen) ist daher ein Musterbeispiel für symbolische Gewalt, weil sich die journalistische Verarbeitung nicht vom Paradigma der „Verseuchung durch die Volksrepublik Polen“ lösen kann. Es lässt sich sogar von einer Ritualisierung der Sprache sprechen, weil immer wieder dieselben starren Formeln, Wendungen und sprachlichen Klischees benutzt werden. Ohne Zweifel dient das sprachliche Ritual einem bestimmten Weltbild und dazu, durch die Sprache die traditionelle, patriarchale Ordnung der Geschlechter beizubehalten.

Das bisherige Informationsmonopol des öffentlichen Fernsehens wird durch neue Medien aufgelöst. Der markante Popularitätsanstieg der „Manifa“ ist daher auch der polnischen Feminismusbewegung zuzuschreiben, die eigene Informationen über die „Manifa“ produziert. Sie wurden nicht in die Untersuchung einbezogen. Das emanzipatorische Potenzial der „Manifa“ und die Vorstellungen der Generationen treffen sich also in den neuen Medien. Dazu gehört auch der Frauenkongress. Er fand zum ersten Mal 2009 statt und wurde zu einem bedeutenden politischen Ereignis. Hauptthemen waren die Stellung und die Rolle der Frauen in Polen nach der Wende. Zum ersten Mal wurden die Frauenprobleme in der Öffentlichkeit diskutiert, unterstützt von Frauen aus verschiedenen Bereichen, von feministischen Organisationen, Gewerkschaften und politisch, wirtschaftlich und wissenschaftlich engagierten Frauen (Wiśniewska 2010). Eine der wichtigen Kritikpunkte des Kongresses war die geringe Repräsentanz der Frauen in der polnischen Öffentlichkeit während des 20-jährigen politischen Wand-

lungsprozesses. Die TeilnehmerInnen forderten eine 50-Prozent-Quote auf den Wahllisten, was zur Folge hatte, dass ein Entwurf für eine Bürgerwahlordnung entwickelt wurde, der – ähnlich wie in den anderen westeuropäischen Ländern – zahlreiche Verteidigungsstrategien in den verschiedenen Parteien einleitete. Gleichzeitig regte er ein gesellschaftliches Nachdenken über eine gleichberechtigte demokratische Beteiligung für Frauen und Männer in der Politik an.

Übersetzung: Bartłomiej Gnecioszek

Literaturverzeichnis

- Frąckowiak-Sochańska, Monika. (2009). *Preferencje ładów normatywnych w postawach kobiet wobec wartości w Polsce na przełomie XX i XXI wieku*. Poznań: Wydawnictwo Poznańskie.
- Godzic, Wiesław. (1999). *Telewizja jako kultura*. Kraków: Rabid.
- Graff, Agnieszka. (2005). Jesteś urocza kiedy się złościsz. Radykalny feminizm drugiej fali a media głównego nurtu. In Edyta Zierkiewicz & Izabela Kowalczyk (Hrsg.), *Kobiety, feminizm i media*, S. 37–58, Poznań: Konsola.
- Matynia, Elżbieta. (2008). *Demokracja performatywna*. Wrocław: DSW.
- Środa, Magdalena. (2003). *Indywidualizm i jego krytycy. Współczesne spory między liberalami, komunitarianami i feministkami na temat podmiotu, wspólnoty i płci*. Warszawa: Aletheia.
- Środa, Magdalena. (2009). *Kobiety i władza*. Warszawa: W.A.B.
- Titkow, Anna. (1995). Kobiety pod presją. Proces kształtowania się tożsamości. In Anna Titkow, & Henryk Domański (Hrsg.), *Co to znaczy być kobietą w Polsce?* (S. 9-39). Warszawa: IFiS PAN.
- Walczevska, Sławomira. (2006). *Damy, rycerze i feministki*. Kraków: eFKA.
- Wiśniewska, Agnieszka. (2010). *Duża Solidarność, mała solidarność. Biografia Henryki Krzywonos*. Warszawa: Wydawnictwo Krytyki Politycznej.

Zur Person

Lucyna Kopciwicz, Prof. Dr. hab., Universität Danzig, Institut für Pädagogik. Arbeitsschwerpunkte: Geschlechterverhältnisse im europäischen Vergleich, Gender und Lehre, Mädchen und Frauen in der Erziehung, feministische Pädagogik in Polen, Gender und Mathematik.
Kontakt: E-Mail: pedlk@univ.gda.pl

Vom Recht auf Stillen zur Pflicht der Mutter: Elemente eines globalen Stilldiskurses

Zusammenfassung

Im Beitrag wird die historische Entwicklung des gegenwärtigen globalen Stilldiskurses dargestellt. Zentrales Merkmal dieser Diskursformation innerhalb der letzten 40 Jahre ist die Verschiebung des Stillens aus dem privaten Bereich der Mutter in die öffentliche Sphäre der Gesundheitsförderung. Grundlage dieser Untersuchung sind ausgewählte Policy-Dokumente der internationalen Gesundheitsorganisation WHO sowie der EU, die den Diskurs über das Stillen im Wesentlichen regulieren. Durch die Festsetzung von Stillen als „normal“ und „natürlich“ sind Mütter zahlreichen problematischen Fremdbeschreibungen ausgesetzt, die ihre Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit beschneiden. Der Beitrag zeigt die Fallstricke dieser versteckten Re-Biologisierung der Mutterrolle für aktuelle Debatten um moderne Elternschaft auf.

Schlüsselwörter

Stillen, Geschlecht, Mutterrolle, Normierung, Elternschaft

Summary

From a women's right to a mother's duty:
Elements of a global breastfeeding discourse

This paper outlines the historical development of the current global breastfeeding discourse. Within the last 40 years the discourse formation has moved the question of breastfeeding from the private domain of the mother into the public sphere of health promotion. This article examines several WHO and EU policy documents that regulate discourse on breastfeeding in public. Mothers face several harmful imputations based on the fact that breastfeeding is pictured as "normal" and "natural": Most importantly, they restrict women's decision-making ability and capacity to act. This article exposes the pitfalls of this hidden re-biologization of the mother's role for contemporary debates on modern parenthood.

Keywords

breastfeeding, gender, mother's role, parenthood

1 Einleitung

Stillen hat sich in den letzten 40 Jahren in westlichen Industrieländern von einer nebensächlichen Praxis zur Norm schlechthin in Sachen Säuglingsernährung entwickelt. Beim Verlassen der Geburtsklinik stillt heute die überwältigende Anzahl der Mütter¹. Eine aktuelle Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) besagt, dass 76,7 Prozent aller Babys in Deutschland irgendwann einmal gestillt wurden. Bis zum sechsten Monat ausschließlich Muttermilch erhalten immerhin noch 22,4 Prozent (Lange/Schenk/Bergmann 2007)². Diese Zahl liegt zwar unter den Empfehlungen der WHO, wonach alle Babys sechs Monate ausschließlich gestillt werden sollen (WHO 2011), dennoch ist die

1 Eine Studie des Bayerischen Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit von 2006 beziffert den Anteil auf 90 Prozent.

2 Die „WHO Global Data Bank on Infant and Young Child Feeding (IYCF)“ bietet einen regelmäßig aktualisierten Überblick über Stillraten in zahlreichen Nationalstaaten weltweit. Siehe <http://www.who.int/nutrition/databases/infantfeeding/en/index.html>

Veränderung in den letzten 35 Jahren beachtlich: Ende der 1970er Jahre lag der Anteil jener Kinder, die mehr als vier Wochen gestillt wurden, in allen westlichen Industrienationen unter zehn Prozent (Deutsche Gesellschaft für Ernährung 1977). Die möglichen Gründe für diese Veränderungen sollen in dieser Arbeit thematisiert werden.

Allgemein kann von einem neu etablierten *Grundkonsens* in der Gesellschaft gesprochen werden, der Muttermilch einen übergeordneten Status in Fragen der Säuglingsernährung zuweist. Verantwortlich dafür ist zum einen ein Paradigmenwechsel in der Laktationsmedizin. Diese hatte der Muttermilch über weite Teile des 20. Jahrhunderts keinen besonderen Stellenwert gegenüber der künstlich hergestellten Säuglingsnahrung eingeräumt. Erst in den 1970ern kam es in Zusammenarbeit von Pädiatrie, WHO, dem Kinderhilfswerk der UNO (UNICEF) und diversen NGOs zur Übereinkunft, dass Muttermilch einen unschätzbaren Wert für die Gesundheit und die emotionale Entwicklung des Babys habe.

Um Frauen aktuell zum Stillen zu bewegen, werden sie mit großem Aufwand über die Vorteile des Stillens informiert: Zum einen geschieht dies durch diverse Schwangeren-Ratgeber und öffentliche Info-Broschüren, zum anderen über die institutionalisierte Geburtsbegleitung in Form von Hebammen und medizinischem Personal. Nicht zuletzt ist jede Packung Säuglingsnahrung mit dem Hinweis „Stillen ist das Beste für ihr Kind“ versehen, was Eltern vor der ultimativen Entscheidung – Fläschchen oder Brust – noch einmal die Vorzüge der Brustnahrung in Erinnerung rufen soll. In speziellen Stillgruppen erhalten junge Mütter nach der Geburt zudem beraterische und mentale Unterstützung.

Die einheitliche, global formulierte Stillempfehlung der WHO lautet, mindestens bis zum sechsten Lebensmonat ausschließlich zu stillen (Weltgesundheitsorganisation 2011). Nach dieser Vorgabe und den von der WHO ausgegebenen weiteren Richtlinien zum Schutz des Stillens richten sich heute im weitesten Sinn die Gesundheitsprogramme und Still-Förderprogramme der Nationalstaaten. Die Perspektive auf die Stillpraxis ist dabei klar normalisierend: So heißt es im EU-Aktionsplan zum Stillen: „Stillen ist die normale Art und Weise, Säuglinge und Kleinkinder zu ernähren und aufzuziehen, und sollte weltweit so dargestellt werden“ (Europäische Kommission 2004: 22).

Der Anspruch der medizinischen Einrichtungen, eine neuerliche Stillkultur zu etablieren, wird meist mit den gesundheitlichen Vorzügen für das Baby argumentiert. Dieses soll durch sechsmonatiges Vollstillen ein geringeres Risiko haben, an Infektionskrankheiten, Allergien, Diabetes oder auch Fettleibigkeit zu erkranken oder dem Plötzlichen Kindstod zu erliegen (Stillempfehlungen der österreichischen Stillkommission 2007).

Hauptadressatinnen dieser neuerlichen Stillkultur, die ich als diskursive Strategie bezeichnen möchte, sind die werdenden Mütter, die die gesundheitlich bevorzugte Form der Ernährung leisten sollen. Ob Frauen diese große und meist auch sehr anstrengende Aufgabe übernehmen *wollen*, bzw. wie es ihnen in dieser Stillbeziehung geht, wird in den angerissenen Diskursen allerdings nicht verhandelt. Stattdessen lautet die implizite Annahme, dass es aufgrund der *Natürlichkeit* bzw. der *Normalität* (siehe Definition oben) des Vorgangs keiner bewussten Entscheidung für oder gegen das Stillen bei Müttern bedarf.

Die vorliegende Arbeit begreift Stillen als kulturelle Praxis, die in den einzelnen Gesellschaften je unterschiedlich hervorgebracht wird und stark mit den weiteren Geschlechterbildern und Gesundheitsdiskursen einer Gesellschaft in Verbindung steht. Der

Fokus wird dabei darauf liegen, die historischen Bedingungen des heutigen Stilldiskurses zu erläutern. Als theoretische Grundlage wird der Diskursbegriff von Michel Foucault angewendet, weil er die zentrale Bedeutung von Diskursen auf die Subjektivierungsprozesse von Menschen betont. Mit Michael Jäger werden Diskurse weiter als „Flüsse von Wissen durch die Zeit“ verstanden: Sie üben als Träger von jeweils gültigem Wissen Macht aus, indem sie geeignet sind, Verhalten und (andere) Diskurse zu induzieren. Sie tragen damit zur Strukturierung von Machtverhältnissen in der Gesellschaft bei (Jäger 2009: 129, 149, 158). In diesem Sinn gehe ich davon aus, dass der derzeitige Stilldiskurs die Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern, aber auch die zwischen Mutter und Baby berührt.

Eine weitere These dieser Arbeit lautet, dass der Stilldiskurs zu einer Naturalisierung von Geschlechterbildern und zu einer Einengung der Handlungsmöglichkeiten von Frauen beiträgt. Im Folgenden werden die zentralen Stationen des historischen Stilldiskurses bis zur Gegenwart nachgezeichnet. Im Anschluss daran werden die Auswirkungen dieses Diskurses auf die Geschlechterverhältnisse diskutiert.

2 Stationen des historischen Stilldiskurses

2.1 Historische Alternativen zum Stillen

Stillen wird heute als „normal“ und „natürlich“ beschrieben, doch betrachtet man die Geschichte des Stillens etwas genauer, so zeigt sich, dass Gesellschaften seit Tausenden von Jahren Alternativen zum Stillen durch die biologische Mutter hervorbrachten. Vor allem das Ammenwesen, also die Ernährung durch eine andere bereits stillende Mutter, war eine weit verbreitete Praxis. Bereits im dritten vorchristlichen Jahrtausend ist etwa in einem Wiegenlied von einer „fröhlichen Saugmagd“ die Rede (Fildes 1986).

Eine weitere Alternative zum Stillen bestand darin, Babys mit Tiermilchen zu ernähren. So war es gängige Praxis, dass Kinder in spätmittelalterlichen Findelhäusern und in Kinderspitälern bis zum Ende des 19. Jahrhunderts direkt am Euter von Ziegen und zum Teil auch von Eselinnen ernährt wurden (Adelberger et al. 2003: 1). Zu Beginn der Moderne wurden vor allem Kinder aus höheren Ständen von einer Amme ernährt, ab dem 17. Jahrhundert kamen auch die bürgerlichen Familien hinzu. Für Kinder, die weder von der Mutter noch einer Amme gestillt wurden, gab es bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts verschiedenste Flüssigkeiten bzw. Breinahrungen, die aus unverdünnter bzw. verdünnter Tiermilch bestanden und denen Mehl- bzw. Schleimabkochungen beigefügt wurden (Krasselt/Scherbaum/Tönz 2003: 14f.). Über die Stillraten in Europa vor dem 20. Jahrhundert gibt es kaum Aufzeichnungen, doch die historische Stillforschung nimmt an, dass das Stillen in manchen europäischen Regionen über Jahrhunderte fast ausgestorben war, zum Beispiel in Südbayern, Tirol, in der Lausitz und in Böhmen (Fildes 1986). Gründe für diese niedrige Stilltätigkeit gibt es einige, etwa die schwere körperliche Arbeit der Mütter, die sie kurz nach dem Wochenbett wieder auf das Feld führte, aber auch traditionelle bzw. kulturelle Gründe wie die schamhafte Besetzung der weiblichen Brust. Als Hauptgrund wird jedoch die geringere Wertschätzung von Kindern verantwortlich gemacht (Adelberger et al. 2003: 4).

2.2 Erste Still-Renaissance

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde die Säuglingsernährung schließlich mehr und mehr rationalisiert und medikalisiert. Um die nach wie vor enorm hohe Säuglingssterblichkeit zu verringern, gab der neue Berufsstand der Kinderärzte für die Spitäler verbindliche, strenge Weisungen heraus, wann und wie oft die Säuglinge von den Müttern bzw. den Ammen anzulegen seien. Dies führte zur ersten sogenannten „Still-Renaissance“, die auf den Zeitraum von 1900 bis 1940 datiert wird (Adelberger et al. 2003: 5). Parallel dazu machte man in der Herstellung der künstlichen Säuglingsnahrung enorme Fortschritte: Der Beginn der industriellen Fertigung wird auf das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts datiert. In diese Zeit fällt auch die Entstehung des Firmenimperiums von Henri Nestlé. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kamen zahlreiche Hersteller hinzu, die industriell hergestelltes Milchpulver unter Beigabe von Kohlenhydraten vertrieben. Zur Mitte des 20. Jahrhunderts war die Milchtechnologie so weit entwickelt, dass Kuhmilch noch stärker an das Vorbild der Muttermilch angeglichen werden konnte (Krasselt/Scherbaum/Tönz 2003: 19f.). Heute entsprechen Muttermilchersatzprodukte mit dem Präfix „Pre-“ in Bezug auf den Nährstoffgehalt weitgehend der Muttermilch mit Ausnahme der immunologischen Inhaltsstoffe, die bis heute nicht künstlich hergestellt werden können.

In der Nachkriegszeit entwickelte sich nicht zuletzt durch die Verbesserung der künstlichen Säuglingsnahrung, einem neu erstarkten Fortschrittsglauben und dem einsetzenden Wirtschaftsaufschwung die sogenannte „Flaschenkultur“ in Westeuropa und den USA. Künstliche Säuglingsnahrung hatte sich nicht nur bei den Müttern, sondern auch in der Schulmedizin das Image erworben, modern, hygienisch und praktisch zu sein. Mütter, die ihr Kind trotz der gegenteiligen Expertenmeinung stillen wollten, waren auf sich allein gestellt. Der Effekt war, dass kaum noch Babys gestillt wurden.

2.3 Zweite Still-Renaissance

Als Wendepunkt in der Debatte um die kulturelle Wertschätzung des Stillens wird häufig die Etablierung der Frauenorganisation „La Leche Liga“ bezeichnet (Lange/Schenk/Bergmann 2007: 624; Adelberger et al. 2003: 6; Badinter 2010). Die Selbsthilfeeinrichtung für stillende Mütter wurde 1956 von sieben US-amerikanischen Müttern gegründet, die für sich selbst das Stillen entdeckt hatten und anderen Gleichgesinnten mit Rat und Erfahrung zur Seite stehen wollten. Als überzeugte Katholikinnen engagierten sie sich auch im Christian Family Movement, das sich zum Ziel setzte, christliche Werte in Familien zu etablieren. 1958 veröffentlichten sie ihr Buch „The womanly art of breastfeeding“, in dem erstmals Stillregeln nach den Bedürfnissen der Babys festgehalten wurden. Gerade der hier beschriebene Fokus auf die „Bedürfnisse des Säuglings“ sollte die Debatten über zeitgenössische Mutterschaft im 20. und 21. Jahrhundert prägen. Die US-amerikanische Soziologin Linda Blum macht hier zwei Grundprinzipien aus: Erstens räumen Mütter den Bedürfnissen ihres Kindes natürlich oberste Priorität ein. Und zweitens sind diese Bedürfnisse von der Natur vorgegeben, und Mütter lernen sie Schritt für Schritt kennen (Blum 1999: 4; Badinter 2010: 82).

In den 1970ern, also etwas später, aber durchaus mit inhaltlichen Überschneidungen zu den Positionen der „La Leche Liga“, erstarkte in feministischen Zirkeln die Aus-

einandersetzung mit Mutterschaft. Aus differenz-feministischen Überlegungen heraus wurden die einzigartigen Fähigkeiten der Frauen benannt und aufgewertet. Vor allem die Kritik an der technisierten Geburt und der Kontrolle der Mutter-Kind-Beziehung durch die Schulmedizin teilten Feministinnen mit der Mütterorganisation. Stillen erfuhr in dieser Entwicklung die Umdeutung von einer lästigen Pflicht zu einem Privileg für Frauen, das es gegen den männlich geprägten schulmedizinischen Apparat zu verteidigen galt. Von feministischen Medien wie der deutschen *Courage* wurde das Stillen etwa als „Kampfmittel“ gegen eine patriarchal und kapitalistisch organisierte Arbeitswelt propagiert, die von Kindern unabhängige Mütter brauche (*Courage* 1978). Die feministische Soziologin und Stillbefürworterin Barbara Sichtermann verteidigte 1981 in ihrem Ratgeber-Klassiker „Leben mit einem Neugeborenen“ das Stillen gegen Lob von der falschen Seite (wie Patriarchen und Reaktionären): Frauen sollten ihre eigenen Vorstellungen entwickeln und sie in Folge auch verwirklichen (Sichtermann 1995: 124). Sie und andere Feministinnen deuteten Stillen als Ahnung neuer sexueller Möglichkeiten für Frauen: „Stillen ist das Gegenteil eines Verzichts in dem Moment, in dem sie (die Mutter, Anm. I. F.) es als Form sexueller Potenz erlebt“ (Sichtermann 1995: 125). Auch Adrienne Rich verglich das Stillen mit einem „sexuellen Akt“ (Rich 1979: 30).

2.4 Kritik an der Nahrungsmittelindustrie

Im Jahr 1974 kam es zu einem für die weitere Entwicklung zentralen diskursiven Ereignis: dem Nestlé-Boycott. Hintergrund dieses Konflikts war die Ausbreitung von industrieller Säuglingsnahrung in ökonomisch armen Ländern, die mit hygienischen Mängeln zu kämpfen hatten. Wegen unsachgemäßen Gebrauchs der Milchnahrung bekamen viele Säuglinge Durchfallerkrankungen bzw. litten an Unterernährung, weil sich die Familien die teure künstliche Nahrung nicht in ausreichendem Maß leisten konnten. Lokale Gesundheitsbeauftragte, westliche Entwicklungshilfe und ökologisch motivierte BürgerInneninitiativen zogen deshalb gegen die aggressiven Werbemaßnahmen der großen Nahrungsmultis zu Felde. Sie warfen ihnen vor, die gesunde, kostenlose und hygienische Praxis des Stillens mit unlauteren Werbemaßnahmen zu verdrängen und somit zumindest moralisch für den Tod der Säuglinge verantwortlich zu sein. 1974 erschien die Publikation „Nestlé tötet Babys“ in der Schweiz (die Übersetzung eines Berichts der britischen Hilfsorganisation „War on want“), in der die negativen Konsequenzen der Flaschennahrung anhand einer Studie in Afrika drastisch aufgezeigt wurden. Nestlé verklagte die ÜbersetzerInnen und löste damit ein riesiges Negativ-Echo in Europa aus: In zahlreichen Ländern wurde zu Nestlé-Boykotts aufgerufen, und bis heute steht der Konzernname exemplarisch für die unlauteren Interessen von Großkonzernen in armen Ländern. Auch der bis heute andauernde Gefahrendiskurs in Bezug auf künstliche Säuglingsnahrung hat seine Wurzeln in dieser zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung.

2.5 Globale Still-Regulierung

Ende der 1970er wurde die WHO schließlich aktiv bei der Regulierung des Stillens: Zum einen erklärte sie 1979 gemeinsam mit der UNICEF das Stillen zur globalen Not-

wendigkeit³, zum anderen reagierte sie 1981 mit dem „Internationalen Kodex für die Vermarktung von Muttermilchersatzprodukten“ auf die Situation in den ökonomisch unterentwickelten Ländern⁴. Darin werden Regeln für die Bewerbung von industrieller Babynahrung und Zubehör wie Fläschchen, Sauger etc. aufgestellt. Der Kodex verbietet u. a. Werbung im öffentlichen Raum für Produkte, die in direkter Konkurrenz zur Muttermilch stehen (sogenannte Pre- und Folgemilch-1-Produkte), die Verteilung von Gratisproben an Mütter und Gesundheitspersonal sowie das Platzieren von Werbematerial in Gesundheitseinrichtungen⁵. Die späten 1970er markieren dementsprechend die „zweite Still-Renaissance“ in den industrialisierten Ländern, und diese dauert bis heute an. Seither haben die internationalen Organisationen mit Bewusstseinskampagnen wie den Weltstillwochen und weiteren Maßnahmen ihren Willen zur Stillförderung bekräftigt. 1991 führte die WHO das weltweit einheitliche Zertifikat „Babyfreundliches Krankenhaus“ ein, mit dem in Deutschland bisher über 60 Kliniken ausgezeichnet wurden⁶. Mit dem WHO-Papier „Globale Strategie für die Säuglings- und Kleinkindernahrung“ von 2003 verschärfte sich außerdem der Diskurs. Darin werden erstmals nicht-gestillte Babys als „Risikogruppe“ definiert, die eine besondere Beobachtung der Gesundheitssysteme erforderten (Globale Strategie 2003: Punkt 19). Nationale Stillkommissionen tagen regelmäßig zu den Fortschritten in der Stillförderung und geben Empfehlungen an die Öffentlichkeit aus.

Diese Entwicklungen zeugen davon, dass seit dem 20. Jahrhundert ein verstärktes medizinisch-wissenschaftliches Interesse am Stillen besteht. Internationale und nationale Gesundheitseinrichtungen sehen es als ihre Aufgabe, im Sinne der präventiven Gesundheitsförderung eine neuerliche Stillkultur global zu fördern.

Gleichzeitig zeigt die Geschichte des Stillens aber auch, dass Stillen nie selbstverständlich und problemlos war. Zu allen Zeiten entschieden sich Mütter gegen das Stillen, sei es aus ökonomischen Gründen, aus gesundheitlichen, aus persönlichen oder aus Gründen der sozialen Distinktion.

3 Geschlechterbilder im Stildiskurs

Aus diesem kurzen Überblick über den Vermittlungsansatz der internationalen Dokumente zum Thema Stillen wird deutlich, dass Stillen darin als anthropologische Konstante beschrieben und ahistorisch ins Präsens der heutigen Mütter gestellt wird. Mütter werden in diesen Dokumenten als Gattungswesen adressiert, die keine eigenen Bedürfnisse haben, außer die, diejenigen des Babys zu erfüllen. Problematisch ist das

3 Bei dieser Konferenz war auch die „La Leche Liga“ mit einer Delegation vertreten. Seit 1981 hat sie beratenden Status bei UNICEF.

4 Bis 2005 haben mehr als 60 Unterzeichnerstaaten den Kodex oder Teile davon in nationales Recht übernommen. 2006 verpflichtete die EU ihre Mitgliedsländer mittels einer Richtlinie, bis spätestens 2008 die Bestimmungen des WHO-Kodex in nationales Recht umzusetzen.

5 Aufgrund des Werbeverbotes ist Pre-Nahrung zum Beispiel von allen Aktionsprogrammen in Supermärkten ausgeschlossen.

6 Diese Einrichtungen verpflichten sich, die „Zehn Schritte zum erfolgreichen Stillen“ der WHO zu verwirklichen, was im Wesentlichen bedeutet, dass das gesamte Gesundheitspersonal den Schwangeren und Wöchnerinnen die gleichen, stillfördernden Informationen weitergibt und das Stillen nach Bedarf ermöglicht.

inhärente Deutungsmuster, dass Frauen selbstverständlich stillen wollen. Die Aufforderung, gegenteilige Entscheidungen von Frauen zu respektieren, wird zwar formuliert, doch ihre Grundlage im Anschluss darauf in Frage gestellt: Wenn Frauen nicht stillen wollen, seien sie meist zu schlecht über die Vorzüge des Stillens informiert.

Bemerkenswert ist, dass Stillen nicht als Teil einer weiblichen Geschlechtsidentität präsentiert wird („Stillen ist weiblich“), jedoch findet im Rahmen der Normierung des Stillens als „normal“ und „natürlich“ indirekt sehr wohl eine Re-Biologisierung von Mutterschaft und damit Weiblichkeit statt. Die Entscheidung gegen das Stillen erhält in Folge dieses Framings den Charakter einer unnatürlichen und anormalen Verhaltensweise, der noch dadurch verstärkt wird, dass die Mutter durch das Nicht-Stillen dem Kind ein fundamentales Recht auf höchstmögliche Gesundheit verwehren würde⁷.

Es ist offensichtlich, dass Frauen durch diese gesundheitspolitischen Imperative in ihrem Recht auf Selbstbestimmung und Autonomie beschnitten werden. Wenn sie sich entscheiden, nicht zu stillen, stehen sie mit ihrem Verhalten außerhalb der Norm einer „guten Mutter“. Der dominante Stilldiskurs macht Mütter zudem für die körperliche und emotionale Gesundheit des Säuglings bis ins Erwachsenenalter verantwortlich (Stichwort: Adipositas oder Diabetes-Erkrankung), was Frauen zusätzlich unter Druck setzt.

Die beschriebenen Zuweisungen haben zudem weitreichende Auswirkungen auf die sozialen Geschlechterverhältnisse, weil dadurch auf Geschlechterdifferenz basierende Verhaltensmuster verfestigt werden: Väter von vollgestillten Babys können während den ersten Monaten nach der Geburt nur Hilfsleistungen tätigen, wodurch die gleiche Aufteilung der Versorgungsarbeit nicht möglich ist. Der Anspruch des sechsmonatigen Vollstillens steht damit im Widerspruch mit Konzepten von gleichberechtigter Elternschaft, wie sie zunehmend auch von Seiten der Politik gefördert werden.

In jüngster Zeit haben mehrere Publikationen (Badinter 2010; Wolf 2011) darauf hingewiesen, dass Mütter zunehmend einem gesellschaftlichen Stilldruck ausgesetzt sind. Während in den 1970ern das Stillen noch als private Angelegenheit von Frauen verstanden wurde, ist es heute dem Bereich der öffentlichen Gesundheit zuzuordnen. Frauen droht dadurch, die Entscheidungsmöglichkeiten für diesen letztlich höchstpersönlichen und intimen Lebensbereich zu verlieren. Mit Joan B. Wolf (2011) bin ich der Ansicht, dass der dominante Stilldiskurs der Gegenwart das öffentliche Unbehagen über Risiko, Gesundheit und Mutterschaft widerspiegelt. Ziel feministischer Forschung sollte es sein, die Position von Frauen und deren Bedürfnisse in diesen Diskursen wieder zunehmend zu stärken.

Literaturverzeichnis

Adelberger Andreas et al. (2003). Stillpraxis, Muttermilchersatzprodukte und Beifütterung – Historischer Rückblick und aktuelle Situation. In Veronika Scherbaum, Friederike M. Perl, & Ursula Kretschmer (Hrsg.), *Stillen. Frühkindliche Entwicklung und reproduktive Gesundheit* (S. 1–13). Köln: Deutscher Ärzteverlag.

Badinter, Elisabeth. (2010). *Der Konflikt. Die Frau und die Mutter*. München: C. H. Beck.

7 EUNUTNET spricht in diesem Zusammenhang vom „Recht des Kindes auf optimale Ernährung“ und verweist auf Art. 24 Absatz 2e der internationalen UN-Kinderrechtskonvention. Zugriff am 20. November 2011 unter <http://www.aufenthaltstitel.de/unkinderrechtskonvention.html>

- Blum, Linda. (1999). *At the breast. Ideologies of Breastfeeding and Motherhood in the Contemporary United States*. Boston: Beacon Press.
- Courage. Berliner Frauenzeitung. (1978). *Stillen als Kampfmittel*, 3 (2), 25.
- Deutsche Gesellschaft für Ernährung. (1995). Bericht von 1977. In Barbara Sichtermann, *Leben mit einem Neugeborenen*. Frankfurt/M.: Fischer.
- EUNUTNET (European Network for Public Health Nutrition: Networking, Monitoring, Intervention and Training). (2007). *Infant and young child feeding: standard recommendations for the European Union*. Zugriff am 20. November 2011 unter www.stillen-institut.com/asp_service/upload/content/eunutnet.pdf
- Europäische Kommission. (2004). *Schutz, Förderung und Unterstützung des Stillens in Europa: Ein Aktionsplan*. Zugriff am 19. August 2012 unter www.hebammen.at/downloads/aktionsplanstillen.pdf
- Fildes, Valerie A. (1986). *Breasts, Bottles and Babies: A history of infant feeding*. Edingburgh: UP.
- Jäger, Siegfried. (2009). *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. Münster: Unrast.
- Krasselt, Angela, Scherbaum, Veronika, & Tönz, Otmar. (2003). Muttermilchersatzprodukte. In Veronika Scherbaum, Friederike M. Perl, & Ursula Kretschmer (Hrsg.), *Stillen. Frühkindliche Entwicklung und reproduktive Gesundheit* (S. 14–24). Köln: Deutscher Ärzteverlag.
- La Leche Liga. (1985). *Die Philosophie der La Leche Liga*. Zugriff am 20. November 2011 unter www.lalecheliga.de/index.php?option=com_content&view=article&id=53&Itemid=62
- Lange, Cornelia; Schenk, Liane, & Bergmann, Renate. (2007). Verbreitung, Dauer und zeitlicher Trend des Stillens in Deutschland. Ergebnisse des Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS). *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz*, 50, 624–633.
- Rich, Adrienne. (1979). *Von Frauen geboren. Mutterschaft und Erfahrung als Institution*. München: Frauenoffensive.
- Sichtermann, Barbara. (1995). *Leben mit einem Neugeborenen. Ein Buch über das erste halbe Jahr*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Stillempfehlungen der österreichischen Stillkommission 2007. Zugriff am 19. August 2012 unter www.kup.at/kup/pdf/6623.pdf
- Weltgesundheitsorganisation. (1981). *Internationaler Kodex für die Vermarktung von Muttermilchersatzprodukten*. Genf. Zugriff am 19. August 2012 unter www.who.int/nutrition/publications/code_english.pdf
- Weltgesundheitsorganisation. (2003). *Global Strategy for Infant and Young Child Feeding*. Zugriff am 18. August 2012 unter www.who.int/nutrition/publications/gi_infant_feeding_text_eng.pdf
- Weltgesundheitsorganisation. (2011). *Pressemitteilung: Exclusive breastfeeding for six months best for babies everywhere*. Zugriff am 13. November 2011 unter www.who.int/mediacentre/news/statements/2011/breastfeeding_20110115/en/index.html
- Wolf, Joan B. (2011) *Is Breast best? Taking on the Breastfeeding Expertes and the New high Stakes of Motherhood*. New York/London: New York University Press.

Zur Person

Ina Freudenschuß, Mag.a. Arbeitsschwerpunkte: Journalistin im frauenpolitischen Bereich, Ressortleiterin des feministischen Online-Mediums <http://dieStandard.at>
 Kontakt: dieStandard.at, Wallnerstr. 8, 1010 Wien, Österreich
 E-Mail: ina_freudenschuss@gmx.at

Bettina Bretländer, Ulrike Schildmann

Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen. Studie und Tagung zu Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland – eine kritische Würdigung

Zusammenfassung

Die hier vorgestellte Studie, die auf einer Tagung im Frühjahr 2012 in Bielefeld der Öffentlichkeit präsentiert wurde, liefert erstmalig repräsentative Daten zur Gewaltbetroffenheit von Frauen mit Behinderung. Untersucht wurden Frauen mit körperlichen, geistigen, psychischen, sinnes- und sprachbezogenen Beeinträchtigungen, Schwerstkörper- und Mehrfachbehinderungen sowie chronischen Erkrankungen. Durchweg zeigt sich eine erhöhte und potenzierte Gewaltbetroffenheit und Belastung bei Frauen mit Behinderung im Vergleich zu Frauen der Durchschnittsbevölkerung. Die Ergebnisse machen die Notwendigkeit einer verbesserten Struktur von Präventions- und Interventionsangeboten deutlich.

Schlüsselwörter

Frauen, Gewalt, Behinderung, Krankheiten, Lebenssituation, Studie

Summary

Violence against women with disabilities
Research project and conference on the life situation and pressures on women with impairments and disabilities in Germany – a critical appraisal

This study, which was presented at a conference held in Bielefeld in spring 2012, is the first of its kind to provide representative data on women with disabilities affected by violence. It surveyed women with physical, mental, psychological, sensorial and linguistic impairments, severe physical and multiple disabilities, and chronic diseases. The study found that all women with disabilities face an elevated and exponentiated risk of experiencing violence and pressures compared to women in the average population. The results highlight the need to improve preventive and intervention support services.

Keywords

women, violence, disability, diseases, life situation, study

1 Überblick und Hintergrund

„Behinderte Frauen sollen raus aus der Opferrolle“, so titelte eine Bielefelder Tageszeitung (Neue Westfälische) als Reaktion auf die Ergebnisse der bundesweit repräsentativen Studie „Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland“, die von 2009-2011 vom Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF) und der Fakultät für Gesundheitswissenschaften (Prof. Dr. Claudia Hornberg, Dr. Monika Schröttle) der Universität Bielefeld durchgeführt worden war. In eine vorangegangene umfangreiche allgemeine Untersuchung über „Gewalt gegen Frauen“ (gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Projektleitung: Prof. Dr. Ursula Müller, Dr. Monika Schröttle), deren Ergebnisse im Jahr 2004 vorgelegt wurden, war die Personengruppe

der behinderten Frauen nicht integriert worden. Mit der Folgestudie konnte diese Forschungslücke geschlossen werden. Die Ergebnisse wurden am 26. April 2012 auf der Fachtagung „Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen“ vor rund 300 Teilnehmenden im Bielefelder Rathaus präsentiert.

Im Zentrum des Forschungsprojektes, das ebenfalls vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert wurde, stand die Erhebung repräsentativer Daten, auf deren Grundlage nun politische und praxisbezogene Forderungen zur Verbesserung der Lebenssituation behinderter Frauen formuliert und durchgesetzt werden können. Bisher wurden die Ergebnisse als Kurzfassung (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2012) präsentiert. Die Langfassung, die detailliertere inhaltliche Analysen des erhobenen Datenmaterials enthalten soll, wird für 2012 in Aussicht gestellt.

Zentrales Ergebnis der Studie ist, dass Frauen mit Behinderung im Vergleich zu Frauen im Bevölkerungsdurchschnitt verschärfter und mehrdimensionaler gesellschaftlicher Diskriminierung sowie Gewalterfahrungen im Lebenslauf ausgesetzt sind. Selbst wenn dieses Ergebnis als solches nicht überraschend ist, so liegen nun endlich repräsentative Daten über den Zusammenhang zwischen Gewalt und Behinderung bei behinderten Frauen vor.

Im Folgenden gehen wir auf das komplexe Forschungsdesign ein, stellen ausgewählte Untersuchungsergebnisse vor und schließen mit einer kritischen Würdigung.

2 Methodische Anlage der Studie

Welche Frauen wurden in die Untersuchung einbezogen, was wird unter Behinderung verstanden und wie wird die Bevölkerungsgruppe der behinderten Frauen eingegrenzt und erreicht?

Da gerade diese Bevölkerungsgruppe durch eine höchst heterogene Zusammensetzung gekennzeichnet ist – Frauen verschiedener Altersgruppen, Früh- und Spätbehinderungen, unterschiedliche Beeinträchtigungen körperlicher, geistiger und psychischer Art und Schweregrade, unterschiedlichste Lebensformen und -bedingungen (vgl. zusammenfassend Schildmann 2006, 2008) – stellte sich der Zugang zur Untersuchungsgruppe und vor allem der Anspruch, repräsentative Ergebnisse zu erlangen, als besondere Herausforderung dar. Als Zielgruppenkriterien wurden festgelegt: selbsteingeschätzte starke und dauerhafte Beeinträchtigungen sowie körperliche, psychische, geistige, sinnesbezogene oder sprachliche sowie Mehrfach-Behinderungen, chronische Erkrankungen, Nachweis der Schwerbehinderung (optional), Nutzerin der Behindertenhilfe und/oder regelmäßiger Hilfeanspruch durch Dritte.

Befragt wurden insgesamt 1 561 Frauen im Alter von 16 bis 65 Jahren (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2012: 9):

- Aus 28 000 zufällig ausgewählten Haushalten an 20 zufällig ausgewählten Standorten (Random-Route-Verfahren) wurden 800 Frauen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen erreicht (repräsentative Haushaltsbefragung).

- An diesen 20 Standorten wurden weiterhin 420 Bewohnerinnen von Einrichtungen der Behindertenhilfe befragt, darunter 318 mit sogenannten geistigen Behinderungen, 102 mit zusätzlichen psychischen Erkrankungen, einzelne mit schweren Körper- und Mehrfachbehinderungen.
- In einer nicht repräsentativen Zusatzbefragung wurden 341 seh-, hör- und körper- bzw. mehrfachbehinderte Frauen befragt, die zumeist über Aufrufe (in Zeitschriften) und Lobbyverbände etc. ermittelt wurden.
- Schließlich wurden mit 31 der zuvor Befragten (s.o.) qualitative Interviews durchgeführt, um vertiefende Einblicke in die Zusammenhänge zwischen Gewalt, Geschlecht und Behinderung zu erhalten.

Um eine Vergleichbarkeit der Untersuchungsergebnisse in Bezug auf die Lebenssituation von behinderten und nichtbehinderten Frauen zu gewährleisten, wurden die Befragungsinstrumente analog zur Untersuchung „Gewalt gegen Frauen“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2004) gestaltet. Als Besonderheit im Vergleich zu anderen Untersuchungen ist herauszustellen, dass die Studie auch behinderte Frauen erfasst hat, die

- a. keinen Schwerbehindertenausweis beantragt hatten,
- b. eine sogenannte geistige Beeinträchtigung aufwiesen sowie
- c. gehörlos bzw. stark hörbehindert sind.

Frauen mit sogenannter geistiger Behinderung konnten mithilfe eines Fragebogens in „vereinfachter Sprache“ in die Studie einbezogen werden. Gehörlose Frauen wurden durch ausschließlich gehörlose Interviewerinnen mittels der Deutschen Gebärdensprache (DGS) befragt. Durchführbar war diese methodische Untersuchungsanlage nur durch den Einsatz von über 100 speziell geschulten Interviewerinnen und entsprechende Fördergelder.

Die Ermöglichung der genannten Forschungsbedingungen (in finanzieller, personeller und sächlicher Hinsicht) macht die vorgestellte Untersuchung fraglos zu einer methodisch herausragenden.

3 Ausgewählte erste Ergebnisse

Im Folgenden werden exemplarisch einige ausgewählte Ergebnisse vorgestellt. Weitere Ausführungen sind der im März vom BMFSFJ veröffentlichten Kurzfassung¹ zu entnehmen.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass sich die Darstellung der Ergebnisse aufgrund der vielfältigen Untersuchungsgruppen (repräsentativ, nicht-repräsentativ, im Haushalt oder in einer Einrichtung lebend etc.) sowie durch die differenzierte Berücksichtigung unterschiedlichster Schädigungsgruppen als äußerst kompliziert erweist.

1 Die Studie ist auch online einsehbar, vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2012.

Erhöhte und potenzierte Gewalt-Betroffenheit

Frauen mit Behinderungen sind im Lebensverlauf „allen Formen von Gewalt deutlich häufiger ausgesetzt als Frauen im Bevölkerungsdurchschnitt“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2012: 19).

Die Ergebnisse machen deutlich, dass Frauen mit Behinderung sowohl im Kindes- und Jugendalter als auch im Erwachsenenleben vor allem im Bereich psychischer und sexueller Gewalt eine deutlich höhere Betroffenheit aufweisen als Frauen im Bevölkerungsdurchschnitt: Beispielsweise haben 20–34 % der Frauen mit Behinderungen im Kindes- und Jugendalter sexuellen Missbrauch durch Erwachsene erlebt – im Vergleich zu 10 Prozent der Frauen im Bevölkerungsdurchschnitt (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2012: 21). Die gleiche Tendenz zeigt sich im Erwachsenenalter: Behinderte Frauen sind vergleichsweise zwei- bis dreimal häufiger von sexueller Gewalt betroffen.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass Frauen mit Behinderung nicht nur erhöhte, sondern auch vermehrt „multiple Gewalterfahrungen“ erlebt haben: „So haben je nach Untersuchungsgruppe ca. 30–40 % der Frauen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen mehrere Formen von Gewalt [...] erlebt, was nur auf 7 % der Frauen im Bevölkerungsdurchschnitt zutrifft“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2012: 32).

TäterInnen – nicht nur im privaten Nahraum

Frauen mit Behinderungen sind im häuslichen Kontext ebenso wie Frauen im Bevölkerungsdurchschnitt durch ihre PartnerInnen von psychischer, körperlicher und sexueller Gewalt betroffen, dies jedoch in einem deutlich höheren Umfang.

Bei Frauen mit Behinderungen, die in Einrichtungen der Behindertenhilfe leben, gestaltet sich laut Studie die TäterInnenkonstellation anders: Körperliche und/oder sexuelle Gewalt wird hier zudem durch BewohnerInneninnen oder ArbeitskollegInnen verübt, und psychische Gewalt sowohl von BewohnerInnen als auch von Personal (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2012: 27).

In der Gruppe der blinden, gehörlosen und mehrfachbehinderten Frauen kamen neben den TäterInnen aus dem Nahbereich (PartnerInnen/Ex-PartnerInnen; Freundeskreis, Arbeitskontext) auch noch weitere Risikobereiche hinzu, zum Beispiel öffentliche Orte mit unbekanntem oder kaum bekannten TäterInnen (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2012).

Zugang zu Unterstützung

Im Rahmen der qualitativen Untersuchung wurden unter anderem auch die Zugangsbedingungen zu (angemessener) Beratung und Unterstützung erfragt. Hier zeigte sich deutlich, dass adäquate Angebote für Frauen mit Behinderung „überwiegend nicht zugänglich bzw. nicht oder nur wenig zielgruppenspezifisch, niedrighschwellig und bedarfsgerecht ausgerichtet (waren)“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2012: 58).

Besondere Erschwernisse erfahren hierbei Frauen, die in Einrichtungen der Behindertenhilfe leben: „Sie hatten keine Möglichkeiten, selbst aktiv Unterstützung zu suchen“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2012: 59). Vor allem für Frauen mit Mobilitätseinschränkungen oder mit sogenannten geistigen Behinderungen ergeben sich neben einer unzureichenden Angebotslage vielfältige Zugangsbarrieren.

4 Politische Implikationen aus Sicht der Praxis

Die Tagung zur Vorstellung der Studie schloss mit einem Plädoyer des Weibernetzes e.V. (die bundesweite politische Interessenvertretung behinderter Frauen) ab – womit die politische Relevanz der Untersuchungsergebnisse, aber auch die gewünschte Partizipation behinderter Frauen im Forschungsprozess noch einmal explizit herausgestellt wurde. Auf der Basis der vorliegenden Ergebnisse sowie langjähriger Erfahrung im politischen Praxisfeld sieht es das Weibernetz e.V. für dringlich an, die Präventionsarbeit – zielgruppenspezifisch – zu stärken und vor allem in Einrichtungen der Behindertenhilfe das Bewusstsein für strukturelle Gewalt zu schärfen². Darüber hinaus gilt es, bereits bewährte Konzepte fortzusetzen, wie das Projekt „Frauenbeauftragte in Einrichtungen“ (www.weibernetz.de/frauenbeauftragte/index.html), sowie die Stärkung von behinderten Frauen (vor allem die Förderung des Selbstbewusstseins) erneut und mit veränderten Angebotsstrukturen in den Blick und in Angriff zu nehmen.

5 Kritische Würdigung

- Dem methodischen Aufbau der Studie – insbesondere dem Zugang zur Zielgruppe und der forschungsethisch sensibel geplanten und durchgeführten Befragung – gilt Hochachtung.
- Der fachliche Blick der Ergebnispräsentation richtete sich vornehmlich auf Gegenwart und Zukunft, was politisch nachvollziehbar ist, aber im wissenschaftlichen Sinne (noch) nicht zu einer umfassenden Problemanalyse führt. So bleiben zum Beispiel historisch bedingte Verhältnisse zwischen Gewalt und Behinderung (wie etwa Eugenik) bislang ausgeblendet.
- Betont wird von allen Seiten nachdrücklich und zu Recht die Repräsentativität der durchgeführten Studie über Gewalt gegen behinderte Frauen und deren Relevanz für die zukünftige politische Unterstützung behinderter Frauen. Erarbeitet worden sei, so die Projektverantwortliche Claudia Hornberg, „eine harte Argumentationsgrundlage“ (Neue Westfälische vom 27. April 2012) für weitere politische Maßnahmen.
- Als eine konkrete avisierte Maßnahme wurde im Rahmen der Präsentation der Studie das Notruf- bzw. Hilfefonotephon herausgestellt, das allen Frauen kostenfrei und

2 Konkrete Hinweise zur Präventionsarbeit und zum Umgang mit Verdachtsfällen bietet die vom Hessischen Sozialministerium und Hessischen Netzwerk behinderter Frauen in Auftrag gegebene „Handlungsempfehlung zum Umgang mit Grenzübertretungen, sexuellen Übergriffen und sexueller Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen in voll- und teilstationären Einrichtungen der Behindertenhilfe“: http://www.brk.hessen.de/aw/home/Aktuelles/~bjv/Sexuelle_Gewaltpraevention_und_Umgang_mit/

anonym ab Ende 2012 bundesweit zur Verfügung stehen soll. Inwiefern sich dieses Konzept insbesondere für Frauen mit Behinderung eignet und als Erfolg bewährt, wird abzuwarten sein.

- Neben der Konzeption zielgruppenspezifischer Präventions- und Interventionsangebote im umfassenden Sinne (insbesondere in Einrichtungen der Behindertenhilfe) wären darüber hinaus Maßnahmen lohnenswert, die im Sinne des „Disability Mainstreaming“³ in die bereits bestehende Gewaltprävention und -intervention für Frauen integriert werden könnten.

Literaturverzeichnis

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2004). *Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland. Zusammenfassung zentraler Studienergebnisse*. Berlin. <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/langfassung-studie-frauenteil-eins.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2012). *Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland. Kurzfassung*. Berlin. Zugriff am 27. April 2012 unter www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Lebenssituation-und-Belastungen-von-Frauen-mit-Behinderungen-Kurzfassung.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf
- Eichler, Wiebke (2012). Behinderte Frauen sollen raus aus der Opferrolle. *Neue Westfälische*. 27.04.2012. Zugriff am 30. April 2012 unter www.nw-news.de
- Schildmann, Ulrike. (2006). Verhältnisse zwischen Behinderung und Geschlecht in der Lebensspanne. Eine statistische Analyse. *Vierteljahresschrift für Heilpädagogik (VHN)* 75, 1, 13–24.
- Schildmann, Ulrike. (2008). Geschlecht und Behinderung. In Ruth Becker & Beate Kortendiek (Hrsg.), *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung* (2., erweiterte und aktualisierte Aufl.) (S. 646–650). Wiesbaden: VS-Verlag.

Zu den Personen

Bettina Bretländer, Dr. phil., Professorin für Integrationspädagogik, Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit, Fachhochschule Frankfurt am Main. Arbeitsschwerpunkte: Behinderung/Behindertenfeindlichkeit, Integration/Inklusion, Umgang mit Verschiedenheit, Identitätsarbeit.
E-Mail: bretlaen@fb4.fh-frankfurt.de

Ulrike Schildmann, Dr. phil., Professorin für Frauenforschung in Rehabilitation und Pädagogik bei Behinderung, Fakultät Rehabilitationswissenschaften der TU Dortmund. Arbeitsschwerpunkte: Frauen- und Geschlechterforschung in der Behindertenpädagogik, Integrationspädagogik und Geschlecht, Biographieforschung in der Behinderten- und Integrationspädagogik, Behinderung im internationalen Vergleich, Normalismusforschung.
E-Mail: ulrike.schildmann@tu-dortmund.de

3 Analog zum Ansatz des Gender Mainstreaming meint D.M. die Gleichstellung und Partizipation von Menschen mit Behinderungen bzw. deren Perspektive als gesellschaftliche und politische Querschnittsaufgabe.

Tagungsberichte

Japhet Johnstone

„Immer beweGENDER. Transformationen (in) der Geschlechterforschung“.

Gründungskonferenz von GeStiK – Gender Studies in Köln vom 22.–23.06.2012, Universität zu Köln

Zusammenfassung

Transformationen in der Geschlechterforschung waren der gemeinsame Ausgangspunkt auf der Gründungskonferenz von GeStiK – Gender Studies in Köln, das neue, fakultätsübergreifende Zentrum für Geschlechterforschung an der Universität zu Köln. Vom 22. bis 23. Juni 2012 trafen sich WissenschaftlerInnen aus verschiedenen Kölner Hochschulen, um ihre Forschungsprojekte im Bereich Gender aus vielfältigen disziplinären Blickwinkeln zu präsentieren – darunter Musikwissenschaft, Ethnologie, Rechtswissenschaft, Bildungsgeschichte, Literaturwissenschaft und Psychologie. Panelbeiträge, Podiumsgespräche und Posterpräsentationen boten den TeilnehmerInnen Einblicke in den Reichtum theoretischer Ansätze, wissenschaftlicher Interessen und sozialer Fragen, die GeStiK für die Hochschulen in Köln zusammenbringen will.

Schlüsselwörter

Gender Studies, Köln, GeStiK, Gründungskonferenz, Diversität, Queer Studies

Summary

“Immer beweGENDER”: Transformations in (and of) Gender Studies. Founding conference of GeStiK – Gender Studies in Cologne at the University of Cologne, 22–23 June 2012

Transformations in the field of gender studies provided a common point of departure at the opening conference of GeStiK – Gender Studies in Cologne, the new interdisciplinary centre for gender studies in Cologne. Scholars from Cologne’s various academic institutions met on 22 and 23 June 2012 to present their research on gender in fields as diverse as musicology, ethnology, law, the history of education, literary studies and psychology. Panel presentations, podium discussions and poster presentations offered participants a glimpse of the wealth of theoretical approaches, scientific interests and social concerns that GeStiK will bring together in Cologne.

Keywords

gender studies, Cologne, GeStiK, founding conference, diversity, queer studies

Gründungskonferenz

GeStiK – Gender Studies in Köln ist ein neues, fakultätsübergreifendes Zentrum an der Universität zu Köln, das mit der Zielsetzung gegründet wurde, Projekte der Gender Studies zu vernetzen und ihnen mehr institutionelles Gewicht zu verleihen. Eine solche zentrale Struktur, die mehrere Kölner Hochschulen zusammenbringt, ist heute, wo selbst Exzellenzinitiativen an „Gendermainstreaming“ gebunden sind, vielleicht wichtiger denn je. Und gerade das will GeStiK für die Kölner akademische Landschaft leisten. Die Gründung des Zentrums greift aber auch Wünsche der Kölner Studierenden nach einem eigenständigen Studiengang Gender Studies auf. Ein weiteres wichtiges Anliegen

von GeStiK ist es darüber hinaus, das interdisziplinäre Potenzial von Gender Studies hervorzuheben und zu unterstützen.

Auf der zweitägigen Gründungskonferenz „Immer beweGENDER. Transformationen (in) der Geschlechterforschung“, die vom 22. bis zum 23. Juni 2012 in Köln stattfand, standen denn auch genau diese Ansätze zur Diskussion. Die (gut besuchte) Tagung lockte vor allem ein lokales Publikum an, das Studierende wie ProfessorInnen gleichermaßen umfasste. Die Fragen, was Gender (heute) heißt und wie, in welcher Weise man Gender Studies betreiben soll, besaßen dabei durchaus spannendes Potenzial. Die methodisch-theoretischen Differenzen gerieten insbesondere bei den einzelnen Panels und Podiumsgesprächen immer wieder in den Blick und sorgten für lebhaftere Diskussionen. Man muss diese methodisch-theoretischen Differenzen aber wohl als Stärke von GeStiK und der Tagung begreifen, denn das Zentrum fokussiert nicht nur *Geschlechts*-differenzen, sondern beruft sich auf einen intersektionalen Ansatz. Eine Mischung von wissenschaftlichen und gesellschaftskritischen Standpunkten zeichnete die Konferenz ebenfalls aus. Die Programmatik der Konferenz lässt sich in drei Stichwörtern greifen, die während der Tagung durchgängig fielen: *Interdisziplinarität*, *Intersektionalität* und *Transformationen*.

Interdisziplinarität

Das Stichwort „Interdisziplinarität“ fiel bereits bei den öffentlichen Veranstaltungen häufig und wurde in den Panels mit Beiträgen aus den unterschiedlichsten disziplinären Zusammenhängen in die Tat umgesetzt – darunter zum Beispiel historische Bildungsforschung, Ethnologie, Literaturwissenschaft, Musikwissenschaft und Pädagogische Psychologie. In diesem interdisziplinären Rahmen trafen quantitative, empirische Methoden auf abstraktere, theoretische Ansätze. Die Begegnungen fanden nicht nur zwischen den Vortragenden selbst statt, sondern auch zwischen Vortragenden und Publikum. So wurde beispielsweise aus postkolonialer Perspektive Kritik an bestimmten ethnologischen Projekten geübt; zudem geriet die Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik der Universität zu Köln infolge der linearen Denkfiguren in die Diskussion.

Im Panel zum Thema Bildung und Lernen trafen zwei sehr unterschiedliche Vorträge aufeinander. *Andrea Gutenberg* (Köln) gab einen Einblick in wissenschaftliche Untersuchungen zum Fremdsprachenlernen in Bezug auf Gender und Queer Studies. Gutenberg zeigte, dass im Englischunterricht Genderthemen oft marginalisiert werden, es aber gleichzeitig auch neue Impulse aus der Queer Theory gibt, die anwendungsbezogene Methoden für Lehrende anbieten. *Ursula Kessels* (Köln) stellte die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen zur Identitätsregulation vor, die deutlich machen, dass bestimmte Schulfächer stark mit geschlechtsspezifischen Merkmalen assoziiert werden. Die Unterschiede zwischen den disziplinären Ansätzen waren an dem Kontrast zwischen Kessels' empirischen Methoden und Gutenbergs theoretisch-informiertem, aber auch praxisorientiertem Vortrag ablesbar. Leider war *Christine Garbe* nicht anwesend, um ihren Vortrag zu Grundlagen und Umrissen eines gendersensiblen Curriculums zu präsentieren, der eine weitere pädagogische Perspektive auf die Empirie der psychologischen Forschung hätte einbringen können.

Die „Input“-Session, in der Qualifizierungsarbeiten von Kölner Hochschulen vorgestellt wurden, gab einen Einblick in drei Projekte aus sehr unterschiedlichen Bereichen. *Johannes Breuer* stellte die Ergebnisse seiner Analyse von *The Rocky Horror Picture Show* mit queeren Perspektiven vor, deren Schwerpunkt auf Machtverhältnissen und ihrer Auswirkung lag – auf der Handlungsebene des Films wie auf der medialen Ebene. *Berit Völzmann* promoviert zur Geschlechterdiskriminierung in der Wirtschaftswerbung und zeigte durch ihre juristische Argumentation, wie sexistische Werbung auch rechtlich diskriminierend ist. *Katharina Deserno* präsentierte ihr Projekt zu Lisa Cristiani, der ersten öffentlich auftretenden weiblichen Cellistin. Mithilfe ausgeprägter Kenntnisse der Musikgeschichte stellte Deserno dar, wie Cristiani in ihren Tagebüchern Diskurse des 19. Jahrhunderts einbezieht, die sehr stark von Gendernormativität geprägt waren.

Intersektionalität

Gender war hingegen nicht die einzige Identitätskategorie, die thematisiert wurde. Die Notwendigkeit, Differenzen anders zu denken, wurde mit dem Begriff der „Intersektionalität“ eingeführt, dem sogar ein eigenes Panel gewidmet war. In ihrem Abendvortrag (Keynote) skizzierte *Ute Sacksofsky* (Frankfurt/M.) das Konzept als Ausgangspunkt wichtiger aktueller Transformationen in den Gender Studies. In ihrem rechtswissenschaftlichen Vortrag zu Gleichheit und Gender ging Sacksofsky dabei insbesondere auf Kimberlé Crenshaws Pionierarbeiten ein. Crenshaw hat gezeigt, wie die Überkreuzung (Intersektion) von zwei Minderheitsidentitäten – zum Beispiel Afro-Amerikaner und Frau – zu einer besonderen Form von Ausschließung führt, wobei afro-amerikanische Frauen ausgeschlossen bleiben trotz rechtlicher Maßnahmen gegen Diskriminierungen von Frauen und Afro-Amerikanern. Aber auch wenn der Begriff allen Beteiligten sehr wichtig zu sein schien, gab es wenige Projektvorstellungen, die sich explizit mit Intersektionalität beschäftigen. Nichtsdestotrotz hat man den Eindruck, dass Intersektionalität immer wichtiger wird und eine ausgeprägtere wissenschaftliche Rezeption in Deutschland benötigt.

Im Panel zur Intersektionalität und Diversität hat die kurzfristige Absage von *Anne Waldschmidt* (Köln) das Verständnis von Intersektionalität wahrscheinlich um mindestens eine Dimension eingeschränkt. Ohne ihren Beitrag zu Behinderung und Geschlecht fehlte eine Dynamik, die die anderen Ansätze vielleicht hätte verbinden können. *Susanne Völker* (Köln) hielt einen Vortrag zur Prekarisierung von (Erwerbs-)Arbeit und brachte Judith Butler und Pierre Bourdieu in ihrer Auseinandersetzung mit dem Begriff Prekarisierung zusammen. Völker verband queer-theoretische Konzepte mit empirischen Methoden, die zusammen auf eine vielversprechende Forschungsstrategie hindeuteten, die ein neues Integrationsmodell beinhaltet. Die Ethnologin *Simone Pfeifer* (Köln), die stellvertretend für *Dorothea Schulz* über die Rolle von Frauen in Mali in der islamischen Erneuerungsbewegung sprach, stellte auch ihr eigenes Projekt zur Anwendung von Medien wie Facebook oder Hochzeitsalben bei immigrierten Frauen aus dem Senegal vor. Obwohl die Relevanz zum Thema Diversität in den ethnologischen Projekten klar war, wurde die Verbindung zur Intersektionalität während der anschließenden Diskussion nicht weiter erläutert.

Transformationen

Auf Transformationen, wie sie die Konferenz im Titel trägt, gingen selbstredend viele Vorträge ein, die in historisierenden Rückblicken Geschlechterthemen präsentierten. Der Titel der Konferenz zielte aber zugleich auf etwas noch Allgemeineres, das alle Beiträge anging: die Transformationen der Geschlechterforschung als Forschungsgebiet selbst. Queer-theoretische Ansätze sowie das von manchen als bedrohlich empfundene Konzept des postkategorialen Denkens deuten auf starke Transformationen in der Geschlechterforschung. Das Konzept schien manchen TeilnehmerInnen nicht zu gefallen, stellt doch postkategoriales Denken etwa die Kategorie „Frau“ als politische, soziale und historische Identität grundlegend in Frage. Äußerungen, die ein solches Denken als lächerlich und verwerflich darstellten, wurden dementsprechend oft mit Applaus bedacht. So entstand der Eindruck, dass Veränderungen der Gender Studies zwar an vielen Stellen deutlich sind, aber gleichzeitig in den Hintergrund geschoben werden.

Nach einer Begrüßung, die sehr vom Erfolg der Kölner Exzellenzinitiative geprägt war, begann das erste Panel zur Geschlechtergerechtigkeit mit einem Beitrag von *Elke Kleinau* (Köln), der einen Rückblick auf die Geschichte der Gleichstellung von Frauen an den Universitäten um 1900 und in den 1960er Jahren warf. In ihrer Auslegung der Kirchhoff-Studie von 1897 und der Anger-Studie aus den 1960ern zeigte die Referentin, wie nachhaltig Vorurteile und Stereotypen über Frauen in der Forschung wirken. Der daran anschließende Vortrag von *Claudia Nikodem* (Köln) ergänzte diese Einsichten um eine aktuelle Dimension, indem er auf theoretisch anspruchsvolle Weise die Transformationen der Gleichstellungspolitik an der Universität zu Köln in den letzten 20 Jahren kritisch in den Blick nahm. Nikodem problematisierte die Vorstellung von Fortschritt im Bereich Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik. Das kritische Potenzial des Panels stieg mit dem Vortrag von *Maïke Hellmig* (Köln) weiter an, die mit Kurzweil und Elan die Parallelen zwischen zwei gesellschaftlichen Konstruktionen aufzeigte, nämlich die zwischen Gender und Exzellenz.

Das Panel zu Queer Theory war das Kernstück der ganzen Konferenz. Der literarhistorische Beitrag von *Beate Neumeier* (Köln) versammelte Textbeispiele aus dem Elisabethanischen Theater, die veranschaulichten, wie Theaterschreiber wie Ben Jonson, John Fletcher oder William Shakespeare die Monstrosität von Frauen in verschiedenen Dramengattungen inszeniert haben. *Claudia Liebrand* (Köln) untersuchte ebenfalls gattungsspezifische queere Elemente, allerdings aus der Mitte des 20. Jahrhunderts in zwei sogenannten „Hollywood Sex Comedies“. Liebrands queere Lektüre stellte Ambiguitäten in *Pillow Talk* und *That Touch of Mink* heraus, die alternative Lesarten der Filme ermöglichen: Statt sie als oberflächliche, konservative und heteronormative Handlungen zu betrachten, argumentierte Liebrand, dass sich die Filme durch ihre Einladung zum Mitlachen gerade nicht über Homosexualität lustig machen. Ein anderes Verständnis von „queerer Lektüre“ lag dem Vortrag von *Dirk Schulz* (Köln) zugrunde, der zeigte, dass eine queere Einstellung zu Identität oft gegen jegliche Festschreibung von Sexualität, Geschlecht oder anderen Kategorien zielt. Mit Lektüren von *The Picture of Dorian Gray* und *Mrs. Dalloway* zeigte Schulz, wie literaturwissenschaftliche Methoden und Queer Theory zusammengebracht werden können, um die vermeintliche Natürlichkeit einer Identität oder eines Konzeptes in Frage zu stellen. Während des abschließenden

Gesprächs gab es viele Wortmeldungen zu Schulz' Thesen, die eher bejahend als kritisch waren. *Monika Schoop* (Köln) referierte über die historische Laufbahn vom Zusammenreffen von Musikforschung, Popmusik und Genderforschung. Wenngleich sehr kurzweilig vorgetragen und mit unterhaltsamen Musikvideos unterlegt, wäre ein Einblick in Schoops Forschungsprojekt und dessen Verortung in der Musik- bzw. Genderforschung im Rahmen des Panels vermutlich passender gewesen als ein historischer Überblick.

Das Panel zum Thema Männlichkeit war sehr abwechslungsreich und verband so unterschiedliche Dinge wie historische Perspektiven auf das frühe deutsche Kino, Gymnasiasten um 1900 und die Rolle des amerikanischen Westens für afroamerikanische Männlichkeiten des 19. Jahrhunderts. Das Panel begann mit einer Einführung in kritische Männlichkeitsstudien von *Britt Dahmen* (Köln), der Moderatorin dieses Panels. Als Ersatz für den Vortrag von *Norbert Finzsch* (Köln), stellte *Christiane König* (Köln) ihr Habilitationsprojekt vor, in dem sie queere Männlichkeiten im deutschen Kino aus einer medienkulturwissenschaftlichen Perspektive untersucht. Man hätte sich mehr Zeit gewünscht, um Fragen zu stellen, zumal sich König noch in der spannenden Anfangsphase ihres Projekts befindet. Im Anschluss stellte *Wolfgang Gippert* (Köln) die „Überbürdungsdebatte“ im Deutschen Kaiserreich vor, eine Diskussion um die anstrengenden und teilweise als unmoralisch betrachteten Zustände an den Gymnasien, die um 1900 Lösungsansätze aus verschiedenen Bereichen angestoßen hat. Gippert verband diese Bildungskrise mit einer „Krise der Männlichkeit“ um die Jahrhundertwende. Die Verbindung blieb jedoch eine Randbemerkung und die kritischen Punkte für Männlichkeitsstudien entsprechend implizit. *Dominik Ohrem* (Köln) stellte sein Projekt zu afroamerikanischen Männlichkeitskonstruktionen und der Rolle der *frontier* vor. Leider konnte Ohrem aus Zeitgründen nicht alle vorgesehenen Punkte erläutern, was besonders im Hinblick auf seine historischen Dokumente und Bilder schade war.

Ausblick und Kritik

Die zwei Tage waren voll mit Projekten, Ideen und Wünschen für die Zukunft von GeStiK. Wiederholt angesprochen wurde beispielsweise der Wunsch Kölner Studierender nach einem eigenständigen Studiengang Gender Studies. Immer wieder eingefordert – etwa beim anschließenden Podiumsgespräch – wurden transparente, der institutionellen Zusammenarbeit dienliche Strukturen zwischen den universitären Fakultäten wie zwischen den verschiedenen Hochschulen. GeStiK wird hoffentlich weiterhin Foren anbieten, wo Projekte zu Gender aus verschiedenen Bereichen präsentiert werden und wo tiefere Auseinandersetzungen mit Themen stattfinden können, die auf der Gründungskonferenz nicht ausführlich diskutiert werden konnten. Dazu gehören postkategoriale Antidiskriminierungskonzepte oder Intersektionalität, mithin Formen von Transformationen in den Gender Studies, die zwar mehrmals erwähnt, aber kaum ausdifferenziert wurden. Trotz mancher grundlegender Unterschiede zeigten die Vorträge, dass Gender als Fragenkomplex alle Disziplinen betrifft und (vielleicht noch deutlicher) dass die Gender Studies weit davon entfernt sind, ein abgeschlossener Themenbereich zu sein. Die Tagung machte deutlich, dass es gerade hinsichtlich des interdisziplinären Austausches noch viel zu tun gibt. Kritisch anzumerken bleibt auch, dass eine metho-

disch-theoretische Auseinandersetzung fehlte, die gewisse methodische Annahmen kritisch hinterfragt. Man darf auf die nächste Gelegenheit gespannt sein, die GeStiK anbietet, um erneut intensiv über Gender Studies zu sprechen, hat doch die Gründungskonferenz mehr Fragen eröffnet als in zwei Tagen ausführlich hätte diskutiert werden können. Als Erfolg der Tagung kann man daher auch verbuchen, dass sie der wissenschaftlichen Community in Köln gezeigt haben mag, wo noch Diskussionsbedarf besteht.

Zur Person

Japhet Johnstone, WWU Münster, Promotionskolleg: Literaturtheorie als Theorie der Gesellschaft. Arbeitsschwerpunkte: Germanistik, 19. Jahrhundert, Geschichte der Sexualität, Queer Theorie.

Kontakt: Gereonstraße 29, 48145 Münster

E-Mail: japhet.johnstone@uni-muenster.de

Rezensionen

Heike Kahlert

Regula Julia Leemann, Heidi Stutz (Hrsg.), 2010: Forschungsförderung aus Geschlechterperspektive. Zugang, Bedeutung und Wirkung in wissenschaftlichen Laufbahnen. Zürich/Chur: Rüegger Verlag. 240 Seiten. 37,10 Euro

Angesichts der Einführung neuer Steuerungs- und Finanzierungsmodelle in Hochschule und Forschung nimmt die Bedeutung von Drittmittelförderungen zu. Dies gilt insbesondere für die Durchführung von postgradualen wissenschaftlichen Qualifikationsarbeiten und Forschungsprojekten, die ohne Projektförderung durch öffentliche Geldgeber und privatwirtschaftliche Mittel in deutlich bescheidenerem Ausmaß möglich wären. Dabei kann es unterschiedliche Aktivitätsgrade von Frauen und Männern bei der Beantragung von Forschungsmitteln und nach Geschlechtern differenzierte Erfolgsquoten bei der Bewilligung geben. Die von *Regula Julia Leemann* und *Heidi Stutz* für den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) in den Jahren 2006 bis 2008 durchgeführte Studie zum Verhältnis von Geschlecht und Forschungsförderung (GeFo) rückte diese Fragen in den Mittelpunkt. Der von den Projektleiterinnen herausgegebene Sammelband verdeutlicht, dass die Forschungsförderung auch für die Ausgestaltung der beruflichen Laufbahnen des wissenschaftlichen Nachwuchses bedeutsam ist und möglicherweise zur *leaky pipeline*, dem Frauenschwund auf dem Weg an die Spitze der Wissenschaft, beiträgt.

Forschungsförderung und Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wissenschaft gehören zusammen, so die Botschaft der Herausgeberinnen. Der Sammelband enthält die wichtigsten Ergebnisse ihrer Studie und stellt sie durch theoretische Überlegungen und den Einbezug verwandter Untersuchungen in anderen Ländern in einen größeren Kontext. Die zehn empirischen, fast ausschließlich auf quantitativen Studien basierenden Beiträge im Buch zielen auf die Analyse drei unterschiedlicher Dimensionen der Forschungsförderung. Allen Beiträgen geht es um die Fragen, „ob der Zugang zur Forschungsförderung, die Verfahren der Bewilligung von Forschungsgeldern sowie die Bedeutung und Wirkung der Forschungsförderung für die Laufbahnen durch geschlechtsspezifische Ungleichheiten gekennzeichnet sind, die der Forschungsförderung direkt zugeschrieben werden können oder aber in den vergeschlechtlichten Strukturen der Wissenschaft und ihren Disziplinen sowie den daraus resultierenden Laufbahnen zu verorten sind“ (S. 16).

Der erste Teil des Buchs enthält zwei Beiträge zu theoretischen und empirischen Grundlagen. Einleitend diskutiert *Beate Kraus* auf der Basis von eigenen qualitativen Studien und theoretisch gestützt auf Pierre Bourdieus Arbeiten die These, dass das Phänomen der *leaky pipeline* in hohem Maße das Ergebnis der sozialen Strukturen, des Selbstverständnisses und der sozialen Praxis des wissenschaftlichen Feldes ist. Dabei arbeitet sie vor allem die geschlechtlich differenzierten Muster der Anerkennung von Frauen und Männern als WissenschaftlerInnen heraus. *Philipp Dubach* zeigt für die Schweiz, dass bei den Statuspassagen des Doktorats und der Habilitation überproportional mehr Frauen als Männer aus den wissenschaftlichen Laufbahnen ausscheiden und dass das Ausmaß der geschlechtlichen Ungleichheit stark nach den Fachbereichen

und Karrierestufen variiert. Generell zeichne sich zwar seit den 1990er Jahren eine Annäherung der Karrierechancen von Frauen und Männern ab, doch könnten diese nicht generalisiert werden. Die akademische Zuwanderung scheint seinen Daten zufolge die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten im Forschungs- und Wissenschaftssystem der Schweiz tendenziell abzumildern.

Der zweite Teil des Buchs enthält fünf Beiträge zur Forschungsförderung des Schweizerischen Nationalfonds, davon vier Beiträge aus dem erwähnten Projekt der Herausgeberinnen. Anhand von quantitativen Analysen zeigen *Heidi Stutz* und *Jürg Guggisberg*, dass Frauen kein anderes Antragsverhalten aufweisen als Männer, indem sie etwa niedrigere Summen beantragen, länger warten, bis sie einen Antrag stellen, oder sich nach einer Absage eher entmutigen lassen. Die Ergebnisse belegen aber auch, dass Forschung und Familie unvereinbar sind. Zu einem ähnlichen Schluss kommen *Regula Julia Leemann*, *Andrea Keck* und *Stefan Boes* sowie *Regula Julia Leemann* und *Sandra Da Rin* in ihren Beiträgen. Die vorhandenen Instrumente der Forschungsförderung unterstützen demnach den Verbleib in der Wissenschaft, während die Familiengründung und Kinder diesen erschweren, und zwar besonders für Frauen: „Im Ergebnis verzichten sie häufiger auf Kinder oder verlassen zugunsten einer Familiengründung die Wissenschaft.“ (S. 153) In einem weiteren Beitrag zum GeFo-Projekt untersuchen *Stefan Boes* und *Regula Julia Leemann*, inwiefern die Forschungsförderung die Publikationsaktivitäten geschlechtsspezifisch beeinflusst. Frauen weisen demnach im Durchschnitt etwa 20–30 Prozent weniger Publikationen auf als Männer und erfolgreich Antragstellende beiderlei Geschlechts einen um etwa 40–70 Prozent höheren Publikationsoutput als diejenigen, die keinen Antrag gestellt haben oder nicht gefördert werden. Bei Männern kann also ein signifikant positiver Effekt der Forschungsförderung auf den Publikationsoutput nachgewiesen werden, bei Frauen nicht.

Eine etwas andere Geschlechterperspektive auf die SNF-Forschungsförderung nehmen *Eric D. Widmer* und *René Levy* unter Mitarbeit von *Francesco Giudici* ein. Sie untersuchen die Beteiligung von Frauen und Männern an den Ausschreibungen Nationaler Forschungsschwerpunkte 1999 und 2004 und kommen zu dem Schluss, dass Frauen hier aufgrund ihrer geringeren Präsenz in höheren Hierarchiestufen und ihrer Konzentration in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen verminderte Erfolgchancen im wissenschaftlichen Wettbewerb haben. Nicht der Auswahlprozess selbst gilt also als Handicap für Wissenschaftlerinnen, sondern ihre berufsbiographische Vorgeschichte.

In den Beiträgen des dritten Teils geht es schließlich um weitere nationale und internationale Studien zur Forschungsförderung. *Suzanne de Chéveigné*, *Liisa Husu* und *Christian Suter* stellen Ergebnisse des Berichts der Expertengruppe *Gender and Excellence* der Europäischen Kommission vor, in dem die Schlüsselinstitutionen der nationalen Forschungsförderung und ihre Rolle bei der Geschlechtergleichstellung untersucht und 33 Länder hinsichtlich geschlechtsspezifischer Unterschiede in den Erfolgsquoten bei der Projektförderung verglichen wurden. Die Studie zeigt eine große Vielfalt nationaler und institutioneller Politiken zur Geschlechtergleichstellung in der Forschungsförderung auf und weist darauf hin, dass sich im Ländervergleich zwar keine systematischen Geschlechterungleichheiten zeigen, in einzelnen Ländern bzw. disziplinären Bereichen aber Männer begünstigt werden.

Der vertiefte empirische Blick von *Ina Findeisen*, *Kathrin Auspurg* und *Thomas Hinz* auf die Deutsche Forschungsgemeinschaft zur Einzelförderung der Jahre 1991 bis 2004 zeigt eine sehr geringe, aber systematische Benachteiligung von Wissenschaftlerinnen, die sich zudem weniger am Antragsverfahren beteiligen als Männer. Den Abschluss des Buchs bildet eine Studie von *Anna Ledin*, *Lutz Bornmann* und *Gerlind Wallon*, die in Bezug auf das Long-Term Fellowship (LTF) Programme der European Molecular Biology Organization den Einfluss des Geschlechts auf den Auswahlprozess und die Karriereverläufe der Antragstellenden analysiert haben. Auch hier wird deutlich, dass die antragstellenden Frauen weniger publiziert haben als ihre männlichen Kollegen. Als Gründe identifizieren die AutorInnen biographische Aspekte: Die untersuchten Wissenschaftlerinnen hätten häufiger einen promovierten Partner, öfter wegen des Partners den Ort gewechselt und arbeiteten mit Kindern weniger als Männer mit Kindern.

Die Zusammenschau der unterschiedlichen Studien zu Geschlecht und Forschungsförderung ist ohne Zweifel überfällig und lenkt das Augenmerk der Gleichstellungspolitik auch auf diesen für die Frauen- und Nachwuchsförderung so wichtigen Bereich des Wissenschaftssystems. Die Ergebnisse sind jedoch in gewisser Weise erstaunlich, kommen die Untersuchungen doch mehrheitlich zu dem Schluss, dass Geschlechterdifferenzen in der Forschungsförderung auf (berufs-)biographische Gründe zurückzuführen sind, wonach Wissenschaftlerinnen mit Kindern weniger produktiv sind und schlechtere Förderchancen haben. Das Fazit lautet demnach, dass Forschungsförderung auch die Vereinbarkeit von Familie(ngründung) und Wissenschaft sicherzustellen hat, wobei in den Beiträgen offen bleibt, wie dies umzusetzen ist. Ein weiteres Ergebnis der Studien ist, dass Frauen dann von der Forschungsförderung benachteiligt werden, wenn sie in den stärker von Frauen besetzten Fächern wissenschaftlich tätig sind. Dies ist überaus interessant, liegt ihr Anteil doch auch in diesen Fächern zumeist deutlich unter dem von Männern. Wie man es auch dreht und wendet: Dass Frauen manchmal durch Forschungsförderung benachteiligt werden, scheint den Beiträgen zufolge an ihrer (offensichtlich falschen) Fächerwahl oder ihrer Mutterschaft zu liegen, nicht an der Forschungsförderung selbst. Eine kritische Reflexion dieser Ergebnisse sucht man jedoch in dem ansonsten sehr informativen Band vergeblich.

Zur Person

Heike Kahlert, Prof. Dr. rer. soc. habil., Dipl.-Soz., Lehrstuhlvertretung für Soziologie mit dem Schwerpunkt „Soziale Entwicklungen und Strukturen“ am Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München. Arbeitsschwerpunkte: Transformationen des Wissens in der Moderne, Geschlechterverhältnisse und sozialer Wandel im Wohlfahrtsstaat, Institutionalisierte Ungleichheiten im Bildungswesen, Gleichstellungsbezogene Organisations- und Personalentwicklung im Public-Profit-Bereich.

Kontakt: www.heike-kahlert.de

E-Mail: mail@heike-kahlert.de

Sigrid Kannengießer

Tanja Thomas, Steffi Hobuß, Merle-Marie Kruse, Irina Hennig (Hrsg.), 2011: Dekonstruktion und Evidenz. Ver(un)sicherungen in Medienkulturen. Sulzbach/Taunus: Ulrike Helmer Verlag. 292 Seiten. 26,95 EUR

Die Konstruktion von Wahrheit und Wissen in medialen und politischen Diskursen sowie gesellschaftliche Versicherungen, aber auch die *Verunsicherungen* (vermeintlich) stabiler Kategorien stehen im Mittelpunkt des Sammelbandes: Wie werden soziale Kategorien wie Geschlecht, Nationalität und Rasse gesellschaftlich und medial konstruiert, wie stabilisiert und wie (subversiv) verändert? Wo liegen Momente der Vergewisserung und wo Bruchstellen?

Die Beiträge basieren auf kulturwissenschaftlichen Magisterarbeiten, die durch die Verfasserinnen an der Leuphana Universität Lüneburg erstellt wurden. Bis auf einen Artikel, der sich mit einer politischen Protestgruppe beschäftigt, handelt es sich um Medieninhaltsanalysen populärkultureller Produkte. Die Herausgeberinnen betonen in der Tradition der Cultural Studies die Relevanz wissenschaftlicher Analysen von Populärkultur aufgrund ihres Einflusses auf die gesellschaftliche Wahrnehmung und Wahrheitsproduktion (S. 14f.). Bereits in der Einleitung erklären sie, dass „kulturelle Texte [...] eine reale und unmittelbare politische Wirkung haben, weil sie nämlich beeinflussen, wie wir denken und die Welt um uns herum wahrnehmen“ (S. 15). Die Dekonstruktion vermeintlich wahren Wissens in (überwiegend) medialen Texten ist das zentrale Anliegen.

Der Sammelband ist in fünf Abschnitte geteilt: Abhandlungen über poststrukturalistische und dekonstruktivistische Theorien bilden die Basis für die folgenden Analysen zu Abschnitt 2: „Geschlechter(de)konstruktionen“, Abschnitt 3: „Reproduktion und Transformation von Mütterlichkeit“, Abschnitt 4: „zur (Un)Sichtbarkeit von Whiteness“ und Abschnitt 5: zu „kollektiven Ver(un)sicherungen“, die unter anderem Nationalität, Kultur und Religion betrachten.

Im Anschluss an Michel Foucault, Jacques Derrida und Judith Butler diskutiert *Tanja Thomas* in ihrem Beitrag poststrukturalistisches Denken als eine Perspektive für kritische wissenschaftliche Arbeiten, deren Ausgangspunkt Verunsicherungen darstellen. Dafür zieht sie nicht nur zentrale poststrukturalistische Ansätze heran, sondern greift auch Kritik auf, die gegen diese Ansätze vorgebracht wird. Thomas reflektiert sowohl die Rolle von ForscherInnen als KritikerInnen als auch die Universität als Ort, an dem Kritik möglich ist bzw. sein sollte. In einem weiteren „Ausgangspunkt“ setzt sich *Steffi Hobuß* mit dem Verhältnis von Dekonstruktion und Evidenz auseinander. In ihrer Skizzierung dekonstruktivistischer Theorien zieht sie unter anderem Jacques Derrida sowie Friedrich Nietzsches Abhandlungen zur Wahrheit heran und bezieht sich in ihren Überlegungen zu Evidenz vor allem auf medienwissenschaftliche Ansätze, in denen von „Evidenz als einer medialen Zeigehandlung mit Bildern ausgegangen wird“ (S. 58). Auch Hobuß betont: „Wenn in der wissenschaftlichen Forschung und Lehre dekonstruktivistische Ansätze verwendet werden, ist das mit permanenten Verunsicherungen verbunden“ (S. 44).

Chris Köver analysiert – den zweiten Teil „Geschlechter(de)konstruktionen“ eröffnend – in Anlehnung an Butlers Performanzbegriff die ambivalente Geschlechterperformanz der Figur Buffy in *Buffy the Vampire Slayer*. Überzeugend arbeitet sie heraus, dass Buffys Geschlechterkonstruktion unterschiedlich gelesen werden kann: zum einen als stereotyp feminisierend, zum anderen diese Stereotype subversiv destabilisierend. Eine solche Ambivalenz zeigt auch Christina Ruppert in ihrer Analyse der Geschlechterinszenierungen in der HBO-Serie *The Sopranos* auf: Die an einem patriarchalen Männlichkeitsbild in Gangster- und Mafiafilmen aus Hollywood orientierten Geschlechterkonstruktionen erhalten durch die Enttäuschung genrebedingter Erwartungen Brüche. Miriam Stehling entlarvt *Germany's next Topmodel* als neoliberales Fernsehformat, in dem die Kandidatinnen „Frau sein“ als Ressource für beruflichen Erfolg inszenieren. Auf der Basis der *Gouvernementality Studies* zeigt Stehling auf, wie „das unternehmerische Selbst auf spezifisch vergeschlechtliche Weise angerufen wird“ (S. 112).

Der dritte Teil der Publikation setzt eine spezifische Rolle von Geschlechtlichkeit in den Fokus: die Mütterlichkeit. Sonja Oehler, deren Beitrag der einzige ist, der nicht einen Medieninhalt als Gegenstand hat, analysiert die argentinische Protestbewegung *Madres de Plaza de Mayo*. Diese Frauengruppe demonstriert seit 1977 einmal wöchentlich in Buenos Aires für die Aufklärung des Verschwindens ihrer Kinder während der Militärdiktatur. Die Mutterrolle ist in dieser Bewegung zentral. Oehler fragt, inwiefern diese Rolle transformiert und etablierte Geschlechterrollen in einer machistisch geprägten Gesellschaft neu verhandelt werden. Auch in dem Beitrag von Wera Mohms Patten ist Mutterschaft die zentrale Analysekategorie. Patten untersucht auf der Grundlage aktueller gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Diskurse um Mutterschaft die Filme *Juno* und *Knocked Up* im Hinblick auf die (De-)Konstruktionen von Mütterlichkeit.

Neben der Geschlechterkategorie werden weitere sozio-kulturelle Kategorien in populärkulturellen Produkten untersucht. So dient die kritische Perspektive der Whiteness-Studies zwei Autorinnen im vierten Teil des Buches als Ausgangspunkt, um Rasse und Nationalität zu analysieren: Wiebke Stadler betrachtet den deutschen Heimat-Film *Die Einsamkeit der Krokodile* unter dem Aspekt der Normalisierung von Weißsein und Sandra Landsfried analysiert die Inszenierung Barack Obamas in der *Spiegel*-Berichterstattung über den Präsidentschaftswahlkampf 2008 im Hinblick auf die Konstruktion von Whiteness und Blackness und den Prozess des *becoming white*.

Mit der Kategorie Nationalität beschäftigt sich Merle-Marie Kruse in ihrem Beitrag über deutsche Popmusik-Texte und eröffnet damit den fünften Teil des Sammelbandes. Sie findet in dem von ihr herangezogenen Material sowohl Affirmationen nationaler Identität als auch Irritationen und Infragestellungen dieser Konstruktion. Nationalität ist auch das Thema von Irina Hennig, die die Berichterstattung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und des *Spiegels* bzw. *Spiegel Online* über die Orange Revolution in der Ukraine vergleicht und die Gegenüberstellung von „Westlichkeit“ und einem osteuropäischen „Anderen“ in den von ihr untersuchten Inhalten sichtbar macht. Die deutsche Presseberichterstattung (genauer: Beiträge der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Süddeutschen Zeitung* sowie der *Tageszeitung*) ist ebenfalls Gegenstand des Artikels von Marte Sybil Kessler, in dem sie die Kopftuchdebatte mithilfe der zentralen Kategorien Nation, Religion und Ethnizität sowie Geschlecht analysiert.

Der Sammelband präsentiert umfassende Analysen populärkultureller Produkte sowie einer Protestbewegung in Verbindung mit der (De-)Stabilisierung sozio-kultureller Kategorien. Alle Beiträge sind theoretisch fundiert und empirisch dicht erarbeitet. Die gesellschaftliche Relevanz der medialen Verhandlungen vermeintlich stabiler Kategorien ist deutlich nachvollziehbar. Aufschlussreich und zugleich nachdenklich stimmend ist die Selbstreflexion der Herausgeberinnen und (in angeführten Zitaten) der Autorinnen in der Einleitung, wenn sie die eigenen Prozesse des Denkens und der Wissensproduktion während ihres Studiums und des Forschungsprozesses thematisieren. Die LeserInnen werden auf diese Weise zur eigenen Selbstreflexion und zum Einlassen auf Verunsicherungen im eigenen Denken eingeladen. Insofern ist die Lektüre des Sammelbandes nicht nur für diejenigen zu empfehlen, die sich für die kritische Analyse populärkultureller Medieninhalte interessieren.

Zur Person

Sigrid Kannengießer, Magistra Artium, Universität Bremen, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Zentrum für transnationale Studien und Mitglied im Zentrum für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung. Arbeitsschwerpunkte: medien- und kommunikationswissenschaftliche Geschlechterforschung, transkulturelle Kommunikation.

Kontakt: Zentrum für transnationale Studien (ZenTra), Center for Transnational Studies, Universität Bremen, Hochschulring 4, 28359 Bremen

E-Mail: sigrid.kannengiesser@uni-bremen.de

Katharina Knüttel

Jutta Allmendinger, 2010: *Verschenkte Potenziale? Lebensläufe nicht erwerbstätiger Frauen*. Frankfurt a. M./New York: Campus. 198 Seiten. 16,90 Euro

Jutta Allmendinger stößt mit dem vorliegenden Buch in (mindestens) zwei Publikationslücken, wovon die erste der feministischen Frauen- und Geschlechterforschung in den nächsten Jahren noch Sorgen bereiten könnte: die Lücke zwischen kultur- und sozialwissenschaftlichen Diskursen um Geschlecht auf der einen und populären Sagbarkeiten auf der anderen Seite. Erstere beschäftigen sich seit Jahrzehnten theoretisch und empirisch anspruchsvoll beispielsweise mit dem Konstruktionscharakter und den Herstellungsprozessen von Geschlecht oder setzen sich mit dem Zusammenspiel von Geschlechterkategorien und anderen Differenzdimensionen auseinander. Im Bereich der populären Sagbarkeiten tun beliebte Prominente wie Günther Jauch auch in diesem Jahrtausend noch ihr Interesse daran kund, wie unterschiedliche Fingerlängen bei Männern und Frauen mit deren Fähigkeiten zusammenhängen oder ähnliches, ohne dass die Zusammenhänge zwischen biowissenschaftlichen Erkenntnissen und der Legitimierung von Diskriminierungen nennenswerte öffentliche Aufmerksamkeit erhielte.

Geht man davon aus, dass der mediale öffentliche Diskurs bei einer breiteren Bevölkerungsmehrheit mehr Wirkungsmacht entfaltet als die wissenschaftlichen Arbeiten von GeschlechterforscherInnen, dann fehlen genau solche Publikationen, die die wissenschaftliche Auseinandersetzung in ein zugänglicheres Format „übersetzen“ oder an der Grenze zwischen beidem ansetzen. Allmendinger bemüht sich hier durchgehend, komplexe Verhältnisse verständlich und beispielhaft, aber trotzdem fundiert darzulegen und so ihre Ergebnisse auch über einen engen ExpertInnenkreis hinaus rezipierbar zu machen, ohne dabei die Perspektive der nichterwerbstätigen Frauen zu vernachlässigen.

Die zweite Lücke, die sie füllt, ist ihre umfangreiche Zusammenstellung quantitativer und qualitativer Daten und Analysen zur Nichterwerbstätigkeit von Frauen – so hilfreich und scharfsinnig abstraktere Argumentationen auch sein mögen, im Rahmen politischer Entscheidungsfindung ist nur schwer ohne empirische Antworten auf die Fragen auszukommen, wer und wie viele eigentlich von was betroffen sind und wie damit umzugehen wäre.

Hervorgegangen aus zwei durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Projekten am Wissenschaftszentrum Berlin zur Nichterwerbstätigkeit von Frauen, präsentiert die Autorin insgesamt neun Kapitel, in denen sie – im Gegensatz wiederum zu den öffentlichkeitswirksamen „Alphamädchen“ oder der „F-Klasse“ – gerade diejenigen Frauen in den Blick nimmt, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen.

Dabei verdeutlicht sie die Komplexität der Thematik: Sie kontextualisiert die geschlechtsspezifische Erwerbsbeteiligung mit den Entwicklungen des Strukturwandels der Wirtschaft („Tertiärisierung“), der sogenannten „Bildungsexpansion“ und schließlich dem demografischen Wandel (Kapitel 1); vergleicht die Auswirkungen länderspezifischer Arrangements von Arbeitsmarkt und -zeit, Teilzeit, familienbezogenen Transferleistungen, Betreuungsangeboten für Kinder und den Steuersystemen (Kapitel 2); nimmt die Sozialprofile (Qualifizierung, Arbeitsmarkterfahrung, Finanzierungslage) der nichterwerbstätigen Frauen in den Blick (Kapitel 3); arbeitet sequenzanalytisch mit SOEP-Daten typische Lebensverlaufmuster heraus und untersucht die jeweiligen Typen hinsichtlich sozio-ökonomischer Merkmale und Erwerbsorientierung (Kapitel 4); geht auf die Bedeutung von beruflichen Rahmenbedingungen/der Gestaltung der Arbeitsbedingungen ein (Kapitel 5) und nimmt den Mythos des ehrenamtlichen Engagements als Brücke in den Arbeitsmarkt unter die Lupe (Kapitel 6); untersucht innerhalb der Institutionen Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsgemeinschaften und Länder das geschlechterspezifische „Spannungsfeld zwischen hinderlichen Strukturen und bröckelnden Kulturen“ (S. 116), in dem die Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration angesiedelt sind (Kapitel 7) und schließt den Analyseteil mit der Untersuchung der Faktoren, die einen beruflichen Wiedereinstieg von Frauen begünstigen, ab (Kapitel 8). Im letzten Kapitel werden die multiperspektivischen Analysen zusammengefasst und sowohl für politische Institutionen als auch für Betriebe, die Frauen selber und überhaupt alle Gesellschaftsmitglieder, die an Geschlechterkulturen und -bildern mitstricken, Handlungsoptionen aufgezeigt.

Die Autorin räumt dabei empirisch fundiert mit einigen Vorurteilen auf, die sich durch politische Debatten ziehen, und präsentiert interessante Daten: So zeigt der Ländervergleich, dass sich Frauenerwerbstätigkeit keinesfalls negativ auf die Fertilität aus-

wirkt, sondern die Daten eher das Gegenteil nahe legen. In diesem Zusammenhang zeigt sich auch, dass Länder, die flexible institutionelle Unterstützung bei der Arbeitszeitreduzierung oder -unterbrechung für Eltern bieten, sowohl geringere Arbeitszeit- und Lohnabstände zwischen den Geschlechtern als auch – damit einhergehend – zwischen Familien mit und ohne Kind aufweisen.

Vor allem von Seiten gebildeter und finanziell abgesicherter Frauen ausgeübte ehrenamtliche Tätigkeiten vermitteln nur in den wenigsten Fällen für den Arbeitsmarkt verwertbare Kompetenzen (S. 84ff.), während den Problemen der „Aktualität“ der Qualifizierung (so in Berufen, wo technischer Fortschritt Kenntnisse über neue Maschinen, Software und ähnliches voraussetzt) durch eine höhere Offenheit und Flexibilität bei den Ausbildungswegen begegnet werden könnte (S. 73ff.).

Bei der Längsschnittanalyse der einen Wiedereinstieg begünstigenden Faktoren liefert das SOEP zwar nur 65 Wiedereinsteigerinnen, die die Untersuchungskriterien erfüllen, von diesen hatte allerdings keine die neue Tätigkeit über die Arbeitsagentur vermittelt bekommen – ein deutlicher Hinweis darauf, dass hier weitere Bemühungen vonnöten sind. Auch hatte ein Viertel dieser Frauen gar nicht beabsichtigt, zu diesem Zeitpunkt wieder einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, was das „nicht unerhebliche [...] Aktivierungspotential“ (S. 133) verdeutlicht.

Aufrüttelnd in diesem Zusammenhang sind auch die Daten zur Erwerbsorientierung der Frauen, die über alle Lebensverlaufsmuster hinweg zwischen 26 und 90 Prozent streuen und durchgängig über dem Anteil der arbeitslos Gemeldeten liegen – Allmendinger insistiert vor diesem Hintergrund auf der politischen Verantwortung, hier zum Beispiel durch den Aufbau eines zweiten oder dritten Arbeitsmarktes tätig zu werden und so die Arbeitswünsche der Frauen berücksichtigen zu können (S. 62).

Die Autorin vollzieht in ihrer Studie in mehrerer Hinsicht einen Spagat: Sie ergreift politisch Partei und ist gleichzeitig stets sachlich fundiert, streng auf das Themenfeld bezogen und dabei multiperspektivisch, die Untersuchung hat Elemente eines Nachschlagewerks, ohne dabei bloße Datensammlung zu sein. Eine solche Gratwanderung eröffnet notwendigerweise mögliche Kritikpunkte: Sucht man nach einer umfassenden Darstellung im Ländervergleich, dann mag dies einigen aufgrund der Auswahl bestimmter, weniger Länder nicht weit genug gehen. Interessiert sich jemand näher für die „Arbeit ohne Lohn“, sind die neun Seiten Ausführung darüber zu knapp. Ein weiteres mögliches Manko des Textes lässt sich in seiner relativ geringen theoretischen Reichweite identifizieren: Während die breite empirische Analyse sowie die umfangreiche Darstellung des Forschungsstandes Allmendingers Buch zu einer äußerst informativen Lektüre machen, die auch politisch von größter Relevanz ist, mag die Fokussierung auf Frauenpolitik und Arbeitsmarktintegration ohne komplexe theoretische Einbettung für LeserInnen mit kulturwissenschaftlichen, dekonstruktivistischen oder kapitalismuskritischen Erkenntnisinteressen ergänzungsbedürftig erscheinen. Weiterhin könnte trotz des durchgängigen Bezugs auf die Leben von einigen fiktiven Frauencharakteren und der gut lesbaren Ausdrucksweise die Lektüre für gänzlich fachfremde „Neulinge“ thematische oder methodische Verständnisschwierigkeiten bereiten. Wenn sich potenzielle LeserInnen allerdings dieser Problematik bewusst sind, dürften alle ein gewinnbringendes Leseerlebnis erwarten. Für diejenigen, die im Spektrum „Frauen, Gleichstellung, Arbeit“ praktisch tätig sind, sind die gut ausgearbeiteten und schlüssigen Argumentatio-

nen und Daten ohnehin eine unverzichtbare Ergänzung. Während Allmendinger mit ihrer wegweisenden Studie also einerseits einen empirisch gehaltvollen und informierten Text vorlegt, so ist dieser andererseits auch als Beitrag zu einem zeitgenössischen Feld (nicht nur) feministischen Engagements zu sehen, in dem auch sie selbst sich neben ihrer akademischen Tätigkeit wissenschaftspolitisch und als öffentliche Intellektuelle beteiligt.

Zur Person

Katharina Knüttel, Dipl.-Soz.Wiss., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Ruhr-Universität Bochum. Arbeitsschwerpunkte: Methoden empirischer Sozialforschung, Soziologische Theorien, Gender Studies.

Kontakt: Sektion Methodenlehre & Statistik, Fakultät für Sozialwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum, 44780 Bochum

E-Mail: katharina.knuettel@rub.de

Martin Seeliger

Sandra Smykalla, Dagmar Vinz (Hrsg.), 2011: *Intersektionalität zwischen Gender und Diversity. Theorien, Methoden und Politiken der Chancengleichheit*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. 371 Seiten. 29,90 Euro

Die fachwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Intersektionalität hat in den letzten Jahren im Rahmen konzeptioneller Skizzen Möglichkeiten und Grenzen eines Ansatzes ausgelotet, dessen Reichweite und Tragfähigkeit ein großes Potenzial verhießen. Die Herausgeberinnen leisten mit ihrem Band einen wichtigen Beitrag zur Weiterführung und fallstudienbasierten Fundierung dieser Diskussion. Der Aufbau orientiert sich an folgender Dreiteilung: theoretische Zugänge, methodologische Überlegungen und politische Analysen.

Der erste Komplex des Bandes versammelt Reflexionen zur Konzeptionalisierung intersektionaler Zugänge, die verschiedene aktuelle Diskussionsstränge aufgreifen. So geht *Carol Hagemann-White* der (altbekannten) Frage nach, welche Kategorien für eine intersektionale Perspektive von Bedeutung sind. Am Beispiel von Gewalt gegen Frauen zeigt sie, auf welche Weise die strukturierende Kraft sozialer Kategorien aus dem empirischen Material heraus zu begründen ist. Der Beitrag von *Barbara Sieben* und *Nicole Bornheim* stellt eine vergleichende Auseinandersetzung mit den Themenkomplexen Intersektionalität und Diversity und ihren Überschneidungen, Parallelen und Gegensätzen dar. *Luzy Chebout* widmet sich der Darstellung von Bedeutungstransformation, die der Intersektionalitätsbegriff bei seiner Adaption im deutschen Kontext durchlaufen hat. Hier erkennt sie die Gefahr einer praktischen Entpolitisierung der kritischen Absichten des Black-Feminism. *Dagmar Vinz* setzt sich mit dem Verhältnis der Kategorien Klasse

und Geschlecht bei der Konzeptionalisierung von Intersektionalität und Diversity-Management auseinander und arbeitet forschungslogische Implikationen heraus. Insgesamt enthält der erste Abschnitt wesentliche Beiträge zur aktuellen Theoriediskussion (Bourdieu, Hill-Collings). So wird gewährleistet, gezielt Impulse „von außen aufzunehmen“, anstatt bereits geäußerte und diskutierte Argumente zu wiederholen.

Unter dem Titel „Methodische Zugänge und Herausforderungen für die Forschung“ beschäftigt sich der zweite Teil mit der Reflektion methodologischer Grundprobleme aus Sicht der quantitativen und qualitativen Sozialforschung. *Sibylle Hardmeier* stellt Ansätze der quantitativen Erforschung intersektionaler Ungleichheiten vor, überprüft sie auf zukünftige Entwicklungsdesiderate hin und schließt mit dem Verweis auf die Notwendigkeit eines „multi method design“ (S. 123), das dem mehrdimensionalen Charakter intersektionaler Verflechtungen Rechnung trage. In ihrem Beitrag zur Anwendung qualitativer Methoden legt *Ulrike Schultz* den Fokus auf Geschlecht und Ethnizität am Beispiel eines Forschungsprojekts im Sudan. Ausgehend von der Annahme, dass der Bezug auf „gesellschaftliche Diskurse“ als Allgemeinplatz intersektionaler Forschung angesehen werden kann (S. 147), stellt *Brigitte Kerchner* in ihrem Text drei unterschiedliche Stränge der Diskursforschung mitsamt ihren Bezügen und Entwicklungsmöglichkeiten für eine intersektionale Perspektive vor. Von Foucaults genealogisch-kritischer Diskursanalyse verspricht sie sich das größte Potenzial für eine solche intersektionale Analyse. Am Beispiel von Personalentwicklung und Beratung beschreibt *Anja Lindau* aus symbolisch-interaktionistischer Sicht, wie Selbst- und Fremdbilder der Beteiligten entlang intersektionaler Differenzlinien konstruiert und einander gegenübergestellt werden. Insgesamt ist die gezielte Etablierung einer intersektionalen Methodendiskussion ein Novum in der Debatte.

Der letzte Abschnitt trägt den Titel „Politikfelder und Strategien der Chancengleichheit und Antidiskriminierung“. In ihrer vergleichenden Betrachtung der Situation in Frankreich und Schweden zeigen *Sabine Beckmann* und *Patrick Ehnis* in ihrem Beitrag, wie Geschlecht, Migration und Klasse in ihren Wechselwirkungen die gesellschaftliche Bedeutung von Arbeit und somit auch Modi der Arbeitsteilung in beiden Ländern konstituieren. Der Beitrag von *Ulrike Hormel* befasst sich mit der Bedeutung von Ethnizität und Geschlecht im allgemeinen Schulsystem. Anhand der These, dass askriptive Kategorien eine leistungsgerechte Logik der Ausbildung unterlaufen, weist sie Möglichkeiten der weiterführenden Anwendung einer intersektionalen Perspektive zur Analyse ungleichheitsgenerierender Prozesse nach, betont allerdings auch die Notwendigkeit, hierbei antikategoriale Aspekte zu beachten (S. 227). *Sandra Smykallas* Auseinandersetzung mit der Arbeit von Gender-TrainerInnen zielt auf eine Dekonstruktion grundlegender Annahmen, auf denen diese ihre Arbeit aufbauen. Sie weist nach, dass sowohl in pluralistischen, d. h. Differenz-betonenden, als auch in dekonstruktivistischen Ansätzen die Möglichkeit einer affirmierenden Reproduktion kategorialer Zugehörigkeiten steckt. Mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie unter dem Aspekt einer Work-Life-Balance beschäftigt sich *Barbara Beham*. Unter Bezug auf die drei Kategorien Geschlecht, Klasse und Ethnizität kommt sie zu dem Ergebnis, dass die Chancen auf ein subjektiv vernünftiges Verhältnis von Arbeit und Privatsphäre sich je nach qualifikationsgebunden segmentierter Statusgruppe im Unternehmen unterscheiden. Ausgangspunkt von *Edelgard Kutzner* ist die Darstellung von Diversity Manage-

ment als Feld, in dem multiple Interessen aufeinandertreffen (können): Während es aus betrieblicher Sicht gelte, spezifische Effizienzreserven herauszuarbeiten, interessiere in einer breiteren gesellschaftlichen Debatte vordergründig die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Ein frauen- und geschlechterpolitischer Diskussionsstrang schließlich widme sich hauptsächlich der Frage, inwieweit mit Diversity-Konzepten Chancengleichheit erzielt werden könne. Im Anschluss an diesen Systematisierungsvorschlag und eine grundlegende Darstellung von Anwendungsmöglichkeiten des Diversity Managements stellt sie ein Online-Tool zur Einführung von Diversity Management vor. Als weiteren Praxisbereich, der aus Sicht von Intersektionalitäts- und Diversity-Management-Ansätzen bedeutsam erscheint, rücken *Katharina Schiederig* und *Dagmar Vinz* das Feld der Antidiskriminierungspolitik in den Blick. Auf der Basis von Interviews weisen sie erste Ansätze nach, die auf eine Verstetigung entsprechender Maßnahmen in institutionalisierter Form abzielen.

Den Abschluss des Sammelbandes bildet die Darstellung bezirklicher Integrationsarbeit in Berlin durch *Johanna Kösters*, die zwei im Feld verfolgte Ansätze herausarbeitet: Während der „Individualansatz“ auf (inter-)subjektive Bewältigung von Integrationsschwierigkeiten abzielt, zum Beispiel die Förderung interkultureller Kompetenz, richtet sich der „Strukturansatz“ auf eine Kritik gesellschaftlich verfasster Diskriminierungsmechanismen.

Die Beiträge dienen der Systematisierung und Fortentwicklung aktueller Diskussionen im Forschungsfeld Intersektionalität und Diversity. Zwei Aspekte erscheinen hier besonders relevant: Erstens stellt die Fokussierung der Organisationsebene als Meso-Verbindung zwischen Struktur- und Handlungsdimension nicht nur unter sozialtheoretischen, sondern auch unter empirisch-praktischen Gesichtspunkten ein Desiderat dar. Indem die Beiträge dies berücksichtigen – meist am Beispiel von Unternehmen –, treiben sie die Etablierung einer entsprechenden Forschungsperspektive voran. Zweitens werden methodologische Fragestellungen berücksichtigt, eine wichtige Voraussetzung für die weitere empirische Auseinandersetzung mit feldrelevanten Aspekten. Während die thematische Breite umfangreich ausfällt, bleiben zwei Anmerkungen zu den Gegenstandsabgrenzungen, die nicht nur im Fall des hier besprochenen Buches mehr oder weniger stark vernachlässigte Themen der Intersektionalitätsdiskussion ausmachen: So bleiben die Beiträge nicht nur weitestgehend der Perspektive der Frauenforschung verhaftet, während die Bedeutung, Funktion oder etwaige Wandlungserscheinungen von Männlichkeit keine Rolle spielen. Durch den (fast ausschließlichen) Fokus auf die klassische Triade race/class/gender bleiben außerdem weitere soziale (Diskriminierungs-/Privilegierungs-)Kategorien (Region, Attraktivität etc.) außen vor. Auch antikategoriale Perspektiven werden nur nebenbei genannt oder eingenommen (Hormel). Hierin liegt eine Herausforderung für zukünftige Auseinandersetzungen.

Zur Person

Martin Seeliger, Stipendiat an der International Max-Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy am Max-Planck Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Kultursoziologie sowie Geschlechterforschung.
E-Mail: Martin.Seeliger@gmx.net